

# Freie und Hansestadt Hamburg



## Haushaltsplan-Entwurf

# 2003

## Vorwort zum Einzelplan 8.2

### 1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

#### Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Mit der zu Beginn des Vorjahres erfolgten organisatorischen Zusammenführung der Ressortschwerpunkte Umwelt sowie Gesundheit und Verbraucherschutz haben die im Einzelplan 8.2. zusammengefassten Aufgabenschwerpunkte ein gemeinsames Potenzial erhalten, auf das sie sich bei der programmatischen Weiterentwicklung übergeordneter Fragestellungen stützen können.

Dies betrifft sowohl weit gefasste Themenstellungen, etwa bei Aspekten nachhaltiger Entwicklung in gesundheits-, umwelt- und verbraucherpolitischen Zusammenhängen, als auch sehr konkrete Projekte, etwa zur Sicherung von Lebensqualität und Lebensraum im unmittelbaren kommunalen Zusammenhang.

Die aus dieser Gesamtstruktur resultierenden inhaltlich-programmatischen und strukturell-organisatorischen Synergien gilt es auch im Haushaltsjahr 2003 weiter heraus zu arbeiten und auszubauen.

Im Bereich **Umwelt** bildet der Umweltschutz im klassischen Sinne heute eine etablierte Aufgabe, die gleichermaßen in Verwaltung und Politik wie auch in Unternehmen und Gesellschaft einen erhöhten Stellenwert einnimmt und in vielen Lebensbereichen im Bewusstsein vieler Bürgerinnen und Bürger ist. Der Umweltschutz hat in der Vergangenheit in der Sanierung von Luft, Wasser und Böden, insbesondere von Industrieanlagen, und im Erhalt wertvoller Lebensräume und der Gestaltung der grünen Stadt Hamburg viel erreicht. Es kommt heute darauf an, diesen Standard zu halten und zu sichern, ihn auch dort durchzusetzen, wo dies noch nicht der Fall ist, aktive Vorsorge zu betreiben und der globalen Verantwortung der Stadt gerecht zu werden.

Grundlage sind die Umweltgesetze der Europäischen Union, der Bundesrepublik und des Landes Hamburg. Grundlage sind aber auch die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland international – etwa im Rahmen der Agenda 21 und im Klimaschutz – eingegangen ist und zu denen Hamburg als europäische Metropole seinen Beitrag leisten muss.

Vor diesem Hintergrund werden weiterhin

- der Schutz des Naturhaushalts,
  - die Ressourcenschonung und der Klimaschutz,
  - der Schutz der menschlichen Gesundheit und
  - die Sicherung der kommunalen Lebensqualität
- die zentralen Aufgaben des Umweltschutzes sein.

Das für Hamburg entwickelte Fachprogramm Kursbuch Umwelt, das mit einer breiten fachlichen Beteiligung der Behörde zustande gekommen ist und Status Quo und Zielsetzungen einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung beschreibt, bildet in den Eckpunkten auch zukünftig eine wesentliche fachpolitische Orientierung.

Neben den übergeordneten fachlichen Aufgaben wird angestrebt, den Umweltschutz noch stärker in den Lebenszusammenhang der Hamburger Bevölkerung einzubringen, die Umweltthemen für die Allgemeinheit und jeden Einzelnen noch stärker erlebbar und erfahrbar zu machen. Umweltpolitische Anliegen zielen somit auf die Erhöhung der Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensraum.

Als weitere wichtige Orientierungsmarke für den Umweltschutz in Hamburg gilt es, andere gesellschaftliche Schwerpunktsetzungen wie wirtschaftliche Belange und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit den notwendigen umweltpolitischen Anliegen sachgerecht zu vereinbaren. Dies sollte, wo immer möglich, im Sinne einer Win-Win-Strategie zum Nutzen beider Seiten geschehen.

Hervorzuheben sind folgende Schwerpunkte, die im Haushaltsjahr prioritär verfolgt werden:

Der mit der Wirtschaft vereinbarte Umweltpakt zur Ressourcenschonung und Nachhaltigem Wirtschaften im Sinne der Agenda 21 soll als verbindlicher Handlungsrahmen weiter etabliert werden, um alle Akteure aus Politik und Wirtschaft einzuschließen.

Mit dem Umweltpakt soll der kooperative Umweltschutz in Hamburg ausgebaut, der vorsorgeorientierte Umweltschutz gestärkt und die Standortattraktivität Hamburgs verbessert werden. In den Umweltpakt sollen sowohl die Leistungen der Stadt als auch die Leistungen bzw. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft aufgenommen werden. Hierzu gehören auf städtischer Seite insbesondere Beratungen, Förderprogramme, Optimierung von Genehmigungsverfahren und Erleichterungen im Vollzug der Umweltgesetze. Zu den Leistungen der Wirtschaft gehören Vorhaben, die beispielsweise über die gesetzlichen Anforderungen im Immissions-, Abfall- und Wasserbereich hinaus gehen, ebenso wie die Konkretisierung der Selbstverpflichtungen der Wirtschaft im Klimaschutz auf Bundesebene für Hamburger Branchen, außerdem zusätzliche Leistungen der Wirtschaft im Ressourcenschutz.

Für die Wirtschaftsmetropole Hamburg kommt es maßgeblich darauf an, nicht nur die politische Verantwortung, sondern auch die wirtschaftliche Chance zu erkennen, die in der Innovation im Bereich der Ressourcenproduktivität liegt. Als ein wichtiges Basismodul für den Umweltpakt hat die Behörde für Umwelt und Gesundheit seit dem Vorjahr ein Förderprogramm zur Ressourcenschonung in Produktion und Dienstleistung „Unternehmen für Ressourcenschutz – Das ist die Zukunft“ aufgelegt.

Die Stadtpflege soll durch zügige Beseitigung von Graffiti und Müll intensiviert werden, um dem im Regierungsprogramm formulierten Ziel einer sauberen Stadt gerecht zu werden.

Hamburgs Identität als grüne Stadt soll bewahrt werden. Sie ist ein wichtiger Faktor der Lebensqualität für die Menschen in der Stadt und die Attraktivität Hamburgs. Zur Lebensqualität im unmittelbaren Lebensraum der Hamburgerinnen und

## Vorwort

### Einzelplan 8.2

Hamburger gehören insbesondere auch Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleingärten. Angebote für Freizeit und Erholung im öffentlichen Grün sollen verbessert werden.

Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer sichern die wertvollen Lebensräume Hamburgs dauerhaft.

Der Umweltschutz wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zu einem sorgsamem Flächenverbrauch in der Stadt leisten. Deshalb gilt der Grundsatz: die Sanierung von Flächen ist möglichst der Neuerschließung vorzuziehen. Dies dient der Schonung von Freiflächen, ist finanzpolitisch sinnvoll, da Recyclingflächen in der Regel gut erschlossen sind und fördert die wirtschaftliche Entwicklung, wenn diese gut erschlossenen Flächen zügig bereitgestellt werden können.

Im Rahmen der Altlastensanierung ist die Gefahrenabwehr als prioritär bei Grundwasser- und Bodenbelastungen anzusehen. Die Bearbeitung von Altlasten und Flächen – für die die öffentliche Hand verantwortlich ist – sollte ursprünglich bis zum Jahr 2010 zum Abschluss gebracht werden. Das Programm soll nun mit abgesenkten Raten und in seiner Laufzeit gestreckt werden, um Strukturreserven für die Stadt zu schaffen.

Der Umfang dieser Anstrengungen lässt sich an den konkreten Zahlen veranschaulichen: die derzeit 2161 altlastverdächtigen Flächen unterteilen sich in 1405 Flächen mit Handlungsbedarf (weitere Prüfung erforderlich) und 756 Flächen ohne Handlungsbedarf. Dabei kann ein Fall sowohl mehrere Altlastverdachtsflächen als auch nur einen Teil einer Altlastverdachtsfläche umfassen. Es sind 75 öffentliche Sanierungsfälle in Bearbeitung, 120 abgeschlossen und weitere 51 angekündigt.

Hamburg als Stadt am Wasser ist dem Gewässerschutz in besonderer Weise verpflichtet. Die Umsetzung der am 22.12.2000 in Kraft getretenen Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60 EG – WRRL) hat deshalb eine hohe Priorität. Die WRRL verfolgt u.a. das Ziel, bis zum Jahr 2015 für alle Wasserkörper einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu erreichen, ihre Umsetzung erfolgt in Teilschritten. Die Rechtsumsetzung soll bis zum Jahr 2003 erfolgen, die Bestandsaufnahme und Erstbewertung bis 2004.

Die inhaltlichen Schwerpunkte im Aufgabengebiet **Gesundheit und Verbraucherschutz** sind maßgeblich geprägt durch den anhaltenden Strukturwandel.

Die gesundheitspolitische Entwicklung bei der Krankenhaus- und Investitionsplanung ist gekennzeichnet durch die schrittweise Anpassung bestehender Versorgungsstrukturen an neue gesetzgeberische Rahmenbedingungen. Dieser Prozess erfolgt maßgeblich unter dem Einfluss der nach Einführung des pauschalierenden Entgeltsystems für Krankenhausleistungen grundlegend veränderten Steuerungs- und Finanzierungsmechanismen bei Beibehaltung der dualen Krankenhausfinanzierung und führt – nicht zuletzt auch angesichts des rapiden medizinischen Fortschritts und demographischen Wandels – zu veränderten Prämissen, etwa bei den klinischen Verweildauern oder bei der Integration und Vernetzung sektorenübergreifender Angebote.

Die hier sukzessiv wirksam werdenden Neuorientierungen erfordern weiterhin die Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen unter Wahrung der Trägervielfalt. Darüber hinaus wird die Umsetzung der im Krankenhausplan 2005 benannten strukturellen Maßnahmen weiter vorangetrieben. Über die Umsetzung des Krankenhausplans 2005 hinaus ist beabsichtigt, die Veränderungen, die sich insbesondere im Hinblick auf die Einführung des neuen Entgeltsystems für die Krankenhäuser ergeben aus planerischer Sicht im Jahre 2003 zu überprüfen und den Krankenhausplan 2005 bei Bedarf anzupassen. Von den veränderten Rahmenbedingungen sind gleichermaßen die fachbehördlichen Aufgaben in den Bereichen Versorgungsplanung, Krankenversicherungsrecht und Krankenkassenaufsicht betroffen.

Im Maßregelvollzug werden die im Vorjahr optimierten Handlungskonzepte weiterentwickelt.

Der Strukturwandel ist zugleich auch der Motor bedeutsamer Entwicklungen bei Innovationen in den Bereichen Medizintechnik und Telematik. Hier gilt es, durch weiterhin enge Kooperation mit den hierzu aufgebauten Netzwerken die Stellung Hamburgs als modernem Innovationszentrum noch stärker zu akzentuieren und auszubauen.

Auch die für die Bereiche Biomedizin und Bioethik zwischenzeitlich auf Bundesebene getroffenen Richtungsentscheidungen führen vor Ort zu einer Fülle von Entscheidungsprozessen. Hier geht es darum, in welchem Umfang diese Rahmenveränderungen nun Einfluss auf konkrete Projekte und Umsetzungsentscheidungen auf Landesebene nehmen werden. Je stärker die Konkretisierung von Einzelvorhaben mit ethischer Brisanz in den Mittelpunkt rückt, umso deutlicher wird auch vor Ort werden, dass nicht nur bei übergeordneten Grundsatz-, sondern insbesondere auch bei Umsetzungsentscheidungen, etwa zur Forschung an (adulten) Stammzellen oder bei der Präimplantationsdiagnostik, ein hohes Maß an gesellschaftlichem Konsens anzustreben ist. Die Begleitung dieses gesellschaftlichen Diskurses vor Ort erfordert weiterhin hohe fachbehördliche Anstrengungen.

Die Bemühungen um eine Vereinheitlichung der landesrechtlichen Bestimmungen im Bereich der Heilberufe bestimmen ebenso die fachbehördliche Schwerpunktsetzung wie die bundesweite Diskussion um weitere Reformen im Bereich der Kranken- und Altenpflege. Hierbei stehen mit der EU-Erweiterung unumkehrbare Entwicklungen bevor, die sich nachhaltig auf die inländische und damit auch die Hamburger Situation bei der Rekrutierung von qualifiziertem ärztlichem und pflegerischem Personal auswirken werden.

Trotz der Konsolidierungsanstrengungen im Gesamthaushalt dieses Jahres haben die im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention geschaffenen Strukturen weiterhin Bestand und sind fester Bestandteil der fachbehördlichen Schwerpunktsetzung. Dies gilt sowohl für die bewährte Kooperation und Förderung der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG) als auch für die am Verständnis struktureller Prävention ausgerichteten Projekte im Bereich HIV und AIDS.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Gesundheitsförderung bilden sämtliche Aktivitäten zur Vorbereitung und späteren Umsetzung eines Landesrahmenprogramms „Soziale, gesunde Stadt“, bei dem es im wesentlichen um die interbehördliche Intensivierung von Gesundheitsförderungsansätzen in verschiedensten gesellschaftlichen und fachpolitischen Sektoren unter regionaler (stadtteilbezogener) Schwerpunktsetzung geht. Wesentliche Grundlage zur Umsetzung dieser Vorha-

ben ist das im vorvergangenen Jahr neugefasste Hamburgische Gesundheitsdienstgesetz (HmbGDG), das die Aufgaben eines zeitgemäßen öffentlichen Gesundheitsdienstes programmatisch benennt und deren Koordinierung unterstützt.

Die effiziente Koordinierung und Vernetzung interbehördlicher Ansätze ist auch bei der Steuerung der Drogen- und Suchthilfe das prioritäre Ziel, wobei es hier zuallererst um die Stärkung des Ausstiegs aus der Sucht und der damit verbundenen Optionen, etwa in den Bereichen Frühintervention, Rückfallprophylaxe, Nachsorge und Rehabilitation, geht. Unter grundsätzlicher Beibehaltung eines ausgewogenen Angebotspektrums, bei dem das Primat der Erreichbarkeit von Hilfen auch weiterhin niedrigschwellige Angebotsformen erfordert, soll dem Gedanken der Intervention und bedingungslosen Ausstiegsunterstützung in verstärktem Maße Geltung verschafft werden.

Besondere haushaltspolitische Bedeutung hat auch in diesem Jahr die Umsetzung der bundesweiten multizentrischen wissenschaftlichen Studie zur heroingestützten Behandlung, die perspektivisch auf die Etablierung einer wirtschaftlich vertretbaren und sodann in den Bereich der vorrangigen Kostenträger der gesetzlichen Krankenversicherung fallenden Behandlung der Opiatabhängigkeit abzielt. Es läuft in 2003 das zweite von insgesamt drei Jahren der Projektumsetzung, ohne dass bereits Ergebnisse und Prognosen des weiteren Verlaufs absehbar sind. Eine Bewertung des Vorhabens wird ohnehin nur im bundesweiten Vergleich möglich sein.

Strukturelle Weiterentwicklungen stehen schließlich auch im Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin bevor. Der im Vorjahr begonnene Erweiterungsbau unterstreicht die bundesweite Bedeutung der renommierten Einrichtung; die seit längerem verfolgte Rechtsformänderung soll nun in diesem Jahr so vorbereitet werden, dass das klinische und wissenschaftliche Niveau weiter gesichert wird und zu einer längerfristigen Stärkung und Verbesserung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

Bundes- und europaweit sind im gesundheitlichen Verbraucherschutz angesichts von Lebensmittelkrisen und -skandalen neue fachbehördliche Prioritäten gesetzt worden, die auch strukturell und organisatorisch ihren Niederschlag gefunden haben. Der eingeläutete konzeptionelle Paradigmenwechsel ist unumkehrbar und hat längst mehr als nur ein ganzheitliches Verständnis der die Lebensmittelwirtschaft betreffende Prozesse und Entwicklungen („from stable to table“) erfasst. Zeitgemäße Verbraucherpolitik beruht auf einem überwiegend sektorübergreifenden Verständnis und bezieht demgemäß Lebensmittel, Produkte, Anlagen und Dienstleistungen gleichermaßen in die fachbehördlichen Überlegungen und Strategien mit ein.

Eine wesentliche Säule bei der Intensivierung dieser Anstrengungen bildet das Hygiene Institut, das mit einem zeitgemäßen und bedarfsgerechten Angebotsprofil einen erheblichen Anteil an Verbraucherschutz bei Nahrungsmitteln in Hamburg hat (zu den Einzelheiten vgl. im dortigen Lagebericht).

Gleiches gilt für das Amt für Arbeitsschutz. Der in den Vorjahren eingeleitete Prozess einer Neukonzeption der Prüf- und Überwachungstätigkeit, der stärker ausgerichtet ist auf betriebs- und branchenspezifische Formen der Beratung und Systemüberwachung sowie der Förderung von Arbeitsschutzmanagementsystemen, die insbesondere auf einen modernen Arbeitsschutz in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zielen, wird fortgesetzt.

Einen wesentlichen Schwerpunkt im Amt für Arbeitsschutz bildet in diesem Jahr die Umsetzung von Konzepten zur Steuerung und Überwachung in Zusammenhang mit der Einführung von Gefährdungsdokumentationen und Maßnahmen zur Reduktion von psychischer Belastung in der von Handel und Dienstleistung geprägten Wirtschaft Hamburgs. Die Einhaltung der Arbeitszeit in Krankenhäusern erfordert ein hohes fachbehördliches Augenmerk.

Im Bereich des Veterinärwesens stellt die Errichtung des Kontrollzentrums Altenwerder einen Schwerpunkt fachbehördlicher Aktivitäten dar. Des weiteren sind die mit der Reorganisation des Verbraucherschutzes auf Bundesebene im Vorjahr vorgenommenen Veränderungen Grundlage für eine weitere Differenzierung eigener sowie kooperierender Strukturen auf Länderebene.

Vertiefende Aussagen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die allgemeinen Aussagen und die Produktinformationen bzw. der Lagebericht in den jeweiligen Kapiteln.

**Vorwort**  
**Einzelplan 8.2**

**2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben**

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2003	2002	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
<b>Einnahmen</b>	<b>152.518</b>	<b>148.252</b>	<b>+ 4.266</b>	<b>+ 2,9</b>
davon:				
Steuerähnliche Abgaben (Hgr. 0)	5.087	3.339	+ 1.748	+ 52,4
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	133.762	132.290	+ 1.472	+ 1,1
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	10.882	10.309	+ 573	+ 5,6
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	2.787	2.314	+ 473	+ 20,4
<b>Ausgaben</b>	<b>368.623</b>	<b>371.122</b>	<b>- 2.499</b>	<b>- 0,7</b>
davon:				
Personalausgaben (Hgr. 4)	79.755 <sup>1</sup>	80.347 <sup>2</sup>	- 592	- 0,7
Sach- und Fachausgaben (Ogr.51-54, Hgr.6 ohne 62,66)	163.845	163.088	+ 757	+ 0,5
Sonstige Betriebsausgaben (Ogr.62,66, Hgr. 9)	- 379 <sup>3</sup>	1.106	-1.485	- 134,3
Investitionen (Hgr. 7,8)	125.402	126.581	- 1.179	- 0,9

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2003 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 8.2
Personalausgaben	36,4	21,6
Sach- und Fachausgaben	41,5	44,4
Investitionen	9,9	34,0

**Investitionsrestevolumen der Vorjahre**

2001				2000			
Gesamtsoll <sup>4</sup>	Ist	auf 2002 übertragene Reste		Gesamtsoll <sup>4</sup>	Ist	auf 2001 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
197.712	121.003	66.458	33,6	186.216	157.887	27.860	15,0

<sup>1</sup> einschl. des auf die BWA überzuleitenden Anteils für den Bereich Forsten von rd. 3.035 Tsd. EUR

<sup>2</sup> einschl. des auf die BWA überzuleitenden Anteils für den Bereich Forsten von rd. 3.032 Tsd. EUR

<sup>3</sup> einschl. Globale Minderausgabe i. H. v. 1.403 Tsd. EUR

<sup>4</sup> Ansatz zuzüglich übertragener Reste aus Vorjahren, abzüglich Vorgriffen

### 3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Behörde für Umwelt und Gesundheit ist wie folgt organisiert (Stand 15.03.02):

Behördenleitung				
	Amt B Amt für Umweltschutz	Amt C Amt für Naturschutz und Landschaftspflege	Amt D Amt für Immissionschutz und Betriebe	Amt G Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktbereich 01 Service, Steuerung und Leitungsunterstützung	Produktbereich 02 Umweltschutz	Produktbereich 03 Naturschutz und Landschaftspflege	Produktbereich 04 Technischer Umweltschutz, Energiepolitik	Produktbereich 05 Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktgruppe 01 Service, Ressourcenmanagement und Recht	Produktgruppe 03 Gewässerschutz	Produktgruppe 09 Stadtgrün und Erholung	Produktgruppe 11 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik	Produktgruppe 15 Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice
Produktgruppe 02 Nachhaltige Entwicklung, Service Öffentlichkeit, Beteiligungsmanagement	Produktgruppe 04 Bodenschutz/Altlasten	Produktgruppe 10 Naturschutz	Produktgruppe 12 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen	Produktgruppe 16 Öffentliche Gesundheit, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz
	Produktgruppe 05 Abfallwirtschaft		Produktgruppe 13 Fluglärm- und Lärmschutz	Produktgruppe 17 Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungsschutz
	Produktgruppe 06 Altlastensanierung		Produktgruppe 14 Energiepolitik und Immissionsschutz	Produktgruppe 18 Verbraucherschutz (I) – Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen
	Produktgruppe 07 Geologisches Landesamt			Produktgruppe 19 Verbraucherschutz (II) – Arbeits- und Gesundheitsschutz, Produktsicherheit, Integration anwendungsbezogener Neuentwicklungen, Gesundheit und Umwelt
	Produktgruppe 08 Umweltuntersuchungen			Produktgruppe 20 Hygiene Institut
				Produktgruppe 21 Bernhard-Nocht-Institut
	nachrichtlich: Wassergütestelle Elbe	nachrichtlich: Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege		

#### **4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan**

##### **KRD**

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert – wie in den Vorjahren – auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2002, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2002 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2001, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
  - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2001), sofern dauerhaft fortwirkend,
  - im Planansatz 2002 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
  - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2002;
  - IuK-bedingten Einsparungen;
  - notwendigen Korrekturen aufgrund von Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
  - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91), und ab 2003 erstmalig
  - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
  - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91)sowie
  - an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die finanziellen Auswirkungen möglicher linearer Tariferhöhungen (frühestens ab 1. November 2002) und linearer Besoldungserhöhungen (frühestens ab 1. Januar 2003) werden **zentral** vorgehalten und den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

##### **Umsetzung der Konsolidierung bei den Personalausgaben im Haushaltsvollzug 2001**

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben musste im Vollzug des Jahres 2001 in Höhe von rd. 3.730 TDM (rd. 1.907 Tsd. EUR) aus Mitteln des Einzelplans 9.2 ausgeglichen werden. Ursächlich für die Notwendigkeit des Ausgleichs war, dass

- besetzte Stellen nicht gestrichen werden konnten,
- die Fluktuation nicht ausreichend war,
- aus fachlicher Sicht Nachbesetzungen zwingend zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich waren,
- mehr Rückkehrer aus Anstalten auf Grund von Beurlaubungen zu integrieren waren als neue Beurlaubungsfälle eingetreten sind,
- Nachwuchskräfte zu übernehmen waren.

Zum Ausgleich der temporären Budgetüberschreitung bei den Personalausgaben hat die Behörde Einsparungen bei den budgetierten Sach- und Fachausgaben in Höhe von rd. 3.730 TDM (rd. 1.907 Tsd. EUR) nachgewiesen.

##### **Stellenplan**

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Der Stellenplan der nettoveranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO „Bernhard-Nocht-Institut“, „Hygiene Institut“ und „Wassergütestelle Elbe“ ist in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (17.06.2002) und beinhalten die von der BSF verlagerten Intendanzstellen.

Stellenplanentwurf 2003

Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

Kapitel	Stellenzahl 2003	Neue Stellen 2003 <sup>5</sup>		Stellenhebungen 2003 <sup>5</sup>			Umwand- lungen <sup>5</sup>
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
8600 Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	146,98						
8620 Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz	733,15						
8700 Umweltschutz	339,67						
8800 Naturschutz und Landschaftspflege	66,49						
8900 Immissionsschutz und Betriebe	235,53			2	15,3		
Wirtschaftspläne nach § 15 LHO:							
8630 Hygiene Institut	251,37 <sup>6</sup>						
8650 Bernhard-Nocht-Institut	225,21						
8701 Wassergütestelle Elbe	10,00						

Stellenumwandlungen 2003

Stellenumwandlungen <sup>7</sup>				
Kapitel	Anzahl	Begründung	Beamte in Angestellte	Angestellte in Beamte
8600	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		1
8620	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		1
8700	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		1
8800	0	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		
8900	4	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		4

## 5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Der Kontenrahmen für Sachausgaben im Einzelplan 8.2 ist im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung bereits mit der Aufstellung des Haushalts 2000 aufgelöst worden. Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden auf die jeweiligen Budgets der Amtskapitel übergeleitet.

## 6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 8.2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Übersichten der zugehörigen Titel finden sich in der *Anlage 4*.

## 7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Umwelt und Gesundheit gehören die folgenden nettoveranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO sowie § 26 Absatz 2 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

<sup>5</sup> wie vom Senat beantragt

<sup>6</sup> einschl. 12 Stellen für Lebensmittelchemikerpraktikanten

<sup>7</sup> entsprechend Stellenplanentwurf gem. Senatsbeschluss, ab Verg.Gr. IVa und Bes.Gr. A 11 (wie im Stellenplandruck nachgewiesen)

**Vorwort**  
**Einzelplan 8.2**

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem Ablieferung (+) an den Haushalt
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
Hygiene Institut	13.776	- 11.388
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	15.445	- 13.928
Wassergütestelle Elbe	1.176	- 196
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	4.679	- 4.315

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in *Anlage 2* (rosa Seiten).

**8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichen Ersuchen**

**Frauen- und Mädchenspezifische Maßnahmen und Projekte**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
<b>8660</b>	<b>Drogen und Sucht</b>		
684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl. davon		
	- Frauenperspektiven e.V. „Frauenberatungsstelle“	446	442
	- Suchtstoffübergreifende Beratungsstelle nur für Frauen		
	- Ragazza e.V.	664	658
	- Niedrigschwellige Kontaktstelle und Straßensozialarbeit speziell für drogenabhängige Prostituierte		
	- Waage e.V.	128	128
	- Beratungsstelle für Frauen mit Essstörungen		

**Lesben- und schwulenspezifische Maßnahmen und Projekte**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2003 Tsd. EUR	2002 Tsd. EUR
<b>8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>		
684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl. zur Gesundheitsförderung und Aids-Prävention, davon		
	- Magnus-Hirschfeld-Zentrum	130	135
	- Schwulen- und Lesbenberatung , Pflege und Fortbildung eines ehrenamtlichen Teams		
	- Hein & Fiete	183	188
	- Aids-Prävention bei homo- und bisexuellen Männern, u.a. durch den Betrieb eines Info-Ladens, Streetwork sowie Ausbildung u. Betreuung ehrenamtlicher Mitglieder		

**9. Produktinformationen (generelle Hinweise)**

**Haushaltsplan 2003**

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Sonstige Betriebs- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	In Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Einzelplan	152.518	79.755	163.845	- 379	125.402	368.623
Davon entfallen auf:						
Produktbereich 01	471	6.395	5.204	0	5.458	17.057
Produktbereich 02	6.268	17.380	62.621	0	24.119	104.120
Produktbereich 03	1.869	6.882	19.809	0	14.325	41.016
Produktbereich 04	125.299	12.830	865	0	11.158	24.853
Produktbereich 05	18.611	36.268	75.346	- 379	70.342	181.577

**Haushaltsplan 2002**

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fach- ausgaben	Sonstige Betriebs- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	In Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Einzelplan	148.252	80.347	169.088	1.106	126.581	371.122
Davon entfallen auf:						
Produktbereich 01	472	6.666	5.534	0	5.655	17.855
Produktbereich 02	6.400	17.413	63.083	0	25.563	106.059
Produktbereich 03	1.869	6.874	20.077	0	14.888	41.839
Produktbereich 04	120.624	12.834	925	0	10.991	24.750
Produktbereich 05	18.887	36.560	73.469	1.106	69.484	180.619

Ein Verzeichnis über die verwendeten Abkürzungen befindet sich am Ende der Produktinformationen.

## Produktinformationen

### Produktbereich: Service, Steuerung und Leistungsunterstützung

### Kapitel 8600

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	471	472	713
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>1</sup>	6.395	6.666	7.001
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>2</sup>	5.204	5.534	5.263
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.458	5.655	6.648
Stellen <sup>3</sup>	146,98	136,70	134,71

Ziele des Produktbereichs	
Z1: Effiziente Unterstützung der Ämter und der Behördenleitung	
Produktgruppen - Überblick	Produkte
PG 01 Service, Ressourcenmanagement und Recht	P 1 Infrastruktur und Katastrophenschutz P 2 Organisation und Betriebswirtschaft P 3 Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung) P 4 Haushalt und Finanzen P 5 Informationstechnik P 6 Rechtsetzung und Rechtsgestaltung P 7 Rechtsanwendung und Rechtsberatung P 8 Widerspruchsentscheidungen und Vertretung vor Gerichten P 9 Innenrevision und Korruptionsbekämpfung
PG 02 Nachhaltige Entwicklung, Service Öffentlichkeit, Beteiligungsmanagement	P 1 Leistungsunterstützung in Senats- und Bürger-schaftsangelegenheiten P 2 Leistungsunterstützung in Bundes- und Europa-angelegenheiten P 3 Nachhaltigkeit und Internationale Zusammenarbeit P 4 Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung P 5 Umweltbildung P 6 Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht

### Produktgruppe 01: Service, Ressourcenmanagement und Recht

### Kapitel 8600

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
Z1: Bedarfsgerechte Unterstützung und Beratung der Ämter, sonstiger Dienststellen und der Behördenleitung, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> <li>- durch Ressourcensteuerung, Controlling und Berichtswesen</li> <li>- bei der Entwicklung zukunftsfähiger personeller, organisatorischer und technischer Strukturen</li> <li>- in operativer und strategischer, den Projekten und Aufgaben entsprechender Finanz- und Ressourcen-</li> </ul>

<sup>1</sup> Für das Jahr 2003 sind 42 Tsd. EUR, für 2002 sind 43 Tsd. EUR und für das Jahr 2001 sind 25 Tsd. EUR aus dem Titel 8600.412.01 „Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte ...“ bereits in PG 02 berücksichtigt. In den Personalausgaben für den Produktbereich sind Ausgaben für Personalrat, Pressestelle und Behördenleitung in Höhe von 589 Tsd. EUR in 2003, 613 Tsd. EUR in 2002, 647 Tsd. EUR in 2001 enthalten. Die Absenkung des Personalbudgets von 1999 bis 2001 um die Konsolidierungsverpflichtung des Bereichs „Umwelt“ konnte im Stellenbestand noch nicht nachvollzogen werden. Dies gilt auch für nachstehende Produktgruppen.

<sup>2</sup> Plan 2003: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereichs in Höhe von 158 Tsd. EUR  
 Plan 2002: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereichs in Höhe von 200 Tsd. EUR  
 Ergebnis 2001: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereichs in Höhe von 237 Tsd. EUR. Im Ergebnis sind auch Ausgaben der Bezirke in Höhe von 101 Tsd. EUR enthalten.

<sup>3</sup> Hierin enthalten sind die Stellen für Personalrat, Pressestelle und Behördenleitung in Höhe von 11,5 Stellen (11,5 Stellen für 2002 und 11,5 Stellen für 2001). In 2003 sind zusätzlich 12,5 Stellen aus der Verlagerung von Intendanzanteilen der BSF enthalten. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

**Produktbereich: 01**  
**Service, Steuerung und Leitungsunterstützung**

	<p>planung insbesondere auch zur Durchsetzung von Konsolidierungszielen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- bei der Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung</li> <li>- in Rechtsangelegenheiten</li> <li>- in zentralen Fragen der Behörde und in Querschnittsaufgaben</li> </ul> <p>Z2: Wirtschaftliche Bereitstellung der für den Betrieb der Behörde für Umwelt und Gesundheit erforderlichen Dienst- und Sachleistungen</p> <p>Z3: Durch die Schaffung, Anwendung und Durchsetzung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Umwelt und Gesundheit (Bereich Umwelt) und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Handeln ermöglicht werden.</p>
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Infrastruktur und Katastrophenschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zentral wahrzunehmende allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Grundsatzfragen des Verwaltungsvermögens, Katastrophenschutz, Gebäudemanagement, Arbeitssicherheit und Zentraler Service</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erschließung von Kostensenkungspotenzialen im Gebäudemanagement durch Schaffung von Anreizsystemen zur Abgabe von Mietflächen</li> </ul>
P 2	<p>Organisation und Betriebswirtschaft</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Organisationsentwicklung, Fortschreibung und Umsetzung von Steuerungsinstrumenten in Personal-, Stellen- und Budgetwirtschaft sowie Aufgabenkritik und Konsolidierung; Koordination und Hilfestellung beim Einsatz neuer betriebswirtschaftlicher Methoden und Anwendungen</li> </ul>
P 3	<p>Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung)</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausrichtung personalpolitischer Aktivitäten auf veränderte Anforderungen einschließlich qualifizierender und fortbildender Maßnahmen, systematische Führungskräfteentwicklung, Gesundheitsförderung</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weitere Gestaltung des Instrumentariums Führungsfeedback, verbunden mit Maßnahmen obligatorischer Führungsfortbildung</li> <li>- Implementierung eines beteiligungsorientierten Verfahrens zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen nach dem Arbeitsschutzgesetz</li> <li>- Implementierung eines neuen Beurteilungswesens</li> </ul>
P 4	<p>Haushalt und Finanzen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Antizipation finanzieller und struktureller Einschränkungen, Fortsetzung von Maßnahmen der Haushaltsmodernisierung (u.a. Globalisierung, Flexibilisierung, Budgetierung, Anreizsysteme)</li> </ul>
P 5	<p>Informationstechnik</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Entwicklungsstrategie für die Informationstechnologie der Behörde für Umwelt und Gesundheit befindet sich im Spannungsfeld zwischen zwei Polen: der rasanten Entwicklung DV-technischer Möglichkeiten und entsprechend mitwachsenden Anforderungen einerseits; andererseits dem Zwang, Daten und Anwendungen kostengünstig und effizient über das Datennetz bereitzustellen.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weitere Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur der BUG</li> <li>- Rezentralisierung von IT-Services</li> <li>- Unterstützung bei der Umsetzung Internet-basierter Services (e-Government)</li> </ul>
P 6	<p>Rechtsetzung und Rechtsgestaltung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Rechtssetzungsbereich wird es u.a. um die Anpassung des HmbNatSchG an das Bundesnaturschutzregelungsgesetz, die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in das Hamburgische Wassergesetz und die rechtliche Umsetzung der EG-Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände gehen.</li> </ul>
P 7	<p>Rechtsanwendung und Rechtsberatung</p>
P 8	<p>Widerspruchsentscheidungen und Vertretung vor Gerichten</p>
P 9	<p>Innenrevision und Korruptionsbekämpfung</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Prüfung von Bereichen mit erhöhtem Risikopotenzial auf Grund einer Risikoanalyse insbesondere hinsichtlich der internen Kontrollsysteme.</li> </ul>

**Produktbereich: 01**  
**Service, Steuerung und Leitungsunterstützung**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	217	219	354
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	217	219	354
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.827	9.404	9.329
– Personalausgaben in Tsd. EUR	4.227	4.408	4.645
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>4</sup>	4.600	4.996	4.684
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	70	142	177
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.408	5.604	6.615
Stellen <sup>5</sup>	93,73	94,95	93,96

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	63	66	70
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	63	66	70

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
– Vermietung von Räumen (Titel 124.20, Ansatz 90 Tsd. EUR; P 1)
– Erstattung des Landesamtes für Informationstechnik für Gebäudekosten (Titel 281.20, Ansatz 76 Tsd. EUR, P 1).
Betriebsausgaben:
– Gutachten und Untersuchungen (Titel 526.50, Ansatz 342 Tsd. EUR; P 2 )
– Sächliche Verwaltungsausgaben (Titel 547.20, Ansatz 1.333 Tsd. EUR; P 1)
– Investitionsfolgekosten für IuK-Technik (Titel 535.56, Ansatz 581 Tsd. EUR; P 5)
– Erstattungen an das LIT für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Titel 671.56, Ansatz 1.129 Tsd. EUR; P 5).
Investitionen:
– Grunderwerb für Naturschutz und Landschaftspflege (Titel 821.01, Ansatz 570 Tsd. EUR; P 1)
– Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße (Titel 823.01, Ansatz 4.738 Tsd. EUR; P 1).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 3: Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung):			
Anzahl der Beschäftigten <sup>6</sup>	2.486	2.509	2.555
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR <sup>7</sup>	695,71	696,37	657,61
Davon:			
– Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR <sup>7</sup>	366,95	367,18	343,95
– Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR <sup>7</sup>	328,76	329,19	313,67
P 5: Informationstechnik:			
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in % <sup>8</sup>	100	100	100

<sup>4</sup> In dem Ergebnis sind Ausgaben der Bezirke in Höhe von 101 Tsd. EUR für 2001 enthalten.

<sup>5</sup> Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>6</sup> Inkl. betreute Beschäftigte in den verselbstständigten Anstalten ö. R. mit Rückkehrrecht zur BUG.

<sup>7</sup> Alle Jahresangaben inkl. Aufgabenbereich „Gesundheit“

<sup>8</sup> Angaben inkl. Aufgabenbereich „Gesundheit“

**Produktbereich: 01**  
**Service, Steuerung und Leitungsunterstützung**

Qualitätskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in % <sup>9</sup>	8,65	8,69	8,51

**Produktgruppe 02: Nachhaltige Entwicklung, Service Öffentlichkeit, Beteiligungsmanagement**

**Kapitel 8600**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Übergreifendes Ziel ist die Förderung und Koordinierung einer nachhaltigen Entwicklung in Hamburg schwerpunktmäßig bezogen auf die Themen Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Dies geschieht im Rahmen der weiteren Zielsetzungen der Produktgruppe.
Z2:	Bedarfsgerechte Unterstützung und Beratung der Ämter, sonstiger Dienststellen und der Behördenleitung
Z3:	Vertretung der Belange der Behörde für Umwelt und Gesundheit gegenüber anderen Dienststellen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene und Beratung von Firmen und Institutionen bei der Stellung von EU-Förderanträgen
Z4:	Kundenorientierte Information und Beratung der Öffentlichkeit zu Themen des Umweltschutzes, der Gesundheit und des Verbraucherschutzes
Z5:	Förderung des Umweltbewusstseins im Hinblick auf nachhaltiges, zukunftsfähiges Verhalten
Z6:	Effektive Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen (betriebswirtschaftlich, gesellschaftsrechtlich) unter Einhaltung fachpolitischer, haushaltswirtschaftlicher und sonstiger Vorgaben
<i>Produkte</i>	
P 1	Leitungsunterstützung in Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten
P 2	Leitungsunterstützung in Bundes- und Europaangelegenheiten
P 3	Nachhaltigkeit und Internationale Zusammenarbeit Erläuterungen: - Integration von Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz in der Behörde für Umwelt und Gesundheit mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung Schwerpunkte: - Überprüfung und Weiterentwicklung der Kursbuchziele - Weiterentwicklung eines Monitoringsystems mit Indikatoren, insbesondere Erweiterung um Gesundheits- und Verbraucherschutzindikatoren - Planung, Koordinierung und Erstellung einer medienübergreifenden Nachhaltigkeits-Berichterstattung für die Behörde für Umwelt und Gesundheit - Vorsitz und Geschäftsstelle des Bund-Länder-Arbeitskreises Nachhaltige Entwicklung - Nachhaltigkeit und internationale Zusammenarbeit - Förderung der Lokalen Agenda 21.
P 4	Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung Erläuterungen: - Sicherung und Weiterentwicklung eines kundenorientierten Informationsangebots, Verankerung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung im Bewusstsein der Öffentlichkeit und Förderung eines nachhaltigen, umweltgerechten Verhaltens. Schwerpunkte: - Informationszentrum Hermannstraße
P 5	Umweltbildung Erläuterungen: - Die Behörde für Umwelt und Gesundheit fördert die Umweltbildung in Hamburg durch Überlassung des Umweltzentrums Karlshöhe an den BUND Hamburg e.V. sowie durch eigene Vorhaben. Schwerpunkte: - Überführung der Kommunikationsplattform im Internet zu den Umweltbildungsangeboten in Hamburg in den Dauerbetrieb - Fortführung und Betreuung des Freiwilligen ökologischen Jahres
P 6	Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht Schwerpunkte: - Teilprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser - Umsetzung der Vorgaben zur Begrenzung von Gebührensteigerungen für die Anstalten öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich der Behörde für Umwelt und Gesundheit.

<sup>9</sup> Alle Jahresangaben inkl. Aufgabenbereich „Gesundheit“. Bei der Berechnung der Kennzahlen sind die Personalausgaben des Hygiene Instituts bzw. des Bernhard-Nocht-Instituts (jeweils lt. Erfolgsplan) berücksichtigt worden. Die Personalausgaben für den Forstbereich sind für die Jahre 2002 und 2003 nicht mehr in die Berechnung der Kennzahl eingeflossen.

**Produktbereich: 01**  
**Service, Steuerung und Leitungsunterstützung**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	254	253	359
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	254	253	359
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.026	1.982	2.051
- Personalausgaben in Tsd. EUR	1.579	1.645	1.709
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	446	338	342
- Zuwendungen in Tsd. EUR	139	183	172
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	50	51	33
Stellen <sup>10</sup>	29,25	30,25	29,25

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	87	91	94
- innerbehördlich in Tsd. EUR	64	67	69
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	23	24	25

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Erstattungen von Verwaltungskosten durch die Anstalten Hamburger Stadtentwässerung, Stadtreinigung Hamburg und Hamburger Friedhöfe und Landesbetrieb Krankenhäuser (Titel 261.01, Ansatz 254 Tsd. EUR; P 6)
Betriebsausgaben:
- Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Vorsitz Hamburgs in der Umweltministerkonferenz 2003 (Titel 547.09, Ansatz 205 Tsd. EUR; P 2)
- Durchführung des Freiwilligen ökologischen Jahres FÖJ (Titel 547.05, Ansatz 70 Tsd. EUR; P 5)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Leitungsunterstützung in Senats- und Bürger-schaftsangelegenheiten:			
Große und Schriftliche Kleine Anfragen an den Senat <sup>11</sup>	270	250	131
Eingaben an Senat und Bürgerschaft <sup>11</sup>	130	130	66
Beschlossene Senatsvorlagen (ohne Anfragen) <sup>12</sup>	-	-	39
Senatsvorlagen in Vorbereitung (ohne Anfragen) <sup>13</sup>	-	34	-
P 4: Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung:			
Durchschnittliche Kosten pro Anfrage und Beratung beim Umwelttelefon/Informationszentrum in EUR	8	8	8
Anzahl der Anfragen und Beratungen beim Umwelttelefon/Informationszentrum	15.500	16.000	15.182

<sup>10</sup> Planzahl 2001: 28,75. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>11</sup> ab 2002 einschl. Amt -G-

<sup>12</sup> bis einschl. 2001 ohne Amt -G-

<sup>13</sup> Stand Januar 2002

**Produktbereich: 01**  
**Service, Steuerung und Leitungsunterstützung**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 5: Umweltbildung:			
Zufriedenheit mit Kursen / Seminaren der Erwachsenenbildung (sehr zufrieden) in % <sup>14</sup>	88	88	88
Durchschnittliche Teilnehmerzahl an Kursen / Seminaren der Erwachsenenbildung <sup>15</sup>	15	15	22
Anzahl der Kurse / Seminare in der Erwachsenenbildung <sup>16</sup>	50	50	56
Anzahl betreuter Kindergruppen <sup>16</sup>	255	255	369
Durchschnittliche Anzahl betreuter Kinder pro Gruppe <sup>16</sup>	19	19	23
Teilnehmende am Freiwilligen ökologischen Jahr	28	28	22
P 6: Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht:			
Gremiensitzungen der betreuten Unternehmen	78	78	77
Anzahl der betreuten Unternehmen <sup>17</sup>	19	19	18

<sup>14</sup> Die Erstellung von Qualitätskennzahlen wurde nicht vertraglich mit dem BUND als Träger des Umweltzentrum vereinbart, sondern stellt eine freiwillige Leistung dar.

<sup>15</sup> Das Hamburger Umweltzentrum wurde am 1.1.2001 in die Hände des BUND Hamburg e.V. übergeben. Die Umweltbildungsarbeit konnte auch unter der neuen Trägerschaft abgesichert und weitergeführt werden.

<sup>16</sup> s. Punkt 3

<sup>17</sup> Seit 1.1.2002 ist durch die Neustrukturierung der Behörde der LBK als weiteres öffentliches Unternehmen von der Beteiligungsverwaltung zu betreiben.

Produktbereich: Umweltschutz

Kapitel 8700

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	6.268	6.400	12.828
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>18</sup>	17.380	17.413	18.337
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>19</sup>	62.621	63.083	67.741
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>20</sup>	24.119	25.563	34.825
Stellen <sup>21</sup>	339,67	342,01	342,01

Ziele des Produktbereichs	
<p>Z 1. Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, Umsetzung der EG- Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)</p> <p>Z 2. Bodenschutz, Aufarbeitung der Altlastenproblematik, Umsetzung des Bodenschutzrechts</p> <p>Z 3. Abfallwirtschaftliche Steuerung, Qualitätssicherung der Abfallentsorgung und Abfallentsorgungsanlagen, Schiffsentsorgung, Stadtpflege</p> <p>Z 4. Altlastensanierung und Flächenrecycling zum Schutz der Menschen, Gewässer und des Bodens, Abschluss der Altlastensanierung auf öffentlichen Flächen bis 2010</p> <p>Z 5. Geowissenschaftliche Sammlungen, Erhebungen und Bewertungen, Information und Beratung</p> <p>Z 6. Untersuchung und Begutachtung der Umweltmedien</p>	
Produktgruppen	Produkte
PG 03 Gewässerschutz	<p>P 1 Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer</p> <p>P 2 Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers</p> <p>P 3 Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme</p>
PG 04 Bodenschutz/Altlasten	<p>P 1 Bodenschutz- und Altlastenplanung/ Informationssysteme</p> <p>P 2 Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas</p> <p>P 3 Flächenrecycling</p> <p>P 4 Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr)</p>
PG 05 Abfallwirtschaft	<p>P 1 Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege</p> <p>P 2 Qualitätssicherung der Entsorgungswege</p> <p>P 3 Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen</p>
PG 06 Altlastensanierung	<p>P 1 Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben</p> <p>P 2 Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen</p> <p>P 3 Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen</p>
PG 07 Geologisches Landesamt	<p>P 1 Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme</p> <p>P 2 Geowissenschaftliche Information und Beratung</p>
PG 08 Umweltuntersuchungen	<p>P 1 Wasseruntersuchungen, Gewässergütemessnetz</p> <p>P 2 Boden- und Abfalluntersuchungen</p> <p>P 3 Luftuntersuchungen, Luftmessnetz</p> <p>P 4 Medienübergreifende Aufgaben</p>

Die zum Produktbereich gehörende Wassergütestelle Elbe (§15 LHO-Betrieb) wird gesondert im Wirtschaftsplan und der dazugehörenden Produktinformation dargestellt.

<sup>18</sup> Hierin enthalten sind die Ausgaben für die Leitung und Amtsassistentz des Produktbereiches in Höhe von 305 Tsd. EUR in 2003 (306 Tsd. EUR in 2002, 324 Tsd. EUR in 2001). 11 Tsd. EUR bei 427.01 „Beschäftigungsentgelte“ in 2002 und 2003 und 13 Tsd. EUR in 2001 sind bereits bei der PG 07 berücksichtigt. Die Absenkung des Personalbudgets von 1999 bis 2001 um die Konsolidierungsverpflichtung des Bereichs „Umwelt“ konnte im Stellenbestand noch nicht nachvollzogen werden. Dies gilt auch für nachstehende Produktgruppen.

<sup>19</sup> Hierin enthalten sind:  
 zuwachsende Einnahmen über die Grundbewilligung hinaus beim Titel 519.02,  
 Plan 2003: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 3 Tsd. EUR  
 Plan 2002: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 2 Tsd. EUR  
 Ergebnis 2001: inkl. Drittmittel und Ausgaben der Bezirke in Höhe von 2.106 Tsd. EUR

<sup>20</sup> Inkl. zuwachsender Einnahmen bei den Titeln 787.90 und 891.02. In dem Ergebnis sind Ausgaben der Bezirke in Höhe von 186 Tsd. EUR für 2001 enthalten.

<sup>21</sup> Hierin enthalten sind die Stellen für die Leitung und Amtsassistentz des Produktbereiches in Höhe von 5,5 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z 1. Umsetzen der Anforderungen nach Art. 4 EG- WRRL zum Erreichen und Sichern des guten Zustandes aller Wasserkörper bis 2015.</p> <p>Z 2. Erarbeiten der Bestandsaufnahme für alle Wasserkörper nach Art. 5 und 6 EG- WRRL bis 2003.</p> <p>Z 3. Ermitteln wasserwirtschaftlicher Zustandsdaten von Gewässerkörpern nach § 64 HWaG und Art. 8 EG- WRRL.</p> <p>Z 4. Bereitstellen der Zustandsdaten in Informationssystemen zum Erstellen der Bestandsaufnahme nach Art. 5 und 6 EG- WRRL und Erfüllen der Berichtspflichten aus weiteren EU-Richtlinien; Bereitstellen von Daten für Dienststellen in Behörden, Bürger, Ingenieurbüros und ausführende Firmen bei Wasserrechtsverfahren, Planungen und Bauausführungen.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Festlegen von Maßnahmen des Gewässerschutzes bei der Bauleitplanung sowie in Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren, Umsetzen weiterer EU-Richtlinien, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zur Verbesserung der Gewässergüte, Bereitstellung wasserwirtschaftlicher Daten im Fachinformationssystem Oberflächengewässer.</li><li>- Wahrnehmen der Fachaufsicht über den Betrieb der öffentlichen Toiletten.</li><li>- Umsetzen der Abwasserbeseitigungsplanung durch Inbetriebnahme der Niederschlagswasserbehandlungsanlage im Einzugsgebiet der Mittleren Bille</li></ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Fortsetzen der Bestandsaufnahme und Erstbewertung der Oberflächengewässerkörper</li><li>- Anpassen der aktuellen Anforderungen an die Trinkwassernetversorgung</li><li>- Umweltverträgliche Behandlung von Baggergut</li></ul> <p>P 2 Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Fortsetzen der Bestandsaufnahme und Erstbewertung der Grundwasserkörper</li><li>- Einschätzung des Zustandes des Grundwassers bezogen auf Menge und Qualität</li><li>- Nachhaltige überregionale Bewirtschaftung des Grundwassers als natürliche Ressource für die Trinkwasserversorgung der Metropolregion durch Konzentration und Aktualisierung der Wasserrechte</li><li>- Vorbeugender Schutz des Grundwassers bei der Bauleitplanung, in Planfeststellungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren sowie durch Festsetzung des Wasserschutzgebiets Stellingen-Nord und durch Wasserschutzgebietsvollzug.</li><li>- Erarbeiten GIS-gestützter planerischer Grundlagen für den Grundwasserschutz</li><li>- Entbürokratisierung durch verstärkte Eigenüberwachung</li></ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Ausweisung des WSG Stellingen-Nord und verstärkte Grundwasserüberwachung im Stellingener Raum</li><li>- Wasserversorgungsplanung und EU-Wasserrahmenrichtlinie</li><li>- Pilotprojekt Bewirtschaftungsplan Moorburger Landschaft nach den Anforderungen der EG- WRRL</li></ul> <p>P 3 Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Betrieb von Grundwasser- und Oberflächengewässermessnetzen zur Überwachung des Zustandes der Gewässerkörper und Bereitstellen der ermittelten und ausgewerteten wasserwirtschaftlichen Zustandsdaten in Informationssystemen</li><li>- Vergabe von wasserwirtschaftlichen Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen für Messstellen der gewässerkundlichen Überwachungsmessnetze und der Altlastensondierung/-sanierung</li></ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Quantitativ und qualitativ optimierte Strukturierung der Überwachungsmessnetze hinsichtlich Messstellenanzahl, Messort, Messart und Datentransfer in die Informationssysteme</li><li>- Umrüstung der Messtechnik auf digitalen Messbetrieb</li><li>- Verbesserte Qualitätssicherung bei wasserwirtschaftlichen Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen</li></ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.293	5.426	11.010
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.884	5.017	5.913
- Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	409	409	5.097
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.069	31.109	31.809
- Personalausgaben in Tsd. EUR	3.186	3.192	3.319
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	27.883	27.917	28.490
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	32	32	34
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>22</sup>	2.675	3.180	7.227
Stellen <sup>23</sup>	59,22	59,22	60,22

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	329	331	339
- innerbehördlich in Tsd. EUR	280	282	288
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	49	49	51

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Grundwassergebühren nach dem Grundwassergebührengesetz (4.448 Tsd. EUR, Titel 111.02), P 2
- Benutzungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung (264 Tsd. EUR, Titel 111.12 anteilig), P 1 und P 3
- Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gem. § 8 Abs. 1 Sielabgabengesetz (409 Tsd. EUR, Titel 341.36), P 1
Betriebsausgaben:
- Betriebskonto der öffentlichen Toiletten (Rahmenzuweisung an die Bezirke) (680 Tsd. EUR, Titel 517.81), P 1
- Gebühren für die Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für den Niederschlagswasseranteil (HSE) gemäß jährlicher Festsetzung der Sielbenutzungsgebühr durch Senatsverordnung (24.000 Tsd. EUR, Titel 535.04), P 1
- Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz u.a. für den Betrieb gewässerkundlicher Messanlagen sowie für gewässerkundliche Messungen und Untersuchungen (359 Tsd. EUR, Titel 541.04 anteilig), P 1 bis P 3
- Erstattungen an HSE für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen (2.597 Tsd. EUR, Titel 671.04), P 1
Investitionen:
- Neu-, Rückbau und Sanierung von Messstellen sowie Verbesserung der Gewässergüte, (500 Tsd. EUR, Titel 742.02), P 1 bis P 3
- Bau von Straßenentwässerungsanlagen (Grundinstandsetzung, Erneuerung) (1.600 Tsd. EUR, Titel 891.03), P 1

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer:			
Wasserbehördliche und schiffahrtsrechtliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen <sup>24</sup>	2.215	2.045	2.133
Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zur Verbesserung der Gewässergüte	6	7	8

<sup>22</sup> Inkl. zuwachsender Einnahmen beim Titel 891.02

<sup>23</sup> Die Personalausgaben und Stellen enthalten auch die Werte der Leitung und Verwaltung der PG 04. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>24</sup> erhöhte Anzahl von Auskünften und Beratungen, da Addition der Kennzahlen mit dem ehemaligen Produkt 4

**Produktbereich: 02**  
**Umweltschutz**

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Umsetzung EU-Richtlinien <sup>25</sup>	7	7	7
Ausgewiesene Badegewässer	18	18	18
Ausgewiesene Fischgewässer	19	19	19
Bestand öffentlicher Toiletten	50	50	55
Wasserrechtliche und schiffahrtsverkehrliche Bescheide (Genehmigungen, Abnahmen, Anordnungen) <sup>26</sup>	460	450	486
Überwachung der Oberflächengewässernutzungen <sup>26</sup>	430	430	279
<b>P 2: Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers:</b>			
Wasserbehördliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen <sup>26</sup>	3.680	3.680	3.928
Überwachung von Grundwassernutzungen <sup>26</sup>	885	787	177
Fachaufsicht über die Trinkwassernotbrunnen gemäß WasSG <sup>26</sup>	94	98	93
Anzahl der Programme beim umfassenden Grundwassermonitoring (flächendeckend, in WSG, objektbezogen bei Bauvorhaben)	17	17	14
Wasserrechtliche Bescheide (Erlaubnisse, Bewilligungen, Ausnahmegenehmigungen) <sup>26</sup>	480	480	595
<b>P 3: Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme:</b>			
Wasserbehördliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen <sup>26</sup>	300	300	299
Messstellen Grundwassermessnetz <sup>27</sup>	1.045	1.060	1.075
Messstellen Oberflächengewässermessnetz <sup>28</sup>	90	90	90
Messstellen mit digitaler Messtechnik	420	110	97
Auftragsvergaben Rahmen-/Leistungsverträge für Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen an/für Messstellen	120	120	120
Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen an/für Messstellen	1.500	1.500	1.980
Wasser- und schiffahrtsrechtliche Gebührenbescheide (Umweltgebührenordnung, Grundwassergebührengesetz)	1.700	1.700	1.740
Durchschnittliche Einnahmen pro Auskunft/Beratung in EUR	125	125	151

<sup>25</sup> Badegewässer, Fischgewässer, Muschelgewässer, Gefährliche Stoffe einschließlich Tochterrichtlinien, Oberflächengewässer/Trinkwassergewinnung, EG-Wasserrahmenrichtlinie

<sup>26</sup> Kennzahlveränderung durch geänderten Produktzuschnitt in 2003

<sup>27</sup> Infolge der Schwerpunktsetzung zur Umstellung des Grundwassermessnetzes auf digitalen Messbetrieb konnte der Messstellentrückbau nur in geringerem Umfang als geplant durchgeführt werden.

<sup>28</sup> Im Ergebnis der aktuellen Überprüfung der gewässerkundlich notwendigen Messstellen ist mittelfristig von einer annähernd konstanten Messstellenanzahl auszugehen.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Schutz, Wiederherstellen und Entwickeln der Bodenfunktionen: Natürliche und naturnahe Böden sind im Sinne eines sorgsam Flächenverbrauchs zu sichern und vor Funktionsverlusten zu schützen; Bereitstellen der Fachdaten (vorsorgender Bodenschutz)
Z2:	Nachhaltige Reduzierung anthropogener Boden- und Grundwasserbelastungen: Verdachtsflächen, schädliche Bodenverunreinigungen und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen sind zu untersuchen, ggf. zu sanieren sowie zu überwachen (nachsorgender Boden- und Grundwasserschutz).
Z3:	Reduzierung des Flächenverbrauchs: Belastete Flächen sollen für eine Nutzung neu bzw. wieder zur Verfügung stehen (Flächenrecycling)
Z4:	Schadensbegrenzung und Verhinderung neuer Altlasten: Akut eingetretene und aufgedeckte Schadensfälle sind unverzüglich zu bearbeiten (Gefahrenabwehr)
Z5:	Optimierung des Bodenschutzes und des untergesetzlichen Regelwerks; Mitwirkung an der bodenrelevanten Rechtsetzung
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Bodenschutz- und Altlastenplanung/ Informationssysteme</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorsorgender Bodenschutz, Beiträge zur Rechtssetzung, Koordinierung der Bodenschutz- und Altlastenbearbeitung</li> <li>- Erfassung und Aufbereitung von Daten in Informationssystemen</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sorgsamer Flächenverbrauch in Planungs- und Zulassungsverfahren: Vollzug der Bodenfunktionsbewertung</li> <li>- Weiterer Ausbau der Fachinformationssysteme für Bodenschutz und Altlasten und Einführung eines öffentlichen Zuganges zu ausgewählten Daten</li> <li>- Anforderungen an den Umgang mit belasteten Böden transparenter machen (Vollzug § 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung)</li> </ul>
P 2	<p>Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben - insbes. die Untersuchung und Gefährdungsabschätzung, das Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen, das Prüfen von Sanierungskonzepten und die Kontrolle des Sanierungserfolgs bei kritischen Bodenbelastungen (z. B. Kinderspielflächen, Gefährdungen von Menschen durch ausströmende Deponiegase, Grundwassergefährdungen durch Schadstoffe im Boden) und Verunreinigungen des Grundwassers.</li> <li>- Prüfung von Bau- und Planungsvorhaben auf diesen Flächen und ggf. Erteilung und Durchsetzung von Auflagen</li> <li>- Überwachung der Sicherheit von Altdeponien (Deponiegas) sowie festgestellter Grundwasserverunreinigungen</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Altlastenbearbeitung im Trinkwassergewinnungsgebiet Stellingen</li> <li>- Abschließende Bewertung der Altspülfelder in Bergedorf und HH-Mitte</li> <li>- Identifizierung bisher nicht bearbeiteter Grundwasserschäden</li> <li>- Gefährdungsabschätzung und das Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand bis 2005 sowie auf privaten Altlastverdachtsflächen</li> </ul>
P 3	<p>Flächenrecycling</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Maßnahmen im Rahmen des Flächenrecyclings, bei Bau- und Planungsvorhaben und beim Grundstücksverkehr mit altlastverdächtigen Flächen. Grundlage des Handelns bildet neben dem Bodenschutzrecht auch das Bau- und Planungsrecht</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Altlastensanierung und Bodenmanagement HafenCity</li> <li>- Reaktivierung von Konversionsflächen (Bahnflächen, z. B. Güterbahnhof Barmbek)</li> <li>- Systematische Untersuchung der im Brachflächenkataster ausgewiesenen Altlastverdachtsflächen</li> </ul>
P 4	<p>Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr)</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen nach Unfällen und Betriebsstörungen mit Boden- und Gewässerverunreinigungen sowie bei akut aufgedeckten Altlasten und Schadensfällen, die unverzügliches Handeln erfordern (laufende Baumaßnahmen, Brunnenverunreinigungen).</li> <li>- Untersuchung und ggf. Sanierung von (ehem.) chemischen Reinigungen</li> </ul>

**Produktbereich: 02**  
**Umweltschutz**

Schwerpunkte: - Chemische Reinigungen
--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	93	83	149
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR <sup>29</sup>	67	57	124
- Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	26	26	25
- Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.875	2.888	2.996
- Personalausgaben in Tsd. EUR	2.824	2.829	2.943
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	51	59	53
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.860	5.518	5.692
Stellen <sup>30</sup>	52,53	53,53	53,53

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	292	293	300
- innerbehördlich in Tsd. EUR	249	250	255
- überbehördlich (1,5 %) in Tsd. EUR	43	43	45

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Investitionen: - Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen (3.260 Tsd. EUR, Titel 787.01), P 1 bis P 4 - Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe (1.600 Tsd. EUR, Titel 787.02, Anordnungsbefugnis Behörde für Inneres).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Bodenschutz- und Altlastenplanung/ Informationssysteme:			
Stellungnahmen in Planungs- und Zulassungs- verfahren	25	18	25
Auskünfte und Beratungen	590	590	644
P 2: Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas:			
Fälle in Bearbeitung	280	200	215
Abgeschlossene Fälle	186	150	180
Fälle in Überwachung	99	61	92
Bearbeitete Fälle pro Mitarbeiter/in	34	24	33
Mittleinsatz pro Fall in Tsd. EUR	4,50	4,70	5
P 3: Flächenrecycling:			
Fälle Flächenrecycling in Bearbeitung	30	30	20
Fälle Flächenrecycling abgeschlossen	30	30	30

<sup>29</sup> Ergebnis 2001 : inkl. der Einnahme beim außerplanmäßig eingerichteten Titel 341.09

<sup>30</sup> Die Personalausgaben und Stellen der Leitung und Verwaltung der PG 04 sind in den Werten der PG 03 enthalten. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Abgeschlossene Fälle Flächenrecycling in ha	30	30	44
Fälle Bau- und Planungsvorhaben in Bearbeitung	100	95	95
Fälle Bau- und Planungsvorhaben abgeschlossen	100	120	120
Fälle in Überwachung	1	3	2
In Bearbeitung befindliche und abgeschlossene Fälle pro Mitarbeiter/in	30	31	31
Mitteinsatz pro Fall in Tsd. EUR	1,80	1,85	2,70
<b>P 4: Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr):</b>			
Fälle in Bearbeitung	175	170	207
Fälle abgeschlossen	40	40	30
Fälle ohne Folgemaßnahmen	20	20	16
Mitteinsatz pro Fall in Tsd. EUR	0,90	0,90	0,90
In Bearbeitung befindliche und abgeschlossene Fälle pro Mitarbeiter/in	31	30	34
Tankstellenstandorte in Bearbeitung	15	60	2.400
Chemische Reinigungen in Bearbeitung	80	80	80

**Produktgruppe 05: Abfallwirtschaft**

**Kapitel 8700**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Verwirklichung einer ressourcenschonenden, europakonformen Kreislaufwirtschaft und Verbesserung der Stadtpflege zur Hebung der Lebensqualität in Hamburg.
Z2:	Sicherstellung der umweltverträglichen und ordnungsgemäßen Entsorgung durch nationale und internationale Nachweisverfahren. Nachhaltiger Meeresumwelt- und Gewässerschutz durch eine moderne Schiffsentsorgung.
Z3:	Sicherstellung der ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Behandlung und Lagerung von Abfällen in den Entsorgungsanlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Entsorgungsanlagen
Z4:	Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für die FHH durch die aktive Mitwirkung im Norddeutschen Entsorgungsverbund mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern sowie Bremen
Z5:	Modernisierung der Verwaltung auf Grundlage des Qualitätsmanagementhandbuchs nach DIN EN ISO 9000: 2000
<i>Produkte</i>	
P 1	Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Zukunftsfähigkeit der Kreislaufwirtschaft soll durch eine Verbesserung der Verwertung in quantitativer wie qualitativer Hinsicht verwirklicht werden. Die Verwertung der kommunalen Abfälle liegt über 50 % und soll weiter gesteigert werden. Beim Bauabfall soll die Verwertungsquote von 90% gesichert und ein hochwertiges Recycling aufgebaut werden.</li> <li>- Die Eigenverantwortung der Wirtschaft wird gestützt durch Anerkennungen und Überwachungen von Beauftragten Dritten, Verbänden und Selbstverwaltungskörperschaften (§§ 16,17,18 KrW-/AbfG), Rücknahmeverpflichtungen im Rahmen der Produktverantwortung (§ 22 ff KrW- /AbfG), von Entsorgungsgemeinschaften (§ 52 (3) KrW- /AbfG) sowie durch Kooperationen mit Verbänden der Wirtschaft.</li> <li>- Festlegung von Rahmenbedingungen für die ordnungsgemäße Entsorgung durch juristische und technische Normen und deren Umsetzung durch u. a. Landesabfallwirtschaftspläne und regionale Entsorgungskonzepte</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Strukturierung der Elektro- und Elektronikgeräteerfassung und -verwertung in Hamburg im Hinblick auf die Anforderungen der EU-Richtlinie</li> <li>- Implementierung einer innovativen Abfallwirtschaft in der HafenCity</li> <li>- Optimierung der Stadtpflege durch verbesserte Koordination aller Reinigungsaktivitäten einschließlich Graffiti beseitigung und Verwirklichung von Sonderprogrammen in dafür prädestinierten Stadtteilen</li> </ul>
P 2	Qualitätssicherung der Entsorgungswege Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Steuerung der Sonderabfallentsorgung durch den Einsatz der abfallrechtlichen Regelungsinstrumente wie</li> </ul>

**Produktbereich: 02  
Umweltschutz**

	<p>das Entsorgungsnachweis- und Begleitscheinverfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Notifizierungsverfahren bei grenzüberschreitenden Abfallverbringungen (Importe/Exporte) Kompetente Beratung von Abfallbesitzern und Entsorgungspflichtigen zu Problemen und Fragen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Sonderabfällen im In- und Ausland</li> <li>- Entsorgung von Rückständen aus See- bzw. Binnenschiffen</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau des bundesweit eingesetzten Abfallüberwachungssystems „ASYS“ im Bereich der Länderkommunikation</li> <li>- Intensivierung des Interneteinsatzes zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit bei Dienstleistungen und der Datenkommunikation mit der Entsorgungswirtschaft</li> </ul>
P 3	<p>Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fachkundige Beratung und Service zur Sicherstellung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Entsorgungsanlagen</li> <li>- Schwerpunktmäßige, medienübergreifende Umweltinspektionen zur Beseitigung von Missständen und Gewährleistung der Gleichbehandlung (Garantenstellung)</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratung der Anlagenbetreiber über die bestehenden und sich häufig ändernden gesetzlichen Grundlagen des nationalen und europäischen Rechts einschließlich der Erteilung der erforderlichen Zulassungen und Genehmigungen für die Entsorgungsanlagen und deren Änderungen</li> <li>- Schwerpunktmäßige Umweltinspektionen zur Sicherstellung des gesetzeskonformen, ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Betriebes der Entsorgungsanlagen in den Bereichen Elektronikschrott und Altöl</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	384	378	465
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	384	378	465
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.053	35.307	39.390
- Personalausgaben in Tsd. EUR	2.438	2.442	2.540
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.615	32.865	36.850
Stellen <sup>31</sup>	50,67	51,67	50,67

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	252	253	259
- innerbehördlich in Tsd. EUR	215	216	220
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	37	37	39

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verwaltungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen ( 297 Tsd. EUR Titel 111.05), P 1 und P 2</li> </ul> <p>Betriebsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft (733 Tsd. EUR, Titel 541.03), P 1 bis P 3</li> <li>- Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen, Zweckzuweisung an die Bezirke (1.081 Tsd. EUR, Titel 521.86), P 1</li> <li>- Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt (24.453 Tsd. EUR, Titel 671.01), P 1</li> <li>- Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (911 Tsd. EUR, Titel 671.02), P 1</li> <li>- Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst (5.422 Tsd. EUR, Titel 671.05), P 1</li> </ul>

<sup>31</sup> Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 1: Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege:</b>			
Anteil der Verwertung bei kommunalen Abfällen in %	55	54	-
Anteil der Verwertung bei Bauabfällen in %	90	90	90
Anteil der separat erfassten Altbatterien in %	65	60	60
Aufwand pro Bürger für die Reinigung der Stadt und Verkehrssicherheit inkl. Winterdienst aus Haushaltsmitteln in EUR	18,75	18,74	21,74
<b>P 2: Qualitätssicherung der Entsorgungswege:</b>			
Durch Vergabe zu erfassende Datensätze	55.000	55.000	51.000
Genehmigungsverfahren für die Entsorgungswege	600	600	800
Entsorgungskontrollen	300	400	245
Beratungen und Informationen	500	500	545
Anteil der Erzeuger/Beförderer/Entsorger, die beraten werden müssen in %	7,50	7,50	6,50
Anteil der entsorgten Schiffe, zu den insgesamt Hamburg anlaufenden Schiffen in %	20	18	19
Subvention durch BUG je m <sup>3</sup> entsorgter Ölrückstände in EUR/m <sup>3</sup>	0	20	20
Kosten für die Subvention der Schiffsentsorgung je 1000 t Umschlag in Tsd. EUR	0	14	11,50
Entsorgung von öl- und chemiekalienthaltigen Rückständen in m <sup>3</sup>	50.000	45.000	50.351
<b>P 3: Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen:</b>			
Genehmigungsverfahren/Änderungsanzeigen zur Sicherstellung der gesetzlichen Grundlagen <sup>32</sup>	65	65	110
Beratungen und Stellungnahmen zur Stärkung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit <sup>33</sup>	800	470	916
Umweltinspektionen zur Verhinderung von Missständen und Umweltbeeinträchtigungen	240	240	271

<sup>32</sup> Die Zahlen in 2001 sind erhöht, da wegen der Umstellung auf neue Abfallschlüsselnummern einmalig Ergänzungsbescheide zu bestehenden Genehmigungsbescheiden erteilt werden mussten.

<sup>33</sup> Planwert 2002 bei „Beratungen und Stellungnahmen“ aktualisiert

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Auf städtischen Flächen entsprechend den Vorgaben im Rahmen des nachsorgenden Bodenschutzes zur Gefahrenabwehr bei Altlasten sowie des Flächenrecyclings <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vorbereiten der Sanierung von 36 Projekten</li> <li>- Abschluss der Bearbeitung von Altlasten auf städtischen Flächen bis zum Jahr 2010</li> </ul>
Z2:	Baudurchführung von 13 Sanierungsprojekten
Z3:	Betreiben und Überwachen von 32 Sanierungsanlagen
<i>Produkte</i>	
P 1	Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Technische Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen von Altlasten auf städtischen Flächen, soweit die FHH pflichtig ist, sowie bei Ersatzvornahmen oder im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge.</li> <li>- Die Auswahl der adäquaten Sanierungsmaßnahme erfolgt in der Sanierungsuntersuchung gemäß Bundesbodenschutzgesetz, die weitere Detaillierung in der Sanierungsplanung. Leistungen des Produkts sind das Sanierungskonzept, die Entwurfs-, Genehmigungs-, Haushalts- und Ausschreibungsunterlagen sowie die Ausschreibung und Vergabe.</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Haltermann</li> <li>- HafenCity/Am Grasbrookhafen (Ehem. Gaswerk Grasbrook)</li> </ul>
P 2	Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung der bautechnischen Maßnahmen vor Ort wie z. B. Auskoffern von kontaminierten Böden, Herstellen von Sicherungsbauwerken, Erstellen von verfahrenstechnischen Anlagen. Leistungen sind die Projektleitung und die Wahrnehmung der Bauaufsicht als öffentlicher Bauherr.</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- HafenCity/Am Grasbrookhafen</li> </ul>
P 3	Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verfahrenstechnischer Betrieb von Anlagen zur Förderung und Reinigung von kontaminierten Grundwässern, zum Fassen und Reinigen von Sickerwässern sowie zum Fassen und Verwerten/Beseitigen von Deponiegasen. Der Sanierungserfolg muss überwacht werden.</li> <li>- Bautechnische Sicherungsmaßnahmen (Abdecksysteme, Dichtwände) müssen unterhalten, überwacht und kontrolliert und ggf. repariert werden. Die langfristige Wirksamkeit soll so sichergestellt werden.</li> <li>- Zur Kostenreduzierung wird die Verwertungsmöglichkeit von gereinigten Grundwässern als Brauchwasser sowie von Deponiegasen als Energieträger weiterhin angestrebt. Mit Hilfe einer vereinfachten Kostenrechnung erfolgt eine Kostenkontrolle.</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachsorge bei den Sicherungsmaßnahmen</li> <li>- Die Laufzeiten von Grundwassermaßnahmen sollen durch unterstützende Maßnahmen im Untergrund verkürzt werden, sowie die Automatisierung, Optimierung und zentrale Steuerung von Sanierungsbetriebsanlagen weiter verfolgt werden</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	107	102	446
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	107	102	162
- Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	284
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.189	2.207	2.272
- Personalausgaben in Tsd. EUR	2.130	2.134	2.219
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>34</sup>	59	73	53

<sup>34</sup> inkl. zuwachsender Einnahmen über die Grundbewilligung hinaus beim Titel 519.02

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>35</sup>	15.881	16.088	21.037
Stellen <sup>36</sup>	39,91	40,25	40,25

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	221	222	226
- innerbehördlich in Tsd. EUR	188	189	192
- überbehördlich (1,5 %) in Tsd. EUR	33	33	34

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Investitionen:
- Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen (1.020 Tsd. EUR, Titel 787.06), P 1; besonders hervorzuheben sind Rondenbarg (85 Tsd. EUR) und Haltermann (200 Tsd. EUR)
- Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen mit Gesamtsanierungsbaukosten von jeweils unter 5 Mio. EUR (10.000 Tsd. EUR, Titel 787.07), P 2; besonders kostenintensiv sind Am Radeland (2.250 Tsd. EUR) und Neuländer Hauptdeich (2.250 Tsd. EUR)
- Sanierungsmaßnahmen mit Gesamtsanierungsbaukosten über 5 Mio. EUR im Einzelfall: HafenCity/Am Grasbrookhafen (2.550 Tsd. EUR, Titel 787.71) P 2; (Gesamtkosten: rd. 11.800 Tsd. EUR)
- Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken (2.250 Tsd. EUR), Titel 787.90 Grundbewilligung, P 3; herausragende Projekte sind die gesicherte Altablagerung Deponie Georgswerder sowie die Grundwassersanierungsanlage Jütländer Allee

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben:			
Projekte in Bearbeitung	36	42	51
Abgeschlossene Konzepte	11	7	14
Abgeschlossene Entwürfe	8	12	9
Durchgeführte Ausschreibungen	11	12	11
Durchgeführte Vergaben	11	11	11
Mittlere Bearbeitungszeit je Konzept in Monaten	15	18	18
Mittlere Bearbeitungszeit je Entwurf in Monaten	13	14	14
Abgeschlossene Untersuchungen von Verdachtsflächen (FHH)	10	11	15
P 2: Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen:			
Projekte in Bearbeitung	14	15	27
Durchgeführte Sanierungen (Dekontaminationen)	4	3	14
Erstellte Sicherungsanlagen (Ingenieurbauwerke)	1	3	2
Erstellte Grund- u. Sickerwasser- sowie Entgasungsanlagen	4	4	1
P 3: Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen:			
Betreiben von Grundwasseraufbereitungsanlagen	13	12	10
Betreiben von Sickerwasserbehandlungsanlagen	11	9	8

<sup>35</sup> inkl. zuwachsender Einnahmen über die Grundbewilligung hinaus beim Titel 787.90

<sup>36</sup> Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

**Produktbereich: 02**  
**Umweltschutz**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betreiben von Entgasungsanlagen	2	2	2
Unterhalten und Überwachen gesicherter Altlasten	6	5	4
Laufende Behandlungskosten je m <sup>3</sup> Grundwasser in EUR/m <sup>3</sup>	0,60	0,60	0,65
Laufende Behandlungskosten je m <sup>3</sup> Sickerwasser in EUR/m <sup>3</sup>	24	25	24

**Produktgruppe 07: Geologisches Landesamt**

**Kapitel 8700**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Zentrale Sammlung, Archivierung und Interpretation geowissenschaftlicher Informationen und Daten des Hamburger Raumes <ul style="list-style-type: none"> <li>- Dokumentation geowissenschaftlicher Informationen und Daten in Form von Fachinformationssystemen und geowissenschaftlichen Karten</li> <li>- vertiefende Untersuchungen zur Verbesserung geowissenschaftlicher Grundlagen</li> </ul>
Z2:	Information und Beratung staatlicher Stellen und Dritter, insbesondere auf den Gebieten der Ingenieurgeologie und Hydrogeologie
<i>Produkte</i>	
P 1	Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sammlung, Archivierung, Interpretation und Dokumentation geowissenschaftlicher Daten</li> <li>- Kontinuierliche Weiterentwicklung des Fachinformationssystems (FIS) „Geologie“ und Schaffung breiter Nutzungsmöglichkeiten über das behördenweite Intranet</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bereitstellung geowissenschaftlicher Daten durch die Präsentation des Fachinformationssystems „Geologie“ im behördenweiten Intranet (Entwicklung und Umsetzung von Vermarktungsstrategien)</li> <li>- Fertigstellung der Amtlichen Geologischen Karte 1:25.000 Blatt 2326 „Fuhlsbüttel“</li> <li>- Erstellung digitaler geologischer Standardprofile und Übersichtskarten und Veröffentlichung auf CD-ROM</li> </ul>
P 2	Geowissenschaftliche Information und Beratung Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Information und Beratung staatlicher Stellen und Dritter insbesondere bei hydrogeologischen und ingenieurgeologischen Fragestellungen</li> </ul> Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung hydrogeologischer Themenkarten zur Erst- und weitergehenden Beschreibung nach EU-Wasserrahmenrichtlinie (Geometrie und Verbreitung der Grundwasserkörper, Grundwasserhydraulik)</li> <li>- Konzeption eines integrierten hydrogeologischen Modells für die Metropolregion Hamburg (Zusammenführung vorhandener Regionalmodelle der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein)</li> <li>- Sedimentpetrografische Differenzierung von Grundwasserleitern zur Optimierung von Grundwassermodellierungen</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	25	49	329
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	25	49	329
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.353	1.361	1.705
- Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>37</sup>	1.270	1.273	1.545
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	83	88	160
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	15	10	1
Stellen <sup>38</sup>	21,50	21,50	21,50

<sup>37</sup> einschl. 11 Tsd. EUR bei 427.01 „Beschäftigungsentgelte“ in 2002 und 2003 und 13 Tsd. EUR in 2001.

<sup>38</sup> Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	130	131	156
- innerbehördlich in Tsd. EUR	111	112	133
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	19	19	23

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Betriebsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs des Geologischen Landesamtes sind im wesentlichen Mittel für die Unterhaltung,</li> <li>- Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten, von Hilfsmitteln für die Sammlung, Archivierung, Interpretation und Dokumentation von Geodaten sowie zur Durchführung von Labor- und Feldarbeiten vorgesehen (83 Tsd. EUR, Titel 541.02, 547.01), P 1 und P 2</li> <li>- Ausgaben auf Grund von Aufträgen Dritter werden bei den Einnahmetiteln 119.01 und 282.01 vereinnahmt und bei den Leertiteln 429.62 / 534.62 und 429.63 / 534.63 verausgabt, P 1 und P 2</li> </ul>

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme:			
Sammlung und Archivierung geowissenschaftlicher Daten, Sammlung von Belegproben – Vorhalten von Schichtenverzeichnissen	246.000	244.000	243.184
Interpretation und Dokumentation geowissenschaftlicher Daten – Verfügbarmachung digitaler geowissenschaftlicher Karten	25	20	15
P 2: Geowissenschaftliche Information und Beratung:			
Geowissenschaftliche Beratungen (Geologie, Hydrogeologie, Ingenieurgeologie)	400	400	667
Vorhalten bzw. Erstellen von Grundwassermodellen zur Klärung wasserwirtschaftlicher Fragestellungen	25	22	22
Erstellen hydrogeologischer Themenkarten und -schnitte	45	45	58
Anteil der Auskünfte und Beratungen für Private / Gesamtzahl der Auskünfte und Beratungen in %	75	75	71

**Produktgruppe 08: Umweltuntersuchungen**

**Kapitel 8700**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Erhebung des Zustandes der Gewässer als Grundlage für die Erstellung von Maßnahmenprogrammen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG), der Richtlinie über gefährliche Stoffe (76/464/EWG), der Fischgewässerrichtlinie (78/659/EWG) und der Badegewässerrichtlinie (76/160/EWG).
Z2:	Durchführung und Bewertung von Boden- und Abfall-(Produkt-)untersuchungen, Optimierung der Radioaktivitätsuntersuchungen zur rationellen Erfüllung der Aufgaben gemäß Strahlenschutzvorsorgegesetz, kontinuierliche Erweiterung des Methodenspektrums zur Überwachung gentechnisch veränderter Organismen, insbesondere unter Berücksichtigung der EU-Richtlinie über gentechnisch veränderte Lebensmittel.
Z3:	Sicherung bzw. Verbesserung der Luftqualität durch Umsetzung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie 96/62/EG und ihrer Tochterrichtlinien sowie der TA Luft, der 22. und 23. BImSchV durch entsprechende Untersuchungen, Information der Öffentlichkeit und Berichterstattung für die EU. Erfolgskontrolle von Luftreinhaltemaßnahmen bei Partikeln und Krebs erregenden Luftschadstoffen sowie hinsichtlich Ozon.
Z4:	Bereitstellung von organischen Einzelstoffanalysen bei schwierigen analytischen Fragestellungen. Untersuchung prioritärer organischer Stoffe nach EU-Wasserrahmenrichtlinie und Richtlinie 76/464/EWG. Verfügbarmachen der Datenbestände für Zugriffe über Intra- und Internet auf der Basis der in den Jahren 1999 - 2002 erneuerten Fachinformationssysteme. Mitwirkung bei der Schaffung rechtlicher Regelungen zu Untersuchung und Bewertung der Umwelt.

**Produktbereich: 02**  
**Umweltschutz**

<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Wasseruntersuchungen, Gewässergütemessnetz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sachverständige Beratung innerhalb der FHH und in überregionalen Fachgremien zu Fragen der Qualität von Oberflächengewässern sowie von Grund-, Trink-, Deponiesicker- und Abwasser einschließlich deren Bewertung, zur Messstrategie und Messtechnik.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Untersuchungen von Oberflächengewässern und Grundwasser insbesondere in Wasserschutzgebieten (Pflanzen-behandlungsmittel, Arzneimittel, endokrin wirksame Stoffe u.a.)</li> <li>- Abschließende Bestandsaufnahme der Gewässer gemäß Anhang II der Wasserrahmenrichtlinie sowie Konzeption eines Pilot-Überwachungsprogramms gemäß Art. 8 und Anhang V.</li> </ul>
P 2	<p>Boden- und Abfalluntersuchungen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Konzeptionierung von Untersuchungen, Probenahme und Analytik sowie Bewertung von Böden und Abfällen im Rahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, der Altlastensanierung und des Flächenrecycling (Gefahrenabwehr und nachsorgender Bodenschutz) entsprechend BBodSchG (BBodSchV) bzw. Technische Regeln der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall etc. sowie im Rahmen der Überwachung und Amtshilfe gemäß KrW-AbfG, Strafrecht, SOG; Bereitstellen von Daten für den vorsorgenden Bodenschutz und eine nachhaltige Flächenentwicklung (HmbBodSchG - Bodeninformationssystem)</li> <li>- Überwachung der Umweltradioaktivität nach StrVG (Landesmessstelle für Umweltradioaktivität) und Bereitstellung von Ressourcen für Aufgaben des Katastrophenschutzes</li> <li>- Nachweis und Identifizierung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) im Rahmen der Überwachung gentechnischer Anlagen und Arbeiten nach dem GenTG und Überwachung freigesetzter und in Verkehr gebrachter GVO entsprechend der EU-Richtlinie für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Untersuchungen von Oberböden unter landwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzung vorrangig auf den IGA-Flächen in Wilhelmsburg</li> </ul>
P 3	<p>Luftuntersuchungen, Luftmessnetz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Notifizierung privater Messinstitute nach §§ 26, 28 BImSchG und diversen BImSchVs sowie Qualitätsüberwachung ihrer Messpraxis.</li> <li>- Sachverständige Beratung innerhalb der FHH, in Bund/Länder-Arbeitsgruppen und in Normungsgremien zu Fragen der Luftqualität in Immission und Emission, ihrer Bewertung sowie zur Messstrategie und Messtechnik.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgangsbeurteilung für Schwermetalle und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe im Rahmen der EU-Richtlinie 96/62/EG.</li> <li>- Untersuchungen zur Luftbelastung durch Feinstpartikel als Beitrag zur Revision der EU-Partikelgrenzwerte.</li> </ul>
P 4	<p>Medienübergreifende Aufgaben</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweitung der Laborantenausbildung</li> <li>- Weiterentwicklung der Kosten-Leistungs-Rechnung durch online-Zuordnung der Laborleistungen zu Aufträgen</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherung der Qualität von im Auftrag der Hamburgischen Verwaltung erbrachten Umweltanalysen durch ein Zulassungsverfahren für private Untersuchungsstellen gemäß HWaG, HmbAbwG, AbfKlärV sowie die Durchführung von Ringversuchen</li> <li>- Komplexe organische Einzelstoffanalytik in allen Umweltmedien</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	366	362	429
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	366	362	429
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.154	7.316	7.582
- Personalausgaben in Tsd. EUR	5.227	5.237	5.447
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.927	2.079	2.135
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	688	767	868

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen <sup>39</sup>	110,34	110,34	110,34

nachrichtlich:

Kostendaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	540	543	555
- innerbehördlich in Tsd. EUR	460	463	472
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	80	80	83

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Einnahmen:
- Entgelte für Umweltuntersuchungen sowie für Dienstleistungen im Rahmen der analytischen Qualitätssicherung (362 Tsd. EUR, Titel 111.11), P 1 bis P 4
Betriebsausgaben:
- Ausgaben allgemeiner Art des Fachamtes für Umweltuntersuchungen, u.a. die Kosten der Laborbedarfe und Verbrauchsmittel der Labors des Fachamtes sowie die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütemessstationen und des Luftmessnetzes (79 Tsd. EUR, Titel 519.01 anteilig und 572 Tsd. EUR, Titel 541.01), P 1 bis P 4
- Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben für den Umweltschutz, insbes. Bewirtschaftungskosten für die Laborgebäude sowie Mietkosten für die genutzten Gebäude in der Marckmannstraße (1.276 Tsd. EUR, Titel 547.01 anteilig), P 1 bis P 4
Investitionen:
- Kosten für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen des Fachamtes für Umweltuntersuchungen (688 Tsd. EUR, Titel 811.01), P 1 bis P 4

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Wasseruntersuchungen, Gewässergütemessnetz:			
Wasseruntersuchungen (Anzahl Proben)	5.000	5.000	5.656
Betrieb autom. Oberflächenwassergütemessnetz und biolog. Frühwarnsystem (Messstationen)	9	11	11
Kosten Wassergütemessnetz in Tsd. EUR	500	539	590
Bestandserhebung gemäß WRRL in Teileinzugsgebieten (Gewässergütedaten)	8	-	-
Überwachung zu Ermittlungszwecken gemäß WRRL in Belastungsschwerpunkten	4	-	-
P 2: Boden- und Abfalluntersuchungen:			
Projekte	3	5	4
Untersuchungen von Böden, Altablagerungen und Abfällen (Proben)	3.200	3.200	2.932
Radioaktivitätsmessungen (Proben)	125	200	189
Untersuchungen im Rahmen der Überwachung nach §25 GenTG (Proben)	100	100	75
Teilnahme an Ringversuchen	7	9	5
P 3: Luftuntersuchungen, Luftmessnetz:			
Luftmessstationen inkl. Luftmesswagen insgesamt	18	18	20
Verkehrsmessstationen	6	6	6
Luftuntersuchungen außerhalb des Luftmessnetzes (Proben)	1.000	1.000	944

<sup>39</sup> Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

**Produktbereich: 02**  
**Umweltschutz**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Kosten für den Betrieb des Luftmessnetzes inkl. Messwagen in Tsd. EUR	1.325	1.359	1.442
Messorte für EU-Richtlinien außerhalb des Luftmessnetzes (Anzahl)	10	8	1
P 4: Medienübergreifende Aufgaben:			
Aufwendige organische Einzelstoffuntersuchungen (Proben)	500	500	527
Teilnahme an Ringversuchen	2	2	2

**Produktbereich: Naturschutz und Landschaftspflege**

**Kapitel 8800**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR <sup>40</sup>	1.869	1.869	3.384
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>41</sup>	6.882	6.874	7.392
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>42</sup>	19.809	20.077	24.451
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>43</sup>	14.325	14.888	14.106
Stellen <sup>44</sup>	66,49	66,49	66,49

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z1:	Schutz, Pflege, Entwicklung und Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des Öffentlichen Grüns, des Nationalparks und der Natur- und Landschaftsschutzgebiete auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben
Z2:	Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet, Durchführung von Arten- und Biotopschutzmaßnahmen
Z3:	Sicherung und Förderung des Freizeit- und Erholungswertes von Grünflächen, u.a. durch zielgruppenorientierte Angebote; Erhaltung und Erhöhung der Attraktivität des Stadtbildes
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 09 Stadtgrün und Erholung	P 1 Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen P 2 Grundsatzaufgaben P 3 Serviceleistungen für Dritte
PG 10 Naturschutz	P 1 Flächenschutz P 2 Arten- und Biotopschutz P 3 Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung P 4 Naturschutzinformation

<sup>40</sup> Ergebnis 2001: Im Ergebnis sind die Einnahmen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Höhe von 1.824 Tsd. EUR enthalten.

<sup>41</sup> Alle Angaben mit den Personalausgaben des Fachamtes für ökologische Forst- und Landwirtschaft (Kapitel 8800). Gemäß ADV-Haushalt bzw. Paisy-Budgetauswertung sind dies in 2003 3.035 Tsd. EUR, in 2002 3.032 Tsd. EUR und in 2001 3.244 Tsd. EUR. Die Überleitung der Personalkostenanteile wird in Abstimmung mit der BWA in 2002 erfolgen. Enthalten sind die Ausgaben für die Leitung und Amtsassistenz des Produktbereiches in Höhe von 288 Tsd. EUR in 2003 (288 Tsd. EUR in 2002, 344 Tsd. EUR in 2001). Die Absenkung des Personalbudgets von 1999 bis 2001 um die Konsolidierungsverpflichtung des Bereichs „Umwelt“ konnte im Stellenbestand noch nicht nachvollzogen werden. Dies gilt auch für nachstehende Produktgruppen.

<sup>42</sup> Hierin enthalten sind die Sach- und Fachausgaben für die Leitungsfunktion in Höhe von 1 Tsd. EUR  
Ergebnis 2001: Im Ergebnis sind die Ausgaben der Bezirke in Höhe von 14.860 Tsd. EUR enthalten.

<sup>43</sup> Ergebnis 2001: Im Ergebnis sind Ausgaben der Bezirke in Höhe von 13.387 Tsd. EUR enthalten.

<sup>44</sup> Hierin enthalten sind die Stellen für die Leitung des Produktbereiches und Amtsverwaltung im Umfang von 5 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar (abzüglich des in die BWA verlagerten Stellenbestandes des Fachamtes für Ökologische Forst- und Landwirtschaft; das Ergebnis 2001 wurde ebenfalls angepasst).

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	<p>Bedarfsgerechte quantitative und qualitative Versorgung mit öffentlich nutzbarem Grün, Friedhöfen und Kleingärten sowie Sicherung der Freiflächen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Naturnahe, umweltverträgliche und ästhetisch ansprechende Gestaltung und Pflege.</li> <li>- Optimierung der Nutzung, Gestaltung und Pflege von Grünanlagen und Spielplätzen entsprechend der Pflege- und Entwicklungsplanung und der Sonderprogramme.</li> <li>- Operationalisierte Ziele:</li> <li>- qualitative Aktualisierung und Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit auf 12 ha im Jahr 2003, davon <ul style="list-style-type: none"> <li>- Grünflächen der soz. Stadtteilentwicklung auf 6 ha</li> <li>- im Spielraum Stadt auf 1 ha</li> <li>- sonstige Grünflächen auf 5 ha</li> </ul> </li> <li>- Vernetzung von Freiflächen durch Entwicklung eines differenzierten und variablen Erholungsangebotes unter Einbeziehung der Friedhöfe mit den Schwerpunkten Wandern und Radwandern sowie Förderung der natürlichen Ausbreitung von Pflanzen und Tieren in der Stadt durch einen umfassenden Freiraumverbund.</li> </ul>
Z2:	<p>Nachhaltige Sicherung und Verbesserung des Naturhaushaltes im Sinne der Agenda 21 durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutz der Naturgüter,</li> <li>- Verwendung langlebiger, landschaftstypischer und umweltfreundlicher Baustoffe,</li> <li>- Verminderung von Umweltschäden, Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ökologische Boden- und Vegetationsverbesserung auf 18 ha Fläche der Hamburger Parkanlagen durch Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2003</li> <li>- Zustandserfassung für Straßenbäume</li> </ul> </li> </ul>
Z3:	<p>Sicherung, Erhaltung und in Einzelfällen Wiederherstellung gartendenkmalpflegerisch oder historisch wertvoller Anlagen und Strukturen. Dies betrifft ca. 35 % Fläche der Hamburger Parkanlagen und 25 % der Fläche der Friedhöfe in Gartendenkmalkategorie 1.</p> <p>Um die o.g. Ziele erreichen zu können, müssen nicht nur die bestehenden Grünflächenangebote erhalten und verbessert, sondern auch Freiräume außerhalb von Grünflächen für eine Mehrfachnutzung aktiviert werden, z. B. durch die Entwicklung von Baulücken und Brachflächen für Freiraumaktivitäten (ggf. auch als Zwischennutzungen) oder die Entwicklung von Spielräumen nach dem Konzept „Spielraum Stadt“. Maßnahmen im Öffentlichen Grün werden prioritär in sozial benachteiligten Stadtvierteln durchgeführt.</p>
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Innerhalb des Kapitels umfasst das Produkt 3592 ha Grün- und Erholungsanlagen und 1420 ha kleingärtnerische Pachtflächen. Ferner umfasst das Produkt 711 ha Friedhofsfläche, die sich auf 13 staatliche bezirkliche Friedhöfe sowie die beiden Hauptfriedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf (Hamburger Friedhöfe – Anstalt des öffentlichen Rechts) verteilt (siehe näheres unter „Erläuterungen der Einnahmen und Ausgaben“ – Titel 521.81 und 521.82).</li> <li>- Das Produkt wird in Zusammenarbeit der Behörde für Umwelt und Gesundheit mit den Gartenbauabteilungen der Bezirke sowie den „Hamburger Friedhöfen“ erstellt.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit von Grün- und Erholungsanlagen durch bauliche Maßnahmen insbesondere in Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung, den Programmgebieten Spielraum Stadt und dicht bebauten und unterversorgten Gebieten, durch Förderung von Freizeit und Sportangeboten (Jugendportpark, Stadtparkbad), durch Verbesserung der urbanen Freiräume für ältere Menschen und durch die Förderung des Radfahrens.</li> <li>- Formulierung von Umweltrichtlinien für die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012.</li> <li>- Vorbereitung eines Wettbewerbs „Unsere Stadt blüht auf“.</li> <li>- Schadensbeseitigung an Straßenbäumen und im Straßenbegleitgrün, ökologische Verbesserungen und Sanierungen des Öffentlichen Grüns.</li> <li>- Überprüfung der Organisation der staatlichen Friedhöfe in Hamburg.</li> </ul>
P 2	<p>Grundsatzaufgaben</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hierzu zählen Leistungen, die eine Steuerung der Wahrnehmung von Fachaufgaben durch die Bezirke ermöglichen, wie Strukturierung und Aufstellung des Haushaltsplans, die Entwicklung von Steuerungsinstrumenten sowie Controlling und Berichtswesen.</li> </ul>
P 3	<p>Serviceleistungen für Dritte</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hierzu zählen Leistungen, die nicht zu einer gemeinsamen Produkterstellung mit den Bezirken führen, wie</li> </ul>

z. B. Fachberatung, zentrale Beschaffung von Spezialgeräten für die gesamte Hamburger Verwaltung, Schätzungen und technische Prüfungen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.831	1.831	1.394
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.831	1.831	1.284
- Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	-	0	110
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.912	20.071	20.992
- Personalausgaben in Tsd. EUR	1.595	1.592	1.704
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	18.317	18.479	19.288
- Zuwendungen in Tsd. EUR	13	13	14
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.712	3.605	3.747
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	13.439	14.250	13.457
Stellen <sup>45</sup>	28	28	28

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	175	176	340
- innerbehördlich in Tsd. EUR	149	150	289
- überbehördlich (1,5 %) in Tsd. EUR	26	26	51

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
P 1	<p>Produkt Friedhöfe <sup>46</sup>, Grün- und Erholungsanlagen</p> <p>Betriebsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge und Sanierungsmaßnahmen an Bäumen (12.076 Tsd. EUR, Titel 521.81)</li> <li>- Betriebskosten der Friedhöfe (1.273 Tsd. EUR, Titel 521.82)</li> <li>- Pflege und Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (insgesamt 921 Tsd. EUR, Titel 545.01 und 545.02)</li> <li>- Zuführung an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege (Altverträge) (628 Tsd. EUR, Titel 545.04)</li> <li>- Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz (insgesamt 650 Tsd. EUR, Titel 545.06 und 545.86)</li> <li>- Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe (2.370 Tsd. EUR, Titel 685.02)</li> </ul> <p>Investitionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen (insgesamt 5.609 Tsd. EUR,</li> <li>- Titel 741.01, 741.86 und 750.84, davon 771 Tsd. EUR Zweckzuweisung an die Bezirke sowie 1.120 Tsd. EUR Einzelzuweisung)</li> <li>- Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen (1.000 Tsd. EUR, Titel 741.05)</li> <li>- Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen (1.700 Tsd. EUR, Titel 741.81)</li> <li>- Investitionen für bezirkliche Friedhöfe (510 Tsd. EUR, Titel 741.87 und 811.81)</li> <li>- Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im Öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen (850 Tsd. EUR, Titel 791.01)</li> </ul>

<sup>45</sup> Planzahl 2001: 28. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>46</sup> Neben den notwendigen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Friedhofsbetriebs und der Beschaffung neuer Geräte und Ausstattungsgegenstände werden über das Kapitel 8800 auch die Zahlungen abgewickelt, die der Bund aufgrund bestehender rechtlicher Verpflichtungen aus dem Gräbergesetz an Hamburg z. B. für die Pflege der Kriegsgräber zu zahlen hat. Auch erhält die Anstalt aus diesem Kapitel Zuweisungen für Altverträge, die vor der Gründung des Landesbetriebes Friedhöfe geschlossen wurden.

**Produktbereich: 03**  
**Naturschutz und Landschaftspflege**

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
- Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze, Kleingarten-Ersatzflächen einschl. Allermöhe II (insgesamt 1.995 Tsd. EUR, Titel 821.01 und 821.25)
- Abbau von Altschulden beim Grundstock (510 Tsd. EUR, Titel 821.06)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen:			
<i>Nutzerorientiert optimierte Flächen pro Jahr in ha</i>			
Gesamt	12	12	18
- davon in Stadtteilen der soz. Stadtteilentwicklung	6	6	2
- davon im Spielraum Stadt	1	1	4
- davon sonstige Grünflächen	5	5	12
<i>Ökologisch verbesserte Grünflächen</i>			
ab 1992 in ha <sup>47</sup>	622	604	524
<i>Neubauprichtwertkosten im Verhältnis zu genehmigten Neubaukosten</i> <sup>48</sup>			
Richtwertabweichung in %	0	0	-6,90
<i>Zur Verfügung stehende Unterhaltungsmittel in EUR/m<sup>2</sup></i> <sup>49</sup>			
Friedhöfe	0,59	0,59	1,15
Grün und Erholungsanlagen	0,24	0,24	0,27
<i>Zur Verfügung stehende Arbeitskräfte/ha Öffentliches Grün</i> <sup>50</sup>			
Friedhöfe	0,35	0,35	0,35
Grün- und Erholungsanlagen	0,10	0,10	0,11

**Produktgruppe 10: Naturschutz**

**Kapitel 8800**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Ausweisung bzw. Erweiterung von Schutzgebieten, bei Naturschutzgebieten mittelfristig auf 8,2 % der Landesfläche, bei Landschaftsschutzgebieten mittelfristig auf 35% der Landesfläche, Umsetzung der EG-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie in Hamburg
Z2: Sicherung eines materiellen Schutzes für 28 Naturschutzgebiete durch Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen einschließlich Umsetzung
Z3: Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz
Z4: Aktualisierung und Fortentwicklung des Artenschutzprogramms und der Biotopkartierung als Grundlage für alle raumbezogenen Planungen
Z5: Überwachung der europäischen und internationalen Vorschriften zum Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten (EU-VO 338/97) sowie qualifizierte Vertretung heimischer Artenschutzaspekte
Z6: Erarbeitung von Vorgaben und Instrumenten zur Umsetzung der Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg sowie Vollzug
Z7: Begleitung herausragender Einzelprojekte wie Planung und Umsetzung der Ersatzmaßnahmen für die Hafenerweiterung Altenwerder und Francop

<sup>47</sup> Abweichung zur PI 2002: Anpassung der Planzahl 2002 an erhöhten Handlungsbedarf

<sup>48</sup> Die Richtwerte gelten bei der Veranschlagung von Baumaßnahmen als Höchstwerte und sind Grundlage der Honorarberechnung. Überschreitungen sind zu begründen, Baumaßnahmen des Öffentlichen Grüns über 150 Tsd. EUR sind durch die BUG zu genehmigen. Die Kennzahl für 2001 beruht auf 6 Prüfungen und beschreibt die Abweichung zu folgenden Grüntypenrichtwerten in EUR/ m<sup>2</sup>: allg. Grünfläche = 15, Quartierspark = 25, Stadtteilpark =28, Bezirkspark = 33, Spielplatz für alle Altersgruppen = 40, Spielplatz mit besonderem Angebot 51, Bau- und Abenteuerspielplatz = 30, Kleingärten = 25.

<sup>49</sup> Die Kosten- und Leistungsrechnung Grün befindet sich in der Erprobung. Mit ersten Ergebnissen, welche die Beurteilung einer bedarfsgerechten Budgetermittlung ermöglichen, wird zum HPE 2004 gerechnet. Die Ergebnisse werden auf Anschreibungen in typbezogenen Musteranlagen beruhen (Typenauflistung s. Fußnote 48) .

<sup>50</sup> Die Kennzahlen 2001 bis 2003 beruhen auf Stellenergebniszahlen 2000 und Stellenplanzahlen 2001-2002

Z8:	Öffentlichkeitsarbeit im Naturschutz durch Ausstellungen, Broschüren, Veranstaltungen, Informationszentren usw.
<i>Produkte</i>	
P 1	<p><b>Flächenschutz</b> Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hauptursache für den Rückgang von Pflanzen- und Tierarten ist die Vernichtung und nachteilige Veränderung ihrer Lebensräume. Durch Ausweisung von Schutzgebieten sowie deren Überwachung und Pflege sollen qualitativ hochwertige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gesichert werden. Diesem Ziel dient auch der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer. Durch die Meldung von Gebieten nach der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen leistet Hamburg einen wesentlichen Beitrag zum europaweiten Netz Natura 2000. Durch freiwilligen Vertragsnaturschutz mit landwirtschaftlichen Betrieben soll die Erhaltung und Entwicklung gefährdeter Pflanzen- und Tierarten auf landwirtschaftlichen Flächen erreicht werden. Dafür wird ein Deckungsbeitrag gezahlt.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Erweiterung von Naturschutzgebieten gemäß Artenschutzprogramm, Nationalparkplan Hamburgisches Wattenmeer, Nationalparkhaus auf Neuwerk, Erfüllung der Pflichten aus der FFH-Richtlinie, Erarbeitung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen für Naturschutzgebiete, Naturschutz in der Kulturlandschaft.</li> </ul>
P 2	<p><b>Arten- und Biotopschutz</b> Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit dem 1997 von der Bürgerschaft beschlossenen Artenschutzprogramm hat Hamburg ein flächendeckendes Ziele- und Maßnahmenprogramm für den Naturschutz, das zusammen mit dem Landschaftsprogramm unter Beachtung des Flächennutzungsplanes fortgeschrieben und fachlich aktualisiert werden muss. Die auf dem neuesten Stand zu haltende Biotopkartierung bildet die Datenbasis für die Arbeit des Naturschutzamtes. Die Überwachung des nationalen und internationalen Handels mit geschützten Pflanzen- und Tierarten spielt in Hamburg als Hafenstadt und Verkehrsknotenpunkt eine besondere Rolle. Zudem stellt die Förderung der Artenvielfalt in der Stadt eine weitere wesentliche Aufgabe dar.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutz der Biotope gemäß § 28 HmbNatSchG, Fortschreibung der Biotopkartierung, Förderung der Artenvielfalt in der Stadt.</li> </ul>
P 3	<p><b>Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung</b> Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Naturschutzamt koordiniert die Stellungnahmen der Behörde für Umwelt und Gesundheit zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Zulassungsverfahren und nimmt die Funktion der federführenden Querschnittsbehörde für die Umweltverträglichkeitsprüfung wahr. Durch die Eingriffsregelung sollen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und/oder des Landschaftsbildes vermieden oder ausgeglichen werden. Eingriffe in Natur und Landschaft bedürfen des Einvernehmens mit der Behörde für Umwelt und Gesundheit/ Naturschutzamt.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umsetzung Ersatzmaßnahmen im Süderelberaum, Umsetzung von Maßnahmen aus Ausgleichsabgaben durch das Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege.</li> </ul>
P 4	<p><b>Naturschutzinformation</b> Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationskonzepte und Beratung soll das Interesse und Verständnis für Naturschutz im Ballungsraum erhalten, entwickelt und gefördert werden.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit in den Naturschutzgebieten und im Nationalpark Wattenmeer.</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	38	38	1.990
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	38	38	1.990
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.455	3.559	7.263
- Personalausgaben in Tsd. EUR	1.964	1.962	2.100
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.491	1.597	5.163
- Zuwendungen in Tsd. EUR	878	958	1.248
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	30	30	0

**Produktbereich: 03**  
**Naturschutz und Landschaftspflege**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	886	638	649
Stellen <sup>51</sup>	33,49	33,49	33,49

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	216	216	179
- innerbehördlich in Tsd. EUR	184	184	152
- überbehördlich (1,5 %) in Tsd. EUR	32	32	27

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben:
- Ausgaben für den Naturschutz (452 Tsd. EUR, Titel 541.01) mit den Schwerpunkten Ausgaben für Naturschutzgebiete, Nationalpark Wattenmeer, Biotopkartierung
- Vertragsnaturschutz/ Extensivierungsprogramm (409 Tsd. EUR, Titel 681.02)
- Zuwendungen an die Stiftung Naturschutz Hamburg und die Naturschutzverbände (insgesamt 469 Tsd. EUR, Titel 684.03, 684.08 und 684.10). Mit den Mitteln sollen Naturschutzaufgaben der Stiftung und der Verbände und die Betreuung von Schutzgebieten und Informationseinrichtungen durch ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden.
Investitionen:
- Ausgleich für die Beeinträchtigungen durch den Bau der Schlicklagerstätte Francop (150 Tsd. EUR, Titel 742.04)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Flächenschutz:			
Schutzgebiete in Hamburg / Gesamtfläche in ha <sup>52</sup>	36.731	36.211	36.191
- Nationalpark in ha <sup>53</sup>	13.750	13.750	13.750
- Naturschutzgebiete in ha <sup>54</sup>	5.530	5.510	5.490
- Landschaftsschutzgebiete in ha <sup>55</sup>	17.355	16.855	16.855
- Naturdenkmale in ha	96	96	96
- zu betreuende Vertragsflächen in ha <sup>56</sup>	1.500	1.700	1.682
Pflegekosten Naturschutzgebiete in EUR/ha <sup>57</sup>	56	56	53
Pflegekosten Nationalpark (330 ha Neuwark/Scharhörn/Nigehörn) in EUR/ha <sup>58</sup>	102	102	102
P 2: Arten- und Biotopschutz:			
Genehmigungen im Rahmen der EU-VO 338/97 – Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten	350	350	305
Überwachungen/Kontrollen/ Bußgeldverfahren/Sicherstellungen <sup>59</sup>	80	80	73

<sup>51</sup> Planzahl 2001:31,49 (Erhöhung durch 2 Stellen für das Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege). Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>52</sup> rechnerische Korrektur der Planzahl 2002 gegenüber der PI 2002

<sup>53</sup> Ergebnis 2001: Erweiterung Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer

<sup>54</sup> Plan 2002: Erweiterung NSG Raakmoor

Plan 2003: Erweiterung Schnaakenmoor  
Aktualisierung der Planzahl 2002 gegenüber PI 2002

<sup>55</sup> Plan 2003: Ausweisung LSG Wilhelmsburger Osten (ca. 500 ha)

<sup>56</sup> Aktualisierung der Planzahl 2002 gegenüber der PI 2002

<sup>57</sup> Pflegekosten bezogen auf bezirkliche und BUG Naturschutzgebiete = 5490 ha in 2001, 5.510 ha in 2002

<sup>58</sup> einschließlich Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit

<sup>59</sup> Korrektur der Planzahl 2002 in Anlehnung an die Vorjahresergebnisse

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Aktualisierung von Lebensräumen im Rahmen der Biotopkartierung (Anzahl der Lebensräume) <sup>60</sup>	4.500	4.500	5.000
P 3: Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung:			
Beiträge zur Eingriffsregelung und/ oder UVP in der Bauleitplanung	74	80	72
Beiträge zu Zulassungsverfahren mit Anwendung der Eingriffsregelung und/oder UVP	50	50	73
Umsetzung und Überwachung von Kompensationsmaßnahmen nach Abschluss von Zulassungsverfahren sowie Überwachung der Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen	68	50	43

<sup>60</sup> Aktualisierung der gesamten Zahlenreihe; die Abweichungen zur PI 2002 resultieren aus der erstmaligen digitalen Ermittlung der aktualisierten Lebensräume aus 2000. Die Differenz von 2001 zu 2002 und 2003 ergibt sich aufgrund der verschiedenen Schwerpunkte. 2002 und 2003 werden mehr städtisch geprägte Bereiche kartiert, das bedeutet in der Anzahl weniger Lebensräume.

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

**Produktbereich: Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

**Kapitel 8900**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	125.299	120.624	124.343
Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>61</sup>	12.830	12.834	13.518
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>62</sup>	865	925	1.076
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.158	10.991	8.793
Stellen <sup>63</sup>	235,53	239,03	235,53

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z1:	Gewährleistung eines ordnungsgemäßen anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes in Industrie- und Gewerbebetrieben, Instituten und öffentlichen Einrichtungen
Z2:	Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt
Z3:	Luftreinhalteplanung, Lärm- und Fluglärmschutz
Z4:	Wahrnehmung atomrechtlicher Aufgaben, Strahlenschutz
Z5:	Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 11 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik	P 1 Umweltschutz in der Entwässerungstechnik P 2 Umweltschutz bei Direkteinleitung P 3 Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen P 4 Umweltschutz bei Energieerzeugungsanlagen, öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen P 5 Umweltschutz bei Abfallverbrennungsanlagen P 6 Umweltschutz bei Chemischen Großbetrieben P 7 Umweltschutz bei Chemischen Betrieben und bei der Oberflächenbehandlung P 8 Umweltschutz in der Gummiindustrie P 9 Umweltschutz in der Gentechnik
PG 12 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen	P 1 Umweltschutz in der Nahrungsmittelbranche P 2 Umweltschutz bei Textilreinigungen, Druckereien, Kfz-Werkstätten P 3 Umweltschutz bei Lager-, Umschlags- und Verkehrsbetrieben P 4 Umweltschutz bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen P 5 Umweltschutz bei Tanklagern und Mineralölverarbeitungsbetrieben P 6 Umweltschutz bei Raffinerien P 7 Umweltschutz in der Kupferindustrie P 8 Umweltschutz in der Stahl-, Aluminium- und Elektronikindustrie P 9 Umweltschutz in der Schiffbau- und Baustoffindustrie P 10 Umweltschutz in der Luftfahrt- und metallverarbeitenden Industrie

<sup>61</sup> Hierin enthalten sind die Personalausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 1.001 Tsd. EUR in 2003 (1.000 Tsd. EUR in 2002, 1.062 Tsd. EUR in 2001). Die Absenkung des Personalbudgets von 1999 bis 2001 um die Konsolidierungsverpflichtung der Behörde für Umwelt und Gesundheit (Bereich „Umwelt“) konnte im Stellenbestand noch nicht nachvollzogen werden. Dies gilt auch für nachstehende Produktgruppen.

<sup>62</sup> Hierin enthalten sind die Sach- und Fachausgaben für die Leitungsfunktion in Höhe von 4 Tsd. EUR für 2003 (4 Tsd. EUR für 2002 und 2001) und im Ergebnis auch die Ausgaben bei den Titeln 429.04 und 429.06. Im Ergebnis sind auch Ausgaben der Bezirke in Höhe von 38 Tsd. EUR enthalten.

<sup>63</sup> Hierin enthalten sind die Stellen für die Leitungsfunktion, fachbezogene und Amtsverwaltung in Höhe von 23,28 Stellen für 2003 (23,28 Stellen in 2002, 23,28 Stellen in 2001). Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

	tenden Industrie P 11 Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen
PG 13 Fluglärm- und Lärmschutz	P 1 Fluglärmschutz P 2 Schalltechnische Untersuchungen P 3 Lärminderungsplanung
PG 14 Energiepolitik und Immissionsschutz	P 1 Luftreinhalteplanung P 2 Atomrechtliche Aufgaben P 3 Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH P 4 Energieeffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe P 5 Ausbau der regenerativen Energien

**Produktgruppe 11: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik** **Kapitel 8900**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften durch Auflagen in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes Teilziele: - Kundenorientiertes Verfahrensmanagement - Ausgewogene Ermessensentscheidung durch Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller - Beratung zu verantwortungsbewusstem, umweltschonendem Umgang mit Stoffen, Wasser und Energie (Stoffstrommanagement, Ressourcenschonung)
Z2:	Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung Teilziele: - Ausreichende Präsenz in den Betrieben zur Prävention und Gefahrenabwehr insbesondere durch Regelüberwachung von Anlagen und Betrieben - Zeitnahes Tätigwerden bei der Feststellung von Mängeln - Unverzögliches Einschreiten bei Schadensfällen und Nachbarschaftsbeschwerden
Z3:	Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung, Beratung und die Instrumente des Ordnungsrechtes Teilziele: - Sicherung und Weiterentwicklung der betrieblichen Umweltschutzstandards - Erreichen von Umweltverbesserungen
Z4:	Weiterentwicklung der Ressourcenschonung in Industrie und Gewerbe, Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe durch Information, Beratung sowie Förderung und kooperative Begleitung der Einführung von Umweltmanagementsystemen
Die nationalen Umweltvorschriften werden zunehmend durch EG-Recht ergänzt und verändert. Daraus ergeben sich zukünftig eine Reihe von Umstellungen und Veränderungen der Vollzugsarbeit, d.h., auch neue Aufgabenstellungen (u.a. aufgrund Seveso II-, IVU- und UVP-Änderungs-Richtlinie). Mit den Änderungen der Vorschriften ist ein zunehmender Aufwand für die Beratung von Betrieben und zusätzliche Information der Öffentlichkeit verbunden.	
<i>Produkte</i>	
P 1	Umweltschutz in der Entwässerungstechnik Erläuterungen: - Vollzug des Hamburgischen Abwassergesetzes bzgl. des Sielanschluss- und Benutzungszwangs, der Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen auf Gewerbe- und Industriegrundstücken sowie Überwachung der Zertifizierung von Fachbetrieben. Fachaufsicht über die Bezirksämter, Beratung der Betriebe/ Planverfasser/ Fachbetriebe über die Entwässerungstechnik.
P 2	Umweltschutz bei Direkteinleitung Erläuterungen: - Vollzug wasserhaushalts- und abwasserrechtlicher Vorschriften bei gewerblichen und industriellen Einleitern. Zentrale Abwasserabgabenerhebung. Fachaufsicht über die Bezirksämter, Beratung der Betriebe zu verfahrensrechtlichen und technischen Fragestellungen sowie innovativen Techniken.
P 3	Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen Erläuterungen: - Vollzug des Umweltschutzrechts bei kommunalen und gewerblichen Anlagen durch Zulassung und Über-

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

	wachung. Zulassung und Kontrolle von Fachbetrieben nach § 15 Abs. 5 HmbAbwG. Beratung der Betreiber zu Errichtung, Betrieb und Wartung von Anlagen, insbes. zu innovativen Techniken. Abwasserprobenahme.
P 4	Umweltschutz bei Energieerzeugungsanlagen, öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen
P 5	Umweltschutz bei Abfallverbrennungsanlagen
P 6	Umweltschutz bei Chemischen Großbetrieben
P 7	Umweltschutz bei Chemischen Betrieben und bei der Oberflächenbehandlung
P 8	Umweltschutz in der Gummiindustrie
	Erläuterungen:
	- gemeinsam für P 4 bis P 8:
	- Einzelfallbezogener Vollzug des Umweltschutzrechts durch Zulassungen, die auf Grund ihres Regelungsinhalts den erforderlichen technischen und betrieblichen Umweltschutz für industrielle und gewerbliche Anlagen und Betriebe sowie für Institute und öffentliche Einrichtungen sicherstellen.
	- Überwachung und Beratung von Betrieben und ähnlichen Einrichtungen im Rahmen eines integrierten medienübergreifenden Umweltschutzes zum Schutz und zur Vorsorge vor Umweltgefahren und für eine nachhaltige Entwicklung des Standortes Hamburg.
P 9	Umweltschutz in der Gentechnik
	Erläuterungen:
	- Einzelfallbezogener Vollzug des Gentechnikrechts durch Zulassung und Überwachung von gentechnischen Anlagen und Arbeiten sowie Beratung zum Schutz und zur Vorsorge vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen. Überwachung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und des Inverkehrbringens von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen.
	Schwerpunkte PG 11:
	- Umsetzen der Untersuchungsergebnisse zur dezentralen Abwasserbeseitigung in Wilhelmsburg-Ost
	- Erweiterung des Abwasser-Daten-Informationen-Systems um ein Indirekteinleiterkataster
	- Durchsetzen der Nutzungsverbote und -beschränkungen bzw. Erteilen von Ausnahmegenehmigungen für Betriebe in den Wasserschutzgebieten Billstedt und Langelhorn bis 2005
	- Förderung des Umweltmanagements in Industrie, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen
	- Kontrolle des Imports gentechnisch veränderter Produkte

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
- Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.231	5.953	6.065
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	7.231	5.953	6.065
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.549	4.557	4.811
- Personalausgaben in Tsd. EUR	4.491	4.493	4.649
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	58	64	162
- Zuwendungen in Tsd. EUR	7	7	6
Stellen <sup>64</sup>	85,25	89,25	85,25

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	494	497	505
- innerbehördlich in Tsd. EUR	421	424	429
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	73	73	76

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Abwasserabgaben gewerblicher Direkteinleiter sowie öffentliche Abwasserabgaben (insbes. HSE) nach dem Abwasserabgabengesetz (5.087 Tsd. EUR, Titel 099.01 und 099.02)
- Verwaltungsgebühren insbes. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem BImSchG; Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Genehmigungen und Befreiungen nach dem

<sup>64</sup> Plan-Zahl 2001: 89,25 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Hamburgischen Abwassergesetz sowie entspr. Überwachungsmaßnahmen (723 Tsd. EUR aus Titel 111.03)
- Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (332 Tsd. EUR aus Titel 111.11)
- Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für Indirekteinleiterüberwachung sowie das Festlegen von Sielan-schlüssen (1.079 Tsd. EUR, Titel 261.01)
Betriebsausgaben:
- die Erstattung an die Anstalt Hamburger Wasserwerke für den Aufwand der Einziehung von Abwasserabgaben von Kleineinleitern (18 Tsd. EUR, Titel 671.05)
- die Zuweisung an das DIBt für die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen (7 Tsd. EUR, Titel 685.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Zulassungen und Anzeigen nach Umweltrecht	-	-	3.798
Regelüberwachungen	240	240	221
Anlass- und Sonderüberwachungen	600	600	647
Anordnungen	-	-	48
Umweltverbesserungen im Rahmen von Zulassungen und Überwachungen	-	-	76
Durch Sanierungsverträge und Nachträgliche Anordnungen veranlasste Sanierungsinvestitionen in Tsd. EUR <sup>65</sup>	-	-	640
Beratungen von Betrieben zur Ressourcenschonung, zu Förderprogrammen, zum Umweltmanagement	-	-	72

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Innerhalb von drei Monaten erteilte Zulassungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Zulassungen in %	-	-	65
Regelüberwachungen mit Beanstandungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Regelüberwachungen in % <sup>66</sup>	-	-	22
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Wasser-schutzgebietsverordnungen Billstedt und Langenhorn in %	-	-	43
Zielerreichungsgrad bei der Überwachung von Betriebs-bereichen nach der Störfall-Verordnung in % <sup>65</sup>	100	100	90
Zielerreichungsgrad bei der Überprüfung von Sicherheits-berichten nach der Störfall-Verordnung in % <sup>65</sup>	60	50	25
Zielerreichungsgrad Einführung von ressourcenschonen-den Verfahren in Maler- und Lackierbetrieben in %	80	70	60

**Produktgruppe 12: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz  
in Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie  
Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen**

**Kapitel 8900**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften durch Auflagen in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes
Teilziele
- Kundenorientiertes Verfahrensmanagement
- Ausgewogene Ermessensentscheidung durch Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller
- Beratung zu verantwortungsbewusstem, umweltschonendem Umgang mit Stoffen, Wasser und Energie (Stoffstrommanagement, Ressourcenschonung)
Z2: Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung

<sup>65</sup> neue Kennzahl ab 2001

<sup>66</sup> in 2000 erstmalig vollständig erhoben

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

<p>Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausreichende Präsenz in den Betrieben zur Prävention und Gefahrenabwehr, insbesondere durch Regelüberwachung von Anlagen und Betrieben</li> <li>- Zeitnahes Tätigwerden bei der Feststellung von Mängeln</li> <li>- Unverzögliches Einschreiten bei Schadensfällen und Nachbarschaftsbeschwerden</li> </ul> <p>Z3: Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung, Beratung und die Instrumente des Ordnungsrechtes</p> <p>Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sicherung und Weiterentwicklung der betrieblichen Umweltschutzstandards</li> <li>- Erreichen von Umweltverbesserungen</li> </ul> <p>Z4: Weiterentwicklung der Ressourcenschonung in Industrie und Gewerbe, Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe durch Information, Beratung sowie Förderung und kooperative Begleitung der Einführung von Umweltmanagementsystemen</p> <p>Z5: Annahme von Umweltschadensmeldungen im 24-Stunden-Service für Bürger und Behörden, sofortige Bearbeitung und schnellstmögliche Benachrichtigung betroffener Dienststellen</p> <p>Z6: Sofortige Bekämpfung von akuten Umweltschäden durch ständige Präsenz, qualifizierte Unterstützung und Koordination der Schadensbearbeitung sowie umweltgerechte Sanierung nach Bränden</p> <p>Die nationalen Umweltvorschriften werden zunehmend durch EG-Recht ergänzt und verändert. Daraus ergeben sich zukünftig eine Reihe von Umstellungen und Veränderungen der Vollzugsarbeit, d.h., auch neue Aufgabenstellungen (u.a. aufgrund Seveso II-, IVU- und UVP-Änderungs-Richtlinie). Mit den Änderungen der Vorschriften ist ein zunehmender Aufwand für die Beratung von Betrieben und sind zusätzliche Informationen der Öffentlichkeit verbunden.</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P 1 Umweltschutz in der Nahrungsmittelbranche</p> <p>P 2 Umweltschutz bei Textilreinigungen, Druckereien, Kfz-Werkstätten</p> <p>P 3 Umweltschutz bei Lager-, Umschlags- und Verkehrsbetrieben</p> <p>P 4 Umweltschutz bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</p> <p>P 5 Umweltschutz bei Tanklagern und Mineralölverarbeitungsbetrieben</p> <p>P 6 Umweltschutz bei Raffinerien</p> <p>P 7 Umweltschutz in der Kupferindustrie</p> <p>P 8 Umweltschutz in der Stahl-, Aluminium- und Elektronikindustrie</p> <p>P 9 Umweltschutz in der Schiffbau- und Baustoffindustrie</p> <p>P 10 Umweltschutz in der Luftfahrt- und metallverarbeitenden Industrie</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- gemeinsam für P 1 bis P10:</li> <li>- Einzelfallbezogener Vollzug des Umweltschutzrechts durch Zulassungen, die aufgrund ihres Regelungsinhalts den erforderlichen technischen und betrieblichen Umweltschutz für industrielle und gewerbliche Anlagen und Betriebe sowie für Institute und öffentliche Einrichtungen sicherstellen.</li> <li>- Überwachung und Beratung von Betrieben und ähnlichen Einrichtungen im Rahmen eines integrierten medienübergreifenden Umweltschutzes zum Schutz und zur Vorsorge vor Umweltgefahren und für eine nachhaltige Entwicklung des Standortes Hamburg.</li> </ul> <p>P 11 Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachhaltige Logistik für die Umweltgefahrenabwehr durch Erarbeitung von Konzepten, Einsatzplänen und Verträgen mit Dienstleistern, durch Vorhaltung und Weiterentwicklung des Einsatz-Informationen-Systems (EIS, mit der Gefahrstoffdatenbank RESY) sowie der Erarbeitung und Durchsetzung hamburgischer Positionen in den nationalen Umweltgefahrenabwehrkonzepten, insbes. bei der Havarieschadensbekämpfung im deutschen Küstenbereich.</li> <li>- Sofortige Bekämpfung von eingetretenen Umweltschäden in den Medien Wasser, Boden und Luft.</li> <li>- Umweltgerechte Sanierung nach Bränden und Schadensfällen mit Chemikalien.</li> <li>- Schwerpunkte PG 12:</li> <li>- Zulassungsverfahren für Anlagen zur Umsetzung der EU-Kraftstoff- Qualitätsanforderungen</li> <li>- Durchsetzen der Nutzungsverbote und -beschränkungen bzw. Erteilen von Ausnahmegenehmigungen für Betriebe in den Wasserschutzgebieten Billstedt und Langenhorn bis 2005</li> <li>- Durchsetzen der Anforderungen aus öffentlich-rechtlichen Sanierungsverträgen und nachträglichen Anordnungen nach Immissionsschutz-, Abwasser- und Wasserrecht in elf Betrieben der Mineralöl- und Hüttenindustrie bis 2007</li> <li>- Umsetzen der novellierten Störfall-Verordnung</li> <li>- Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens in Industrie, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.458	2.091	1.836
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.458	2.091	1.836
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.522	4.582	4.976
- Personalausgaben in Tsd. EUR	3.845	3.847	4.191
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	677	735	785
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	528	607	413
Stellen <sup>67</sup>	65	65,50	64

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	424	426	455
- innerbehördlich in Tsd. EUR	361	363	387
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	63	63	68

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Verwaltungsgebühren insbes. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem BImSchG, Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Genehmigungen und Befreiungen nach dem Hamburgischen Abwassergesetz sowie entspr. Überwachungsmaßnahmen (934 Tsd. EUR aus Titel 111.03)
- Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (518 Tsd. EUR aus Titel 111.11)
Betriebsausgaben:
- Abwehr von Gefahren und die Beseitigung von Umweltschäden an öffentlichen Gewässern durch austretende wassergefährdende Stoffe (266 Tsd. EUR aus Titel 541.01 - BUG sowie 14 Tsd. EUR aus Titel 535.86 - Bezirke)
- Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der 5 norddeutschen Küstenländer (10 Tsd. EUR/ Titel 631.01; 280 Tsd. EUR/ Titel 631.02; 35 Tsd. EUR/ Titel 632.01).
- Veranschlagt ist jeweils anteilig die Kostenerstattung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig-Holstein für Betrieb und Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen sowie die Zuweisung für die Kosten aus dem Havariekommando einschließlich Personal- und Sachmittel für Beschäftigte der Küstenländer und der Rechnungslegungsstelle
Investitionen:
- anteilige hamburgische Kosten (12%) für die Beschaffung von Schiffen (deren Aus- und Umrüstung) sowie von Geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (450 Tsd. EUR/ Titel 881.03),
- Erprobung technischer Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals (66 Tsd. EUR/ Titel 893.02)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Zulassungen und Anzeigen nach Umweltrecht	-	-	314
Regelüberwachungen	500	580	425
Anlass- und Sonderüberwachungen	-	1.250	831
Anordnungen	-	-	50
Umweltverbesserungen im Rahmen von Zulassungen und Überwachungen	-	-	337
Durch Sanierungsverträge und Nachträgliche Anordnungen veranlasste Sanierungsinvestitionen in Tsd. EUR <sup>68</sup>	-	23.000	24.420

<sup>67</sup> Planzahl 2001: 65,5 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>68</sup> Neue Kennzahl ab 2000

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Beratungen von Betrieben zur Ressourcenschonung, zu Förderprogrammen, zum Umweltmanagement	-	-	184
Umweltschadensmeldungen	-	-	1.330
Sofortmaßnahmen nach Umweltschadensmeldungen	-	-	502

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Innerhalb von drei Monaten erteilte Zulassungen im Verhältnis der Gesamtzahl der Zulassungen in %	-	-	67
Regelüberwachungen mit Beanstandungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Regelüberwachungen in % <sup>69</sup>	-	-	35
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Wasserschutzgebietverordnungen Billstedt und Langenhorn in %	-	-	5
Zielerreichungsgrad bei der Überwachung von Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung in % <sup>70</sup>	100	100	100
Zielerreichungsgrad bei der Überprüfung von Sicherheitsberichten nach der Störfall-Verordnung in % <sup>70</sup>	60	50	11,10

**Produktgruppe 13: Fluglärm- und Lärmschutz**

**Kapitel 8900**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Lärmeinwirkungen
Z2:	Reduzierung der Belästigung durch Verhinderung von vermeidbarem Lärm von Flugzeugen
Z3:	Reduzierung von Lärm aus anderen Quellen, insbesondere des Industrie- und Gewerbelärms
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Fluglärmschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bearbeitung von Fluglärmbeschwerden (Flugbewegungen in 2000: 165.000, in 2001: 159.000)</li> <li>- Vertretung der Lärmschutzbelange bei Planungen im Flughafenbereich</li> <li>- Überwachung der Einhaltung von Nachtflugbeschränkungen und Erteilung von Ausnahmegenehmigungen (Nächtliche Flugbewegungen 22 - 6 h; in 2000: 7.000, in 2001: 6.700)</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Überwachung der nächtlichen Flugbewegungen (Ordnungswidrigkeiten 2000: 21)</li> </ul>
P 2	<p>Schalltechnische Untersuchungen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Messung, Bewertung und Beurteilung von Geräuschimmissionen nach Immissionsschutzrecht sowie im Rahmen der Amtshilfe für andere Dienststellen</li> <li>- Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen immissionsschutzrechtlicher und baurechtlicher Genehmigungsverfahren sowie im Rahmen der Bauleitplanung</li> </ul>
P 3	<p>Lärminderungsplanung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermittlung und Darstellung der akustischen Situation für die Lärmquellen Straßen-/Schienenverkehr, Industrie-/Gewerbe, Sport /Freizeit zur Aufstellung von Maßnahmeplänen in ausgewählten Hamburger Stadtteilen</li> <li>- Ermittlung der Geräuschbelastung durch Straßenverkehr für das gesamte Staatsgebiet Hamburg</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduzierung der Lärmbelastung auf gesundheitlich unbedenkliche Werte an ausgewählten Straßenabschnitten bzw. in Belastungsgebieten</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	14	11	12
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	14	11	12

<sup>69</sup> in 2000 erstmalig vollständig erhoben

<sup>70</sup> Neue Kennzahl ab 2001

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	591	582	608
- Personalausgaben in Tsd. EUR	536	536	555
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	55	46	53
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	28	28	20
Stellen <sup>71</sup>	8	9	8

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	59	60	60
- innerbehördlich in Tsd. EUR	50	51	51
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	9	9	9

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Verwaltungsgebühren für Anträge auf Ausnahmen von den Nachtflugbeschränkungen nach dem Luftverkehrsgesetz (10 Tsd. EUR, Titel 111.04)
- Betriebsausgaben:
- Ausgaben für die Anmietung und Bewirtschaftung der Räumlichkeiten der Dienststelle des Fluglärmschutzbeauftragten am Flughafen (41 Tsd. EUR aus Titel 547.01).
- Mittel für die Beschaffung von Kleinmaterial und Kleingeräten sowie die Unterhaltung der Geräte der Lärmmessstelle (8 Tsd. EUR aus Titel 541.01).
Investitionen:
- Bei den Investitionen handelt es sich um Ersatzbeschaffungen von Lärmmessgeräten (28 Tsd. EUR aus Titel 811.01).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Fluglärmschutz:			
Fluglärmbelastung in v.H. des zulässigen Lärmkontingents (1997 = 100 %) in %	-	-	66
Anfragen zu Nachtflugbeschränkungen	-	-	110
Erteilte Ausnahmen von den Nachtflugbeschränkungen	-	-	16
P 2: Schalltechnische Untersuchungen:			
Schalltechnische Untersuchungen (Messung, Beurteilung und Bewertung)	30	30	29
P 3: Lärminderungsplanung:			
Erstellung von gebietsbezogenen Schallimmissions-, Empfindlichkeits- und Konfliktplänen als Grundlage für Lärminderungsplanungen <sup>72</sup>	100	100	82

**Produktgruppe 14: Energiepolitik und Immissionsschutz**

**Kapitel 8900**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Ziel der Luftreinhalteplanung ist die Verbesserung der Luftqualität
Z 2: Im Rahmen der Wahrnehmung atomrechtlicher Aufgaben werden die Ziele verfolgt:
- Risikovorsorge und Gefahrenabwehr beim legalen und illegalen Umgang mit Kernbrennstoffen
- Schutz der Bevölkerung vor der schädlichen Einwirkung ionisierender und nichtionisierender Strahlung

<sup>71</sup> Planzahl 2001: 9 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

<sup>72</sup> Konfliktpläne im Raster 2 x 2 km mit Tag/Nacht-Betrachtung verschiedener Quellen

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Optimierung der nuklearen Katastrophenschutzvorsorge für die hamburgische Bevölkerung</li> </ul> <p>Z 3: Hamburg verfolgt eine auf Klima- und Ressourcenschutz angelegte, langfristige Politik, die sich an folgenden Zielen orientiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einsparung von Energie und Wasser</li> <li>- Förderung neuer Technologien bei der rationellen Erzeugung, Umwandlung und Anwendung von Energien</li> <li>- Nutzung regenerativer Energien</li> <li>- Gewährleistung der Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen</li> </ul> <p>Die Entwicklungen im Energiebereich war in den letzten Jahren gekennzeichnet von der Liberalisierung der Energiemärkte und gesunkenen Strompreisen. Gegenläufig dazu führten u.a. der zunehmende Einsatz von IuK-Technik zu stetig steigenden Verbrauchsmengen. Da sich in jüngster Zeit auch der Trend bei den Preisen umkehrt, liegt die Herausforderung für die Zukunft darin, durch Energiesparkonzepte eine Steigerung der Energiekosten zumindest zu dämpfen. Im Bereich der öffentlichen Gebäude spielt dabei die Nachfragebündelung (z. B. Kesseltauschprogramm) und die anteilige Berücksichtigung der Instandhaltungskosten bei Energiesparmaßnahmen eine besondere Rolle.</p> <p>Im privaten und gewerblichen Bereich verfolgt die Behörde für Umwelt und Gesundheit neue Ansätze, um Investoren zu Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Nutzung erneuerbarer Energien anzuregen. Dabei ist die Bildung von Aktionsbündnissen mit der Hamburger Wirtschaft (Initiative Arbeit und Klimaschutz, Solarinitiative Nord, Ressourcenschonung in Produktion und Dienstleistung) hervorzuheben. Sie dienen der Steigerung der Effizienz der Förderprogramme der Behörde für Umwelt und Gesundheit.</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P 1 Luftreinhalteplanung  Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Luftreinhaltung im Sinne des BImSchG bedarf der Führung eines Emissionskatasters. Für rund 600 genehmigungsbedürftige Industrieanlagen sind regelmäßige Emissionserklärungen zu bearbeiten.</li> <li>- Ziel ist weiterhin die Bereitstellung von Daten für externe Bedarfe wie z. B. Auswertungen im Vollzug des UVP-Gesetzes und anderer planungsrelevanter Aufgaben, Datenlieferung an das Statistische Bundesamt aufgrund von §10 Umweltstatistikgesetz und Datenlieferung an die EU aufgrund einschlägiger Richtlinien.</li> </ul> <p>P 2 Atomrechtliche Aufgaben  Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Behörde für Umwelt und Gesundheit stellt Konzepte für den nuklearen Katastrophenfall und die Gefahrenabwehr auf, aktualisiert und erprobt diese.</li> <li>- Als Vorsorge für nukleare Störfälle betreibt die Behörde für Umwelt und Gesundheit ein automatisches Überwachungssystem zur Kontrolle der Ortsdosisleistung.</li> <li>- Die Behörde für Umwelt und Gesundheit berät Bürger und Anlagenbetreiber bei Fragen zum Immissionsschutz im Einflussbereich von elektromagnetischen Feldern und übt die Fachaufsicht über den Vollzug der 26. BImSchV (Verordnung über elektromagnetische Felder) aus.</li> </ul> <p>P 3 Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH  Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durch Planung, Beratung, Verbrauchskontrolle, Verhandlungen mit Energieversorgern und energiesparende Investitionen minimiert die Behörde für Umwelt und Gesundheit den Aufwand für Strom, Wärme und Wasser in den öffentlichen Gebäuden der FHH. Die einzelnen Maßnahmen müssen je nach Finanzierungsquelle mindestens eine Wirtschaftlichkeit von 66% bis 100% aufweisen. Sie liegen in der Regel aber darüber (in 2001 lag die Wirtschaftlichkeit aller Maßnahmen im Durchschnitt bei 114 %). Sie dienen damit nicht nur der Ressourcenschonung, sondern auch der Entlastung des Haushalts.</li> <li>- Durch die laufende Überprüfung der Verträge und Tarife sowie ggf. die Anpassung an die sich ändernden Versorgungsverhältnisse und Abnahmebedingungen sichert die Behörde für Umwelt und Gesundheit eine kostengünstige Versorgung für die Dienststellen der FHH.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einen Schwerpunkt bildet der Kesseltausch zur Einführung der Brennwerttechnik in den öffentlichen Gebäuden der FHH. Durch Nachfragebündelung und neue Ausschreibungsverfahren wird die Wirtschaftlichkeit erhöht.</li> <li>- Der gleichen Methode folgt der Leuchtentausch „2:1 fürs Klima“ zur Modernisierung der Beleuchtung in den öffentlichen Gebäuden der FHH. Um das wirtschaftliche Potenzial auszunutzen, wird das Programm mindestens bis 2005 fortgeführt.</li> </ul> <p>P 4 Energieeffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe  Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit dem Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ erfolgte mit Beginn des Jahres 2002 eine neue Schwerpunktsetzung der bisherigen „Maßnahmen zur Förderung von Umwelttechnologien“.</li> <li>- Das größte Potenzial zur Energieeinsparung im privaten Bereich liegt in der Verbesserung des Wärmeschutzes bestehender Gebäude (etwas 50%). Der Senat hat daher die Initiative „Arbeit und Klimaschutz“ ins Leben gerufen, in der alle am Bau Beteiligten gemeinsam die Weichen für die langfristig angelegte Sanierung des Hamburger Gebäudebestandes stellen wollen. Die Behörde für Umwelt und Gesundheit stützt</li> </ul>

diese Entwicklung mit einem Förderprogramm, aus dem die nachträgliche Verbesserung des Wärmeschutzes gefördert wird. In 2003 werden für Wärmeschutz im Gebäudebestand etwa 3,6 Mio. EUR eingesetzt.

P 5 Ausbau der regenerativen Energien

Schwerpunkte:

- Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung sind heute ausgereift und die Markteinführung hat begonnen. Große Zukunftsaussichten hat die kombinierte Heizungs- und Solaranlage. Durch die Förderung soll der Marktanteil der Kombianlage „Heizung + Solar“ auf 15 % aller erneuerten und 20% aller erstinstallierten Heizungsanlagen gesteigert werden. Dies entspricht der Installation von jährlich rd. 15.000 qm Kollektorfläche, die für die nächsten fünf Jahre erreichbar erscheint. Die Behörde für Umwelt und Gesundheit arbeitet dabei im Rahmen der Solarinitiative Nord mit dem Handwerk, der Wohnungswirtschaft, den Energieversorgungsunternehmen u.a. zusammen. In diesem Zusammenhang werden durch Zuwendungen Anlagen zur solaren Warmwasserbereitung gefördert (Titel 892.10).

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	116.596	112.569	116.430
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	116.596	112.569	116.430
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.028	3.034	3.133
- Personalausgaben in Tsd. EUR	2.957	2.958	3.061
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	71	76	72
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	10.602	10.356	8.360
Stellen <sup>73</sup>	54	52	55

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	325	327	333
- innerbehördlich in Tsd. EUR	277	279	283
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	48	48	50

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
- Konzessionsabgabe HEW (87.000 Tsd. EUR, Titel 122.01)
- Konzessionsabgabe HGW (2.863 Tsd. EUR, Titel 122.02)
- Konzessionsabgabe HWW (26.722 Tsd. EUR, Titel 122.03)
Investitionen:
- Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen (4.602 Tsd. EUR, Titel 791.10)
- Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien (6.000 Tsd. EUR, Titel 892.10) aufgewendet; Aus dem Titel 892.10 werden folgende Programme finanziert :
- Hamburger Klimaschutzprogramm „Wärmeschutz im Mehrfamilienhaus“
- Hamburger Klimaschutzprogramm „Wärmeschutz im Ein- und Zweifamilienhaus“
- Hamburger Programm „Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung“
- Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen im IMPULS-Programm Hamburg
- Hamburger Klimaschutzprogramm „Heizung+Solar“ für Anlagen zur solaren Warmwasserbereitung
- Hamburger Förderprogramm für Umwelttechnologien.
Für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms zum Energie- und Wassersparen im öffentlichen Bereich stehen als Finanzierungsquellen der Haushaltstitel 791.10, der Kredit mit der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt und das Sonderprogramm der BBS zur Verfügung.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001

<sup>73</sup> Planzahl 2001: 53 Stellen. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant, sondern stellt den Stellenplanwert 2002 dar.

**Produktbereich: 04**  
**Technischer Umweltschutz, Energiepolitik**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 3: Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH:</b>			
CO <sub>2</sub> -Emissionen der öffentlichen Gebäude der FHH in t	372.000	367.000	360.115
Investive Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Wasser in Tsd. EUR <sup>74</sup>	6.000	6.735	5.421
Investitionen zur Einsparung von Strom in Tsd. EUR	1.420	1.943	1.937
Investitionen zur Einsparung von Heizenergie in Tsd. EUR	3.850	3.872	2.762
Investitionen zur Einsparung von Wasser in Tsd. EUR	730	511	722
Kosten für Strombezug der FHH in Tsd. EUR	28.240	24.500	22.995
Kosten für Heizung im Bereich der FHH in Tsd. EUR	41.200	40.546	39.225
Wasserkosten der FHH in Tsd. EUR	9.500	9.500	10.148
<b>P 4: Energieeffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe:</b>			
Hamburger Energiepass (Anzahl der Gebäude, für die ein Wärmepass erstellt wurde)	4.500	4.100	3.323
<i>Förderung des Wärmeschutzes im Gebäudebestand:</i>			
- Anzahl der Wohnungen	3.000	2.600	2.630
- dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh	16.000	14.800	13.207
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	3.600	3.323	3.598
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	26.780	21.474	23.290
<i>Ressourcenschonung in Produktion und Dienstleistung</i>			
- Anzahl der im Programm betreuten Betriebe	70	70	-
- dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh	8.000	8.000	-
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	600	600	-
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	2.000	2.000	-
<b>P 5: Ausbau der regenerativen Energien:</b>			
Solarförderung: neu errichtete solarthermische Anlagen, installierte Kollektorfläche in m <sup>2</sup>	5.000	3.800	3.038
- Bereitgestellte Fördermittel in Tsd. EUR	1.150	888	658
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	4.400	3.380	2.562
- erreichter Stand: installierte Solarkollektorfläche in m <sup>2</sup>	26.200	20.171	16.439

<sup>74</sup> finanziert aus Haushaltstitel 791.10, BBS-Sonderprogramm, HEW-Kaufratenvertrag (bis Ende 2000) und Kredit der Wohnungsbaukreditanstalt (ab Juni 2000)

**Produktbereich: Gesundheit und Verbraucherschutz**

**Kapitel 8620-8670**

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR <sup>75</sup>	18.611	18.887	17.001
Personalausgaben in Tsd. EUR	36.268	36.560	35.719
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>76</sup>	75.346	73.469	69.596
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR <sup>77</sup>	- 379	1.106	1.088
Investitionsausgaben in Tsd. EUR <sup>78</sup>	70.342	69.484	70.150
Stellen <sup>79</sup>	1.209,73	1.209,73	1.183,86

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z1:	Koordinierung produktbereichsbezogener Planung und Steuerung
Z2:	Schutz des Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Stärkung gesundheitsfördernder Strategien, Weiterentwicklung qualitätssichernder Maßnahmen in den Gesundheitsberufen
Z3:	Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen und krankensicherungsrechtlicher Grundlagen
Z4:	Ausbau eines präventiv wirkenden Verbraucherschutzes in Hamburg durch Bündelung sämtlicher verbraucher-schutz-politischer Maßnahmen und Neuordnung ihres Vollzuges, Stärkung des Tierschutzes
Z5:	Weiterentwicklung intersektoraler Verbraucherschutz-, Arbeitsschutz- und Patientenschutz-Konzepte sowie von Umweltmedizin und Epidemiologie
Z6:	Sicherung eines hohen Untersuchungsniveaus in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lebensmittelvirologie und Infektionsepidemiologie im Hygiene Institut
Z7:	Ausbau der Forschung zu tropenmedizinisch relevanten Infektionskrankheiten im Bernhard-Nocht-Institut
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 15 Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice	P 1 Leitungs- und Aufgabenunterstützung P 2 Ressourcensteuerung P 3 Service P 4 Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten
PG 16 Öffentliche Gesundheit, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz	P 1 Gesundheitsberufe, Medizinethik P 2 Drogen und Sucht P 3 Gesundheitsberichterstattung P 4 Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung P 5 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst P 6 Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin
PG 17 Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungsschutz	P 1 Versorgungsplanung P 2 Krankenhausinvestitionsförderung P 3 Maßregelvollzug P 4 Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, KHG-Pflegesatzrecht

<sup>75</sup> Die Bereichszahlen beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Hygiene Institut und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2001 bis 2003.

<sup>76</sup> Die Bereichszahlen beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Hygiene Institut und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2001 bis 2003. Für das Jahr 2001: Die Ergebnisse der anderen AOB (Rahmen- und Zweckzuweisungen für die Bezirke) sind nicht enthalten.

<sup>77</sup> Für das Jahr 2003: Außer Schuldendiensthilfen i.H.v. 1.024 Tsd. EUR inkl. der in den Kapiteln 8620, 8640, 8660 und 8670 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgaben i. H. v. insgesamt 1.403 Tsd. EUR.

<sup>78</sup> Die Bereichszahlen beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Hygieneinstitut und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2001 bis 2003.

Für das Jahr 2001: Die Ergebnisse der anderen AOB (Rahmen- und Zweckzuweisungen für die Bezirke) sind nicht enthalten.

<sup>79</sup> Inkl. übertragener Stellen aus der Herauslösung des Bereiches Gesundheit aus der bisherigen Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS), Übertragung aus der BWA und Stellen des Hygiene Instituts (inkl. 12 Stellen Lebensmittelchemikerpraktikanten) und des Bernhard-Nocht-Instituts, siehe Wirtschaftspläne

**Produktbereich: 05  
Gesundheit und Verbraucherschutz**

<p>PG 18 Verbraucherschutz (I) – Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen</p>	<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten P 2 Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung P 3 Tierseuchenbekämpfung P 4 Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt P 5 Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen P 6 Tierschutz</p>
<p>PG 19 Verbraucherschutz (II) – Arbeits- und Gesundheitsschutz, Produktsicherheit, Integration anwendungsbezogener Neuentwicklungen, Gesundheit und Umwelt</p>	<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten P 2 Allgemeiner Verbraucherschutz, Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin P 3 Gewerbeaufsicht P 4 Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz P 5 Medizinischer Arbeitsschutz P 6 Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister</p>
<p>PG 20 Hygiene Institut (§ 15 LHO-Betrieb) Hinweis: s. Wirtschaftsplan, Anlage 2.1</p>	<p>P 1 Lebensmittelüberwachung P 2 Gesundheitsschutz P 3 Ausbildung</p>
<p>PG 21 Bernhard-Nocht-Institut (§ 15 LHO-Betrieb) Hinweis: s. Wirtschaftsplan, Anlage 2.2</p>	<p>P 1 Tropenmedizinische Forschung inkl. tropenmedizinischer Diagnostik P 2 Kooperative Forschungsstation in Ghana P 3 Reisemedizinisches Zentrum P 4 Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt tropische Infektionskrankheiten P 5 Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin</p>

**Produktgruppe 15: Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice**

**Kapitel 8620**

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p>	
<p>Z1: Z2: Z3: Z4:</p>	<p>Unterstützung der Fachaufgaben durch Förderung des Modernisierungsprozesses, durch Weiterentwicklung der IuK-Verfahren sowie Organisations- und Personalentwicklung zur Anpassung an veränderte Bedarfe Sicherung und Gestaltung einheitlicher produktbereichsbezogener Voraussetzungen für eine effektive Steuerung von Personal- und Sachmitteln Förderung der produktbereichsinternen Arbeitsfähigkeit durch bedarfsgerechte operative Unterstützung (Service) Zentrale Leitungsunterstützung bei der Steuerung der Fachaufgaben (insbesondere Kontraktwesen), Koordination und Controlling der produktbereichsbezogenen Fachplanungen, Integration von EU-Angelegenheiten, Stärkung der „Europafähigkeit“ des Produktbereichs</p>
<p><i>Produkte</i></p>	
<p>P 1          P 2</p>	<p>Leitungs- und Aufgabenunterstützung Erläuterungen: - Unterstützung der Leitung und der Fachbereiche bei der Erstellung ihrer Produkte, Gestaltung von Organisations- und Geschäftsprozessen, vorbereitende Mitwirkung bei Stellenbesetzungen, angemessene Betreuung und Beratung der Beschäftigten in sozialen Belangen Schwerpunkte: - Ausbau der produktgruppeninternen Organisationsentwicklungs- und Personalentwicklungskompetenz Ressourcensteuerung Erläuterungen: - Steuerung unter Beachtung externer und interner Bewirtschaftungsvorgaben und sich verändernder Rahmenbedingungen, angemessene Verteilung des Personalbudgets auf die Produktgruppen, Ressourcensteuerung für den Produktbereich, Aufbau eines produktbereichsbezogenen Controlling systems und einer hierauf bezogenen Kosten- und Leistungsrechnung Schwerpunkte:</p>

<ul style="list-style-type: none"> <li>- Produktbereichsbezogenes Kontraktwesen</li> <li>- Institutionalisiertes unterjähriges Personalberichtswesen durch Ausbau von Personalplanung, -entwicklung und -controlling</li> <li>- Weiterentwicklung eines produktbereichsbezogenen Controllingsystems</li> </ul> <p>P 3 Service Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Raumangelegenheiten, IuK-Anwenderbetreuung und -Systemverwaltung</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umstellung auf SAP R/3</li> </ul> <p>P 4 Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung der produktbereichsbezogenen Steuerung von Fachplanungen und Fachcontrolling, Koordinierung und Vorbereitung überregionaler Gremien, insbesondere Fachministerkonferenzen und Gesetzgebungsverfahren sowie zentrale Bearbeitung von EU-Angelegenheiten</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterentwicklung des Kontraktwesens</li> <li>- Koordinierung der Teilnahme an EU-Förderprogrammen (Öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz)</li> </ul>
---

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.812	1.880	1.287
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.812	1.880	1.287
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.109	6.268	6.093
- Personalausgaben in Tsd. EUR <sup>80</sup>	5.396	5.485	5.365
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	713	783	728
- Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	26
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2	2	-
Stellen <sup>81</sup>	84,88	84,88	77,53

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	316	336	328
- innerbehördlich in Tsd. EUR	235	254	248
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	81	82	80

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Ausgabenschwerpunkte: Die Betriebsausgaben in dieser Produktgruppe verteilen sich in 2003 ca. auf die einzelnen Produkte wie folgt:			
P 1: Leitungs- und Aufgabenunterstützung	28%		ca. 1.242 Tsd. EUR
P 2: Ressourcensteuerung	45%		ca. 1.995 Tsd. EUR
P 3: Service	22%		ca. 975 Tsd. EUR
P 4: Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten	5%		ca. 222 Tsd. EUR

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Leitungs- und Aufgabenunterstützung:			

<sup>80</sup> Inkl. der Ausgaben für gestelltes Personal im Krankenhaus Rissen (2003: 1.675 Tsd. EUR, 2002: 1.739 Tsd. EUR, 2001: 1.709 Tsd. EUR)

<sup>81</sup> Die aufgrund der Herauslösung des Bereichs Gesundheit aus der BAGS übertragenen Stellen konnten zum Teil noch nicht genau zugeordnet werden.

**Produktbereich: 05  
Gesundheit und Verbraucherschutz**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Frauenquote in Führungspositionen in % <sup>82</sup>	43	42,03	37,12
Krankenstand in % <sup>83</sup>	6,50	7,10	5,90
<b>P 2: Ressourcensteuerung:</b>			
Abweichung Personalbudget in %	0	0	0,04
Bewirtschaftungskosten je Quadratmeter Büro-/ Labor- oder ähnliche Flächen in EUR	116,66	111,66	116,78
<b>P 4: Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten:</b>			
Aufgabenplanung im Produktbereich – Anzahl der Arbeitspakete im Arbeitsprogramm BUG	30	-	-
Kontrakte des Produktbereichsverantwortlichen im Verhältnis zur Anzahl der zu steuernden Einheiten (Abteilungen) in %	100	-	-
<i>Überregionale Planung und Koordinierung:</i>			
Produktbereichsbezogene Bundesratsinitiativen (Gesetzes- oder Änderungsanträge) Hamburgs	6	-	-
<i>Fachministerkonferenzen (GMK inkl. AOLG, ASMK)</i>			
Initiativanträge Hamburgs	2	-	-
AG-Vorsitze Hamburgs	3	-	-
Teilnahme Hamburgs an themenbezogenen AG's	6	-	-
<i>EU-Angelegenheiten:</i>			
Produktbereichsbezogene unterjährige Steuerungsgespräche mit dem Hanse Office	3	-	-
Aufbereitung produktbereichsbezogener Themen oder Vorhaben im interbehördlichen EU-Arbeitskreis	3	-	-

**Produktgruppe 16: Öffentliche Gesundheit, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz**

**Kapitel 8620/8660**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Weiterentwicklung von Standards für die berufliche Ausbildung in den Gesundheitsberufen und deren Ausübung, Erarbeitung ethischer Standards zum Umgang mit neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden
Z2:	Planung, Steuerung und Finanzierung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen in der Suchtkrankenhilfe
Z3:	Informationsvermittlung im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung mit dem Ziel, eine breitere Öffentlichkeit zu orientieren und motivieren, aktiv an der Gestaltung und Umsetzung gesundheitsbezogener Aktivitäten mitzuwirken
Z4:	Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (intersektoral) und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von Gesundheitsangeboten in allen Sozialsystemen (Stadtteilen, Bildungseinrichtungen, besonderen Zielgruppen)
Z5:	Entwicklung und Steuerung sowie Steigerung der Effektivität von neugestalteten Leistungsangeboten der Bezirke im Öffentlichen Gesundheitsdienst
Z6:	Sicherung der Rahmenbedingungen für eine arbeitsmedizinische Forschung auf hohem Niveau; Ausbau der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung in Norddeutschland im Bereich der Schifffahrtsmedizin

<sup>82</sup> In 2002: 43%, in 2001: 42,03%, in 2000: 37,12%

<sup>83</sup> In 2002: 6,5%, in 2001: 7,1%, in 2000: 5,9%

Produkte

P 1 Gesundheitsberufe, Medizinethik

Erläuterungen:

- Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung für die Berufe im Gesundheitswesen; gesetzliche Aufgaben des Landesprüfungsamtes, Aufsichtstätigkeit und Zulassungserteilung für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe, Mitwirkung an rechtlichen und ethischen Standards in der modernen Medizin

Schwerpunkte:

- Erarbeitung und Verabschiedung eines Heilberufegesetzes für die Heilberufekammern
- Mitwirkung an der Novellierung des Krankenpflegegesetzes
- Mitwirkung an der Novellierung des Embryonenschutzgesetzes bzw. an der Erarbeitung eines Fortpflanzungsmedizinengesetzes
- Weiterentwicklung der Beratungs- und Behandlungsangebote im Bereich der Familienplanung, insbesondere in den Bereichen „ungewollte Schwangerschaft“ und „ungewollte Kinderlosigkeit“

P 2 Drogen und Sucht

Erläuterungen:

- Weiterentwicklung, Qualitätssicherung, Vernetzung und Koordinierung sämtlicher Maßnahmen im Gesamtsystem der Suchtkrankenhilfe, einschließlich der Erprobung neuer Behandlungsformen

Schwerpunkte:

- Fortsetzung des Modellprojektes heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger
- verbesserte Abstimmung mit den vorrangigen Kostenträgern
- Modellprojekt zur Akupunkturbehandlung
- Weiterentwicklung ausstiegsorientierter Hilfen

P 3 Gesundheitsberichterstattung

Erläuterungen:

- Erfassung, Analyse, Beschreibung und Bewertung gesundheitlicher Parameter der hamburgischen Bevölkerung sowie gesundheitlicher Versorgungsstrukturen. Hieraus abgeleitet werden präventive, gesundheitsfördernde Projekte und Beratungsleistungen für die Allgemeinbevölkerung und für besondere Zielgruppen

Schwerpunkte:

- Erfassung und Verbesserung der gesundheitlichen Lage insbesondere in sozial benachteiligten Stadtgebieten
- Erstellung von Berichten zur gesundheitlichen Lage der hamburgischen Bevölkerung
- Entwicklung prioritärer Gesundheitsziele auf Grundlage der Berichte

-

- P 4 Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung

Erläuterungen:

- Koordinierung sowie (fachliche und finanzielle) Steuerung zielgruppenübergreifender und -spezifischer Maßnahmen und Projekte zur Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung und Prävention

Schwerpunkte:

- Niedrigschwellig organisierte Angebote der Gesundheitsberatung (und ggf. Untersuchungen) für spezielle Zielgruppen, die durch sonstige Maßnahmen der Gesundheitsinformation, -aufklärung und -beratung nicht oder nur unzureichend erreicht werden
- Gesundheitsberatung chronisch Kranker durch Ratgeber (Patientenführer) und Aufbau eines Multiplikatorenstammes, der mit den Gesundheitslotsen kooperiert
- Ausbau des Netzwerkes Patientenberatung
- Ermittlung frühkindlicher Gesundheitsprobleme und Förderung der Gesundheit von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen
- Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Erarbeitung des Landesrahmenprogramms „Gesunde Stadt Hamburg“. Im Landesrahmenprogramm soll aufgezeigt werden, auf welche Weise Ämter und Behörden Rahmenbedingungen und Projekte für die Verbesserung der gesundheitlichen Lage bereits fördern bzw. zukünftig fördern wollen.

P 5 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst

Erläuterungen:

- Die für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorgehaltenen Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sind unter Berücksichtigung bevölkerungsmedizinischer Entwicklungen schwerpunktmäßig auf gesundheitlich und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen gerichtet. Dies gilt gleichermaßen für Kinder und Jugendliche wie auch für alte Menschen.

- Der amtsärztlichen Tätigkeit weitgehend vergleichbar mit einem Schwerpunkt im hygienischen Bereich ist

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

	die Aufgabenwahrnehmung durch den Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst.
	- Auf dem Gebiet des Infektionsschutzes stehen Fragen des Impfschutzes und der Krankenhaushygiene im Vordergrund.
	Schwerpunkte:
	- Einrichtung bezirklicher Gesundheitskonferenzen
	- Neuorientierung des Schulärztlichen Dienstes
	- Ausbau von Maßnahmen zu Vollzug und Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes.
	-
P 6	Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin
	Erläuterungen:
	- Weiterentwicklung der klinischen Arbeitsmedizin, Arbeitstoxikologie, Allergologie und Arbeitspsychologie im Zentralinstitut für Arbeitsmedizin
	- Koordinierung fachlicher Standards in der Schifffahrtsmedizin
	Schwerpunkte:
	- Weiterentwicklung der norddeutschen Kooperation auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin durch Integration des Arbeitskreises der Küstenländer für Schiffshygiene

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.068	595	725
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.068	595	725
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>84</sup>	43.680	43.187	41.182
- Personalausgaben in Tsd. EUR	7.796	7.847	7.677
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	36.684	35.340	33.505
- Zuwendungen in Tsd. EUR	25.214	23.181	23.242
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	15	15	-
- Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR <sup>84</sup>	- 800		
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	129	143	432
Stellen	161,54	161,54	161,54

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	791	800	768
- innerbehördlich in Tsd. EUR	674	682	653
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	117	118	115

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>		
Die Betriebsausgaben in dieser Produktgruppe verteilen sich in 2003 ohne die noch nicht konkretisierte Globale Minderausgabe ca. auf die einzelnen Produkte wie folgt:		
P 1: Gesundheitsberufe, Medizinethik	7%	ca. 3.114 Tsd. EUR
P 2: Drogen und Sucht (lfd. Zuwendungen in Höhe von 21,158 Mio. EUR)	72%	ca.32.002 Tsd. EUR
P 3: Gesundheitsberichterstattung	1%	ca. 261 Tsd. EUR
P 4: Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung	13%	ca. 5.593 Tsd. EUR
P 5: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst (...)	4%	ca. 1.747 Tsd. EUR
P 6: Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin	4%	ca. 1.726 Tsd. EUR
Hinweis zur Höhe der lfd. Zuwendungen (P 2): Erhöhung durch den geplanten Start des Modellprojektes heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger am 01.08.2002.		
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8620 und 8660.		

<sup>84</sup> Plan 2003: Inkl. der im Kapitel 8660 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgabe in Höhe von 800 Tsd. EUR

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Gesundheitsberufe, Medizinethik:			
Anzahl der Prüfungsteilnehmer und -teilnehmerinnen (akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe und Gesundheitsfachberufe, einschl. Heilpraktikerprüfungen) <sup>85</sup>	4.650	4.645	4.620
Berufsentzugsverfahren, Neuzugänge (u. a. Approbationen)	20	18	39
Überprüfung der 230 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen bei ca. 7.000 Beratungen p.a. in %	100	100	97
Steuerungsgespräche mit den Trägern der institutionellen Schwangerschaftskonfliktberatung (Fallzahlentwicklung, Fachcontrolling)	12	-	-
P 2: Drogen und Sucht:			
<i>1. Daten des ambulanten Hilfesystems<sup>86</sup></i>			
erreichte Klienten (ca. Zahl) im Hilfesystem	9.200	9.500	9.200
Anzahl der ambulanten Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote	53	54	54
- davon Angebote im Bereich legale Drogen	14	14	14
- davon Angebote im Bereich illegale Drogen	32	33	33
- davon suchtmittelübergreifende Angebote	7	7	7
Anzahl der Drogenkonsumräume	8	9	8
Anzahl der Plätze für ambulante Nachbetreuung	47	55	55
Erreichbarkeit/ Öffnungszeiten (ambulanter Bereich) – durchschnittliche Wochenstunden	1.500	1.670	1.647
getauschte Spritzen in Drogenhilfeeinrichtungen	1.400.000	1.400.000	1.361.749
Anzahl der abgeschlossenen Zuwendungsverträge	13	16	13
- darin Anzahl der vertraglich geregelten Projekte	35	33	35
Mindestanzahl erfolgreicher Therapievermittlungen (Abstinenztherapien)	1.600	1.600	1.698
- davon Angebote im Bereich legale Drogen	450	700	383
- davon Angebote im Bereich illegale Drogen	750	500	839
- davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	400	400	477
Anzahl psychosozialer Betreuungen (Fälle)	1.800	1.900	1.969
Mindestanzahl durchgeführter Beratungsprozesse	8.000	8.500	10.046
- davon Angebote im Bereich legale Drogen	2.500	3.900	3.812
- davon Angebote im Bereich illegale Drogen	3.500	3.200	4.237
- davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	2.000	1.400	1.997
Mindestanzahl der Suchtbegleitungen (Fälle)	2.500	1.750	2.663

<sup>85</sup> Die Zahlen setzen sich aus Prüflingen mit unterschiedlicher Dynamik hinsichtlich der zahlenmäßigen Entwicklung zusammen. Die Zahlen der Prüflinge des nicht-akademischen Bereichs sind abhängig von der Arbeitsmarktlage und somit eher nachfrageorientiert. Sie werden insbesondere 2001 ansteigen, was hauptsächlich die Differenz zwischen 2000 und 2001 erklärt. Bei den akademischen Prüflingen wird ein Rückgang aufgrund der seit 1998 verringerten Zulassungszahlen bei den Medizinern zu verzeichnen sein, was sich in einem Rückgang der Zahlen zwischen 2002 und 2001 ausdrückt.

<sup>86</sup> Generelle Anmerkung für P 2: Die Einsparverpflichtungen im Jahr 2002 im Titel 684.61 in Höhe von 1.255 Tsd. EUR wird sich auf die Erreichung der leistungsbezogenen Kennzahlen auswirken. Eine Plankorrektur wurde nicht vorgenommen.

**Produktbereich: 05  
Gesundheit und Verbraucherschutz**

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
- davon Angebote im Bereich legale Drogen	400	400	341
- davon Angebote im Bereich illegale Drogen	1.500	800	1.891
- davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	600	550	431
Heroinambulanzen <sup>87</sup>	1	1,50	-
Fallkosten pro Patient und Tag (ca.) in EUR	49	49	-
Anzahl der Patienten	230	230	-
<b>2. Daten des stationären Hilfesystems</b>			
Platzzahl für Vor- und Nachsorge- sowie Übergangseinrichtungen	280	280	276
Mindestanzahl durchgeführter stationärer Vor- und Nachsorgemaßnahmen (Angabe in Bewilligungen)	1.600	1.600	1.610

**Einzelplanübergreifende Darstellung des Aufgabenfeldes „Drogen und Sucht“**

Die Hamburger Drogen- und Suchtpolitik zielt darauf, Suchterkrankungen vorzubeugen, die Drogenkriminalität konsequent zu bekämpfen und dabei die Sichtbarkeit der offenen Drogenszene deutlich zu reduzieren, sowie das Überleben von Suchtkranken zu sichern, ihre Gesundheit zu stabilisieren und ihnen einen Ausstieg aus der Sucht zu ermöglichen. Zur Verfolgung dieser Ziele werden alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen eingesetzt: Die Freie und Hansestadt Hamburg bekämpft den Drogenhandel mit polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen. Sie betreibt und fördert Einrichtungen der Suchtprävention und finanziert niedrigschwellige Drogenhilfeeinrichtungen und Suchtberatungsstellen. Einen besonderen Stellenwert im Bereich der Suchtpolitik nimmt darüber hinaus die Suchtforschung ein: Ihre Ergebnisse sind Grundlage für Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Maßnahmen in anderen Bereichen.

**Suchtprävention**

Suchtprävention ist ein zentraler Schwerpunkt eines gesamtstädtischen Konzeptes im Kampf gegen Drogenmissbrauch, Drogenabhängigkeit und Sucht. Suchtprävention soll dazu beitragen, junge Menschen sowie Erwachsene, die keine Drogen (legale wie illegale) konsumieren wollen, in ihrem abstinenter Verhalten zu unterstützen, den Beginn eines Suchtmittelkonsums hinauszuzögern, eine Verfestigung riskanter Gebrauchsmuster und eine Entwicklung von süchtigem Verhalten zu verhindern (primäre und sekundäre Suchtprävention).

Auf das Aufgabenfeld der *Suchtprävention* entfallen folgende Finanzmittel:

**Tabelle 1 Ausgaben im Bereich Suchtprävention in Tsd. EUR**

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o.ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Fundstelle (Produktbereich)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003	
<b>BBS</b>	Amt für Schule	Suchtpräventionszentrum				PB 01
		Kapitel 3020 KRD	587	592	620	
		Kapitel 3020 Z78	106	85	85	
		Titel 3060.517.78	4	4	4	
		Titel 3060.519.01	1	1	1	
<b>BSF</b>	Amt für Jugend	KÖ 16 (Drogenberatung Königstraße 16), Kapitel 4440 KRD	418	421	418	PB 03
		Suchtpräventionsprojekte, Titel 4440.684.12	665	737	737	
		Drogen und Suchtprävention, Titel 4440.684.81 – Rahmenezuweisung –	698	668 <sup>88</sup>	663 <sup>88</sup>	
		Betriebskonto Suchtprävention Kapitel 4440 Z64	607	590 <sup>90</sup>	590	

<sup>87</sup> In 2002 1-2 geplant

<sup>88</sup> vorbehaltlich der Spezifikationsbeschlüsse der Bezirksversammlungen bzw. der Jugendhilfeausschüsse

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o.ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Fundstelle (Produktbereich)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003	
<b>BUG</b>	Amt für Gesundheit	Büro für Suchtprävention, Titel 8660.684.61	434	445	445	PB 05 PG 16 P 2
<b>Bfl</b>	Polizei	Polizeiliche Kriminalprävention	123	126 <sup>91</sup>	130 <sup>91</sup>	PB 05 PG 01 P 1
		Verkehrssicherheitsarbeit	0,2	1,05 <sup>91</sup>	1,05 <sup>91</sup>	PG 02 P 3
		Ärztliche und medizinische Versorgung	171	187 <sup>91</sup>	112 <sup>91</sup>	
	Ämter-übergreifend	Service, übergreifende Sonderdienste	72	74 <sup>91</sup>	78 <sup>91</sup>	
Gesamt			3.939,2	3.985,1	3.943,1	

### Suchthilfe

Hamburg verfügt über ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Suchthilfesystem, dessen Leistungserbringung mit modernen Instrumenten gesteuert wird. Mit seinen niedrighwelligen Hilfen, den Beratungs- und Therapieangeboten sowie medizinischen Drogenhilfemaßnahmen erreicht das aus öffentlichen Mitteln geförderte Hamburger Suchthilfesystem bis zu 80% der Drogenabhängigen und bis zu 10% der Alkoholabhängigen.

Auf das Aufgabenfeld der *Suchthilfe* entfallen folgende Finanzmittel:

**Tabelle 2 Ausgaben im Bereich Hilfe für Suchtkranke in Tsd. EUR**

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o.ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Drittmittel 2001 (Bund, EU)	Fundstelle (Produktbereich)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003		
<b>Justizbehörde</b>	Strafvollzug	Sachkosten Spritzentausch	1	0	0		PB 06 PG 15 P 1
		Personal- und Sachkosten für externe psychosoziale Betreuung	62	62	62		PB 06 PG 15 P 2
		Sachkosten Methadon	24	24	20		
		Sachkosten Akupunktur	4	4	4		
<b>BSF</b>	Amt für Jugend	Hilfen zur Erziehung, Kapitel 4460 (Aufwendungen für 2 Träger, die ambulante u. stationäre Hilfen zur Erziehung für Drogenabhängige anbieten)	442	451 <sup>90, 91</sup>	460 <sup>91</sup>		
<b>BBS</b>	Amt für Schule	Zuschüsse zu den laufenden Kosten an Träger der Drogenhilfe, Titel 3020.685.01	206	123	76		PB 01
<b>BUG</b>	Amt für Gesundheit	Eingliederungshilfe für Behinderte – stationär – Hilfen für Suchtkranke, Titel 8660.671.61	8.297	8.991 <sup>90</sup>	8.349		PB 05 PG 16 P2
		Unterhaltung und Bewirtschaftung der staatlichen Suchtberatungsstellen, Titel 8660.535.81	212	221	221		PB 05 PG 16 P2
		Personalkosten Kapitel 8620 KRD Angaben gem. Kostenrechnung	1.375	1.490	1.419		

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o.ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Drittmittel 2001 (Bund, EU)	Fundstelle (Produkt- bereich)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003		
		Zuschüsse an Vereine und dergl. inkl. Psychosoziale Betreuung von Substituierten, Titel 8660.684.61 (Die Mittel für das Büro für Suchtprävention sind in Tabelle 1 aufgeführt).	17.933	18.146 <sup>90</sup>	18.146		PB 05 PG 16 P2
		Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe, Titel 8660.685.61	-	716 <sup>89</sup>	2.000 +1.000 (VE)		PB 05 PG16 P2
		Modellversuch Akupunktur, Titel 8660.684.01	-	56 <sup>90</sup>	56		
<b>BSF</b>	Amt für Soz. u. Rehab.	Krankenhilfe – Suchtbehandlung ambulant –, Titel 4630.681.02	2.668	2.793	2.767		PB 04 PG 17 P2
Gesamt			31.224	33.077	32.958 +1.000 (VE)		

**Repression und öffentliche Ordnung**

Für die Aufgabenfelder der Justizbehörde und hier insbesondere des Strafvollzugsamtes ist zu beachten, dass Überlebenshilfen, präventive, therapeutische und repressive Maßnahmen im Umgang mit drogenabhängigen/-gefährdeten Gefangenen integraler Bestandteil der allgemeinen Betreuungs- und Sicherheitsleistungen des Vollzugs sind. Die eingesetzten Finanzvolumina lassen sich wegen der Ganzheitlichkeit präventiver, versorgender und repressiver Maßnahmen nicht exakt aufteilen. Aus diesem Grund werden für die Darstellung des Bereichs der *Repression* lediglich Mittel der Behörde für Inneres aufgelistet:

**Tabelle 3 Ausgaben für Repression und öffentliche Ordnung im Bereich der Bfl in Tsd. EUR**

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o.ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Drittmittel 2001 (Bund, EU)	Fundstelle (Produkt- bereich)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003		
<b>Bfl</b>	Polizei	Bekämpfung der Rauschgiftdelikte	19.850	20.688 <sup>90</sup>	22.266 <sup>91</sup>		PB 05 PG 01 P 4
		Überwachung des fließenden Verkehrs	347	455	372 <sup>91</sup>		PG 02 P 1
Gesamt			20.197	21.143	22.638 <sup>91</sup>		

**Suchtforschung** wird an der Universität Hamburg schwerpunktmäßig in zwei Instituten durchgeführt. Schwerpunkt des Zentrums für interdisziplinäre Suchtforschung sind hierbei Fragen von Evaluation und Qualitätssicherung in der Suchthilfe, während das Institut für Rechtsmedizin unterschiedliche Aspekte im Zusammenhang mit Drogentodesfällen untersucht und sich daneben u. a. mit Fragen der Reichweite des Hilfesystems befasst. Für durchgeführte und geplante Maßnahmen stehen folgende Mittel zur Verfügung:

<sup>89</sup> 2002 stehen Haushaltsreste in Höhe von 3.630 Tsd. EUR zur Verfügung

<sup>90</sup> gegenüber dem Finanzbericht 2002 korrigierter Wert

<sup>91</sup> Angaben gem. Prognose

**Tabelle 4 Ausgaben für Suchtforschung in Tsd. EUR**

Behörde	Amt	Projekt, Maßnahme, Titel o. ä.	Haushalt (in Tsd. EUR)			Drittmittel 2001 (Bund, EU)
			Ist 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003	
BWF	Universität Hamburg Rechtsmedizin	Insgesamt 7 verschiedene For- schungsvorhaben	229	146 <sup>90</sup>	146	49
	Zentrum für interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg	16 verschiedene Forschungsvorhaben	-	-	-	1.419
Gesamt			229	146	146	1.468

Generelle Anmerkung: Die Ist-Zahlen für 2001 beziehen sich immer auf das Projekt, die Maßnahme oder den Titel der in 2001 jeweils zuständigen Behörde.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 3: Gesundheitsberichterstattung:</b>			
Säuglingssterblichkeit <sup>92</sup>	70	-	-
Sterblichkeit an Lungenkrebs <sup>92</sup>	950	-	-
Herzinfarktsterblichkeit <sup>92</sup>	1.300	-	-
Schlaganfallsterblichkeit <sup>92</sup>	1.300	-	-
<b>P 4: Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheits- beratung:</b>			
Eingegangene Verwendungsnachweise (Anzahl)	22	21	23
Eingegangene Verwendungsnachweise (Volumen in Tsd. EUR)	4.718	5.566	6.380
Geprüfte Verwendungsnachweise (Anzahl)	21	26	16
Geprüfte Verwendungsnachweise (Volumen in Tsd. EUR)	5.566	11.114	2.300
Bestand ungeprüfter Verwendungsnachweise zum Jahresende (Anzahl)	22	21	23
Bestand ungeprüfter Verwendungsnachweise zum Jahresende (Volumen in Tsd. EUR)	4.718	5.566	6.380
Ärztliche Beratungen, Untersuchungen und Veran- lassungen bei Behinderten und deren Angehörigen	5.700	5.600	6.317
Untersuchungen von Prostituierten	5.000	4.000	5.574
Persönliche und telefonische Aids-Beratungen	6.500	6.500	6.475
Beratung der Gesundheitslotsen <sup>93</sup>	2.500	2.400	2.248
<b>P 5: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst:</b>			
Anzahl der auf Basis der Seegesundheitserklärung überprüften und abgefertigten Schiffe <sup>94</sup>	4.000	3.520	3.000

<sup>92</sup> Neue Kennzahl, daher keine Planzahl für 2002

<sup>93</sup> telefonische Beratung zu Angeboten im Hamburgischen Gesundheitswesen

<sup>94</sup> Insbesondere Überprüfung der Hygiene und des Umganges mit Gefahrstoffen.

Anhand der heutigen Anzahl der Seeschiffe in Höhe von 13.300 und der vermutlich einkommenden Binnenschiffe in Höhe von ca. 11.850 (Auskunft von der Nautischen Zentrale, Stand 2001) sowie der (...) Infrastruktur (Containerterminal Altenwerder) in 2003 wird die Anzahl von 4.000 auf Basis der Seegesundheitserklärung für erforderlich gehalten. Beim derzeitigen Personalstand sind voraussichtlich nur 2.600 möglich.

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

Anzahl der ausgestellten Rattenatteste	450	450	451
Anzahl der ausgestellten Trinkwasseratteste	620	550	376
Anzahl der ausgestellten Trinkwasseratteste Beanstandungen	-	-	238
Anzahl der ausgestellten Apothekenatteste	100	150	120
Anzahl der Kontrollen im Hafens und der Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen <sup>95</sup>	500	1.000	450

**Produktgruppe 17: Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungsschutz**

**Kapitel 8620**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Dauer- und regelhafte Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Hamburger Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Metropolenfunktion Hamburgs; Strukturanpassungen in der klinischen Psychiatrie
Z 2:	Ziel der Länderfinanzierung ist es, die Krankenhäuser, die im Rahmen des Sicherstellungsauftrages für die stationäre Krankenhausversorgung Versorgungsaufträge übernommen haben, so zu fördern, dass sie ihren Versorgungsauftrag bedarfsgerecht, dem Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik entsprechend, wirtschaftlich erfüllen können.
Z 3:	Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Behandlungsplätzen, um für den Vollzug der Maßregeln die gem. §§ 63 und 64 StGB angeordnete gerichtliche Unterbringung sowie Therapie vermindert schuldfähiger oder schuldunfähiger Straftäterinnen und Straftäter in dem erforderlichen Maße zu gewährleisten.
Z 4:	Wahrung der Interessen Hamburgs bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung mit dem Ziel, den Grundsatz einer solidarischen Absicherung des Risikos Krankheit weiterzuentwickeln und die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf eine wirtschaftliche und qualitative Leistungserbringung auszurichten. Zeitnahe Abarbeitung aller an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten.
<i>Produkte</i>	
P 1	<p>Versorgungsplanung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassung der Versorgungsplanung an die Strukturveränderungen infolge medizinischen Fortschritts, weiteren Ausbaus ambulanter Versorgungssysteme, Einführung integrierter Versorgungsformen sowie leistungsorientiertem, pauschalierendem Vergütungssystem für Krankenhausleistungen.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Anpassung der Krankenhausplanung nach der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems/Fallpauschalengesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung (ab 2003 als Option für die Krankenhäuser, verpflichtende DRG-Einführung für alle Krankenhäuser 01.01.2004.)</li> <li>- Umsetzung des Krankenhausplans 2005 einschl. Überprüfung der Planungsparameter in der Mitte der Referenzperiode im Jahr 2003</li> <li>- Bearbeitung fachgebietsbezogener und struktureller krankenhauserischer Schwerpunkte (z. B. künftige Versorgungsstrukturen in Neurologie und Gynäkologie / Geburtshilfe). Hierzu ist die Datenbasis für die Krankenhausplanung weiter zu verbessern.</li> <li>- Weiterentwicklung der Not- und Unfallversorgung in Hamburg</li> <li>- Im Fachgebiet Psychiatrie wird die weitere Dezentralisierung des stationären Versorgungsangebots, der weitere Ausbau des teilstationären psychiatrischen Versorgungsangebots und die Weiterentwicklung der klinischen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung unter Berücksichtigung des Prozesses der Umstrukturierung der außer-klinischen Versorgung psychisch Kranker vorangetrieben.</li> </ul>
P 2	<p>Krankenhausinvestitionsförderung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung (Krankenkassen und Länder) haben die Krankenhäuser, die in dem jeweils gültigen Krankenhausplan mit ihrem Versorgungsangebot aufgenommen sind, gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg einen Rechtsanspruch auf auskömmliche Investitionsförderung. Dies konkretisiert sich u.a. durch die Planung und Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung von Strukturverbesserungen und zur Optimierung der Patientenversorgung.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärkung der für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung weiterer notwendiger Strukturmaßnahmen, in den Hamburger Krankenhäusern, z. B. im Marienkrankenhaus, AK St. Georg und zur weiteren Dezentralisierung der klinischen Psychiatrie.</li> </ul>

<sup>95</sup> Insbesondere hinsichtlich der hygienischen Verhältnisse im Hafen.  
Bei der Beibehaltung des realen Anteils der Kontrollen fallen für 2003 etwa 500 Untersuchungen in Hafen und der Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen an. Beim derzeitigen Personalstand sind nur ca. 200 Untersuchungen möglich.

	-	Fortführung der begonnenen strukturellen Investitionsmaßnahmen, z. B. Neubau Klinikum Barmbek, Zwischenbau West im Altonaer Kinderkrankenhaus, Neustrukturierung des AK Eilbek, Neustrukturierung des Israelitischen Krankenhauses, Verbesserung der Patientenunterbringung im AK Altona und im Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand
	-	Abschluss der Investitionsplanungen zum Diakonie-Klinikum Hamburg gGmbH
	-	Optimierung der klinischen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung
P 3		<b>Maßregelvollzug</b>
		Erläuterungen:
	-	Kontinuierliche Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen im Maßregelvollzug bedarf es einer kontinuierlichen Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs.
		Schwerpunkte:
	-	Jährliche Entgeltverhandlungen zur Sicherstellung der laufenden Kosten des Maßregelvollzugs
	-	Prüfung der Möglichkeiten des Aufbaus ambulanter Einrichtungen zur Nachsorgebehandlung von Patienten, die aus dem Maßregelvollzug entlassen wurden.
P 4		<b>Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, KHG-Pflegesatzrecht</b>
		Erläuterungen:
	-	Verbesserung der Effizienz und Effektivität der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Mitwirkung an Bundes- und EU-rechtlicher Normsetzung und der Abstimmung mit den regionalen Akteuren in der Gesundheitsversorgung in Hamburg sowie durch die Aufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen, deren Verbände und den Kassen-ärztlichen Vereinigungen.
	-	Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung im Bereich Krankenhaus- und Pflegesatzrecht sowie Erledigung von sonstigen Rechtsangelegenheiten wie Genehmigung von Pflegesätzen, Konzessionierung privater Krankenanstalten, Widerspruchs- und Prozessverfahren.
		Schwerpunkte:
	-	Mitwirkung am weiteren Gesetzgebungsverfahren zum Risikostrukturausgleich
	-	Weiterentwicklung bzw. Reform der gesetzlichen Krankenversicherung vor dem Hintergrund steigender Ausgaben und einer solidarischen Absicherung des Risikos Krankheit
	-	Aufsicht und Beratung über die Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebes von landesunmittelbaren Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung
	-	Novellierung des HmbKHG und des HmbMVollzG

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	878	878	950
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	878	878	950
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>1</sup>	15.964	14.991	13.638
- Personalausgaben in Tsd. EUR	2.355	2.371	2.315
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	12.785	11.514	10.235
- Zuwendungen in Tsd. EUR	615	750	1.332
- Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR <sup>96</sup>	824	1.106	1.088
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	64.993	65.023	68.011
Stellen	54,06	54,06	49,06

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	239	242	232
- innerbehördlich in Tsd. EUR	204	206	197
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	35	36	35

<sup>96</sup> Plan 2003: Außer den Schuldendiensthilfen i.H.v. 1.024 Tsd. EUR inkl. der im Kapitel 8620 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgabe in Höhe von 200 Tsd. EUR

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Die Betriebsausgaben in dieser Produktgruppe verteilen sich in 2003 ohne die noch nicht konkretisierte Globale Minderausgabe ca. auf die einzelnen Produkte wie folgt:			
P 1: Versorgungsplanung	10%	ca.	1.616 Tsd. EUR
P 2: Krankenhausinvestitionsförderung	10%	ca.	1.616 Tsd. EUR
P 3: Maßregelvollzug	76%	ca.	12.305 Tsd. EUR
P 4: Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, KHG-Pflegesatzrecht	4%	ca.	627 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8620.			

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 1: Versorgungsplanung:</b>			
Zahl der durch den Krankenhausbettennachweis vermittelten Betten	16.000	16.000	16.033
Krankenhausbetten (Planbetten) <sup>97</sup>	12.137	12.137	12.949
Plätze in teilstationären Einrichtungen <sup>97</sup>	743	743	558
Verweildauer in den somatischen Fächern in Tagen <sup>98</sup>	9	9,50	9,90
Verweildauer in der Psychiatrie in Tagen <sup>98</sup>	24,50	25	25,50
Durchschnittliche Bettenauslastung in den somatischen Fächern in % <sup>98</sup>	85	85	82
Durchschnittliche Bettenauslastung in den psychiatrischen Fächern in % <sup>98</sup>	88,50	87	78,90
Anteil der Bevölkerung, die durch dezentral sektoriert arbeitende Abteilungen psychiatrisch versorgt wird in % <sup>99</sup>	67	58	51,01
<b>P 2: Krankenhausinvestitionsförderung:</b>			
Krankenhausinvestitionsvolumen der Einzelförderung (Soll-Ansätze Haushaltspläne) in Tsd. EUR <sup>100</sup>	34.165	32.694	31.647
Nach dem KHG zu fördernde Planbetten (einschl. teilstationärer Plätze) (lt. Krankenhausplan 2005) <sup>101</sup>	11.132	11.132	11.724
KHG-Mittel je Planbett nach KHG geförderte Krankenhäuser pro Jahr in EUR <sup>102</sup>	5.900	5.653	5.469
Aus Volumensgründen nicht finanzierbare Anträge im Bereich Krankenhausinvestitionsförderung (kumuliert): Anzahl <sup>103</sup>	-	70	51
Aus Volumensgründen nicht finanzierbare Anträge im Bereich Krankenhausinvestitionsförderung (kumuliert): Kosten in Tsd. EUR <sup>103</sup>	-	292.000	239.000

<sup>97</sup> Einschließlich UKE und BNI;

Die Werte in Plan 2003 bzw. Plan 2002 sind jeweils die im Krankenhausplan 2005 zum 31.12.02 festgelegten Zielzahlen. Das Erreichen der Zielzahl in Plan 2003 ist abhängig vom Zeitpunkt der Realisierung der im Rahmen des Krankenhausplans 2005 vorgesehenen strukturellen Maßnahmen sowie vom Ergebnis der Überprüfung der Zielaussagen des Krankenhausplans 2005 und seiner Planungsparameter in der Mitte der Planperiode des Krankenhausplans 2005 zur weiteren bedarfsgerechten Anpassung der vollstationären und teilstationären Kapazitäten in den Hamburger Krankenhäusern unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen.

<sup>98</sup> Zum Ergebniswert 2001: Angaben auf Basis der Krankenhausstatistik bezogen auf Hamburger Planbetten in Krankenhäusern auf Hamburgischem Staatsgebiet, Stichtag 31.03.2001; vollständige Daten für 2001 werden frühestens mit Ende des 1. Halbjahres 2002 vorliegen.

<sup>99</sup> Der Wert in Plan 2003 stellt die Zielzahl zum 31.12.2005 dar.

<sup>100</sup> Die Planwerte in 2002 und 2003 sind reduziert um die für den Neubau des Klinikum Barmbek vorgesehenen Anteile, die ab 2006 wieder bereitgestellt werden. Reduzierung aufgrund globaler Minderausgabe.

<sup>101</sup> Ohne UKE; Bundeswehr-Krankenhaus Hamburg, Berufsgenossenschaftliches Unfallkrankenhaus Hamburg; Die Planwerte 2002 und 2003 teilen sich jeweils auf in vollstationäre Behandlungsplätze: 10.498 und teilstationäre Behandlungsplätze: 634.

<sup>102</sup> KHG-Mittel je Planbett bezogen auf Einzelförderung; Pauschalförderung und Zins- und Tilgungsleistungen, d.h. Gesamt-KHG-Aufkommen. Bis 2001 bezog sich diese Kennzahl nur auf die Einzelförderung.

<sup>103</sup> Planwert in 2003 zz. noch nicht aufzeigbar.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 3: Maßregelvollzug:</b>			
Berechnungstage §§ 63, 64 StGB (Maßregelvollzug) <sup>104</sup>	-	32.128	36.546
Tagessätze im Maßregelvollzug (die Werte für 2002 sind vorläufig, da die Vereinbarungen noch nicht abgeschlossen sind): § 63 StGB Haus 18 in EUR <sup>105</sup>	-	273,23	236,72
Tagessätze im Maßregelvollzug (die Werte für 2002 sind vorläufig, da die Vereinbarungen noch nicht abgeschlossen sind): § 64 StGB Haus 9 in EUR <sup>105</sup>	-	241,26	276,47
<b>P 4: Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, KHG-Pflegesatzrecht:</b>			
Zahl der externen Stellungnahmen und Informationen zu Praxis und Problemen in der gesetzlichen Krankenversicherung <sup>106</sup>	150	-	-
Zahl der Rechtsprüfungen, Beratungsschreiben und Aufsichtsordnungen im Bereich GKV <sup>106</sup>	80	80	80
Zahl der bearbeiteten Eingaben, Petitionen, Dienstaufsichtsbeschwerden im Bereich GKV <sup>106</sup>	160	160	160
Zahl der örtlichen Aufsichtsprüfungen im Bereich GKV <sup>106</sup>	5	5	5
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten im Bereich KHG-Pflegesatzrecht (Ifd. Verfahren zzgl. Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in % <sup>106</sup>	90	90	-

**Produktgruppe 18: Verbraucherschutz (I) – Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen** **Kapitel 8670**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben; Umsetzung von produktgruppenbezogenen Handlungskonzepten (intersektoraler, präventiver Verbraucherschutz, Qualitätsmanagement)
Z2:	Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung auf der Grundlage eines ganzheitlichen Verständnisses der Erzeugungs-, Produktions- und Verarbeitungswege („from stable to table“)
Z3:	Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung nach Maßgabe der sich aus BSE und MKS ergebenden Anforderungen
Z4:	Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher durch fleischhygiene- und lebensmittelrechtliche Kontrollen am Fleischgroßmarkt
Z5:	Reaktion auf sich verändernde Warenströme im Hafen, schnelle, zügige und sichere Abfertigung der Container; Weiterentwicklung der Überwachungskonzepte durch das Veterinäramt Grenzdienst
Z6:	Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden
<i>Produkte</i>	

<sup>104</sup>Gerichtlich angeordnete Unterbringung vermindert schuldfähiger oder schuldunfähiger Straftäter in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) oder einer Erziehungsanstalt (§ 64 StGB).

Der Ergebnis-Wert in 2001 wurde auf Basis eines vorläufigen Jahresabschlusses ermittelt.

Zum Planwert 2002: Hochrechnung auf ein volles Jahr auf Basis der Behandlungstage des I. Quartals 2002 entsprechend der zwischen der Finanzbehörde und der Fachbehörde im Laufe der Haushaltsvereinbarung 1999 getroffenen Vereinbarung.

Der Planwert in 2003 ist zz. noch nicht aufzeigbar.

<sup>105</sup>Der Planwert 2003 ist zz. noch nicht aufzeigbar.

Abweichungen gegenüber dem Vorjahr infolge struktureller Veränderungen durch die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus Haus 18. Somit ist keine Vergleichbarkeit mit den Daten der Vorjahre mehr gegeben.

<sup>106</sup>Als Folge der Umstrukturierung des Amtes wurde dieser Arbeitsbereich neu strukturiert, die Kennzahl wurde für die Produktinformation 2003 neu gebildet, daher keine Angaben für die Jahre 2001 und 2002.

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

P 1	Rechts- und Grundsatzangelegenheiten Erläuterungen: - Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten
P 2	Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung Erläuterungen: - Modernisierung der Lebensmittelüberwachung unter Einbeziehung von Qualitätsmanagementmethoden und Weiterentwicklung der herkömmlichen Vollzugsinstrumente (Kontrolle und Beprobung) Schwerpunkte: - stärkere Orientierung bei Inspektionen und Probenahmen am Bedarf und am Gefährdungspotenzial für die Verbraucher und Verbraucherinnen - Durchführung von Schwerpunktaktionen - Intensivierung der Überwachung von Drittlandimporten pflanzlicher Lebensmittel (z. B. Pistazien)
P 3	Tierseuchenbekämpfung Erläuterungen: - Abwehr und Bekämpfung von Tierseuchen unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragbar sind (Zoonosen) Schwerpunkte: - Einbindung in das bundes- und EU-weite Krisenmanagement zur Bewältigung aktueller Tierseuchen (BSE, MKS) und der hierauf beruhenden Folgeprobleme - Sicherstellung einer schadlosen Tierkörperbeseitigung mit thermischer Verwertung
P 4	Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt Erläuterungen: - Schlachtier- und Fleischuntersuchungen sowie Überwachung der Betriebe auf dem Fleischgroßmarkt Schwerpunkte: - Reaktion auf aktuelle BSE- / MKS-Entwicklungen - Durchführung besonderer Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE
P 5	Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen Erläuterungen: - Durchführung von Veterinärkontrollen bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft sowie Untersuchungen bei der Einfuhr pflanzlicher Lebensmittel über den Hamburger Hafen und Flughafen bei Drittlandimporten. Veterinärrechtliche Freizonenüberwachung durch Kontrollen bei Transitsendungen und bei Ein- und Auslagerungen im Freihafen Schwerpunkte: - Errichtung eines Kontrollzentrums Altenwerder für das Veterinäramt Grenzdienst (Umsetzungen der Planungen)
P 6	Tierschutz Erläuterungen: - Koordinierung sämtlicher fachbehördlicher (Überwachungs-) Maßnahmen auf den Gebieten des Tierschutzes und der Tierhaltung Schwerpunkte: - Einschränkung von Tierversuchen - Steuerung übergeordneter Aspekte beim weiteren Vollzug der Hamburgischen Hundeverordnung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.841	2.515	3.019
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.841	2.515	3.019
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>107</sup>	8.695	9.359	9.477
- Personalausgaben in Tsd. EUR	6.567	6.610	6.453
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.178	2.749	3.024
- Zuwendungen in Tsd. EUR	606	595	628
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	648	1.323	1.287

<sup>107</sup>Plan 2003: Inkl. der im Kapitel 8670 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgabe in Höhe von 50 Tsd. EUR

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
- Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR <sup>108</sup>	- 50		
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	81	115	56
Stellen	137,81	137,81	136,81

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	667	674	646
- innerbehördlich in Tsd. EUR	568	575	549
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	99	99	97

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2003 ohne die noch nicht konkretisierte Globale Minderausgabe die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:			
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten	11%		ca. 976 Tsd. EUR
P 2: Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung	11%		ca. 922 Tsd. EUR
P 3: Tierseuchenbekämpfung	6%		ca. 499 Tsd. EUR
P 4: Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt	17%		ca. 1.506 Tsd. EUR
P 5: Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen	46%		ca. 4.023 Tsd. EUR
P 6: Tierschutz	9%		ca. 819 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitelerläuterungen Kapitel 8670			

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten:			
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren	23	20	15
Bußgeld-/Verwarngeldeinnahmen in EUR	5.000	5.000	2.761
P 2: Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung:			
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen)	4.500	4.500	4.335
Exportzertifikate im Verhältnis zu gestellten Anträgen in %	100	100	100
Anzahl der Probenahmen (Lebensmittelproben) je 1000 Einwohner	5	5	4,60
Anzahl der zu überprüfenden Betriebseinheiten, die Tierarzneimittel handhaben	180	170	180
Durchgeführte Tierarzneimittelüberprüfungen im Verhältnis zur Gesamtzahl in % <sup>109</sup>	55,56	50	18,89
P 3: Tierseuchenbekämpfung:			
Zahl der erteilten tierseuchenrechtlichen Einfuhrgenehmigungen, Seuchenfreiheitsbescheinigungen, Zulassungen für die Speiseabfallentsorgung (Freihafen/Flughafen)	380	280	355
P 4: Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt:			
Schlachtier- und Fleischuntersuchungen <sup>110</sup>	4.000	4.500	3.799

<sup>108</sup>Plan 2003: Inkl. der im Kapitel 8670 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgabe in Höhe von 50 Tsd. EUR

<sup>109</sup>Zahl der zu überprüfenden tierärztl. Hausapotheken, „Tierheilpraktiker“, Tierarzneimittelhersteller und -großhändler, Futtermittelmischbetriebe (sofern Arzneimittel zugemischt werden) sowie Wirkstoffhändler

<sup>110</sup>In 2001 sind die Schlachtier- und Fleischuntersuchungen aufgrund von BSE und MKS zurückgegangen

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Hygiene- und Betriebskontrollen je zu überprüfende Betriebseinheit	91	91	64
Anzahl der zu überprüfenden Betriebseinheiten bei Hygiene und Betriebskontrollen	110	110	98
Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Kontrollen je vorhandenes Fleischtransportfahrzeug	1,48	1,48	1,20
Anzahl der Fleischtransportfahrzeugen	250	250	250
Kosten für Tierkörperbeseitigung in EUR <sup>111</sup>	173.000	83.341	294.000
<b>P 5: Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen:</b>			
Gestellte Anträge zur Ein- und Durchfuhr	51.000	48.000	46.486
Ein- und Durchfuhrkontrollen im Verhältnis zu gestellten Anträgen in %	100	100	100
Gestellte Ausfuhranträge bei Transitsendungen	1.100	1.000	2.193
Ausfuhrkontrollen bei Transitsendungen im Verhältnis zu gestellten Anträgen in Prozent in %	100	100	100
Durchschnittliche Anzahl der durchgeführten Betriebsüberwachungen je im Freihafen zu überwachenden Betrieb/Einrichtung <sup>112</sup>	4,60	4	15,30
Anzahl der im Freihafen zu überwachenden Betriebe und Einrichtungen	65	65	65
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Attestierungen)	1.200	1.200	1.200
Entwicklung der Gebühreneinnahmen in Tsd. EUR <sup>113</sup>	2.349	2.107	2.374
<b>P 6: Tierschutz:</b>			
Anzahl der Anträge auf Genehmigung von Tierversuchen	80	80	74
Anzahl der als zulässig bestätigten anzeigepflichtigen Tierversuche	265	230	262
Durchschnittliche Anzahl der durchgeführten Überprüfungen je Versuchstiereinrichtung	2	2	0,13
Anzahl der zu überprüfenden Versuchstiereinrichtungen	23	16	23
Abholung und Transport sichergestellter und herrenloser lebender Tiere	2.300	2.300	2.321
Aufnahme und Betreuung von gefährlichen Hunden (durchschnittlich monatlich) <sup>114</sup>	70	93	205

**Produktgruppe 19: Verbraucherschutz ( II ) - Arbeits- und Gesundheitsschutz, Produktsicherheit, Integration anwendungsbezogener Neuentwicklungen, Gesundheit und Umwelt**

**Kapitel 8620/8640**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben; Umsetzung von produktgruppenbezogenen

<sup>111</sup>Kosten für die Abholung und unschädliche Beseitigung des Rohmaterials (Tierkörper, Tierkörperteile, verdorbene Lebensmittel) durch die Tierkörperbeseitigungsanstalt (ca. 450 t/Jahr, davon ca. 6.000 Tierkörper). Der Ansatz für Plan 2003 erhöht sich möglicherweise, da ein Preisanhebungsbegehren der TKBA gestellt ist. In 2001 sind aufgrund von BSE und MKS die Kosten für Tierkörperbeseitigung extrem gestiegen. Die realistische Planzahl für 2002 läge demzufolge deutlich höher.

<sup>112</sup>Die Anzahl der Betriebsüberwachungen war im Jahr 2001 aufgrund der besonderen Situation (z.B. MKS) überdurchschnittlich hoch.

<sup>113</sup>Der Wert in 2001 stellt das Haushalts-Ist dar.

<sup>114</sup>Nach Betriebseinstellung der Auffangstation gilt für das Jahr 2003, dass Hunde kostenwirksam insbesondere im Tierheim Süderstraße unterzubringen sind. Als realistische Zahl für 2002 ist 190 zugrunde gelegt worden. Durch Intensivierung der Vermittlung ergibt sich eine geringere Auslastung.

<p>Z2: Allgemeiner Verbraucherschutz, Schutz der Patientinnen und Patienten im Medizinbetrieb durch Überwachung der Arzneimittelsicherheit und Bereitstellung sicherer, geeigneter und leistungsfähiger Medizinprodukte sowie Schutz vor Gefahrstoffen; Qualitätssicherung in der Medizin und Stärkung von Patientenrechten; Förderung der Entwicklung, Weiterentwicklung und Anwendung innovativer Produkte in der Medizin (-technik) und Telematik</p> <p>Z3: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verringerung gesundheitlicher Gefährdungen abhängig Beschäftigter und Dritter durch Aufsichts- und Beratungstätigkeiten in den Betrieben.</p> <p>Z4: Gewährleistung des Schutzes vor Gefahren durch unsichere Produkte, des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritter vor Gefahren durch Anlagen; Schutz von Patientinnen und Patienten sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor den schädlichen Auswirkungen von Strahlen (Verhinderung von gesundheitsschädlichen Strahlendosisleistungen)</p> <p>Z5: Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hamburger Betrieben</p> <p>Z6: Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren, Sicherung der Datenqualität im Hamburgischen Krebsregister</p>	<p>Handlungskonzepten (intersektoraler, präventiver Verbraucherschutz, Qualitätsmanagement)</p>
<i>Produkte</i>	
<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten</li> <li>- P 2 Allgemeiner Verbraucherschutz, Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin</li> </ul> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Aufgabe „Allgemeiner Verbraucherschutz“ ist dem Produkt nach Übergang aus der ehemaligen Wirtschaftsbehörde vorläufig zugeordnet. Eine dauerhafte Zuordnung der Aufgabe zu diesem Produkt steht unter Vorbehalt weiterer amtsinterner Entscheidungen.</li> <li>- Die Einhaltung der Sicherheitsstandards bei der Produktion, dem Inverkehrbringen und dem Anwenden von Arzneimitteln, Wirkstoffen und Medizinprodukten wird durch Überprüfungen der jeweiligen Herstellungs- bzw. Vertriebsstufen und Marktkontrollen bei Medizinprodukten sichergestellt. Nach Chemikaliengesetz findet eine regelhafte Kontrolle der Labore für nicht-klinische Prüfungen von Arzneimitteln, Gefahrstoffen und Pflanzenschutzmitteln statt.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zur Erhöhung der Qualität der gesundheitlichen Versorgung werden Patientinnen und Patienten im Leistungsgeschehen gestärkt sowie die Entwicklung und Anwendung innovativer medizinischer Produkte gefördert.</li> <li>- Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von Telematikanwendungen (Erprobung „eArztbrief“)</li> </ul> <p>P 3 Gewerbeaufsicht</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hinwirken auf die Einhaltung der den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und auf einzelnen Rechtsgebieten auch Dritten (u.a. Strahlenschutz, Sprengstoffrecht) obliegenden Pflichten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Systemkontrollen in den für den Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders bedeutsamen Betrieben.</li> <li>- Durchführung von branchenbezogenen Kooperationsprojekten mit z. B. Unfallversicherungsträgern, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und weiteren Partnern zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards in den Betrieben, insbesondere in KMU</li> </ul> <p>P 4 Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung von Marktkontrollen durch Entnahme und sicherheitstechnische Überprüfung von Produkten, durch Begehung von Messen und Ausstellungen, durch Verfolgung von Warnmeldungen und durch Abarbeitung eigener Projekte.</li> <li>- Aufsichts- und Prüftätigkeit hinsichtlich Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen. Überwachung und Auswertung von Personendosimetern sowie Prüfung von Röntengeräten und umschlossenen Strahlern auf ihre Betriebssicherheit bzw. Dichtheit.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sachverständigenprüfungen bei überwachungsbedürftigen Anlagen</li> <li>- Fortsetzung der Kooperation mit dem TÜV Nord mit dem Ziel der sukzessiven Aufgabenübertragung</li> </ul> <p>P 5 Medizinischer Arbeitsschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Arbeitsmedizinische Beratung zur Prävention und Kompensation arbeitsbedingter Erkrankungen</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p>	

**Produktbereich: 05  
Gesundheit und Verbraucherschutz**

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- arbeitsmedizinische Themen (z. B. psychische Belastung, betriebliche Gesundheitsförderung, Präventionskonzepte), die u.a. in gefährdungsbezogenen Projekten (berufsbedingte Allergien, Gefahrstoffe, muskuloskelettale Erkrankungen) oder interdisziplinärer Kooperation auch mit externen Partnern (Wissenschaftlern, Verbänden, Sozialversicherungsträgern etc.) bearbeitet werden.</li> </ul>
P 6	<p>Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erkennung und Bewertung gesundheitlicher Risiken durch Umwelteinflüsse (chemische und physikalische Noxen). Zur Erreichung bundeseinheitlicher Standards erfolgt die toxikologische Risikobewertung im Regelfall in Koordination zwischen Bund und Ländern. Die Bevölkerung wird über eine eigene Beratungsstelle in umweltmedizinischen Fragen beraten.</li> </ul> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erarbeitung von Umsetzungsvorschlägen für Beiträge der lokalen Ebene zum bundesweiten Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit.</li> <li>- Durchführung gezielter epidemiologischer Untersuchungen und Analysen vorhandener Datenbestände.</li> <li>- Durchführung verschiedener Vorhaben zum Brustkrebs sowie zur Expositionsabschätzung im Rahmen drittmittelgeförderter Projekte in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Eppendorf.</li> <li>- Die Ausgaben in Sachkostenbereich konzentrieren sich auf Maßnahmen zum Hamburgischen Krebsregister, auf umweltmedizinische Beratungen sowie auf eine angestrebte Hamburger Beteiligung an bundesweit koordinierten Untersuchungen zu Fragen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes.</li> </ul>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.838	5.441	4.811
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	3.838	5.441	4.811
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR <sup>115</sup>	16.580	17.043	15.798
- Personalausgaben in Tsd. EUR	14.154	14.247	13.909
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.779	2.796	1.889
- Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	80	80	97
- Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR <sup>115</sup>	- 353		
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	28	40	122
Stellen	294,86	294,86	294,86

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.436	1.452	1.392
- innerbehördlich in Tsd. EUR	1.224	1.238	1.183
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	212	214	209

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2003 ohne die noch nicht konkretisierte Globale Minderausgabe die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:			
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten	12%	ca. 2.088 Tsd. EUR	
P 2: allgemeiner Verbraucherschutz, Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin	41%	ca. 6.967 Tsd. EUR	
P 3: Gewerbeaufsicht	24%	ca. 4.041 Tsd. EUR	
P 4: Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz	4%	ca. 717 Tsd. EUR	
P 5: Medizinischer Arbeitsschutz	10%	ca. 1.656 Tsd. EUR	
P 6: Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister	9%	ca. 1.464 Tsd. EUR	
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8640.			

<sup>115</sup>Plan 2003: Inkl. der im Kapitel 8640 ausgebrachten und noch nicht konkretisierten Globalen Minderausgabe in Höhe von 353 Tsd. EUR.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten:</b>			
Begonnene Rechtsverfahren	2.200	2.200	2.254
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren <sup>116</sup>	1.500	1.500	1.510
Bußgeld-/Verwarngeldeinnahmen in EUR <sup>117</sup>	128.000	171.283	101.896
<b>P 2: Allgemeiner Verbraucherschutz, Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin:</b>			
Anzahl risikoorientierter Überwachungen im Pharmabereich <sup>118</sup>	50	250	173
Anzahl der Überwachungen bei Herstellern, Inverkehrbringern, Betreibern und Anwendern von Medizinprodukten <sup>119</sup>	320	358	263
Anzahl finanziell geförderter Forschungsprojekte im Zusammenhang mit dem Zentrum für Biomechanik	4	3	3
<b>P 3: Gewerbeaufsicht:</b>			
Anzahl der Aufsichtstätigkeit in Betrieben, auf Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen (Gesamtzahl von Betrieben, Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen: 130.000) <sup>120</sup>	7.000	7.500	7.529
Bearbeitete Anfragen/Anzeigen/Anträgen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes <sup>121</sup>	28.000	28.000	29.070
Bearbeitung von Anfragen/Anzeigen/Anträgen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Verhältnis zu den eingehenden Anträgen in %	100	100	100
Kooperationsprojekte <sup>122</sup>	15	16	31
Anzahl von Regelbesichtigungen in Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte (Gesamtzahl von Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte in 2003: 400, in 2002: 400, in 2001: 414) <sup>123</sup>	250	300	310
Umschlagskontrollen im Hafen (Anzahl der Schiffsabfertigungen in 2003: 22.800, in 2002: 24.000, in 2001: 24.000)	500	500	500
<b>P 4: Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz:</b>			
Besichtigung für den technischen Verbraucherschutz relevanter Messen (Gesamtzahl der für den technischen Verbraucherschutz relevanten Messen: 26)	18	14	14

<sup>116</sup>Eine jahresbezogene Vergleichszahl ist aufgrund der über Jahre andauernden Verfahren nicht möglich.

<sup>117</sup>Zum Planwert 2002: Aufgrund der Ergebniszahl für 2001 ist die realistische Planzahl für 2002 90.000 Euro.

<sup>118</sup>Überwachung auf Basis von Aufträgen und Hinweisen.

Zur Planzahl 2002: Aufgrund der angespannten Personalsituation wäre eine realistische Planzahl 150.

<sup>119</sup>Der Überwachungszeitraum zwischen 1 und 6 Jahren (A, B usw. -Betrieb) wird für jeden Betrieb insbes. aufgrund vorhergehender Überwachung entspr. der Einschätzung des Risikos bestimmt. Risikobetriebe (Kategorie A) werden 1x im Jahr überwacht, die anderen entsprechend ihrer Risikobewertung.

Zur Planzahl 2002: die realistische Planzahl für 2002 ist aufgrund der Personalentwicklung 320.

<sup>120</sup>Zum Ergebnis 2001: Aufgrund des Ergebnisses 2001 und der Neuorganisation des Amtes G ist die realistische Planzahl für 2003 7.000. Die Zahl der Aufsichtstätigkeiten in den Bereichen ist durch eine geänderte Aufgabenwahrnehmung (qualitativ höherwertig und dadurch aufwändiger) gesunken.

<sup>121</sup>Aufgrund des Ergebnisses 2001 ist die realistische Planzahl für 2003 28.000. Die Zahl der Eingänge von Anfragen/Anzeigen/Anträgen ist außengesteuert und daher nur schwer schätzbar.

<sup>122</sup>Projekte zu Schwerpunktthemen in unterschiedlichen Branchen mit wechselnden Kooperationspartnern, z.B. Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Krankenkassen, zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie deren Überprüfung in der Praxis. Die Projekte sind von unterschiedlicher Größe und Reichweite. Von daher Schwankungen der Zahl der geplanten Projekte.

Aufgrund von Art und Umfang der für 2001 realisierten Projekte ist eine Planzahl von 15 für 2003 realistisch.

<sup>123</sup>Die Regelbesichtigungsvorgaben für diese Betriebe variieren zwischen 1-3 Jahren je nach Qualität des betrieblichen Arbeitsschutzmanagementsystems.

**Produktbereich: 05**  
**Gesundheit und Verbraucherschutz**

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Projekte (eigeninitiierte Marktüberwachungsprojekte zu verschiedenen Produktgruppen wie z. B. Leuchten, Steckernetzteile, Werkzeug, Kinderspielzeug)	3	2	2
Aufsichtstätigkeit an Anlagen	1.200	-	-
Gesamtzahl an Anlagen (geschätzt) <sup>124</sup>	50.000	-	-
Anzahl der Sachverständigenprüfungen <sup>125</sup>	18.000	63.000	30.400
Quote fristgerecht durchgeführter Prüfungen in %	98	98	90
Durchschnitt der Gebühreneinnahmen pro Prüfer und Jahr in Tsd. EUR <sup>126</sup>	110	110	110
Auswertung von Personendosimetern (Gesamtzahl von Personendosimetern in 2003 und 2002: 100.000, in 2001: 114.000)	100.000	100.000	114.000
Prüfungen an Röntgengeräten und umschlossenen Strahlern (Gesamtzahl der zu prüfenden Röntgengeräte in 2003 und 2002: 550, in 2001: 800) <sup>127</sup>	550	550	800
<b>P 5: Medizinischer Arbeitsschutz:</b>			
Zahl der mit Zusammenhangsgutachten oder beratender Stellungnahme abgeschlossenen Berufskrankheitenverfahren <sup>128</sup>	1.400	1.600	1.377
Kooperationsprojekte <sup>129</sup>	1	5	5
<b>P 6: Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister:</b>			
Anzahl umweltmedizinischer Beratungen	900	900	856
Meldebeteiligung: Anzahl von Meldungen über Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen an das Hamburgische Krebsregister	19.000	18.000	19.400
Verfahrensbeteiligungen zu Themen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes	140	140	142

<sup>124</sup>Diese Kennzahl wurde erstmalig für 2003 aufgeführt, deshalb keine Angaben für 2001 und 2002.

<sup>125</sup>Diese Zahl umfasst alle Prüfungen an überwachungsbedürftigen Anlagen (z. B. Aufzüge, Dampfkessel, Druckbehälter, Tankstellen, Tanklager), die Prüfungen an Röntgeneinrichtungen, an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, an Hafenfahrzeugen und an Heizungsanlagen. Der Rückgang der Sachverständigenprüfungen ist durch die Reduzierung des Personals und durch die Aufgabenübertragung an den TÜV Nord e.V. bedingt. Aufgrund der Reduzierung des Personals und durch die Aufgabenübertragung an den TÜV Nord e.V. ist die realistische Planzahl für 2002 20.000.

<sup>126</sup> Diese Zahl bezieht sich auf tatsächlich mit Prüfungen beschäftigte Sachverständige. Noch in Ausbildung befindliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht eingerechnet.

<sup>127</sup>Zur Planzahl 2002: Die Reduzierung der Planzahl erfolgte aufgrund von Personalreduzierung und Aufgabe des Prüfmonopols in Hamburg.

<sup>128</sup>Zur Planzahl 2002: Aufgrund des Ergebnisses für 2001 ist die realistische Zahl für 2002 1.400.

<sup>129</sup>Projekte zu Schwerpunktthemen in unterschiedlichen Branchen mit wechselnden Kooperationspartnern, z. B. Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Krankenkassen, zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie deren Überprüfung in der Praxis. Die Projekte sind von unterschiedlicher Größe und Reichweite. Von daher Schwankungen der Zahl der geplanten Projekte. Da auch aufgrund der globalen Minderausgabe eine Verbesserung der derzeitigen Personalsituation nicht absehbar ist, ist eine Planzahl von 1 für 2003 realistisch.

## Abkürzungsverzeichnis für die Produktinformationen der Behörde für Umwelt und Gesundheit

Abf KlärV	Klärschlammverordnung (aus dem Abfallgesetz)
ACK	Amtschefkonferenz
AK	Allgemeines Krankenhaus
Anstalten ö.R.	Anstalten öffentlichen Rechts
AOLG	Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden
ARGE	Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe
ASYS	Abfallüberwachungssystem
ASMK	Arbeits- und Sozialministerkonferenz
BBodSchG	Bundes - Bodenschutzgesetz
BBodSchV	Bundes - Bodenschutzverordnung
BBS	Behörde für Bildung und Sport
BEIDS	Umweltinformationssystem für den Ostseeraum
Bfl	Behörde für Inneres
BImSchG	Bundes - Immissionsschutzgesetz
BLAC	Bund-Länder-Arbeitskreis-Chemie
BNatSchG	Bundes - Naturschutzgesetz
BNI	Bernhard-Nocht-Institut
BSA	Behörde für Soziales und Familie
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie
BVT- Merkblätter	„Beste verfügbare Technik“ (Merkblätter für Luft, Wasser und Boden)
BWA	Behörde für Wirtschaft und Arbeit
CR	Tschechische Republik
DASA	Daimler-Chrysler Aerospace Airbus GmbH
DIBt	Deutsches Institut für Bauartenzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen
DRG	Diagnosis Related Groups
EFÜ	Emissionsfernüberwachung
EG-IVU-Richtlinie	„Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung“ (Richtlinie 96/61/EG des Rates über die ...)
EG-RiLi	Europäische Richtlinie
EIS	Einsatz-Informationen-System der Rufbereitschaft
FFH – Richtlinie	Flora-Fauna – Habitat – Richtlinie
FIS	Fachinformations-System
FöJ	Freiwilliges ökologisches Jahr
FSC	Forest Stewardship Council
GA	Grünanlagen
GenTG	Gentechnologiegesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GMK	Gesundheitsministerkonferenz
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HABIS	Hamburger Boden-Informationssystem
HF	Hamburger Friedhöfe – Anstalt öffentlichen Rechts
HI	Hygiene Institut
HmbAbwG	Hamburger Abwassergesetz
HmbMVollG	Hamburger Maßregelvollzugsgesetz
HmbNatSchG	Hamburgisches Naturschutzgesetz
HWaG	Hamburger Wassergesetz
HSE	Hamburger Stadtentwässerung – Anstalt öffentlichen Rechts

Abf KlärV	Klärschlammverordnung (aus dem Abfallgesetz)
HWW	Hamburger Wasserwerke
IGA	Internationale Gartenbauausstellung
IKSE	Internationale Kommission zum Schutz der Elbe
IuK	Information und Kommunikation
IT	Informationstechnik
IVU-Richtlinie	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Richtlinie 96/61/EG)
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschaftsgesetz / Abfallgesetz
KWp	Spitzenleistung, Kilowatt-Peak
l/h	Durchlassmenge in Liter pro Stunde
LAI	Länderausschuss Immissionsschutz
LAWA	Länderausschuss Wasser
LIFE	EU-Umweltförderprogramm
LIT	Landesamt für Informationstechnik
LHO	Landeshaushaltsordnung
LSG	Landschaftsschutzgebiet
MARPOL	Organisation der Entsorgung von chemischen Abwässern bei Seeschiffen
MKS	Maul-und-Klauen-Seuche
MVA	Müllverbrennungsanlage
MW	Megawatt
MWh	Megawattstunde
NSG	Naturschutzgebiet
PAK	Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
PIUS	Produktintegrierter Umweltschutz
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RESY	Rufbereitschafts- und Einsatzinformationssystem
SAP	Internationale Softwarefirma
SOG	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
SP	Spielplatz
SRH	Stadtreinigung Hamburg – Anstalt öffentlichen Rechts
StGB	Strafgesetzbuch
StrVG	Strahlenschutzvorsorgegesetz
TKBA	Tierkörperbeseitigungsanstalt
TÜV	Technischer Überwachungsverein
UKE	Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VAwS	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
VO	Verordnung
VOC-Emissionen	übersetzt: "flüchtige organische Bestandteile" bei Emissionen
WGST-Elbe	Wassergütestelle Elbe
WGMN	Wassergütemessnetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet

Stand 11.12.2002

H A U S H A L T S P L A N  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG  
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2003

Einzelplan 8.2

Behörde für Umwelt und Gesundheit

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:  
Behörde für Umwelt und Gesundheit

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan

- 12 - Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und  
Geräten
- 14 - Flächensanierung
- 15 - Bauunterhaltung
- 16 - Hochbauinvestitionen
- 40 - Sach- und Fachausgaben (Kapitel 8620,8660,8670)
- 56 - Informations- und Kommunikationstechnik

Deckungskreis im Kapitel 8620

- 17 - Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhaus-  
finanzierungsgesetz (KHG)

Deckungskreis im Kapitel 8700

- 17 - Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz

Deckungskreis im Kapitel 8800

- 05 - Betriebsmittel für Naturschutz  
und Landschaftspflege
- 06 - Zuwendungen/Zuschüsse
- 07 - Investitionen für Naturschutz  
und Landschaftspflege

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)  
\*\*\*\*\*

- Haushaltsjahr 2003 -

K A P I T E L		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 Übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	- - A	- - A	- G 128	- G 130
8620	Amt für Gesundheit	- - A	- - A	424 G 849	472 G 852
8630	Hygiene Institut	- - A	- - A	- G -	- G -
8640	Arbeitsschutz	- - A	- - A	3.744 G -	5.334 G -
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	- - A	- - A	- G -	- G -
8660	Drogen und Sucht	- - A	- - A	- G 21	- G 21
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen	- - A	- - A	2.831 G 10	2.505 G 10
8700	Umweltschutz	- - A	- - A	5.298 G 109	5.807 G 104
8800	Naturschutz und Landschaftspflege	- - A	- - A	12 G 848	12 G 848
8900	Immissionsschutz und Betriebe	- 5.087 A	- 3.339 A	2.517 G 116.605	3.611 G 112.584
	Gesamteinnahmen 2003 / 2002	- 5.087 A	- 3.339 A	14.826 G 118.570	17.741 G 114.549
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	- 1.748+A		2.915-G 4.021+	

- Einnahmen -

- Haushaltsjahr 2003 -

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z) 33, 34		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
343	342	-	-	-	-	471	472	8600
		- Z	- Z					
2.047	2.115	-	-	-	-	3.320	3.439	8620
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	-	-	8630
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	3.744	5.334	8640
		- Z	- Z					
5.822	5.699	-	-	-	-	8.174	7.578	8650
		2.352 Z	1.879 Z					
511	-	-	-	-	-	532	21	8660
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	2.841	2.515	8670
		- Z	- Z					
60	54	-	-	-	-	5.902	6.400	8700
		435 Z	435 Z					
1.009	1.009	-	-	-	-	1.869	1.869	8800
		- Z	- Z					
1.090	1.090	-	-	-	-	125.299	120.624	8900
		- Z	- Z					
10.882	10.309	-	-	-	-	152.152	148.252	Ges. - einn.
		2.787 Z	2.314 Z					
573+		-		-		3.900+		+/-
		473+Z						

Stand 11.12.2002

Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)  
 \*\*\*\*\*  
 (2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

- Haushaltsjahr 2003 -

K A P I T E L		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4	5	6
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	6.395 -	6.666 -	3.256 978	3.873 1.292	1.789 25	1.661 49
8620	Amt für Gesundheit	17.989 -	18.162 -	4.666 166	4.838 66	16.868 520	15.608 520
8630	Hygiene Institut	- -	- -	- -	- -	17.889 98	11.169 -
8640	Arbeitsschutz	13.150 -	13.204 -	1.084 -	1.287 -	- -	- -
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	- -	- -	- -	- -	9.317 -	9.118 -
8660	Drogen und Sucht	- -	- -	357 -	357 -	28.707 1.000	28.354 -
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen	5.129 -	5.194 -	818 26	1.185 -	1.236 -	1.553 -
8700	Umweltschutz	12.201 -	17.413 -	27.112 1.263	29.403 2.269	33.582 50	33.680 51
8800	Naturschutz und Landschaftspflege	6.882 -	6.874 -	16.359 680	16.547 692	3.450 751	3.530 734
8900	Immissionsschutz und Betriebe	12.830 -	12.834 -	515 283	597 460	350 160	328 160
	Gesamtausgaben 2003 / 2002	74.576	80.347	54.167	58.087	113.188	105.001
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	5.771-		3.920-		8.187+	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	3.396	4.779	2.604	1.514
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	-		1.383-		1.090+	

Stand 11.12.2002

- Ausgaben -

- Haushaltsjahr 2003 -

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62, 66		Besondere Finanzierungsausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		Kap. Nr.
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	11.440	12.200	5.458	5.655	16.898	17.855	8600
-	-	-	-	1.003	1.341	1.162	818	2.165	2.159	
1.024	1.106	-	-	40.547	39.714	65.191	65.169	105.738	104.883	8620
-	-	-	-	686	586	150.000	100.000	150.686	100.586	
-	-	-	-	17.889	11.169	1.186	511	19.075	11.680	8630
-	-	-	-	98	-	460	-	558	-	
-	-	-	-	14.234	14.491	27	39	14.261	14.530	8640
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	9.317	9.118	4.611	3.650	13.928	12.768	8650
-	-	-	-	-	-	12.270	16.360	12.270	16.360	
-	-	-	-	29.064	28.711	-	-	29.064	28.711	8660
-	-	-	-	1.000	-	-	-	1.000	-	
-	-	-	-	7.183	7.932	15	115	7.198	8.047	8670
-	-	-	-	26	-	-	-	26	-	
-	-	-	-	72.895	80.496	23.431	25.563	96.326	106.059	8700
-	-	-	-	1.313	2.320	31.225	24.160	32.538	26.480	
-	-	-	-	26.691	26.951	14.325	14.888	41.016	41.839	8800
-	-	-	-	1.431	1.426	11.146	10.488	12.577	11.914	
-	-	-	-	13.695	13.759	11.158	10.991	24.853	24.750	8900
-	-	-	-	443	620	11.860	11.851	12.303	12.471	
-	-	-	-	242.955	244.541	37.741 B	38.912	368.357	371.122	Ges. - ausg.
1.024 H	1.106 H					87.661	87.669			
-	-	-	-	1.586-		1.171-B		2.765-		+/-
82-H						8-				
-	-	-	-	6.000	6.293	46.186 B	38.849	224.123	169.970	Ges. VE
- H	- H					171.937	124.828			
-	-	-	-	293-		7.337+B		54.153+		+/-
- H						47.109+				

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz			
(012)	<u>Einnahmen</u>			
119.01	Einnahmen aus der Weitergabe von Umweltinformationen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.20	-	-	
119.02	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 531.01	-	-	7
119.56	Einnahmen aus dem Verkauf digitaler Programme u.a. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.56	-	-	
119.92	Schadenersatzleistungen	13	15	10
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	18	18	125
124.20	Einnahmen aus der Vermietung von Flächen der Dienstgebäude der Behörde für Umwelt und Gesundheit Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.20 sowie 8700.547.01, 8800.547.10 und 8900.547.01	90	90	104
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	7	7	15
129.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 531.01 Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	-	
131.01	Erlöse aus der Veräußerung von ehemaligen Naturschutzflächen Anordnungsbefugnis Finanzbehörde 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.01	-	-	16
131.02	Erlöse aus der Veräußerung sonstigen Verwaltungsvermögens	-	-	
231.01	Erstattungen für Zivildienstleistende vom Bund	13	13	14
261.01	Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalten HSE, SRH, HF und LBK	254	253	248
281.02 (321)	Erstattung für Grunderwerb Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.01	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8600				
281.05	Erstattungen von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.05	-	-	87
281.20	Erstattung des Landesamtes für Informationstechnik für Gebäudekosten des Dienstgebäudes Billstraße Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.20	76	76	70
282.01 (330)	Spenden für den Umweltschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 546.04	-	-	0
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>471</u>	<u>472</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.353	6.623	6.964
KRN	Beihilfen, Unterstützng. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	6
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	42	43	25
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	-	-	1
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 8.2 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 8800.261.01 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 8700.111.06 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 75% der Einnahmen bei 8620.111.07 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei den stellungsbundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Einzelplans 8.2	-	-	
511.86	Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke	45	45	( 51 ) ( 28R )
519.04	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen Deckungsfähig im Deckungskreis 15	351	351	293 73R
525.91	Aus- und Fortbildung	59	65	68 1R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8600				
526.50 (330)	Gutachten und Untersuchungen	325 914VE	1.028 1.023VE	814 4R
526.81	Gutachten und Untersuchungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	15	30	( 25 ) ( 48R )
531.01	Öffentlichkeitsarbeit	158	200	237 OR
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 684.03			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.02 und 129.01			
	Soweit die Einnahmen bei 129.01 den Betrag von 500 EUR übersteigen, fließen sie nur in Höhe von 50 % zu			
535.56	Investitionsfolgekosten für IuK - Technik	505	645	600
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 671.56			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.56			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 8800.261.03			
546.04 (330)	Verwendung zweckgebundener Spenden für den Umweltschutz	-	-	OR
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 282.01			
547.03	Neukauf und Aktualisierung digitaler Karten	172 64VE	113 64VE	108 19R
547.05	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres in Hamburg	70	70	120 9R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 70			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.05			
	Personalamt -ZPD- -			
547.09	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Vorsitz Hamburgs in der Umweltministerkonferenz 2003	205	33 205VE	
547.10	Förderung internationaler Umweltschutzprojekte	20	36	28
	** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)			
547.20	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz -	1.319	1.241	1.274 47R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 1.239			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 281.20			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 124.20			
	Finanzbehörde 80			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8600				
547.40	Förderung der Umweltbildung Gegenseitig deckungsfähig mit 684.40	12	16	16
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	432	516	501
671.56 (142)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.56	1.129	805	784 54R
681.86	Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 681.92 sowie 8700.681.86	23	15	( 24 ) ( 4R )
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 681.86 sowie 8700.681.86	47 25VE	127 5VE	130
682.01 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis Wert-GmbH	-	-	
682.02 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis GBS	-	-	
682.04 (821)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Dividende HEW	-	-	
682.05 (823)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Bäderbetrieb HWW	-	-	
684.01	Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 684.02 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	69	69	103
684.02	Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 684.01 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	26	26	26
684.03	Förderung von Aktivitäten aus Anlass des zehnten Jahrestages der Weltkonferenz von Rio für Umwelt und Entwicklung (Weggefallener Ansatz)		44	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8600				
684.40	Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 547.40 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	44	44 44VE	43
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	19	15	11
701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau  Deckungsfähig im Deckungskreis 16 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	100 153VE	153 153VE	13 390R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung  Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.56	-	-	24 158R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Umwelt und Gesundheit  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 812.54 Behörde für Umwelt und Gesundheit	-	-	1.521 277V
821.01	Gründerwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.02 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 131.01	570 570VE	570 665VE	69 642R
823.01	Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße	4.738 439VE	4.881	4.977 935R
893.01	Rückstellung für Freibäder  ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	50	51	6 37R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	16.898 2.165VE	17.855 2.159VE	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620	Amt für Gesundheit			
(314)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.01	Verwaltungsgebühren	306	332	333
111.02	Überprüfungs- und Erlaubnisgebühren	80	102	76
111.03	Gebühren für die Inspektion von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 534.07	-	-	1
111.04	Gebühreneinnahmen aus der Zulassung von Trinkwasseruntersuchungsstellen	-	-	2
111.05	Gebühreneinnahmen für die Untersuchung von Arzneimittel- und Wirkstoffproben Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 632.02	-	-	0-
111.06	Gebühreneinnahmen für GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 632.04	-	-	26
111.07	Einnahmen im Zusammenhang mit der Überwachung der GMP-gerechten Wirkstoffherstellung in Drittländern 75 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Ausgaben bei 8600.461.01	-	-	
111.11	Untersuchungsgebühren	7	7	9
111.15 (312)	Gebühren der Schutzimpfungen für Auslandsreisen	31	31	21
111.16	Lehrgangs-, Vorlesungs- und Seminargebühren sonstiger Einrichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 525.61	-	-	
112.41	Bußgelder	2	5	1
119.01	Honorarabgaben der Ärzte u. dgl.	51	51	35
119.04	Einnahmen aus der Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.76, 534.76 und 812.76	-	-	25
119.05	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen in den Bereichen Versorgungsplanung u. Qualität im Gesundheitswesen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 534.15	-	-	1
119.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von freiwilligen Schutzimpfungen	-	-	
119.21	Seminargebühren der AIDS-Beratungsstelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 525.02	-	-	1

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
119.93	Ersatzvornahmen	-	-	
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	-	-	5
119.98	Vermischte Einnahmen	8	8	6
124.01	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Krankenhausbereich Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 893.79	717	717	817
124.91 (311)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	66	66	67
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	-	13
182.01	Darlehensrückzahlung der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie e.V	5	5	5
231.74	Einnahmen für Vorhaben aus dem Nationalen Aktionsplan "Umwelt und Gesundheit" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.74 und 534.74	-	-	
232.75	Zuweisungen der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Abteilung "Schifffahrtsmedizin"	153	153	153
233.01 (018)	Erstattungen des Landkreises Uelzen für Versorgung	-	-	
233.02	Zuweisungen der BBS im Zusammenhang mit dem Projekt "Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.01	-	-	
236.02	Erstattungen der Sozialversicherungsträger gem § 274 (2) SGB V	161	161	133
261.01	Erstattungen des Zentrums für Medizintechnik für Vergütungen (Weggefallener Ansatz)		-	
261.02	Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Verwaltungsangehörige	30	27	
261.03 (312)	Erstattungen der DRK- und Freimaurer Krankenhaus, Hamburg-Rissen, GmbH für Vergütungen	1.572	1.636	1.103
261.04	Erstattungen der DRK- und Freimaurer-Krankenhaus, Hamburg-Rissen, GmbH für Versorgung	131	138	93
282.02	Einnahmen nach der Ausbildungsstätten-Ausgleichsverordnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 685.02	-	-	
282.75	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung der Abteilung "Schifffahrtsmedizin" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.75, 537.75 und 812.75	-	-	16
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	-	45

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
342.02	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe -Teilbetrag-  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 812.03	-	-	
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>3.320</u>	<u>3.439</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	16.272	16.381	15.735
KRN	Beihilfen, Unterstützng. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	9
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	6
425.01	Vergütung der an das DRK- und Freimaurerkrankenhaus, Hamburg-Rissen, GmbH abgeordneten Angestellten  Gegenseitig deckungsfähig mit 426.01 Behörde für Umwelt und Gesundheit 1.425 Personalamt -ZPD- -	1.425	1.432	1.484 205R
426.01	Löhne der an das DRK- und Freimaurerkrankenhaus, Hamburg-Rissen, GmbH abgeordneten Arbeiter  Gegenseitig deckungsfähig mit 425.01 Behörde für Umwelt und Gesundheit 250 Personalamt -ZPD- -	250	307	225 307R
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit - Personalamt -ZPD- -	-	-	
525.02	Durchführung von Seminaren u.ä bei der AIDS-Beratungsstelle  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.21	-	-	4R
534.07	Inspektionen von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.03	-	-	1 OR
534.15	Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen im Zusammenhang mit der Versorgungsplanung u. der Qualität im Gesundheitswesen  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.05	8	8	4 23R
534.26	Global veranschlagte Mehrausgaben für ein Projekt zur Evaluation des Öffentlichen Gesundheitswesens in der Tschech. Republik, Ungarn, Polen, etc			OR

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke  Deckungsfähig im Deckungskreis 40 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	351	351	( 336 ) ( 253R )
534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke  Deckungsfähig im Deckungskreis 40	10	10	( 1R ) ( 5 ) ( 16R )
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik  Deckungsfähig im Deckungskreis 56	254	292	392
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	-	19 43R
547.01	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt "Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes"  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 233.02	23	23	
632.01	Erstattungen an die Giftinformationszentrale in Niedersachsen  Übertragbar	99	99	98 1R
632.02	Erstattungen an die Arzneimitteluntersuchungs- stelle in Bremen  Übertragbar  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.05	121	166	166 31R
632.03	Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege  Übertragbar	20	20	20 2R
632.04	Erstattungen für Leistungen der Länder im Zu- sammenhang mit GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis)  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.06	-	-	9 24R
663.01	Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern  Übertragbar	1.024	1.106	1.088 152R
671.01	Erstattungen für Leistungen der Umweltbehörde			1 1R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke	15	15	2R 4 ) ( 23R )
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Deckungskreis 40			
682.01	Betriebskostenzuschuss Notfallambulanz St.Pauli			718 513R
682.02	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug	11.874 482VE	10.457 482VE	8.607 464R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682.03 und 682.04			
682.03	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB)	415	750	614 96R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 682.02			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 682.04			
	** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)			
682.04	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek	108	108	123 2R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 682.02			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 682.03			
	** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)			
682.05	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für das Schwerbehindertenprogramm	-	-	238R
	Übertragbar			
	** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)			
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen	249	239	227 37R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z61			
685.02	Ausgaben nach der Ausbildungsstätten-Ausgleichsverordnung	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 282.02			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
	<u>Titelgruppe(n)</u>			
Z 61	Sach- und Fachausgaben im Öffentlichen Gesundheitswesen			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände	415	425	370 56R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 411			
	Behörde für Bildung und Sport -			
	Bezirksamt Altona 4			
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl	130	142	123 42R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	597	607	412 163R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 398			
	Behörde für Bildung und Sport 145			
	Bezirksamt Altona 13			
	Bezirksamt Hamburg-Nord 41			
518.61	Mieten und Pachten	1.833	1.832	1.107 98R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 876			
	Behörde für Bildung und Sport 784			
	Bezirksamt Hamburg-Nord 173			
519.61	Unterhaltung der Grundstücke	175	175	120 94R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 145			
	Behörde für Bildung und Sport 30			
525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	72	72	59 46R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 111.16			
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	42	42	112 105R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
527.61	Dienstreisen Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01	65	80	60 51R
531.61	Veröffentlichungen Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01	23	31	26 23R
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01	385 51VE	438 51VE	346 88R
681.61	Freibettenregelung nach der Kellinghusenstiftung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 685.01	2	3	4R
	Summen für Z 61	3.739	3.847	2.735 770R
Z 71	Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS			
427.71	Honorarmittel	42	42	58 0R
511.71	Geschäftsbedarf	10	10	15 4R
514.71	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	28	28	10 20R
525.71	Aus- und Fortbildung	4	4	1 4R
526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten	3	3	6R
534.71	Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention	190	190	286 1R
535.71	Betriebskostenerstattung an das AK St.Georg	43	43	41 1R
684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	3.948	3.710	3.666 103R
	Summen für Z 71	4.268	4.030	4.077 139R
Z 72	Umweltmedizinische Beratungen und epidemiologische Untersuchungen			
427.72	Honorarmittel	-	-	
511.72	Geschäftsbedarf	-	3	4R
514.72	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	3	3	5 0R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
518.72	Mieten und Pachten			1R
531.72	Öffentlichkeitsarbeit der umweltmedizinischen Beratungsstelle		8	8 23R
	(Weggefallener Ansatz)			
534.72	Anlassbezogene umweltmedizinische Untersuchungen (Fremdvergabe)	2 115VE	18 15VE	24 16R
535.72	Sonstige sächliche Ausgaben	-	-	2 0R
683.72	Umweltepideziologische Untersuchungen und Risikoabschätzungen	17 38VE	41 38VE	56 23R
	Übertragbar			
	Summen für Z 72	22	73	95 67R
Z 74	Durchführung der Vorhaben im Rahmen des Nationalen Aktionsplans "Umwelt und Gesundheit"			
429.74	Personalausgaben	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.74			
534.74	Sachausgaben	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.74			
	Summen für Z 74	-	-	
Z 75	Schifffahrtsmedizin			
429.75	Personalausgaben der Abteilung "Schifffahrtsmedizin"	-	-	29R
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.75			
537.75	Sonstige Ausgaben der Abteilung "Schifffahrtsmedizin"	-	-	8 23R
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.75			
	Summen für Z 75	-	-	8 52R
Z 76	Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere			
429.76	Personalkosten	-	-	14 70R
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.04			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
534.76	Sachkosten  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.04	-	-	10 15R
	Summen für Z 76	-	-	25 85R
Z 77	Abwicklung der Begleitforschung des HPHC im Zusammenhang mit dem Bau der 4. Elbtunnelröhre			
534.77	Sachausgaben			1R
	Summen für Z 77			1R
701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz	66		
812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte	65	15	10 19R
812.03	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 342.02	8	8	1 32R
812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin	60	60	85 54R
812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung "Schifffahrtsmedizin" aus Zuweisungen Dritter  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.75	-	-	
812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.04	-	-	
812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke	-	64	( 254 ) ( 18R )
891.10	Zuweisungen an den Wirtschaftsplan Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg für substanzhaltende und heizenergie- sowie wassersparende Maßnahmen  (Weggefallener Ansatz)		-	27
893.01	Ambulante geriatrische Rehabilitationseinrichtung am Albertinen-Krankenhaus  (Weggefallener Ansatz)		102	205R
893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll  ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	1.502	4.282	4.789

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8620				
893.06	Investitionsausgaben für eine Interimsmaßnahme für den Vollzug der Maßregel gemäß § 64 StGB bei Abhängigen illegaler Drogen			170 60R
893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser  Deckungsfähig im Deckungskreis 17	30.490	29.126	31.378 166R
893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser  Deckungsfähig im Deckungskreis 17  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 124.01	33.000 150.000VE	31.512 100.000VE	31.647 49.711R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	105.738 150.686VE	104.883 100.586VE	
8630	Hygiene Institut			
(314)	<u>Ausgaben</u>			
534.09	Sonstige Ausgaben Forschungsauftrag für "Veränderte Salmonellen in Trockenprodukten der Lebensmittelindustrie"	-	-	
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne  Anordnungsbefugnis Personalamt -ZPD-	1.512	971	1.068
682.01	Betriebskostenzuschuss an das Hygiene Institut  Übertragbar	16.143 98VE	10.036	10.017
682.56	Betriebskostenzuschuss an das Hygiene-Institut für laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik	234	162	159
891.01	Investitionskostenzuschuss für das Hygiene Institut	1.186 460VE	511	274
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	19.075 558VE	11.680	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8640	Arbeitsschutz			
(254)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.04	Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 542.64	716	882	1.008
111.64	Gebühren, Geldbußen u.a. im Amt für Arbeitsschutz (ohne Strahlenschutz) 50 % der Mehreinnahmen sind zweckgebunden Mehreinnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.64	3.028	4.452	3.540
119.02	Einnahmen von Dritten für Ersatzbeschaffung von Dosimetersonden Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 542.64	-	-	
119.64	Einnahmen aus Veranstaltungen, Broschüren u.ä. 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.64	-	-	
119.93	Ersatzvornahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 546.93	-	-	
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	-	9
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>3.744</u>	<u>5.334</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	9
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	3
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	-	-	1
534.01 (314)	Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz	42	80	97 68R
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Deckungsfähig im Deckungskreis 56	57	57	51
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	-	8 1R
546.93	Ersatzvornahmen Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.93	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8640				
	<u>Titelgruppe(n)</u>			
Z 64	Amt für Arbeitsschutz			
422.64	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	3.914	3.952	4.181
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Personalamt -ZPD- 3.914			
425.64	Vergütungen der Angestellten Anordnungsbefugnis Personalamt -ZPD- Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	7.241	7.244	6.836
427.64	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	12	12	8
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Personalamt -ZPD- 12			
432.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	1.175	1.186	1.263
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Personalamt -ZPD- 1.175			
435.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	652	652	614
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Personalamt -ZPD- 652			
441.64 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	156	158	168
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Personalamt -ZPD- 156			
511.64	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64	3	3	3
	Behörde für Umwelt und Gesundheit -			
	Bezirksamt Altona 3			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8640				
517.64	Bewirtschaftung der Grundstücke	31	27	30 5R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64			
	Bezirksamt Hamburg-Mitte	1		
	Bezirksamt Altona	11		
	Bezirksamt Hamburg-Nord	19		
518.64	Mieten und Pachten	67	67	68 1R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	-		
	Bezirksamt Hamburg-Mitte	3		
	Bezirksamt Hamburg-Nord	64		
519.64	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	23	23	20 86R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	23		
	Bezirksamt Hamburg-Nord	-		
541.64	Sonstige Sach- und Fachausgaben	813	908	722 34R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	813		
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 119.64			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Mehreinnahmen bei 111.64			
	Behörde für Bildung und Sport	-		
542.64	Sachausgaben für die Messstelle f.Strahlenschutz	48	122	130 107R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 812.64			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.02			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 111.04			
	Summen für Z 64	14.135	14.354	14.044 233R
812.02	Ersatz von zwei Personendosimetriesystemen zur Modernisierung der Personendosimessverfahren in der Messstelle für Strahlenschutz			69 13R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8640				
812.64	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz  Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z64	27	39	52 195R
	<u>Gesamtausgaben</u>	<u>14.261</u>	<u>14.530</u>	
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin			
(164)	<u>Einnahmen</u>			
119.63	Periodenfremde Erträge	-	-	
231.01	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für den Betrieb  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 632.91 und 682.01	4.658	4.559	4.553
232.02	Zuweisungen der Länder nach Art. 91b GG für den Betrieb  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 632.91 und 682.01	1.164	1.140	901
331.02	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Investitionen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 891.01	2.306	1.825	708
332.01	Zuweisungen der Länder nach Art. 91b GG für Investitionen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 891.01	46	54	46
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>8.174</u>	<u>7.578</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne  Grundbewilligung 311 Übertragbar  Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01 und 232.02	828	787	793 6R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8650				
682.01	Zuweisung für Betriebskosten an das Bernhard-Nocht-Institut  Grundbewilligung 3.184 Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 891.01 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.01 und 232.02 Deckungsfähig bis zur Höhe von 10% des Ansatzes	8.489	8.331	8.134 57R
891.01	Zuweisungen für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut  Grundbewilligung 2.259 Gegenseitig deckungsfähig mit 682.01 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 331.02 und 332.01 Deckungsfähig bis zur Höhe von 10% des Ansatzes	4.611 12.270VE	3.650 16.360VE	1.256
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	13.928 12.270VE	12.768 16.360VE	
8660	Drogen und Sucht			
(314)	<u>Einnahmen</u>			
119.61	Einnahmen aus externen Tätigkeiten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 525.61 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 534.61	-	-	
124.61	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken  Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 702.61	21	21	35
231.61	Zuweisung des Bundes zur modellhaften Förderung von Drogenprojekten  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 684.61	-	-	
232.61	Zuweisung des Bundes zur nationalen Erprobung der ärztlichen Heroinabgabe  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 685.61	511	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8660				
281.61	Erstattung der Sozialversicherungsträger für die ambulante Rehabilitation Suchtkranker  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 525.61  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 534.61	-	-	64
	<u>Gesamteinnahmen</u>	532	21	
	<u>Ausgaben</u>			
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens  Behörde für Umwelt und Gesundheit - Personalamt -ZPD-	-		
535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen Rahmenzuweisung an die Bezirke  Deckungsfähig im Deckungskreis 40	221	221	31R ( 272 ) ( 52R )
684.01	Modellversuch akupunkturgestützte Suchtbehandlung übertragbar  ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	56	56	
	<u>Titelgruppe(n)</u>			
Z 61	Drogen und Sucht			
525.61 (212)	Weiterbildung von Sozialpädagogen  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.61 und 281.61	-	-	15 113R
534.61	Sonstige sächliche Ausgaben  Behörde für Umwelt und Gesundheit 134  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.61 und 281.61  Behörde für Bildung und Sport 2	136	136	194 172R
671.61 (234)	Eingliederungshilfe für Behinderte-Stationär-Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete  übertragbar  Einseitig deckungsfähig zugunsten 893.61  Behörde für Umwelt und Gesundheit 8.349	8.349	8.991	8.297 1.906R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8660				
684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl.  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 702.61, 812.61 und 893.61 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 231.61 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	17.791	18.591	18.840 1.183R
685.61	Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe  Grundbewilligung 2.000 Übertragbar Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 232.61 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	2.511 1.000VE	716	3.630R
	Summen für Z 61	28.787	28.434	27.346 7.005R
702.61	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 684.61 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 124.61	-	-	19 14R
812.61	Errichtung von Räumlichkeiten in Containerbauweise für den Bereich Drogen und Sucht  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 684.61	-	-	9
893.61	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 671.61 und 684.61 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	-	-	308 2.906R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	29.064 1.000VE	28.711	
8670 (511)	Verbraucherschutz und Veterinärwesen			
	<u>Einnahmen</u>			
111.01	Verwaltungsgebühren	276	268	230

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
<u>8670</u>				
111.02	Schlachttier- und Fleischuntersuchungen durch das Veterinäramt Fleischzentrum u.a. im Bereich des Bezirksamtes Eimsbüttel	26	29	21
111.03	Gebühren für die Untersuchungen von frischem und zubereitetem Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch sowie anderen Erzeugnissen aus Drittländern	2.349	2.107	2.420
111.15	Abholung und Beseitigung von Lebensmitteln tierischer Herkunft, von Tierkörpern und Tierkörperteilen Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 683.61	180	101	334
112.41	Bußgelder	5	5	3
119.01 (549)	Verwaltungskostenerstattung der Tierseuchenkasse	-	-	
119.92	Schadenersatzleistungen	-	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	0
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	4	4	3
231.01	Erstattung von Amtshilfekosten des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft	-	-	0
271.01 (549)	Erstattungen der Europäischen Gemeinschaft für die Tierseuchenbekämpfung 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Ausgaben bei 919.01	-	-	
282.01 (549)	Erstattungen der Tierseuchenkasse	-	-	6
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>2.841</u>	<u>2.515</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.102	5.167	5.120
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	20-
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	5
427.82	Lebensmittelüberwachung, Rahmenzuweisung an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 40	20	20	( 16 ) ( 48R )
427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 40	7	7	( 6 ) ( 1R )
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	- - -		

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8670				
534.01	Kosten für Untersuchungen im Bereich der Ernährungswirtschaft	76	73	61 4R
534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke Deckungsfähig im Deckungskreis 40	9	9	
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Deckungsfähig im Deckungskreis 56	14	14	
681.86	Kontrolldienst zum Schutz vor gefährlichen Hunden im Zshg. mit der Durchführung der HundeVO, Zweckzuweisung an den Bezirk	26	26	23
685.08 (649)	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. Übertragbar ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	568	557	591 0R
	<u>Titelgruppe(n)</u>			
Z 61	Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände	62	62	89 3R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	60		
	Behörde für Wirtschaft und Arbeit	2		
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl	44	44	64 0R
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	98	98	88 2R
518.61	Mieten und Pachten	262	264	257 3R
519.61	Unterhaltung der Grundstücke	43	70	66 2R
526.61	Sachausgaben im Zusammenhang mit der Auslobung eines Hamburger Tierschutzpreises und Dolmetscherkosten	-	3	10R
527.61	Dienstreisen	15	15	7 3R
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	83 26VE	83	173 2R
683.61	Zuschüsse für die Tierkörperbeseitigung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 111.15	173	83	294 6R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8670				
685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals Übertragbar	2	2	
686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LH0)	38	38	36 3R
	Summen für Z 61	820	762	1.074 35R
Z 62	Sach- und Fachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO			
511.62	Geschäftsbedarf und Ausstattungsgegenstände im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	2	15	14 0R
517.62	Bewirtschaftung Halle und Mietcontainer im Zusammenhang mit der Durchführung der Hunde VO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	10	144	141 13R
518.62	Mieten im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	79	266	265 0R
525.62	Aus- und Fortbildung im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	-	4	
526.62	Gutachtenkosten  (Weggefallener Ansatz)		-	0R
531.62	Unterrichtung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	1	1	
533.62	Tierhaltungskosten im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	20	20	12 0R
534.62	Aufwendungen für die Unterbringung von Hunden auf dem Gelände des UKE im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO  (Weggefallener Ansatz)		-	0

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel- Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8670				
683.62	Betriebskostenzuschuss für die Tierbetreuung im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	343	706	638
686.62	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V i.Zshg. mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 701.62, 891.62 und 893.62	86	141	194
	Summen für Z 62	541	1.297	1.264 14R
701.62	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62 Gegenseitig deckungsfähig mit 891.62	15	31	
811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen	-	-	47 57R
812.01 (314)	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland	-	-	15R
812.02	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. zur Förderung von Alternativen zu Tierversuchen			8R
812.03	Errichtung und Ausstattung des Kontrollzentrums Altenwerder	-	-	325R
891.62	Kostenerstattung an die SpriAG für Baumaßnahmen an einer Auffangstation für gefährliche Hunde im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62 Gegenseitig deckungsfähig mit 701.62	-	84	31- 4R
893.62	Beschaffung eines Fahrzeuges für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62	-	-	41
919.01 (950)	Abführungen an die Tierseuchenkasse Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 50% der Einnahmen bei 271.01	-	-	
971.01	Zentral veranschlagte Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der HundeVO  (Weggefallener Ansatz)		-	112R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	7.198 26VE	8.047	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700	Umweltschutz			
(330)				
	<u>Einnahmen</u>			
111.01 (623)	Verwaltungsgebühren	184	184	239
111.02	Einnahmen aus der Grundwassergebühr	4.448	4.602	5.039
111.03	Verwaltungsgebühren für die Genehmigung von Entsorgungsanlagen	80	77	58
111.05	Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung	297	294	395
111.06 (331)	Einnahmen aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 542.02 sowie 8600.461.01	-		
111.11	Gebühren für Umweltuntersuchungen (Weggefallener Ansatz)		358	382
111.12 (623)	Benutzungsgebühren	289	292	302
111.14	Einnahmen aus der Ablösung von Gebühren	-		408
112.01 (623)	Zwangs- und Bußgelder	7	7	4
119.01 (177)	Entgelte aus Aufträgen der öffentlichen Hand  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.62 und 534.62	-	-	300
119.02	Einnahmen aus Untersuchungen, Vorträgen, Gutachten Beratungen und anderen Inanspruchnahmen der Verwaltung	-	-	
119.03 (623)	Erstattung von Auslagen bei förmlichen Wasserrechtsverfahren  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.04	-	-	5
119.04 (623)	Einnahmen aus dem Verkauf von Ausschreibungsunterlagen im Zusammenhang mit der Altlastensanierung  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 787.06	-	-	9
119.05	Erstattung besonderer Auslagen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.03	-	-	7
119.06	Sicherheitsleistungen für Abfalltransporte  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.03	-	-	
119.07 (331)	Einnahmen aus dem Verkauf von Merkblättern etc  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.01	-	-	1

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
119.92 (332)	Schadenersatzleistungen  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.04	-	-	4
119.98	Vermischte Einnahmen	-	-	
124.01 (623)	Einnahmen im Zusammenhang mit der Vermietung von Flächen und Anlagen auf der Deponie Georgswerder	17	17	18
124.91 (623)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	4	4	4
125.01 (623)	Einnahmen aus der Nutzung gereinigter Grundwässer  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 787.90	-	-	11
125.02 (627)	Einnahmen aus der industriellen Nutzung von Deponiegas aus der Deponie Georgswerder  Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 8900.892.10	20	13	42
125.03 (622)	Einnahmen aus der Stromproduktion der Windenergieanlage auf der Deponie Georgswerder  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 787.90	61	63	73
231.01 (341)	Erstattung des Bundes für die Durchführung des Strahlenschutzvorsorgegesetzes	-	-	35
231.02 (623)	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Untersuchungsaufgaben u. dgl.	18	19	19
231.03 (623)	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Erprobung der Windenergieanlage auf der Deponie Georgswerder  Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 519.02	9	9	9
261.01 (623)	Erstattung von Untersuchungskosten bei Untergrundverunreinigungen	7	-	22
261.02 (731)	Erstattung einer Verwaltungskostenpauschale durch die Wassergütestelle Elbe	26	26	24
282.01 (177)	Einnahmen aus Aufträgen sonstiger Dritter  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.63 und 534.63	-	-	
341.02 (623)	Erstattung von Kosten im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen	26	26	25
341.06 (623)	Kostenbeteiligungen Dritter im Rahmen des Altlastensanierungsprogramms  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 787.07	-	-	284
341.36 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gemäß § 8 Abs.1 Sielabgabengesetz  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	409	409	1.226

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
341.37 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 891.01	-	-	3.871
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>5.902</u>	<u>6.400</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.190	17.402	18.098
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	2
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4
427.01	Beschäftigungsentgelte	11	11	13
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	-	-	0
517.81 (432)	Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	680	742	( 875 ) ( 41R )
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Deckungsfähig im Deckungskreis 15	1	100	95
519.02 (623)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung Grundbewilligung 8 Deckungsfähig im Deckungskreis 15 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 231.03	17	27	17
521.03 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser-notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG)	10 5VE	10 5VE	5
521.86 (434)	Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen Zweckzuweisungen an die Bezirke	1.081 772VE	1.071 772VE	( 1.126 ) ( 100R )
521.87 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser-notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke	19	19	( 27 ) ( 22R )
535.04 (432)	Gebühren für Entwässerung öffntl. Wege u. Abwasser-abgabe für Niederschlagswasseranteil Gegenseitig deckungsfähig mit 671.04	24.000	23.800	24.712

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Umweltuntersuchungen  (Weggefallener Ansatz)		700 51VE	789 8R
541.02 (177)	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben  Deckungsfähig im Deckungskreis 17	65	70	76
541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft  Deckungsfähig im Deckungskreis 17  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.05 und 119.06	733 131VE	993 1.153VE	1.147 318R
541.04 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz  Deckungsfähig im Deckungskreis 17  Behörde für Umwelt und Gesundheit 392  Verpflichtungsermächtigung 355  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.03 und 119.92  Bezirksamt Bergedorf -	392 355VE	472 288VE	356 4R
541.05 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für Altlastensanierung  Deckungsfähig im Deckungskreis 17	34	39	31
542.01 (342)	Betrieb und Unterhaltung des radiochemischen Labors nach § 3 Strahlenschutzvorsorgengesetz	-	-	19 81R
542.02 (331)	Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 111.06	-		
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben - Amt für Umweltschutz -  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.07  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 8600.124.20	80	1.360	1.280 17R
637.01 (623)	Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe  Übertragbar	196	194	244
671.01 (433)	Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt  Übertragbar  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 671.02	24.453	24.453	26.423 737R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
671.02 (433)	Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti)  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 671.01 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) Behörde für Umwelt und Gesundheit 911 Verpflichtungsermächtigung 50	911 50VE	911 51VE	1.327 60R
671.04 (432)	Erstattungen an die Anstalt Hamburger Stadtwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 891.03 Gegenseitig deckungsfähig mit 535.04	2.597	2.697	2.220 390R
671.05 (433)	Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst  Übertragbar	5.422	5.422	6.812
681.86 (331)	Schadenersatzleistungen Zweckzuweisungen an die Bezirke  Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig mit 8600.681.86 und 681.92	3	3	( 3 ) ( 7R )
	<u>Titelgruppe(n)</u>			
Z 62	Ausgaben für Aufträge der öffentlichen Hand			
429.62 (177)	Personalausgaben  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.01	-	-	219 135R
534.62 (177)	Sach- und Fachausgaben  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.01	-	-	82 121R
	Summen für Z 62	-	-	301 256R
Z 63	Ausgaben für Aufträge sonstiger Dritter			
429.63 (177)	Personalausgaben  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.01	-	-	0R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
534.63 (177)	Sach- und Fachausgaben  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.01	-	-	0R
	Summen für Z 63	-	-	0R
701.02 (432)	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten  Deckungsfähig im Deckungskreis 16 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	100 179VE	239 179VE	75R
742.02 (331)	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte  Behörde für Umwelt und Gesundheit 500 Verpflichtungsermächtigung 610	500 610VE	455 475VE	249 193R
742.84 (331)	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg -Teilbetrag-	127	20 127VE	
787.01 (623)	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen  Deckungsfähig im Deckungskreis 14 Behörde für Umwelt und Gesundheit 3.500 Verpflichtungsermächtigung 4.182	3.500 4.182VE	3.779 4.013VE	3.946 421R
787.02 (623)	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe  Anordnungsbefugnis Behörde für Inneres Deckungsfähig im Deckungskreis 14	1.600 2.000VE	2.045 1.790VE	2.028 225R
787.03 (623)	Sanierung der Deponie Georgswerder einschl. Untersuchungs-, Vorbereitungs-, Sicherungs- und Vorwegmaßnahmen			170R
787.06 (623)	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen  Deckungsfähig im Deckungskreis 14 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.04	1.020 1.023VE	1.023 1.023VE	1.458 0R
787.07 (623)	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen  Deckungsfähig im Deckungskreis 14 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.06	10.000 10.778VE	5.616 13.329VE	10.680 173R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
787.28 (623)	Sanierung Ottensener Straße			299 6R
787.32 (623)	Sanierung der Deponie Brümmer  (Weggefallener Ansatz)		1.000	1.915 1.080R
787.46 (623)	Sanierung Moorfleeter Brack  (Weggefallener Ansatz)		6.136	2.232 246R
787.71 (623)	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -  Deckungsfähig im Deckungskreis 14	2.550 9.250VE		
787.90 (623)	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken  Grundbewilligung 2.250 Deckungsfähig im Deckungskreis 14 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 125.01 und 125.03	2.311 2.500VE	2.313 2.556VE	2.018 63R
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen  Deckungsfähig im Deckungskreis 12	15	777	869 51R
812.10	Geräte und Ausstattungsgegenstände des radiochemischen Labors im Rahmen der Aufgaben nach § 3 Strahlenschutzvorsorgegesetz	-	-	99R
891.01 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.37	-	-	4.163 35R
891.02 (432)	Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil)  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 2,5% der Einnahmen bei 6300.341.31	108	166	94 56R
891.03 (432)	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 671.04	1.600 703VE	1.994 511VE	2.094

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8700				
896.02 (623)	Zuschüsse zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Elbe  (Weggefallener Ansatz)		- 157VE	159 750R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	96.326 32.538VE	106.059 26.480VE	
8800 (321)	Naturschutz und Landschaftspflege  <u>Einnahmen</u>			
111.01	Verwaltungsgebühren	12	12	20
112.01	Zwangs- und Bußgelder	7	7	
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	18
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	6	6	219
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	16	16	79
131.91	Verkauf von Grundstücken	818	818	125
	Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.01 und 821.06			
231.01 (249)	Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund  81,89 % der Einnahmen sind zweckgebunden  Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Ausgaben bei 545.02	489	489	490
231.02 (249)	Kostenerstattung des Bundes für die Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft auf den Friedhöfen der FHH  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 545.01 sowie 1230.545.33, 1330.545.33, 1630.545.33, 1730.545.33 und 1830.545.33	520	520	517
261.01	Erstattung von Personalausgaben aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege  Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 8600.461.01	-	-	
261.02	Erstattung von Sachkosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege  25 % der Einnahmen sind zweckgebunden  Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 547.10	-	-	

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
261.03	Erstattung von IuK-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege 50 % der Einnahmen sind zweckgebunden Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 8600.535.56	-		
271.01	Erstattungen der EU und des Bundes f. das Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - Intensivierungsprogramm - Anordnungsbefugnis Behörde für Wirtschaft und Arbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 681.02	-	-	
282.03	Spenden für den Naturschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.01, 541.81 und 541.86	-	-	
341.01 (329)	Kostenbeitrag Dritter für Kleingartenersatzland Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 821.01	-	-	
341.02	Zuweisungen Dritter auf Grund vertraglicher Verpflichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 741.10 und 791.01	-	-	5
341.03 (332)	Einzahlungen für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 742.86 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.86 und 821.02	-	-	
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	-		
	Behörde für Bau und Verkehr	-		
381.01 (332)	Einnahmen aus den Kostenerstattungsbeiträgen des Allgemeinen Grundvermögens für Ausgleichsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 742.86 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 535.86 und 821.02	-	-	
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>1.869</u>	<u>1.869</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.882	6.874	7.356
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	32
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	4

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Behörde für Umwelt und Gesundheit - Personalamt -ZPD- -	-		
521.81	Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge- u. Sanierungsmaßnahmen an Bäumen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	12.076	12.276	( 12.012 ) ( 152R )
521.82 (439)	Betriebskosten der Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	1.273	1.273	( 975 ) ( 38R )
525.01	Überbezirkliche Aus- und Fortbildung von Bediensteten der Grünverwaltungen	14	14	13
526.01	Ausgaben und Preise für Wettbewerbe, Prämien und dgl  (Weggefallener Ansatz)		25 25VE	
535.01	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen an Bäumen  Deckungsfähig im Deckungskreis 05 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	110 155VE	155 155VE	35
535.86 (332)	Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen  Einseitig deckungsfähig zugunsten 742.86 und 821.02  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 341.03 und 381.01	15 15VE	15	
541.01 (332)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz  Deckungsfähig im Deckungskreis 05 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.03  ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	452 410VE	477 410VE	480 29R
541.81 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.03  ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	49	49	( 33 ) ( 19R )
541.86 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 282.03  ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	20	20	( 47 ) ( 16R )

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
545.01 (249)	Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewalt-herrschaft  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 231.02	520	520	451 34R
545.02 (249)	Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 81,89% der Einnahmen bei 231.01	401	401	401 401R
545.03 (439)	Grabgebühren und Unterhaltung der Gräber im öffentlichen Interesse auf den Friedhöfen der Anstalt Hamburger Friedhöfe	64	64	63
545.04 (439)	Zuführung an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege (Altverträge)	628	622	700 27R
545.06 (439)	Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz Obdachloser oder unbekannt Verstorbener  Gegenseitig deckungsfähig mit 545.86	50 50VE	22 51VE	56
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	-		
	Verpflichtungsermächtigung 50			
	Behörde für Soziales und Familie 50			
545.86 (439)	Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke  Gegenseitig deckungsfähig mit 545.06	600 50VE	527 51VE	217 ( 399 )
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen			5 9R
547.10 (331)	Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Naturschutz und Landschaftspflege  Deckungsfähig im Deckungskreis 05	87	87	94 1R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit 87			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 25% der Einnahmen bei 261.02			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 8600.124.20			
632.01	Zuweisungen für das Forschungsvorhaben - Bedeu-tung von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien -			38 47R
681.01 (332)	Leistungen nach §§ 38 und 39 Hamburgisches Natur-schutzgesetz (Enteignung und Entschädigung)  Übertragbar  Einseitig deckungsfähig zu Lasten 681.02	15 15VE	15 15VE	0 21R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
681.02 (332)	Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - Intensivierungsprogramm)  Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 681.01 ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) Behörde für Umwelt und Gesundheit 409 Verpflichtungsermächtigung 460 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 271.01 Behörde für Wirtschaft und Arbeit -	409 460VE	449 460VE	751 15R
684.01 (249)	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge  Übertragbar Deckungsfähig im Deckungskreis 06 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	13	13	14
684.03 (332)	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen  Deckungsfähig im Deckungskreis 06 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	93	103	102
684.08 (332)	Zuwendungen an die Naturschutzverbände  Deckungsfähig im Deckungskreis 06 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	142	147	147
684.10 (332)	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Übernahme auslaufender AB-Maßnahmen  Deckungsfähig im Deckungskreis 06 ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	234 276VE	259 259VE	248
685.02	Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe	2.370	2.370	2.312
685.91 (332)	Mitgliedsbeiträge  Deckungsfähig im Deckungskreis 05	174	174	174
702.84	Neubau des Betriebsstützpunktes Pflanzen und Blumen, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte  (Weggefallener Ansatz)		767	( 219 ) ( 36R )
710.01 (812)	Neubau der Revierförsterei Volksdorf			1 24R
720.01	Neueindeckung des Reetdaches Schafstall Fischbeker Heide	69		

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
741.01	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen  Deckungsfähig im Deckungskreis 07  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.718 3.600VE	3.204 3.600VE	30 28R
741.05 (329)	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen  Deckungsfähig im Deckungskreis 07  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.000 1.000VE	500 1.173VE	214R
741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung  Deckungsfähig im Deckungskreis 07  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 341.02  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	500 200VE	350 200VE	59
741.81	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke  Deckungsfähig im Deckungskreis 07	1.700 1.350VE	1.815 1.764VE	( 3.040 ) ( 285R )
741.86	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	771	1.487	( 6.872 ) ( 638R )
741.87 (439)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke  Deckungsfähig im Deckungskreis 07	170 180VE	222 205VE	( 159 ) ( 51R )
742.03 (332)	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern  Deckungsfähig im Deckungskreis 07	130 77VE	23 131VE	84R
742.04 (332)	Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure und dgl. für Planung und Entwurf -Teilbetrag-  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	150 220VE	333 256VE	122 44R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit	150		
	Verpflichtungsermächtigung	220		

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
742.06 (332)	Herrichtung der Außenanlagen der Infostationen Duvenstedter Brook und Boberger Niederung für Lehrzwecke			102R
742.08 (332)	Erweiterung des Naturschutzinformationshauses Duvenstedter Brook			148 53R
742.09 (332)	Bau eines Informationszentrums für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer auf Neuwerk			11 928R
742.84 (332)	Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf	307 307VE	- 307VE	
742.86 (332)	Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	- 100VE	205	713R ( 75 ) ( 77R )
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.86			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 821.02			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 341.03 und 381.01			
748.84	Städt. Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf	355 1.130VE	1.000 1.045VE	( 928 ) ( 1.776R )
749.84	Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blomen/Wallringpark -Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte-	410 500VE	716 500VE	( 154 ) ( 376R )
750.84	Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek -Teilbetrag-	1.120 875VE		
791.01	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen	850 1.000VE	879 1.000VE	165 3R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 07			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 341.02			
	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
811.81 (439)	Investitionen für die Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe -, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	340 307VE	373 307VE	( 161 ) ( 31R )
	Deckungsfähig im Deckungskreis 12			
812.01 (812)	Aufbau Fachinformationssysteme Forsten, Grün und Naturschutz			54 49R

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8800				
821.01	Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingarten-Ersatzflächen  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 341.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 131.91	1.325	1.158	88 1.380R
821.02 (332)	Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.86 Gegenseitig deckungsfähig mit 742.86 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 341.03 und 381.01 sowie 1830.281.05	230	77	16R
821.06	Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 131.91	510	1.111	1.534R
821.25	Grunderwerb für die Grünflächen im Neubaugebiet Allermöhe II -Teilbetrag-  Anordnungsbefugnis Finanzbehörde	670 300VE	566	5 506R
821.26	Grunderwerb für den Stadtpark Rothenburgsort  (Weggefallener Ansatz)		102	102R
	Gesamtausgaben <u>Summe Verpflichtungsermächtigungen</u>	41.016 12.577VE	41.839 11.914VE	
8900 (330)	Immissionsschutz und Betriebe  <u>Einnahmen</u>			
099.01 (623)	Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter	1.176	1.176	1.083
099.02 (623)	Einnahmen aus öffentlichen Abwasserabgaben	3.911	2.163	2.721
111.03	Verwaltungsgebühren	1.657	2.480	1.591

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
<u>8900</u>				
111.04	Verwaltungsgebühren nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LUFTKOSTV)	10	6	10
111.11	Benutzungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung	850	1.125	770
112.01	Zwangs- und Bußgelder	20	26	14
119.01	Erstattung besonderer Auslagen	-	-	24
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 541.01			
119.02	Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe Datenbank RESY	-	-	30
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.04 und 534.03			
119.93	Ersatzvornahmen	-	-	295 716R
	95 % der Einnahmen sind zweckgebunden			
	Die Einnahmen (soweit zweckgebunden) dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 546.93			
119.98 (331)	Vermischte Einnahmen	-	-	19
122.01 (821)	Konzessionsabgabe Hamburgische Electricitäts Werke AG	87.000	82.318	86.845
122.02 (822)	Konzessionsabgabe Hein Gas Hamburger Gaswerke GmbH	2.863	3.267	2.506
122.03 (823)	Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH	26.722	26.973	27.071
231.01 (621)	Erstattung des Bundes für die Durchführung des Atomgesetzes	11	11	8
231.03 (332)	Zuweisung für Betrieb der Datenbank RESY	-	-	87
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.04 und 534.03			
232.06	Erstattungen im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung	-	-	31
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.06 und 534.06			
261.01 (331)	Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung	1.079	1.079	1.209
	<u>Gesamteinnahmen</u>	<u>125.299</u>	<u>120.624</u>	
	<u>Ausgaben</u>			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.830	12.834	13.282
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	23
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	2

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8900				
429.04	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY - Personalmittel -  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.02 und 231.03	-	-	181 0R
429.06	Personalkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 232.06	-	-	30 28R
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens  Behörde für Umwelt und Gesundheit - Personalamt -ZPD-	-		0
511.81 (432)	Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	5 3VE	8	( 9 ) ( 7R )
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Deckungsfähig im Deckungskreis 15	25	25	24
526.01	Gutachten zur Bearbeitung feuerwehrrelevanter Sachverhalte			23R
526.02 (331)	Förderung von Umweltmanagementsystemen  (Weggefallener Ansatz)		100	
534.03	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY - Sachmittel -  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 119.02 und 231.03	-	-	23 117R
534.05	Verwendung von Zuweisungen der EU zur Durchführung des Projektes BALTSPIILL			3 0R
534.06	Sachkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung  Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 232.06	-	-	1 4R
535.86	Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Zweckzuweisung an die Bezirke	14 30VE	44	7R ( 29 ) ( 64R )

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8900				
541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	327 250VE	273 460VE	286 118R
	Künftig wegfallend insges.                   6			
	Behörde für Umwelt und Gesundheit           327			
	Verpflichtungsermächtigung               215			
	Künftig wegfallend                         6			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.01			
	Strom- und Hafenanbau                         -			
	Verpflichtungsermächtigung               35			
546.93	Ersatzvornahmen	13	13	110
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe von 95% der Einnahmen bei 119.93			
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	131	134	162 12R
	Behörde für Umwelt und Gesundheit           87			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 8600.124.20			
	Bezirksamt Hamburg-Mitte                     1			
	Bezirksamt Hamburg-Nord                     41			
	Bezirksamt Bergedorf                         2			
	Personalamt -ZPD-                             -			
631.01	Kostenerstattung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cu <sup>1</sup> haven für die Beseitigung von Schadstoffverschmutzungen	10	10	11 28R
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 631.02 und 632.01			
631.02	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cu <sup>1</sup> haven bzw. a.d. Land Schl.-Hol.f.Betrieb u.Unterhaltung v. Schadstoffbekämpfungsgeschäften u. -einrichtungen	280 150VE	254 150VE	282 5R
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 631.01 und 632.01			
632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes	35 10VE	39 10VE	35 12R
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig mit 631.01 und 631.02			
671.05 (432)	Erstattungen an die Hamburger Wasserwerke für die Einziehung von Abwasserabgaben von Kleininleitern	18	18	95
	Übertragbar			

Stand 11.12.2002

Kap.-, Titel-Nr.	Zweckbestimmung	Ansatz 2003 (in Tsd. EUR)	Ansatz 2002 (in Tsd. EUR)	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
8900				
685.01	Zuweisung an das Deutsche Institut f. Bautechnik (DIBt) f. die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen ** Ausschließlich Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	7	7	6
702.01	Grundinstandsetzung der Ölauffanganlage  (Weggefallener Ansatz)		51 51VE	23 215R
791.10 (960)	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile  Gegenseitig deckungsfähig mit 892.10  Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen  ** Auch Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	4.602 4.972VE	4.550 4.972VE	2.009 378R
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen  Deckungsfähig im Deckungskreis 12	40 20VE	50 20VE	30 11R
881.03	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cu <sup>-</sup> haven bzw. Land Schl.- Hol. f. d. Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	450 250VE	491 215VE	380 182R
892.10 (610)	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien  Gegenseitig deckungsfähig mit 791.10  Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 8700.125.02  ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	6.000 6.598VE	5.806 6.527VE	6.351 580R
893.02 (331)	Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals  ** Überwiegend Zuwendungen (§§ 23/44 LHO)	66 20VE	43 66VE	
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	24.853 12.303VE	24.750 12.471VE	

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

- Haushaltsjahr 2003 -

Kap. Nr.	Titel Kapitelbezeichnung	421.91		422.91		
		Gesamt- betrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter		
1	2	3	4	5		
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	46 6.307	-	0 2.196		
8620	Amt für Gesundheit Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	147 16.125	-	0 3.344		
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen Personalamt -ZPD-	5.102	-	1.095		
8700	Umweltschutz Behörde für Umwelt und Gesundheit Personalamt -ZPD-	27 12.163	-	0 2.398		
8800	Naturschutz und Landschaftspflege Personalamt -ZPD-	6.882	-	1.305		
8900	Immissionsschutz und Betriebe Personalamt -ZPD-	12.830	-	3.045		
	Summe 2003	59.629	-	13.383		
	Summe 2002	65.281	-	14.293		
	Ergebnis 2001 Ist Rest	66.555 0	- -	14.974 0		

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

- Haushaltsjahr 2003 -

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
8600	0 2.957	0 129	46 0	- 660	0 266	- 12	- 87
8620	0 10.652	0 31	147 0	- 1.003	- 958	- 3	- 134
8670	2.925	410	0	328	263	37	44
8700	0 8.025	0 111	27 82	- 719	- 715	- 16	- 97
8800	2.818	1.879	14	391	254	169	52
8900	8.027	0	0	914	722	-	122
	35.404	2.560	316	4.015	3.178	237	536
	39.368	2.627	352	4.290	3.779	0	572
	39.597 0	2.743 0	298 0	4.497 0	3.847 0	0 0	599 0

## 8600 Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Hierzu wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 01 „Service, Steuerung und Leitungsunterstützung“ verwiesen. Der Produktbereich umfasst folgende Produktgruppen (PG):

- PG 01 Service, Ressourcenmanagement und Recht
- PG 02 Nachhaltige Entwicklung, Service Öffentlichkeit, Beteiligungsmanagement

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden bei den Titeln 547.10 „Förderung internationaler Umweltschutzprojekte“, 684.01 „Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a.“, 684.02 „Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg“, 684.40 „Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe“ und 893.01 „Rückstellung für Freibäder“ gewährt (vgl. ggf. auch die jeweiligen Titelerläuterungen).

#### Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. (Titel 684.01)

##### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, durch die Förderung der Umweltberatung der Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) auf die Bevölkerung einzuwirken, durch geeignete Auswahl von Produkten und Dienstleistungen die Belastungen für Umwelt und Gesundheit so gering wie möglich zu halten. Die Bevölkerung soll zu umweltbewusstem Einkauf und Verhalten angeleitet werden, insbesondere zur Verringerung des Einsatzes chemischer Produkte im Haushalt, zur Abfallvermeidung und umweltverträglichen Abfallentsorgung, zu umwelt- und gesundheitsbewusstem Bauen und Wohnen, zu umweltbewusstem Freizeitverhalten.

##### Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Projekt Umweltberatung der VZ wird seit dem Haushaltsjahr 1989 von der Behörde für Umwelt und Gesundheit gefördert. Ein Abschluss des Projekts ist derzeit nicht absehbar.

##### Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie durch Prüfung des Jahresberichtes der VZ vorgenommen, der Bestandteil des Verwendungsnachweises ist. Methodisch werden z.B. folgende Leistungskennzahlen erfasst:

- Persönliche, telefonische und schriftliche Beratung und Kurzauskünfte
- Vorträge, Kurse und Seminare mit Zielgruppen
- Kontakte auf Ausstellungen und Messen
- Kontakte mit Presse, Hörfunk und Fernsehen
- Abmahn- und Verbandsklageverfahren wegen irreführender Werbung u.Ä.

#### Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg (Titel 684.02)

##### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, über die Geschäftsführung des Vereins „Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V.“ den Zukunftsrat bei der Verfolgung seiner Ziele zu unterstützen, also der Unterstützung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung der Stadt.

##### Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 1998 eingerichtet. Ein Abschluss ist derzeit nicht absehbar.

##### Erfolgskontrollen:

Der Zukunftsrat hat sich zu einem wichtigen Forum zur Gestaltung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 entwickelt. Erfolgskontrollen werden auf Grund der engen Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten/Maßnahmen/Veranstaltungen und des Verwendungsnachweises durchgeführt.

### Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe (Titel 684.40)

#### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist der Betrieb des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe als Bildungsstätte mit dem Schwerpunkt Natur- und Umweltbildung, wobei die Bildungsangebote mit dem Ziel der Förderung eines Bewusstseins für eine nachhaltige Entwicklung in breiten Bevölkerungskreisen weiter entwickelt werden sollen.

#### Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2001 eingerichtet. Ein Kooperationsvertrag mit dem neuen Träger BUND hat zunächst eine Laufzeit von drei Jahren.

#### Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie auf der Grundlage des vom BUND zu erstellenden Jahresberichts über das Umweltzentrum durchgeführt. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Erbringung der im Kooperationsvertrag genannten Leistungen gelegt werden wie Veranstaltungen mit Vorschulgruppen, Veranstaltungen mit Schulklassen allgemein bildender Schulen, familienorientierte Veranstaltungen (z.B. Kindergeburtstage), Ferienprogramme mit mehrstündigem Angebot für Kinder, Kurse und Veranstaltungen für Erwachsene und Multiplikatoren sowie Abenteuercamps.

### Rückstellung für Freibäder (Titel 893.01)

#### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, die Funktionsfähigkeit der drei verpachteten Freibäder (Neugraben, Naturbad Farmsen, Naturbad Volksdorf) zu erhalten und den Betrieb dieser Anlagen, die z.T. in sozialen Brennpunkten liegen, sicher zu stellen. Ohne diese Zuwendungen müssten die Bäder geschlossen werden, da die Pächter allein aus den Einnahmen die Ausgaben für dringende Reparaturarbeiten an Heizungsanlagen, Rohrsystemen, Sanitäranlagen, Schwimmbecken und Gebäuden nicht abdecken könnten.

#### Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Die verpachteten Freibäder werden seit 1993 durch derartige Zuwendungen unterstützt. Eine Beendigung des Programms ist derzeit nicht absehbar.

#### Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden überwiegend durch Prüfung der Verwendungsnachweise, der vorzulegenden Rechnungen der ausführenden Handwerksfirmen, durch Bauüberwachung durch den Eigentümer der Bäder, der Bäderland Hamburg GmbH sowie durch Baubesichtigungen nach Abschluss der Baumaßnahmen vorgenommen.

## 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

### Einnahmen

Es wird auf die Produktinformationen für den Produktbereich 01 „Service, Steuerung und Leitungsunterstützung“, insbesondere auf die Einnahme-/Ausgabeschwerpunkte der Produktgruppen 01 und 02 verwiesen.

### Ausgaben

#### *Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

#### *Sach- und Fachausgaben*

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. wegen erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

511.86 – Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für karten- und drucktechnische Arbeiten, insbesondere für die laufende Grünplanbearbeitung, für den Neu- und Nachdruck von Naturschutzverordnungskarten, für Wassergüteberichte, für die Vielfältigung von Gutachten sowie das Anfertigen von Luftbildern.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

<b>Bezirksamt</b>	<b>Ansatz 2003 Tsd. EUR</b>	<b>Ansatz 2002 Tsd. EUR</b>
Hamburg-Mitte	11,0	11,0
Altona	4,5	4,5
Eimsbüttel	5,0	5,0
Hamburg-Nord	4,5	4,5
Wandsbek	10,0	10,0
Bergedorf	5,5	5,5
Harburg	4,5	4,5
<b>Gesamt</b>	<b>45,0</b>	<b>45,0</b>

#### 526.50 und 526.81 – Gutachten und Untersuchungen –

Veranschlagt sind Mittel für Gutachten- und Untersuchungsvorhaben aus dem Gesamtbereich der Behörde für Umwelt und Gesundheit. Die Vorhaben können sich über mehrere Jahre erstrecken. Vorgesehen sind beispielsweise:

- Betriebswirtschaftliche Untersuchungen
- Begleitung von Maßnahmen, Planverfahren bzw. Diskussionsprozessen durch externe Moderatoren
- Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik, soweit es sich um Evaluierungs-, Machbarkeits- oder technikunterstützte Studien handelt
- Untersuchungen zur Gewässer-, Boden- und Luftqualität, sofern diese nicht von der Behörde für Umwelt und Gesundheit selbst durchgeführt werden können
- Untersuchungen zur Unterstützung der Planungen in allen Bereichen der Behörde, insbesondere zur Abfallwirtschafts-, Schallimmissions-, Lärminderungs-, Gewässergüte- sowie Landschafts- und Grünplanung
- Monitoringverfahren zur Erfolgskontrolle von Maßnahmen im Naturschutz
- Untersuchungen zur Vorbereitung von Maßnahmen in der Landschafts- und Grünanlagenpflege
- Ingenieurtechnische Expertisen im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Industrieanlagen
- Gutachten und Untersuchungen zur Vorbereitung gesundheitspolitischer Maßnahmen
- Gutachten und Untersuchungen in den Bereichen Drogen und Sucht

Die Vorhaben werden grundsätzlich nach umwelt- und gesundheitspolitischen Schwerpunkten und fachlichen Notwendigkeiten im Rahmen einer zeitnahen Gutachtenplanung für die gesamte Behörde für Umwelt und Gesundheit festgelegt. Insofern können sich bei den genannten Maßnahmen Änderungen ergeben, wenn es erforderlich wird, nicht vorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Die Ansatzreduzierung bei dem Titel 526.50 um 686 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie eine Folge der Einsparverpflichtungen.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen beim Titel 526.81 entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Ansatzreduzierung bei diesem Titel um 15 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der Einsparverpflichtungen. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

<b>Bezirksamt</b>	<b>Ansatz 2003 Tsd. EUR</b>	<b>Ansatz 2002 Tsd. EUR</b>
Hamburg-Mitte	1,0	1,5
Altona	2,5	5,0
Eimsbüttel	2,0	4,5
Hamburg-Nord	4,0	8,0
Wandsbek	2,0	3,5
Bergedorf	1,5	3,0
Harburg	2,0	4,5
<b>Gesamt</b>	<b>15,0</b>	<b>30,0</b>

## 8600

### 531.01 – Öffentlichkeitsarbeit –

Aus diesem Titel werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Behörde Broschüren, Berichte, Faltblätter, die Unterstützung von Aktivitäten von Lokalen Agenda 21-Prozessen sowie die Durchführung oder Beteiligung von/an Aktionen, Projekten, Ausstellungen, Foren u.a. finanziert.  
Die Ansatzreduzierung um 42 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der Einsparverpflichtungen.

### 547.03 – Neukauf und Aktualisierung digitaler Karten –

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung des Neukaufs und der Aktualisierung digitaler Kartenwerke. Die Ansatzerhöhung um 59 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist erforderlich zur Erfüllung der Verpflichtungen aus einer mit dem Amt für Geoinformation getroffenen Vereinbarung.

### 547.09 – Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Vorsitz Hamburgs in der Umweltministerkonferenz 2003 –

Hamburg übernimmt 2003 den Vorsitz in der Umweltministerkonferenz (UMK). Hierzu ist eine Geschäftsstelle einzurichten, die insbesondere für die Planung, Organisation und Durchführung der vier Tagungen (zwei Amtschefkonferenzen und zwei Umweltministerkonferenzen) mit jeweils etwa 80 - 90 Teilnehmenden verantwortlich ist.

Zur Sicherstellung eines reibungslosen Überganges des Vorsitzes von Brandenburg, das 2002 den Vorsitz hatte, auf Hamburg muss die Geschäftsstelle bereits im Herbst 2002 arbeitsfähig sein.

### 547.10 – Förderung internationaler Umweltschutzprojekte –

Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung von Umweltschutzprojekten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit den Partnerstädten Hamburgs, aber auch im Ostseeraum. Im Einzelfall können aus den Mitteln auch Zuwendungen finanziert werden.

Die Ansatzreduzierung um 16 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge der Einsparverpflichtungen.

### 547.40 – Förderung der Umweltbildung –

und

### 684.40 – Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe –

(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Die veranschlagten Mittel sind wie bisher vorgesehen für die Finanzierung von Vorhaben der Umweltbildung der Behörde für Umwelt und Gesundheit sowie für den Betrieb und die Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe.

Das Umweltzentrum steht seit 2001 in nichtstaatlicher Trägerschaft und wird vom BUND geführt, wobei Hamburg weiterhin einen Zuschuss für die Bewirtschaftung und Unterhaltung leistet. Entsprechende Verträge sind mit dem BUND Landesverband Hamburg e.V. zunächst für eine Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen worden, die am 1.1.2001 begonnen hat. Hierfür sollen dem neuen Träger 44 Tsd. EUR als Zuwendung aus dem Titel 684.40 zur Verfügung gestellt werden.

Die Ansatzreduzierung bei dem Titel 547.40 um 4 Tsd. EUR ist eine Folge der Einsparverpflichtungen.

### 671.56 – Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik –

Die Ansatzerhöhung um 324 Tsd. EUR ist eine Folge der Behördenneustrukturierung. Im Ansatz enthalten sind ab 2003 auch die Bedarfe des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz.

### 681.86 – Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten für Schadenersatzleistungen aus den Fachbereichen der Behörde für Umwelt und Gesundheit.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Ansatzerhöhung um 8 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist eine Folge einer Verpflichtung zur Leistung von Schadenersatz im Bereich des Bezirksgesundheitsamtes Altona. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	1,5	1,5
Altona	10,5	2,5
Eimsbüttel	1,5	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	5,0	5,0
Bergedorf	1,5	1,5
Harburg	1,5	1,5
<b>Gesamt</b>	<b>23,0</b>	<b>15,0</b>

682.01 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis Wert-GmbH –  
Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.

## Erfolgsplan

### WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
1	2	3	4
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Umsatzerlöse	11.801	12.590	12.277
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	150	150	156
<b>Summe der Erträge</b>	<b>11.951</b>	<b>12.740</b>	<b>12.433</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	370	380	391
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.170	3.279	3.221
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	5.900	6.000	5.763
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	330	350	353
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.080	1.080	1.297
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>10.850</b>	<b>11.089</b>	<b>11.025</b>
<b>3. Finanzergebnis</b>	<b>- 15</b>	<b>- 15</b>	<b>- 4</b>
<b>4. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Gewinnabführung an die HGV</b>	<b>1.086</b>	<b>1.636</b>	<b>1.404</b>

## 8600

### WERT

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002  
(haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001  
(Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Umsatzerlöse</b>	
Die Umsatzerhöhungen werden aufgrund struktureller Änderungen bei den neuen Geschäftsfeldern erwartet.	<b>+ 313</b>
<b>2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand</b>	
Erhöhung aufgrund Tarifierhebung.	<b>+ 237</b>
<b>2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
Der Wert des Jahres 2001 enthält eine Rückstellung über 100 Tsd. EUR und weitere einmalige Aufwendungen.	<b>- 217</b>

### WERT

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003  
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002  
(Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Umsatzerlöse</b>	
Die Umsatzerlöse aus der LVP-Sammlung werden nach der 4. Änderungsvereinbarung im Jahr 2002 um 2,22% gesenkt. Darüber hinaus sind Reduzierungen durch Selbstentsorgermengen zu erwarten, die nicht mehr über das Duale System Deutschland lizenziert werden.	<b>- 789</b>
<b>2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	
Der Minderaufwand steht im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der neuen Geschäftsfelder.	<b>- 109</b>
<b>2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand</b>	
Der Minderaufwand steht im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der neuen Geschäftsfelder.	<b>- 100</b>
682.02 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis GBS	
Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.	
Die von der GBS erzielten Gewinne werden im HGV-Konzern mit Verlusten anderer Unternehmen saldiert. Damit reduziert sich der Zuschussbedarf der HGV entsprechend.	
Ab 2001 wirkt sich die neue Unternehmenssteuerreform folgendermaßen aus: Auf Gewinnausschüttungen ist eine definitive Körperschaftsteuer in Höhe von 25% zu zahlen, über die es keine Gutschrift mehr gibt. Dadurch vermindern sich die Beteiligungserträge der HGV bei gleich hohen Brutto-Ausschüttungen im Vergleich zur bisherigen Rechtslage.	

- 682.04 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Dividende HEW  
Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.
- 682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Bäderbetrieb HWW  
Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.

## Erfolgsplan

### Hamburger Wasserwerke GmbH

### HWW

(mit der HGV besteht ein Beherrschungsvertrag und ein Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
	1	2	3
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Umsatzerlöse	181.227	181.942	183.573
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	18.551	15.429	15.660
<b>Summe der Erträge</b>	<b>199.778</b>	<b>197.371</b>	<b>199.233</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.259	24.757	10.666
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	–	–	10.854
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	55.864	55.398	55.930
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	8.556	7.722	11.485
2.3 Abschreibungen	33.227	32.832	32.024
2.4 Konzessionsabgabe	27.772	27.892	28.161
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.290	16.641	18.864
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>165.968</b>	<b>165.242</b>	<b>167.984</b>
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	<b>- 17.241</b>	<b>- 17.282</b>	<b>- 18.611</b>
<b>4. Finanzergebnis</b>	<b>- 4.735</b>	<b>- 3.962</b>	<b>- 3.869</b>
<b>5. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>6. Gewinnabführung an die HGV</b>	<b>11.834</b>	<b>10.885</b>	<b>8.769</b>

**HWW**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002  
(haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001  
(Veränderungen in Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

		<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1</b>	<b>Umsatzerlöse</b>	
	Geringeres Wassergeld aufgrund rückläufigen Absatzes, dagegen höhere Erlöse aus Grund- und Basispreisen durch Zugänge bei abzurechnenden Wohnungs- und Grundstücksversorgungen und einem Anstieg der Ertragszuschüsse.	- 1.631
<b>1.2</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (überwiegend für unterlassene Instandhaltung), aus der Weiterberechnung von Leistungen an die BLH und die CAH und aus dem Entgelt für den Siegelgebühreneinzug. Dagegen höhere aktivierte Eigenleistungen durch steigendes Investitionsvolumen sowie zunehmende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil.	- 231
<b>2.1</b>	<b>Materialaufwand</b>	
	In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Höhere Aufwendungen im Rahmen des Unterhaltungsplanes, dagegen niedrigere Energiekosten als Folge der Minderförderung.	+ 3.237
<b>2.2.1</b>	<b>Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand</b>	
	Verringerung durch Personalabbau, dagegen Berücksichtigung höherer Beitragsbemessungsgrenzen und ganzjährige Auswirkungen des Tarifabschlusses 2001.	- 532
<b>2.2.2</b>	<b>Versorgungsbezüge und Zuführung zur Pensionsrückstellung</b>	
	Gesunkene Zuführungen zur Pensionsrückstellung und geringere laufende Pensionszahlungen und Minderaufwand für Vorruhestand gemäß versicherungsmathematischem Gutachten.	- 3.763
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	
	Höhere Abschreibungen durch Anlagenzugänge im Rahmen des Investitionsplans 2002, Anstieg der Verrechnung von Veräußerungsgewinnen mit Anlagenzugängen gemäß § 6 b EStG.	+ 808
<b>2.4</b>	<b>Konzessionsabgabe</b>	
	Niedrigere Konzessionsabgaben durch Umsatzrückgang infolge der rückläufigen Wasserabgabe.	- 269
<b>2.5</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
	Diese Position enthält in beiden Jahren den Steueraufwand. Minderaufwendungen im Rahmen des Unterhaltungsplans der Verwaltung, geringere Beratungskosten hauptsächlich im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Abrechnungssystems IS-U, niedrigere Portokosten durch Abschluss eines günstigeren Vertrags mit der Deutschen Post AG und sinkende Verluste aus Anlagenabgängen und der Wertberichtigung von Forderungen. Dagegen Mehraufwendungen für die Beschaffung von Software-Updates und PC-Aufrüstungen sowie für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.	- 2.223
<b>3.</b>	<b>Beteiligungsergebnis</b>	
	Verbesserung des Bäderergebnisses und des CAH-Ergebnisses, Wegfall einer einmaligen Wertberichtigung der BLH-Beteiligung im Jahr 2001.	+ 1.329
<b>4.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	
	Höhere Zinsaufwendungen wegen Neuaufnahme langfristiger Darlehen.	- 93

## HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003  
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002  
(Veränderungen in Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1 Umsatzerlöse</b>	
Geringere Erlöse aufgrund rückläufiger Abgabemengen (ca. - 1,1%), dagegen Mehrerlöse durch den Zugang bei abzurechnenden Wohnungs- und Grundstücksversorgungen und Anstieg der Ertragszuschüsse.	- 715
<b>1.2 Sonstige betriebliche Erträge</b>	
Höhere aktivierte Eigenleistungen durch steigendes Investitionsvolumen, Mehrerträge aus der Wartung und Bereitstellung von Warmwasserzählern und aus dem Einzugsentgelt für Siedgebühren sowie höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil.	+ 3.122
<b>2.1 Materialaufwand</b>	
In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Geringeres Volumen des Unterhaltungsplans.	- 498
<b>2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand</b>	
Auswirkungen angemessener Tarifierhöhungen 2002, dagegen Personaleinsparungen, Berücksichtigung höherer Beitragsbemessungsgrenzen und Anstieg des Arbeitgeberanteils für die gesetzliche Sozialversicherung.	+ 466
<b>2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zur Pensionsrückstellung</b>	
Höhere Zuführungen zur Pensionsrückstellung gemäß versicherungsmathematischem Gutachten.	+ 834
<b>2.3 Abschreibungen</b>	
Anstieg im Wesentlichen aufgrund von höheren Anlagenzugängen im Rahmen des Investitionsplans 2003.	+ 395
<b>2.4 Konzessionsabgabe</b>	
Niedrigere Konzessionsabgabe durch Umsatzrückgang infolge der Minderabgabe.	- 120
<b>2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
Diese Position enthält in beiden Jahren den Steueraufwand, geringerer Ansatz für Beratungskosten.	- 351
<b>3. Beteiligungsergebnis</b>	
Geringerer Fehlbetrag BLH.	+ 41
<b>4. Finanzergebnis</b>	
Gestiegene Zinsaufwendungen durch höhere Neuverschuldung und steigende Zinssätze.	- 773

## Erfolgsplan

## Bäderland Hamburg GmbH

BLH

(mit der HWW besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2003 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2002 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2001 Tsd. EUR
	1	2	3
<b>1. Erträge</b>			
1.1 Umsatzerlöse	19.407	18.846	17.792
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	722	708	812
<b>Summe der Erträge</b>	<b>20.129</b>	<b>19.554</b>	<b>18.604</b>
<b>2. Aufwendungen</b>			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.930	10.827	5.791
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	–	–	5.077
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	16.565	16.559	15.768
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.965	1.769	2.520
2.3 Abschreibungen	5.107	4.943	4.954
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.053	3.081	3.076
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>37.620</b>	<b>37.179</b>	<b>37.186</b>
<b>3. Finanzergebnis</b>	<b>1</b>	<b>94</b>	<b>294</b>
<b>4. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Verlustübernahme durch die HWW</b>	<b>- 17.490</b>	<b>- 17.531</b>	<b>- 18.288</b>

**BLH**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2002  
 (haushaltswirksam 2003) gegenüber 2001  
 (Veränderungen in Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

Tsd. EUR

<b>1.1</b>	<b>Umsatzerlöse</b>	
	Mehrerlöse durch steigende Besucherzahlen aufgrund von Angebotsverbesserungen in mehreren Freizeitbädern, insbesondere im Kaifu-Bad und der neuen Sauna in Blankenese.	<b>+ 1.054</b>
<b>1.2</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Rückgang im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, aus Erträgen durch außerordentliche Gutschriften von der HGW.	<b>- 104</b>
<b>2.1</b>	<b>Materialaufwand</b>	
	In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Geringere Aufwendungen wegen Preissenkung beim Erdgas (Wirkung der Ölpreisentwicklung über Gleitklausel).	<b>- 41</b>
<b>2.2</b>	<b>Personalaufwand</b>	
	Zuwachs wegen ganzjähriger Auswirkung der Tarifierhöhung 2001 sowie aufgrund eines Personalaufbaus gemäß Personalplan 2002. Dagegen geringere laufende Pensionszahlungen und Zuführungen zur Pensionsrückstellung aufgrund des versicherungsmathematischen Gutachtens vom Oktober 2001.	<b>+ 40</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	
	Reduzierung aufgrund aktueller Abschreibungsvorschau.	<b>- 11</b>
<b>2.4</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
	Im Wesentlichen Mehraufwendungen für Honorarkräfte und Beratung, Werbekosten und einer Vielzahl von Einzelposten, dagegen geringere Inanspruchnahme von Verwaltungs- und anderen Leistungen von den HWW.	<b>+ 5</b>
<b>3.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	
	Rückgang im Wesentlichen wegen geringerer Zinserträge als Folge des Abbaus des den HWW gewährten Darlehens aufgrund der zu finanzierenden eigenen Investitionen.	<b>- 200</b>

**BLH**

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003  
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002  
(Veränderungen in Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
<b>1.1</b>	<b>Umsatzerlöse</b>	
	Mehrerlöse durch steigende Besucherzahlen aufgrund von Angebotsverbesserungen und Preis- anpassungsmaßnahmen.	<b>+ 561</b>
<b>1.2</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	
	Anstieg im Wesentlichen durch höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und gesteigener Leistungsverrechnung mit der Eissporthalle Farmsen.	<b>+ 14</b>
<b>2.1</b>	<b>Materialaufwand</b>	
	In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Rückläufiger Energieaufwand durch sinkende Preise beim Erdgas, dagegen höhere Strompreise durch die Anhebung der Öko-Steuer und Anstieg der Unterhaltungsaufwendungen.	<b>+ 103</b>
<b>2.2</b>	<b>Personalaufwand</b>	
	Zuwachs im Wesentlichen wegen angemessener Tarifierhöhungen und höherer Pensionszuführungen aufgrund des versicherungsmathematischen Gutachtens vom Oktober 2001.	<b>+ 202</b>
<b>2.3</b>	<b>Abschreibungen</b>	
	Auswirkungen der Neuinvestitionen 2002 und 2003.	<b>+ 164</b>
<b>2.4</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	
	Reduzierungen bei verschiedenen Einzelpositionen des Geschäftsaufwands, dagegen höhere Inanspruchnahme Verwaltungs- und anderen Leistungen von den HWW:	<b>- 28</b>
<b>3.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	
	Rückgang im Wesentlichen wegen geringerer Zinserträge als Folge des Abbaus des den HWW gewährten Darlehens aufgrund der zu finanzierenden eigenen Investitionen.	<b>- 93</b>
681.92	– Schadenersatzleistungen – Veranschlagt sind Ausgaben für Schadenersatzleistungen, zu denen die Behörde für Umwelt und Gesundheit verpflichtet ist. Die Ansatzreduzierung um 80 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Wegfall einzelner größerer Zahlungsverpflichtungen	
684.01	– Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. – (vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“) Veranschlagt sind Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) für den Teilbereich Umweltberatung sowie ggf. an verschiedene Vereine, Initiativen u.a. für Projekte und Aktionen zur Förderung umweltgerechter Verhaltensweisen, die ohne staatliche Hilfe nicht realisiert werden könnten. Die Zuwendung zur Projektförde- rung an die VZ wird zu etwa 77% zur Finanzierung von Personalkosten (ein Mitarbeiter) verwendet.	

*Investitionen*

Es wird auf die Produktinformationen für den Produktbereich 01 „Service, Steuerung und Leitungsunterstützung“, insbesondere auf die Einnahme-/Ausgabeschwerpunkte der Produktgruppen 01 und 02 verwiesen. Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung und der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr im Einzelnen erläutert

701.01 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau –

Veranschlagt sind Mittel für Hochbaumaßnahmen und -planungen einschl. damit zusammen hängender Baunebenkosten. Mittel dieses Titels dienen einerseits der Finanzierung von Maßnahmen an oder im Verwaltungsgebäude Billstraße, werden aber auch zur Deckung von Bedarfen im Zusammenhang mit anderen Objekten eingesetzt und hierzu ggf. auf die sachlich zuständigen Titel übertragen.

Die Ansatzreduzierung ist eine Folge der Einsparverpflichtungen.

823.01 – Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße –

Veranschlagt sind die vertraglich vereinbarten Mietkaufraten für das Gebäude Billstraße 82 - 84 (Anteil der Behörde für Umwelt und Gesundheit).

Die Ansatzreduzierung gegenüber dem Vorjahr ist die Folge einer einmaligen Absenkung im Wege der veränderten Veranschlagung.

**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheit und Umwelt, ebenso die Versorgungsplanung im Gesundheitswesen und der Maßregelvollzug.
- Gesundheitsschutz und Gesundheitssicherung  
Dies umfasst insbesondere die Seuchenhygiene und Infektionsepidemiologie; Krankenhaus- und Wasserhygiene; Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienst; Weiterentwicklung und Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes; Pharmaziewesen; Ethik in der Medizin; Reproduktionsmedizin; Berufe im Gesundheitswesen.
- Dezentrale Steuerungs- und Intendanzaufgaben.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- gesundheitsfördernde Maßnahmen im öffentlichen Gesundheitsdienst sowie bei anderen Trägern (Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, Pro FAMILIA, KISS etc.),
- Krankenhausinvestitionen,
- nachgeordnete Dienststellen, z.B. Zentrum für Hafen- und Flughafenärztliche Dienste mit dem Bereich der Schifffahrtsmedizin, Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, Krankenhausbettennachweis, Beratungszentrum Sehen, Hören, Bewegen, Sprechen, Zentrale Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen, Beratungsstelle für Gesundheit

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

**2. Zuwendungen**

Betriebskonto Z 71 – Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS –

Veranschlagt sind Kosten der Gesundheitsförderung und des Programms zur Bekämpfung von AIDS.

Beim Titel 534.71 sind Mittel für Gesundheitsinformation und -bildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen, Beratungsangebote sowie Mittel zur AIDS-Prävention, zur Behindertenarbeit und zu sexuell übertragbaren Erkrankungen veranschlagt. Die Mittel werden im Rahmen dieser Zweckbestimmung nach den jeweiligen Erfordernissen verwendet. Für 2003 ist derzeit u.a. vorgesehen:

- Beteiligung an der "Reisemesse" ;
- Öffentlichkeitskampagne zur Aidsprävention, Veranstaltungen zur Sexualerziehung und zur geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung;
- Informations- und Diskussionsveranstaltungen für chronisch kranke Menschen;
- Schulung von Multiplikatoren aus Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Krankenhäusern und Einrichtungen der Behindertenhilfe;
- Aktualisierung von Gesundheitswegweisern, z.B. für Migrantinnen und Migranten;
- Aktualisierung der Ratgebers für chronisch kranke Menschen;
- Regionale Fortbildungen und Kooperationen zum Thema "Gewalt gegen Kinder";
- Aktivitäten im Rahmen des Programms "Gesunde Soziale Stadt Hamburg".

684.71 – Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention –

Für 2003 sind folgende Zuwendungen veranschlagt:

	<b>Ansatz 2003</b>	<b>Ansatz 2002</b>	<b>Ergebnis 2001</b>
	in EUR		
- AIDS Hilfe	467.188,00	469.983,00	513.488,39
- Arbeit und Gesundheit	46.016,00	46.016,27	46.016,27
- Arbeiterwohlfahrt	92.910,00	89.987,37	87.942,20
- BASIS	247.678,00	246.555,60	249.947,08
- Diakonisches Werk	56.242,00	56.242,11	54.115,64
- Familienplanungszentrum	424.883,00	424.883,55	432.143,90
- Hmbg. Arbeitsgem. f. Gesundheitsförderung	288.598,00	293.992,83	307.133,03
- Hilfe nach Krebs	0,00	22.701,36	22.223,30
- Jugend hilft Jugend (HIDA)	155.934,00	156.056,94	159.022,00
- KISS (SG e.V.)	540.728,00	572.135,61	570.090,45
- Magnus-Hirschfeld-Zentrum	131.300,00	130.492,34	161.287,02
- Mieten Aphasiker, CED, Tumornachsorge	22.496,00	22.496,84	21.474,26
- Prävention	185.659,00	183.155,41	183.916,80
- Pro FAMILIA	570.000,00	562.421,06	564.760,23
- Selbsthilfegruppen-Topf	76.693,00	76.693,78	76.693,78
- Patientenberatungsstelle der Verbraucherzentrale	256.157,00	256.157,23	251.957,48
- Freihaven e.V.	0	0	10.225,84
- Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.	161.857,00	35.790,43	0
- Konfliktberatungsstelle des Diakonischen Werkes	134.000,00	40.903,35	0
- Caritas Konfliktberatungsstelle	58.500,00	0	0
- Familienhebammen	30.677,00	10.225,84	0
- Tarifierhöhung für 2003	0		0
- Tarifierhöhung für 2002	0	12.782,30	0
- Rückflüsse			-43.159,03
<b>Insgesamt</b>	<b>3.947.516</b>	<b>3.709.673,22</b>	<b>3.669.278,64</b>
<b>Auf-/Abgerundet:</b>	<b>3.948.000</b>	<b>3.710.000</b>	<b>3.669.000</b>

## 8620

Zur Umsetzung der Anforderungen des Neuen Steuerungsmodells wird die Steuerung der Zuwendungsempfänger in der Regel auf Basis der Leistungsvereinbarungen bzw. einvernehmlichen Leistungsbeschreibungen durchgeführt.

Es wurde mit allen Zuwendungsempfängern eine Leistungsvereinbarung bzw. eine einvernehmliche Leistungsbeschreibung für 2002 abgeschlossen, sofern sie eine Zuwendung von mindestens 50.000 EUR erhalten.

Die Steuerung der Zuwendungsempfänger mit dem Ziel der beständigen Prüfung der fachlichen Angemessenheit der Leistungsprofile und deren Effizienz ist prospektiv ausgerichtet. Hierzu wird, in Abhängigkeit vom Umfang der Förderung, eine Kombination folgender Instrumente (zum Teil wiederholend im Jahresablauf) eingesetzt:

- Auswertung der Verwendungsnachweise,
- Auswertung der Jahresberichte,
- Auswertungs- und Perspektivgespräche mit den Trägern,
- Organisations- und Wirtschaftlichkeitsberatungen,
- Betriebswirtschaftliche Überprüfungen,
- Besuche vor Ort,
- Besprechungen in Fachgruppen und Arbeitskreisen zur Koordinierung der Träger.

Haushaltsreste sind 2001 in einer Größenordnung von rd. 103 Tsd. EUR entstanden.

682.03 – Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg – Anstalt öffentlichen Rechts – für die Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) –

Der Zentralambulanz für Betrunkene obliegt die Versorgung betrunkenen, hilfloser Personen, die gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 SOG in Gewahrsam genommen werden, wenn dies zum Schutz der Person erforderlich ist. Dies erfolgt insbesondere, weil die Person sich erkennbar in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand befindet oder sonst hilflos ist.

Der Ansatz für 2003 beträgt 615 Tsd. EUR.

682.04 – Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg – Anstalt öffentlichen Rechts – für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek –

Der Landesbetrieb Krankenhäuser betreibt die Massageschule seit vielen Jahren. Dieses Ausbildungsangebot soll aus ausbildungs- und berufspolitischen Gründen aufrechterhalten bleiben, auch weil Hauptschulabsolventen hier die Möglichkeit haben, eine Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf, der gute Arbeitsmarktchancen hat, absolvieren zu können.

Die Zuschussfinanzierung zur Fortführung des Betriebs der Massageschule durch den LBK verursacht für den Haushalt 2003 der Freien und Hansestadt Hamburg Kosten in Höhe von voraussichtlich 108.000,- EUR.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere geprägt durch:

- Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (8620.261.03, 8620.261.04)
- Erhebung von Gebühren (z.B. 8620.111.01)
- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (8620.124.01).

Die Einnahmen bei der Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (8620.261.03 und 8620.261.04) sind rückläufig durch die kontinuierliche Verringerung des Personals.

## Ausgaben

### *Personalausgaben*

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere geprägt durch:

- Ausgaben im Rahmen des Betriebskontos Z 61
- Auftragsleistung des Landesbetriebes Krankenhäuser Hamburg in Höhe von ca. 11,9 Mio. EUR
- Zuwendungen an den Landesbetrieb Krankenhäuser in Höhe von 723 Tsd. EUR
- Zuwendungen in Höhe von 3.948 Tsd. EUR
- Vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Norddeutschen Kooperation
- Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen (IMPP/AföG) in Höhe von 249 Tsd. EUR

534.81 – Gesundheitsschutz; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist die Rahmenzuweisung an die Bezirksämter für

- Geräte und Verbrauchsmaterialien für die medizinische Diagnostik bei den Gesundheitsämtern
- Erstattungen an den Landesbetrieb Krankenhäuser
- Aufwendungen für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen
- Maßnahmen der bezirklichen Gesundheitsförderung
- Zuschüsse für die Patientencclubs und die therapeutische Gruppenarbeit der jugend- und sozialpsychiatrischen Dienste.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsselungen bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	43,5	43,5
Altona	36,0	36,0
Eimsbüttel	31,0	31,0
Hamburg-Nord	133,5	133,5
Wandsbek	39,5	39,5
Bergedorf	14,5	14,5
Harburg	53,0	53,0
Gesamt	351,0	351,0

534.86 – Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist die Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Kosten im Zusammenhang mit Fahrgelderstattungen an die, von den Gesundheitsämtern zur Untersuchung vorgeladenen, mittellosen Personen und die bei den Wirtschafts- und Ordnungsämtern entstehenden Kosten für Zuführungen und Untersuchung zur Feststellung übertragbarer Krankheiten auf der Grundlage des BSeuchG.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsselungen bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	1,5	1,5
Altona	6,0	6,0

Eimsbüttel	0,5	0,5
Hamburg-Nord	0,5	0,5
Wandsbek	0,5	0,5
Bergedorf	0,5	0,5
Harburg	0,5	0,5
gesamt	10,0	10,0

## 681.86 – Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist die Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Aufwendungen nach dem BSeuchG. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Kosten für Verdienstausschlägungen, Kosten für Isolierungsmaßnahmen, Entschädigungskosten für beschlagnahmte Gegenstände, sowie Kosten für Gammaglobulin-Prophylaxe.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsselungen wie im Vorjahr. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	2,0	2,0
Altona	1,5	1,5
Eimsbüttel	4,0	4,0
Hamburg-Nord	3,5	3,5
Wandsbek	1,0	1,0
Bergedorf	2,5	2,5
Harburg	0,5	0,5
gesamt	15,0	15,0

## 682.02 – Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug –

Bei Straftätern, die wegen psychischer Erkrankung oder Suchtmittelabhängigkeit nicht oder nur vermindert schuldfähig sind, kann durch das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) oder in einer Entziehungsanstalt (§64 StGB) angeordnet werden. Verantwortlich für die Durchführung des Maßregelvollzuges sind die Länder, die auch verpflichtet sind, eine ausreichende Zahl von Vollzugsplätzen vorzuhalten. In Hamburg werden die Maßregeln für psychisch kranke Rechtsbrecher (§ 63 StGB) und für alkoholranke Rechtsbrecher (§ 64 StGB) gemäß § 4 HmbMVollzG im Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll - vollzogen. Seit dem 2. Quartal 2002 stehen dort nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus des Hauses 18 125 Plätze sowie in Haus 9 32 Plätze für den Vollzug der Maßregeln nach §§ 63 und 64 StGB zur Verfügung. Infolge der strukturellen Veränderungen durch die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus des Hauses 18 ist keine Vergleichbarkeit mehr mit den Daten der Vorjahre gegeben.

Für den Maßregelvollzug in Haus 18 werden auf Grundlage des Ergebnisses des ersten Quartals 2002 25.040 Berechnungstage, für den Maßregelvollzug in Haus 9 10.788 Berechnungstage veranschlagt. Darüber hinaus sind für die Unterbringung auf allgemeinen psychiatrischen Stationen 3.300 Berechnungstage veranschlagt.

Zuweilen ist die Unterbringung aus therapeutischen Gründen in auswärtigen Maßregelvollzugseinrichtungen erforderlich. Die in den zurückliegenden Jahren kapazitätsbedingt notwendige Unterbringung von drogenkranken Maßregelvollzugspatienten in anderen auswärtigen Einrichtungen konnte sukzessive abgebaut werden, da mit dem Erweiterungsbau des Hauses 18 zusätzliche Plätze im Klinikum Nord geschaffen wurden.

Insgesamt hat sich die Zahl der Berechnungstage gegenüber den Vorjahren als Folge der zunehmenden Verhängung von Maßregeln erhöht.

Für den Vollzug der Maßregeln nach § 64 StGB bei Abhängigkeit von illegalen Drogen stehen auf Grund eines Länderabkommens im NLK Brauel 15 Plätze für Hamburger Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Das Länderabkommen ist zum 31.12.01 ausgelaufen. Die Therapien der Patientinnen und Patienten, die ihre Behandlung im NLK Brauel begonnen haben, werden aber aus therapeutischen Gründen dort vereinbarungsgemäß noch zu Ende geführt werden. Demzufolge berücksichtigt die Veranschlagung für das Jahr 2003 rechnerisch auch noch Kosten für 4 Therapieplätze im NLK Brauel.

972.01 – Globale Minderausgabe für noch zu konkretisierende aufgabenkritische Maßnahmen –

Der Konkretisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Bürgerschaft wird über das Ergebnis mit einer gesonderten Vorlage unterrichtet.

### *Investitionen*

701.25 – Kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz –

#### **Dienstgebäude Lagerstraße 36**

- Dach- und Fassadensanierung

Gesamtkosten	944.000 EUR
Veranschlagt 2000	411.000 EUR
Veranschlagt 2001	109.000 EUR
Veranschlagt 2002	282.000 EUR
Veranschlagt 2003	66.000 EUR

893.05 – Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem. §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord – Betriebsteil Ochsenzoll –

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist verpflichtet, ausreichende und adäquate Kapazitäten zur Durchführung des Maßregelvollzuges gemäß §§ 63 und 64 StGB vorzuhalten. Die Maßregeln nach § 63 StGB und § 64 StGB (bei Abhängigen legaler Drogen) werden im Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll - vollzogen. In Einrichtungen des Maßregelvollzuges im Klinikum Nord werden auch Patienten gem. § 126a STPO (vorläufige Unterbringung) aufgenommen, sowie in seltenen Fällen Untersuchungsgefangene gem. § 57 UhVollzOrd und Strafgefangene gem. § 65 StVollzG.

Die Anzahl der Verhängungen von Maßregeln nach §§ 63 und 64 StGB ist ausschließlich von der Spruchpraxis der Gerichte abhängig. Die Behörde für Umwelt und Gesundheit und das vollziehende Krankenhaus haben keinen Einfluss auf Zahl und Dauer der Unterbringungen.

In den letzten Jahren ist die Belegung von Haus 18 im Klinikum Nord, in dem die Maßregel nach § 63 StGB vollzogen wird, kontinuierlich gestiegen. Eine weitere Steigerung wird prognostiziert. Um die schon jetzt bestehende schwierige Situation (Belegung bis 125%) zu verbessern, ist ein Erweiterungsbau dringend erforderlich. Auch die Zahl der zu einer Maßregel nach § 63 StGB verurteilten Frauen ist stetig gestiegen. Diese sind bisher auf einer geschlossenen allgemeinpsychiatrischen Station untergebracht. Zukünftig ist auch hierfür eine adäquate Versorgungseinheit, eingebunden in den Erweiterungsbau von Haus 18 zu schaffen.

Mit den Baumaßnahmen zur Kapazitätserweiterung ist 2000 begonnen worden.

Für das Projekt werden Investitionsmittel in Höhe von rund 11.920.000 EUR benötigt.

Die Abfinanzierung der Maßnahme ist wie folgt vorgesehen:

Kassenmittel	
Bis 2002	10.418.000 EUR
2003:	1.502.000 EUR
insgesamt:	11.920.000 EUR

### Investitionsförderung der Krankenhäuser

Krankenhäuser haben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) und des Hamburgischen Krankenhausgesetzes (HmbKHG) Anspruch auf Übernahme ihrer Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung, soweit und solange sie in den Krankenhausplan eines Landes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG bzw. § 21 HmbKHG (Einzelförderung) in das Investitionsprogramm aufgenommen sind.

Bei der Durchführung der Gesetze arbeiten die Landesbehörden mit den an der Krankenhausversorgung im Lande Beteiligten eng zusammen; das betroffene Krankenhaus ist anzuhören.

Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft und die Krankenkassen-Verbände in Hamburg (unmittelbar Beteiligte) sowie die BUG bilden gem. § 18 HmbKHG den Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung, der einvernehmliche Vorschläge für die Aufstellung der Investitionsprogramme nach § 16 HmbKHG erarbeiten soll.

Diese Vorschläge bilden die Grundlage für die Bewilligung der Fördermittel im Rahmen der Haushaltsansätze.

Gefördert werden:

1. Investitionskosten im Wesentlichen für
  - die Errichtung (Neubau, Erweiterungsbau, Umbau) von Krankenhäusern einschließlich der Erstausstattungen mit den für den Krankenhausbetrieb notwendigen Anlagegütern,
  - die Erst-, Ergänzungs- und Wiederbeschaffung von Anlagegütern (ausgenommen Gebrauchsgüter) und die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter,
  - die Ergänzung von kurzfristigen Anlagegütern, soweit diese über die übliche Anpassung an die medizinische und technische Entwicklung wesentlich hinausgeht;
2. durch feste jährliche Pauschalbeträge im Wesentlichen
  - die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen (kurzfristige Anlagegüter), ausgenommen Verbrauchs- und Gebrauchsgüter,
  - kleine Baumaßnahmen oder sonstige förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben 100.000 EUR nicht übersteigen,
3. den Investitionen gleichstehende Kosten im Wesentlichen für
  - die Nutzung von Anlagegütern (z.B. Miete, Pacht),
  - Anlauf, Umstellung oder Schließung von Krankenhäusern,
  - Lasten aus Investitionsdarlehen, die vor Aufnahme in den Krankenhausplan für grundsätzlich förderfähige Maßnahmen eingesetzt worden sind.

Neben den nach KHG/HmbKHG geförderten Investitionen werden Investitionszuschüsse für besonders bedeutsame gesundheitspolitische Projekte in Krankenhäusern (z.B. Komplementärfinanzierung für Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation, Modellvorhaben) gewährt.

893.62 – Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind Finanzmittel für die „Pauschale Förderung“ der Krankenhäuser gemäß § 22 des Hamburgischen Krankenhausgesetzes (HmbKHG). Die Bewilligung der Pauschalmittel richtet sich nach der Verordnung über die Pauschale Förderung der Krankenhäuser (PauschVO) vom 28.11.95 (GVBL. S. 308) unter Berücksichtigung der jeweiligen Änderungsverordnung.

Durch feste jährliche Pauschalbeträge werden gefördert:

1. Die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter).
2. Die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen (kurzfristige Anlagegüter).

3. Kleine Baumaßnahmen sowie sonstige nach § 21 HmbKHG förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben die Kostengrenze von 100.000 EUR nicht übersteigen.

Die Mittel werden den Krankenhäusern, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, überwiegend entsprechend der Krankenhausleistung (Anzahl der behandelten Fälle) und daneben für die Grundvorhaltung der Krankenhausversorgung in Form einer reduzierten Bettenpauschale gewährt.

Die Einrichtungen der Not- und Unfallversorgung, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Suchtambulanzen und die Ausbildungsplätze werden gesondert berücksichtigt.

Veranschlagt sind 30.490 Tsd. EUR für die Pauschalförderung der Krankenhäuser.

893.79 – Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind die Fördermittel für die in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich Erstausrüstung und Honorare, für die Nutzung von Anlagegütern, für Anlauf- und Umstellungskosten.

Die Bau- und Beschaffungsmaßnahmen sind nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren mit den unmittelbar Beteiligten (Krankenkassen, -Verbände, Hamburgische Krankenhausgesellschaft, Fördermittelbehörde) mit dem Ziel des Einvernehmens erörtert worden.

Es werden in Zukunft weiterhin in hohem Umfang Haushaltsmittel für die Umsetzung der geplanten Strukturmaßnahmen benötigt. Hierzu zählen die Fusions-, bzw. Kooperationsprozesse in Bergedorf, Eimsbüttel, Harburg und im Hamburger Westen (Rissen), die Neuordnung der Psychiatrie (Albertinen-Krankenhaus, Krankenhaus Rissen, Klinikum Nord) sowie der Neubau des AK Barmbek (Abfinanzierung ab 2006). Darüber hinaus sind in weiteren Krankenhäusern Strukturmaßnahmen bewilligt (AK Eilbek, Altonaer Kinderkrankenhaus, Israelitisches Krankenhaus) oder in den kommenden Jahren geplant (AK St.Georg, Marienkrankenhaus).

Um in größerem Umfang Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhausstrukturen insbesondere in den Bezirken Eimsbüttel/angrenzend Hamburg-Nord, dem Bezirk Harburg und dem Hamburger Westen (Rissen) umsetzen zu können, ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150.000.000 EUR erforderlich.

Die Verpflichtungsermächtigung ist veranschlagt zu Lasten der Jahre

2004 :	30.000.000 EUR
2005 :	30.000.000 EUR
2006 :	40.000.000 EUR
2006 :	<u>50.000.000 EUR</u>
	150.000.000 EUR

Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 124.01

**8630 Hygiene Institut**

**1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten**

Die Ausgaben und Einnahmen für das Hygiene Institut (HI) werden in einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO veranschlagt und erläutert. Sie sind in der Anlage 2.2 (rosa Seiten) dargestellt.

Im Kapitel 8630 „Hygiene Institut“ sind entsprechend der Nettoveranschlagung lediglich die Zuweisungen bzw. Zuschüsse an das Institut veranschlagt.

**Allgemeines**

(Vgl. hierzu die allgemeinen Vorbemerkungen zum Lagebericht des Hygiene Instituts in den “rosa” Seiten).

**2. Zuwendungen**

Zuwendungen sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

**3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**

**Einnahmen**

s. Wirtschaftsplan

**Ausgaben**

s. Wirtschaftsplan

## 8640 Arbeitsschutz

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik;
- Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen an den Arbeitnehmerschutz und daraus resultierende politische Vorgaben zur Aufgabenerledigung;
- neue gesetzliche Regelungen;
- Anzahl von Betrieben und Anlagen.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Verwaltungsgebühren für überwachungsbedürftige Anlagen;
- Verwaltungsgebühren im Bereich Arbeitsschutz;
- Verwaltungsgebühren im Bereich Strahlenschutz.

119.02 – Einnahmen von Dritten für die Ersatzbeschaffung von Dosimetersonden –  
(neu)

Der Einnahmetitel wird benötigt für die Ersatzbeschaffung von Dosimetern, bei denen aus unterschiedlichen Gründen keine Rückgabe durch den Kunden erfolgte.

#### Ausgaben

##### *Personalausgaben*

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

##### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb;
- Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung technischer Geräte;
- Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse.

972.01 – Globale Minderausgabe für noch zu konkretisierende aufgabenkritische Maßnahmen –

Der Konkretisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Bürgerschaft wird über das Ergebnis mit einer gesonderten Vorlage unterrichtet.

##### *Investitionen*

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für das Arbeitsschutzlabor und den Strahlenschutz geprägt.



## 8650 Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Bernhard-Nocht-Institut widmet sich tropenmedizinischer Forschung und der Behandlung von Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten. Gegenstände der heutigen Forschungsaktivitäten sind die molekular- und zellbiologischen Mechanismen der Pathogenität von Erregern tropischer Infektionen, die immunologischen Grundlagen der Interaktion zwischen Erreger und Wirt, genetische Grundlage der Resistenz gegen diese Erreger, die Reservoirs und Überträger tropenmedizinisch relevanter Erreger und die klinische Forschung an Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten. Neben der wissenschaftlichen Arbeit, der ambulanten und stationären Patientenversorgung und der Feldforschung ist die Lehre eine wesentliche Aufgabe des Instituts. Es finden Universitätsvorlesungen, Veranstaltungen zur Weiterbildung von Ärzten, Biologen, Veterinärmedizinern, Hilfspersonal und Technischen Assistenten statt (der dreimonatige Ärztekurs ist der einzige im Bundesgebiet, der die Zusatzbezeichnung "Tropenmedizin" ermöglicht). Im Rahmen von Forschung und Lehre sind am Institut jeweils etwa 60 Doktoranden und Diplomanden aus den Fachbereichen Medizin, Biologie und Chemie der Universität Hamburg tätig. Die Mitarbeiter des Instituts werden von Gerichten, Behörden des Bundes und der Länder, internationalen Organisationen und von wissenschaftlichen Förderungseinrichtungen zu zahlreichen gutachterlichen Aufgaben herangezogen. Die mikrobiologische Zentraldiagnostik des Instituts wird bundesweit in Anspruch genommen. Die Tätigkeit des Instituts ist überregional.

Das Institut wird als außeruniversitäre Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung aufgrund der nach Maßgabe des Art. 91b GG abgeschlossenen "Rahmenvereinbarung Forschungsförderung" von Bund und Sitzland im Verhältnis 50:50 finanziert. Der Anteil des Sitzlandes wird zu einem Viertel durch die Ländergemeinschaft getragen. Bei Bauinvestitionen trägt das Sitzland den vollen Länderanteil. Der hamburgische Anteil an den Gesamtkosten des Bernhard-Nocht-Instituts beträgt mindestens 37,5 %.

### 2. Zuwendungen

Sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die Veranschlagung für 2003 ist auf der Grundlage von § 15 Abs.2 LHO vorgenommen worden. Damit wurden die haushaltstechnischen Voraussetzungen geschaffen, das Bernhard-Nocht-Institut zukünftig zu einer neuen Rechtsform (analog zur Organisationsform der Mehrzahl der Institute der „Blauen Liste“) weiterzuentwickeln. In 2003 ist der Zuweisungsbetrag als Ansatz und der hamburgische Anteil als Grundbewilligung veranschlagt.

Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil der Anlage 2 (rosa Seiten).

#### Einnahmen

231.01 / 232.02 / 331.02 / 332.01 Die Ansätze wurden aufgrund der Verteilungsschlüssel für Institute der Blauen Liste auf der Basis der Wirtschaftsplanverhandlungen vom 13.02.2002 errechnet.

#### Ausgaben

Der ausgewiesene Zuschussbedarf für das Bernhard-Nocht-Institut betrifft allein den Betriebsbereich Forschung.

Die Wirtschaftsplanverhandlungen mit dem Bund am 13.02.2002 haben einen Zuschussbedarf zu den Betriebskosten in Höhe von 9.317 Tsd. EUR (8650.632.91 und 682.01) ergeben. Nach dem Finanzierungsschlüssel für Institute der Blauen Liste entfallen hiervon 3.495 Tsd. EUR auf die Freie und Hansestadt Hamburg, 4.658 Tsd. EUR auf den Bund und 1.164 Tsd. EUR auf die Ländergemeinschaft.

Für Investitionen ist ein Zuschussbedarf von 4.611 Tsd. EUR veranschlagt, davon trägt die Freie und Hansestadt Hamburg 2.259 Tsd. EUR, der Bund 2.306 Tsd. EUR und die Ländergemeinschaft 46 Tsd. EUR. In diesem Investitionszuschuss sind 4.090 Tsd. EUR (davon 2.045 Tsd. EUR hamburgischer Anteil) für die Maßnahme "Erweiterungsbau des BNI" enthalten. Die Finanzierung der Gesamtkosten ist für die Jahre 2001 bis 2006 vorgesehen.

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausstiegsorientierung ist das zentrale Element der Drogen- und Suchthilfe, das bei allen Angeboten und Maßnahmen oberstes Gebot ist. Die zu finanzierenden Leistungen umfassen im ambulanten Bereich Maßnahmen der Suchtprävention, niedrigschwellige gesundheitliche Basis- und Überlebenshilfen – mit denen der schwierige individuelle Ausstiegsprozess eingeleitet wird -, Angebote qualifizierter Beratung und Vermittlung in weiterführende Behandlung, psychosoziale Betreuung Substituierter sowie die Förderung der Selbsthilfe und Angehörigenarbeit. Im Bereich der stationären Suchtkrankenhilfe werden aus dem Kapitel 8660 solche Maßnahmen gefördert, die durch vorrangige Kostenträger derzeit nicht finanziert werden oder für die aufgrund nicht versicherter Klienten kein vorrangiger Kostenträger zur Verfügung steht. Weitere Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation in der Produktgruppe P2 „Drogen und Sucht“ zu entnehmen.

### 2. Zuwendungen

Auf der Rechtsgrundlage der Zuwendungsbewilligung werden im Kapitel 8660 ca. 50 Einzelprojekte gefördert. Die Zuwendung erfolgt auf der Basis einer differenzierten Leistungsbeschreibung und setzt die Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards voraus. Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung zur Teilnahme an der klientenbezogenen Basisdatendokumentation sowie der einrichtungsbezogenen Leistungsdokumentation.

In der Regel wird den Trägern der Drogen- und Suchthilfe die Förderung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden gewährt. Darüber hinaus besteht auch seit einigen Jahren die Möglichkeit, Zuwendungsverträge zu schließen; diese Form der Zuwendungsgewährung hat sich sowohl für die Träger wie für den Zuwendungsgeber als vorteilhaft erwiesen, da ein Vertrag die wirtschaftliche Eigenverantwortung stärkt. Durch eine Neustrukturierung der Vertragsgestaltung bestehen im Haushaltsjahr 2002 vierzehn Verträge über eine mehrjährige Finanzierung von 30 Projekten und Maßnahmen.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Ausgaben

##### *Sach- und Fachausgaben*

#### 671.61 – Eingliederungshilfe für Behinderte - Stationär-Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Leistungen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke. Dies umfasst sowohl die stationäre medizinische Entwöhnungsbehandlung in Fachkliniken und therapeutischen Wohngemeinschaften für die Fälle, in denen die Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden müssen, da kein vorrangiger Leistungsträger für diese Hilfen aufkommt, als auch Maßnahmen der sozialen Rehabilitation in Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen, den Aufenthalt in Vor- und Übergangseinrichtungen, sowie in Nachsorgeeinrichtungen. In den Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen sollen die Suchtkranken zur Ruhe kommen und eine Ausstiegs motivation entwickeln. In die Vorsorge- und Übergangseinrichtungen werden die Abhängigen aufgenommen, die mit Hilfe weiterführender medizinischer und therapeutischer Angebote in Fachkliniken und Therapeutischen Wohngemeinschaften ihre Abhängigkeit bewältigen wollen, aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation zur Vorbereitung auf diese Maßnahmen aber einen stationären Rahmen benötigen. In den Nachsorgeeinrichtungen werden die Suchtkranken betreut, die nach Durchlaufen einer medizinischen Rehabilitation weiterer Unterstützung bei der Eingliederung in das soziale Umfeld bedürfen. In der Veranschlagung wurden die Pflegesätze gemäß den Vereinbarungen nach § 93 Bundessozialhilfegesetz der Jahre 2000 und 2001 zuzüglich der voraussichtlichen Kosten-, Platzzahl- und Fallsteigerungen berücksichtigt.

#### 684.01 – Modellversuch akupunkturgestützte Suchtbehandlung –

Im Rahmen eines dreijährigen Modellvorhabens (2002 - 2004) werden mit der ambulanten Ohrakupunktur Suchtpatienten mit dem Ziel behandelt, sie zu stabilisieren, ihre Behandlungsbereitschaft zu erhöhen sowie ihre Bereitschaft zur Annahme weiterführender Behandlungsangebote (qualifizierte Beratung, Entwöhnungsbehandlung) zu sichern. Durch die Absenkung des Haushaltstitels von 256.000,- € auf 56.000,- € jährlich kann das Modellvorhaben nur in sehr reduzierter Form stattfinden. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel können ausschließlich Alkoholpatienten berücksichtigt werden. Für das Modellvorhaben sind mindestens 100 Personen zu behandeln. Das Vorhaben wird mit exakten Leistungsvorgaben in der Einrichtung „DIE

HUMMEL“ in Trägerschaft der Martha-Stiftung durchgeführt. Es wird ein feststehender Betrag in der Gesamthöhe von 56.000 EUR jährlich für die Behandlungen zur Verfügung gestellt. Die notwendige wissenschaftliche Begleitforschung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit finanziert. Die Erkenntnisse aus der Evaluation sollen zum einen die Ermessensentscheidungen der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen ihrer "Kann-Leistungen" positiv beeinflussen und zum anderen eine erneute Befassung des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen befördern, sodass die Anwendung von Akupunktur in der Suchtbehandlung perspektivisch eine mögliche Regelleistung wird.

684.61 – Zuschüsse an Vereine und dgl. –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete im Bereich ambulanter Beratungs- und Versorgungsangebote. Für 2003 ist folgende Verteilung der veranschlagten Mittel vorgesehen:

Träger/ Projekt	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in EUR		
Hamburgische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V., Büro f. Suchtprävention	445.846	445.846	434.589
Deutscher Guttemplerorden, Beratungsstelle	184.576	184.576	136.555
Ev. Landesarbeitsgemeinschaft	39.369	39.369	35.407
Hamburgische Gesellschaft für soziale Psychiatrie, "Boje I+II"	512.811	493.397	490.840
DW Blankenese, Beratungszentrum "Eidelstedter Platz"	421.816	421.816	427.797
DW Blankenese, LUKAS	388.070	388.070	324.364
Martha Stiftung "Die Hummel"	443.305	462.719	443.305
Die Heilsarmee, Park Inn, Straßensozialarbeit	447.380	447.380	449.179
Alida Schmidt-Stiftung, AHA	88.453	88.453	82.810
Kreuzbund e.V.	8.692	8.692	8.590
Blaues Kreuz	51.640	51.640	40.700
Jugend hilft Jugend e.V.	2.300.000	1.854.455	1.793.101
KODROBS-Altona (mit Drogenkonsumraum)			
KODROBS-Bergedorf			
KODROBS-Süderelbe			
AGB-Arbeitsprojekt			
Laufwerk			
PSB		473.456	349.979
Beratung im Strafvollzug		115.041	110.938
Therapiehilfe. e.V.	2.173.068	1.115.127	1.139.465
Seehaus-Projekt			
Rückfallprophylaxe			
Clean Future drogenfreie Selbsthilfe			
Laufwerk			
PSB, MAT		963.274	903.908
Beratung im Strafvollzug		190.712	185.179
Jugendhilfe e.V.	2.895.782		2.634.517
Drob Inn (mit Drogenkonsumraum)		1.354.923	

Träger/ Projekt	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in EUR		
Viva Wandsbek		522.540	
Stay Alive (mit Drogenkonsumraum)		772.562	
PSB, La Strada		352.341	
Laufwerk		52.152	
Frauenperspektiven e.V., Frauenberatungstelle	446.267	442.267	432.998
Ragazza e.V. Angebot für drogenabhängige Prostituierte (inkl. Drogenkonsumraum)	664.033	658.033	659.101
Waage e.V.	128.334	128.334	127.114
Drogenhilfe Eimsbüttel	750.231	780.231	761.459
Cafe Drei (mit Drogenkonsumraum)			
Laufwerk			
Ambulante Mobile Drogenhilfe/Linie 91			
Drogenambulanzen GmbH	1.073.713	1.124.842	715.809
Drogenambulanz I			
Drogenambulanz II			
Drogenambulanz III			
Freiraum e.V.	1.395.017	1.495.017	1.499.865
Fixstern (mit Drogenkonsumraum)			
Abrigado ( mit Drogenkonsumraum)			
Drugmobil Spritzentausch			
Steps gGmbH, droBill (mit Drogenkonsumraum)	0	267.406	237.116
Selbsthilfe Drogenabhängiger und Angehöriger	62.258	102.258	60.020
Wissenschaftliche Forschung/Auswertung BADO e.V	98.679	98.679	66.468
EU-Cofinanzierung Workstart, Therapiehilfe e.V.	0	0	44.323
Jugendhilfe e.V. temporärer Drogenkonsumbus	83.395	0	39.708
zusätzlicher szenenaher Drogenkonsumraum	0	378.356	0
Betreutes Wohnen (Jugendhilfe e.V., Jugend hilft Jugend e.V., Frauenperspektiven bis 2001)	128.212	152.212	129.351
Die Brücke e.V. PSB	616.520	666.520	543.480
Palette e.V. PSB	2.083.522	1.892.802	2.121.780
Subway e.V. PSB	620.000	706.748	648.024
Aktive Suchthilfe e.V., Beratung im Strafvollzug	290.414	290.414	289.215
Zwischensumme	18.941.403	19.982.660	18.367.054
./. Rückflüsse	250.403	386.660	
+ Zuführung vom Titel 671.61		250.000	
./. Absenkung des Titels		1.255.000	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>18.591.000</b>	<b>18.591.000</b>	<b>18.367.054</b>

Die Absenkung des Titels im Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 1.255 Tsd. EUR, die in 2003 fortgeschrieben wird, hat strukturelle Veränderungen in der Suchtkrankenhilfe zur Folge: Die Einrichtung droBill wird geschlossen und der ursprünglich geplante zusätzliche Gesundheitsraum wird nicht eröffnet; als vorübergehendes Hilfeangebot ist ein Drogenkonsumbus eingesetzt worden, der auch in 2003 noch zur Verfügung gestellt werden soll.

Erläuterungen zu den Resten aus 2001 (1.183.163 EUR):

Der Haushaltsrest setzt sich aus vier verschiedenen Komponenten zusammen:

Zum einen sind verspätete Mittelabforderungen von Zuwendungsempfängern im Haushaltsabschluss 2001 nicht mehr erfasst worden. So wurde z.B. für Drogenambulanzen GmbH die letzte Rate für 2001 erst im Haushaltsjahr 2002 verbucht, so dass das hier ausgewiesene Ist-Ergebnis 2001 für diesen Zuwendungsempfänger nicht die tatsächlichen Mittelabforderungen für das gesamte Jahr 2001 umfasst. Zum anderen besteht der Haushaltsrest zu einem großen Teil aus Rücklagen, die mehrere Zuwendungsempfänger im Rahmen ihrer Zuwendungsverträge erwirtschaften konnten. Diese Mittel verbleiben zunächst beim Zuwendungsgeber und erhöhen deshalb rechnerisch die Haushaltsreste. Sie werden jedoch in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber vom Zuwendungsempfänger für Zwecke der Suchtkrankenhilfe verwendet.

Verbleibende Reste im Kapitel 8660 werden benötigt, um anfallende Investitionen zu finanzieren.

685.61 – Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe –

Veranschlagt sind Mittel für die Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg am Modellversuch heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger, der gemeinsam von Bund, Ländern und sieben Städten in den Jahren 2002-2004 durchgeführt wird. Hierbei sollen in Hamburg 230 Probanden behandelt werden. Während der Bund die Kosten für die wissenschaftliche Forschung trägt, übernimmt Hamburg die Sach- und Personalkosten für die Durchführung vor Ort.

972.01 – Globale Minderausgabe für noch zu konkretisierende aufgabenkritische Maßnahmen –

Der Konkretisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Bürgerschaft wird über das Ergebnis mit einer gesonderten Vorlage unterrichtet.

## 8670 Verbraucherschutz und Veterinärwesen

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die u.a. im Zusammenhang mit der Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung, der Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung (z.B. BSE und MKS), der Gewährleistung von fleischhygiene- und lebensmittelrechtlichen Kontrollen am Fleischgroßmarkt, den Einfuhruntersuchungen von Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft einschließlich der lebensmittelrechtlichen Kontrollen bei Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft sowie dem Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden anfallen.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird weitgehend durch

- Vorgaben in den einschlägigen Rechtsvorschriften zur Durchführung von amtlichen Untersuchungen oder Kontrollen; sowie
- einen stark wechselnden Arbeitsanfall in den Dienststellen des Tierärztlichen Dienstes, der sich primär an den Anforderungen der Wirtschaft orientiert und nur bedingt beeinflusst werden kann,

bestimmt.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

### 2. Zuwendungen

685.08 – Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. –

Veranschlagt sind für 2003 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung) insgesamt 568 Tsd. EUR.

686.61 – Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. –

Veranschlagt sind für 2003 als Zuschuss an den Tierschutzverein insgesamt 38 Tsd. EUR. Hiervon entfallen

1. 28 Tsd. EUR auf eine Finanzhilfe in Höhe des Erbbauzinses für das Grundstück Süderstraße, weil der Tierschutzverein (HTV) öffentliche Aufgaben wahrnimmt, die anderenfalls die Stadt übernehmen müsste (z.B. Aufgreifen und Verwahren herrenloser Tiere sowie deren tierärztliche Betreuung, Versorgung auf amtliche Anordnung untergebrachter seuchenverdächtiger Tiere).
2. 10 Tsd. EUR Zuschuss für Maßnahmen zur Begrenzung der Population verwilderter Hauskatzen durch den HTV (Kastration). Die entlaufenen Katzen vermehren sich und finden in der Stadt keine ausreichende Futtergrundlage. Viele Jungtiere erkranken, verhungern oder siechen dahin. Gezielte Kastrationsmaßnahmen, die einen hohen organisatorischen und personellen Aufwand erfordern, haben dazu beigetragen, dass die Zahl der zu kastrierenden Katzen stagniert bzw. sogar leicht rückläufig ist.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich setzen sich zusammen aus:

- Gebühreneinnahmen (Titel 111.01, 111.02, 111.03, 111.15)
- Einnahmen aus Bußgeldern (Titel 112.41)
- sonstige Einnahmen (Titel 119.98, 124.91, 241.01, 271.01, 282.01).

Der Anteil der Gebühreneinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt 2.831 Tsd. EUR (99,6 %), während auf die Bußgelder 5 Tsd. EUR (0,2 %) und die sonstigen Einnahmen ca. 5 Tsd. EUR (0,2 %) entfallen.

Da bei den Verwaltungsgebühren (111.01), bei den Gebühren für die Grenzkontrollen (111.03), bei den Gebühren für die Abholung und Beseitigung zu vernichtender Lebensmittel tierischer Herkunft, von Tierkörpern, Tierkörperteilen und speziellem Risikomaterial (111.15) Mehreinnahmen und lediglich beim Titel „Schlacht- und Fleischuntersuchungen“ (111.02) geringfügige Mindereinnahmen erwartet werden, werden für das Jahr 2003 beim Kapitel 8670 um insgesamt 326 Tsd. EUR höhere Einnahmen veranschlagt als im Jahr 2002.

## Ausgaben

### *Personalausgaben*

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

#### 427.82 – Lebensmittelüberwachung; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsselungen bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	2,5	2,5
Altona	2,5	2,5
Eimsbüttel	1,5	1,5
Hamburg-Nord	5	5
Wandsbek	2,5	2,5
Bergedorf	2,5	2,5
Harburg	3,5	3,5
Gesamt	20	20

#### 427.86 – Pauschale Aufwandsentschädigungen; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Entschädigungen im Zusammenhang mit der Begutachtung giftiger Tiere auf dem Hamburgischen Staatsgebiet.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsselungen bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	7	7
Altona	–	–
Eimsbüttel	–	–
Hamburg-Nord	–	–
Wandsbek	–	–
Bergedorf	–	–
Harburg	–	–
Gesamt	7	7

#### 534.81 –Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Instrumente und Verbrauchsmittel für den tierärztlichen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsselungen bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	1	1
Altona	1	1
Eimsbüttel	1	1
Hamburg-Nord	1	1
Wandsbek	1	1
Bergedorf	1,5	1,5
Harburg	2,5	2,5
gesamt	9	9

### *Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb
- Ausgaben für Beschaffungen im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich
- Zuschüsse.

Z 62 – Sach- und Fachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO –

Veranschlagt sind u.a. Mittel für die Betreuung der Tiere und für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. im Zusammenhang mit der Durchführung der Hundeverordnung.

681.86 – Kontrolldienst zum Schutz vor gefährlichen Hunden im Zsh. mit der Durchführung der HundeVO; Zweckzuweisung an den Bezirk –

Veranschlagt wurden Aufwendungen für den Kontrolldienst beim Bezirksamt Hamburg-Mitte im Zusammenhang mit der Durchführung der Hundeverordnung.

972.01 – Globale Minderausgabe für noch zu konkretisierende aufgabenkritische Maßnahmen –

Der Konkretisierungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Bürgerschaft wird über das Ergebnis mit einer gesonderten Vorlage unterrichtet.

## 8700 Umweltschutz

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Hierzu wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 02 „Umweltschutz“ verwiesen. Der Produktbereich umfasst folgende Produktgruppen (PG):

- PG 03 Gewässerschutz,
- PG 04 Bodenschutz/Altlasten,
- PG 05 Abfallwirtschaft,
- PG 06 Altlastensanierung,
- PG 07 Geologisches Landesamt,
- PG 08 Umweltuntersuchungen.

### 2. Zuwendungen

vgl. Titel 8700.671.02

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderung im Einzelnen erläutert:

#### 111.02 – Einnahmen aus der Grundwassergebühr –

Veranschlagt sind die Gebühren nach dem Gesetz über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (Grundwassergebührengesetz) vom 26.06.1989 (HmbGVBl. S. 115) in der jeweils geltenden Fassung.

Produktionsverlagerungen, betriebsinterne Umstellungen von Produktions- und Kühlverfahren, Wassersparmaßnahmen und Veränderungen im Verbrauchsverhalten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation mit der Notwendigkeit zur Kostenreduzierung führen insgesamt zu niedrigeren Fördermengen und damit tendenziell zu einem Einnahmerückgang. Dieser konnte auch durch die erwartete Mehreinnahme aufgrund der Gebührenerhöhung zum 1.1.2001 wegen zwischenzeitlich erneut gesunkener Fördermengen nicht aufgefangen werden.

Das hohe Ergebnis 2001 ist ausschließlich auf eine einmalige Nachzahlung aus einem jahrelangen Rechtsstreit zurück zu führen.

Der Ansatz 2003 berücksichtigt die derzeit aktuelle Einschätzung der Entwicklung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten.

#### 111.05 – Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung –

Veranschlagt sind die Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung vom 05.12.1995 (HmbGVBl. S. 365) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Gesamteinnahmen dieses Titels werden wesentlich durch die Einnahmen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen und Notifizierungen geprägt. Der überwiegende Teil der Entsorger ist inzwischen als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert. In diesen Fällen können erforderliche Entsorgungsnachweise im privilegierten Verfahren ohne Behördenentscheidung geführt werden. Dem daraus folgenden weiteren Rückgang der Fallzahlen bei Entsorgungsnachweisen im Grundverfahren steht eine geringe Steigerung der Gebühreneinnahmen bei den Notifizierungs- und Überwachungsverfahren gegenüber.

Bereits im Ergebnis 2001 zeichnet sich die rückläufige Entwicklung der Gebühreneinnahmen ab. Es ist davon auszugehen, dass sich die Gebühreneinnahmen auf einem Niveau von 300 Tsd. EUR stabilisieren werden.

#### 111.14 – Einnahmen aus der Ablösung von Gebühren –

Im Rahmen von Verkaufsverhandlungen über städtische Grundstücke, die an Gewässer angrenzen, wird von privaten Kaufinteressenten mitunter zur Vorbedingung gemacht, dass ihnen durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag die Möglichkeit eingeräumt wird, eine teilweise Überbauung des Gewässers vorzunehmen und für diese Gewässerbenutzung die jährlich zu entrichtende Benutzungsgebühr verbunden mit übrigen Gebühreneinnahmen durch eine Einmalzahlung im Zusammenhang mit dem Kaufpreis abzulösen.

Berechnungsgrundlagen des Ablösebetrages sind der tatsächliche Umfang der gestatteten Sondernutzung und die entsprechenden Regelungen in der Umweltgebührenordnung.

Nach dem ersten Fall dieser Art in 2001 ist bei weiteren Grundstückverkäufen mit derartigen Vereinbarungen zu rechnen, so dass ab 2003 ein Leertitel planmäßig vorgesehen wird.

- 341.36 – Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gem. § 8 Abs. 1 Sielabgabengesetz –  
Veranschlagt sind Erstattungen von Sielbau- und Sielanschlussbeiträgen, soweit die Freie und Hansestadt Hamburg im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen zur Vorfinanzierung der Kosten Dritter herangezogen worden ist.  
Das Ergebnis 2001 ist nicht repräsentativ. Für die Zukunft wird mit rückläufigen Einnahmen gerechnet, da größere Erschließungen (z. B. Allermöhe) nicht mehr zur Abrechnung anstehen und das Sielbauprogramm langsam ausläuft.
- 341.37 – Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung –  
Die eingehenden Sielbau- und Sielanschlussbeiträge sind an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung abzuführen (vgl. Titel 891.01).

## Ausgaben

### *Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

### *Sach- und Sachausgaben*

Das Volumen der Sach- und Sachausgaben für den Bereich „Umweltschutz“ entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gewässerschutz, Abfallwirtschaft und Umweltuntersuchungen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 517.81 – Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Betriebsangaben	2003	2002	2001
a) Öffentliche Toiletten – Bestand <sup>1</sup>	47	50	55
davon Pissoire	3	3	3
davon Container	16	31	26
b) Anlagen mit ständig bzw. zeitweise beschäftigtem Wartungspersonal	15	21	19

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 27 Abs. 8 BezVG entsprechend der Bedarfsanmeldungen der Bezirke auf der Basis des aktuellen Bestandes an zu bewirtschaftenden öffentlichen Toiletten und unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Privatisierung. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	304	327
Altona	10	11
Eimsbüttel	31	46
Hamburg-Nord	49	43
Wandsbek	10	12
Bergedorf	42	92
Harburg	234	211
<b>Gesamt</b>	<b>680</b>	<b>742</b>

Mittel für Grundinstandsetzungen (u.a. aufgrund von Vandalismusschäden) der zu betreibenden öffentlichen Toiletten sind beim Titel 701.02 veranschlagt.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

<sup>1</sup> ohne Anlagen, die bereits aus anderen Einzelplänen bewirtschaftet werden (Behörde für Bau und Verkehr, Behörde für Wirtschaft und Arbeit)

521.03 u. 521.87 – Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwassernotbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG) –

Die mit Mitteln des Bundes erstellten Trinkwassernotbrunnen außerhalb von Schutzraumbauten sind nach § 9 Abs. 1 WasSG von Hamburg zu unterhalten.

Veranschlagt sind in 2003

- für die von den Bezirken zu unterhaltenden 55 Brunnen 19 Tsd. EUR
- für die Überwachung der Funktionsfähigkeit der Brunnen 10 Tsd. EUR
- sowie eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 von 5 Tsd. EUR

Die Unterhaltungsmittel werden den Bezirken zugewiesen (Zweckzuweisungen).

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	3,5	2,5
Altona	1,5	1,5
Eimsbüttel	4,0	3,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	4,0	5,0
Bergedorf	1,0	1,5
Harburg	3,5	3,5
Gesamt	19,0	19,0

In Hamburg sind derzeit 93 Notbrunnen vorhanden, die unter die Bestimmungen des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) fallen. Diese Brunnen sind gem. § 9 WasSG einem jährlichen Wartungsdienst zu unterziehen. Dieser umfasst im Wesentlichen

- Überwachung und Wartung der näheren Umgebung des Brunnenstandortes
- Überwachung der zugänglichen Bauteile des Brunnens
- Wartung der Betriebs- und Fördereinrichtungen sowie der beweglichen Anlageteile.

Die Zuständigkeit für die Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen liegt für

- 55 Trinkwassernotbrunnen bei den Bezirken (vgl. Titel 521.87),
- 14 Trinkwassernotbrunnen bei den Krankenhäusern,
- 24 Trinkwassernotbrunnen bei gemäß WasSG verpflichteten privaten Brunnenbetreibern.

In Absprache mit den Bezirken entfallen die jährlichen Analysen der Wasserqualität. Der Beprobungsrhythmus hierfür ist auf 5 Jahre festgelegt worden.

521.86 – Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für die Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen in Ausübung der Verpflichtungen der FHH als Anlieger oder Träger der Wegebaukosten nach dem Hamburgischen Wegegesetz.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	164	163
	VE 99	VE 102
Altona	135	135
	VE 123	VE 123
Eimsbüttel	137	133
	VE 80	VE 82
Hamburg-Nord	109	108
	VE 66	VE 87
Wandsbek	150	148
	VE 127	VE 117

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Bergedorf	96 VE 77	85 VE 77
Harburg	290 VE 200	299 VE 184
Gesamt	1.081 VE 772	1.071 VE 772

535.04 – Gebühren für Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für Niederschlagswasseranteil –  
Die nicht vom Sielbenutzer zu tragenden Kosten der Abwasserbeseitigung werden vom Haushalt der FHH gedeckt. Der Ansatz 2003, der eine geplante Gebührenerhöhung von 1,2 % berücksichtigt, ist geschätzt und stellt kein Präjudiz für die künftige Gebührenentwicklung dar.

541.03 – Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft –  
Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben allgemeiner Art des Fachamtes Abfallwirtschaft. Aufgabe des Fachamtes ist es, Dienstleistungen zu erbringen, die einer ökologischen und ökonomischen Abfallwirtschaft entsprechen. Die Reduzierung des Ansatzes 2003 gegenüber Veranschlagung bzw. Ergebnis der Vorjahre ist im Wesentlichen auf den Wegfall der Schiffsentsorgungskosten nach MARPOL I ab 2003 zurückzuführen. Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

#### 1. Schiffsentsorgung nach Marpol I/II

Zum 1.1.2003 treten die EU-Richtlinie 2000/59/EG sowie die hamburgischen Bestimmungen zur Umsetzung der neu geregelten Schiffsentsorgung in Kraft. Eine Finanzierung der Entsorgungskosten wird durch eine nutzungsunabhängige Abgabe sichergestellt, die den Hamburger Hafen anlaufende Schiffe zu entrichten haben.

Veranschlagt sind Mittel für

- Restabwicklungen der Entsorgungen aus dem MARPOL I-Übereinkommen in Höhe von 415 Tsd. EUR aus dem IV. Quartal 2002 (Gezahlt wird nach einem teilsubventionierten Kostendeckungsprinzip, nach dem der einzelne Entsorgungsvorgang mit durchschnittlich 555 EUR bezuschusst werden kann.),
- die Vorhaltung von Tankraum zur Aufnahme von Chemikalienabwässern gemäß MARPOL II in Höhe von 22 Tsd. EUR

Insgesamt 437 Tsd. EUR

#### 2. Ausgaben für die Rückholung von gescheiterten und illegalen Abfallexporten

Im Bedarfsfall sollen Rückholaktionen bei gescheiterten, illegalen Abfallexporten aus diesem Titel finanziert werden. Zur Abdeckung von möglichen Verpflichtungen im Rahmen der Länder-Nachschusspflicht zum Solidarfonds ist hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 118 Tsd. EUR vorgesehen.

Die Maßnahme ist begründet durch den Vollzug der Verordnung des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Europäischen Gemeinschaft vom 1.2.1993 (Art. 27). Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- Finanzierung der Ersatzvornahme „Rückholung“ bei Inanspruchnahme vom Exporteur geleisteter Sicherheiten,
- Finanzierung der Ersatzvornahme „Rückholung“ bei Inanspruchnahme des Solidarfonds „Abfallrückführung“ im Rahmen der festgelegten Fondshöhe im Fall illegaler, gescheiterter Exporte aus dem Zuständigkeitsbereich Hamburg,
- FHH-anteiliger Nachschuss zum Solidarfonds „Abfallrückführung“ gem. § 8 Abs. 2 Abfallverbringungsgesetz im Fall illegaler, gescheiterter Exporte aus der Bundesrepublik,
- Finanzierung einer zentralen Stelle zur Verfolgung von Rückholersuchen (gem. Beschluss der Umweltministerkonferenz).

#### 3. Aufwendungen zur Optimierung der Wertstoffeffassung

Neben Förderung von nachhaltigem Konsumverhalten zur Abfallvermeidung sollen durch Systemvergleiche Fragen im Zusammenhang mit der Effizienz der Sammelsysteme (Depotcontainer, Bündelsammlung am Straßenrand u.a.) und deren Auswirkungen auf die Sauberkeitssituation geprüft werden.

Veranschlagt sind hierfür Kassenmittel in Höhe von 186 Tsd. EUR.

Zur anteiligen Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

541.04 – Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz –  
Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben allgemeiner Art des Fachamtes für Gewässer- und Bodenschutz. Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:  
1. Betriebskosten für Einrichtungen zur Verbesserung der Gewässergüte

- Vorgesehen sind Aufwendungen für den Betrieb, die Wartung und die Unterhaltung u.a. für
- die im Isebekkanal installierte Sauerstoffanreicherungsanlage,
  - die Gewässergütemessstationen an Hamburger Regensielen, Rückhaltebecken und Gewässern,
  - die Anlagen zur Nährstoffreduktion in Sommerbädern.

## 2. Betrieb gewässerkundlicher Messanlagen sowie gewässerkundliche Messungen und Untersuchungen

Die Mittel sind vorgesehen für

- den Betrieb der gewässerkundlichen Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetze, die von bisher manuellen Handlotungen und analogen Messverfahren zu digitaler Messwerterfassung und Datenübermittlung durch extern Beauftragte umgestellt werden,
- die Entnahme von Wasserproben und deren Analytik zur Beschaffenheitsuntersuchung des Grundwassers sowie
- die verstärkte Überwachung des Grundwassers in Hamburger Wasserschutzgebieten.

## 3. Zuweisungen Hamburgs zur Finanzierung des „Länderfinanzierungsprogramms Wasser und Boden“.

Zur Vereinheitlichung des wasserrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Vollzugs führen die Länder ein vollzugsunterstützendes Programm zur Finanzierung erforderlicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Regelwerksarbeit und Normung durch. Die Obergrenze des Programms liegt bei 1.790 Tsd. EUR je Haushaltsjahr. 80 % der Mittel stehen für Aufgaben des wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Vollzuges, 13,5 % für Aufgaben des bodenschutz- und alllastrechtlichen Vollzuges zur Verfügung. Der Restbetrag dient zur Abdeckung von Programmvollzugskosten.

Das Ergebnis 2001 ist nicht repräsentativ, da verspätet eingegangene Rechnungen sowie erforderliche Umbuchungen aus 2001 aufgrund des Jahresschlusses zu Lasten 2002 gebucht werden mussten. Daneben verzögerten schwierige Verhandlungen mit der TU Harburg (Projekt an Messstationen) den Mittelabfluss.

Zur anteiligen Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

### 547.01 – Sächliche Verwaltungsausgaben – Amt für Umweltschutz –

Veranschlagt werden hier – zentral für das Amt für Umweltschutz – die Ausgaben aus dem ehemaligen Kontenrahmen für Sachausgaben des Kapitels 8700 „Umweltschutz“. Vorgesehen sind u.a. die Bewirtschaftungs- und Mietkosten für die vom Fachamt Umweltuntersuchungen genutzten Räumlichkeiten in der Marckmannstraße unter Berücksichtigung der Drucksache 16/1535 „Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude, Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 1999“ (ohne Anteil der Kantine Haus 5, ohne genutzte Räume des Arbeitsschutzlabors der BAGS/ Häuser 4 und 5).

### 637.01 – Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe –

Netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO.

Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Sowohl die Grundlagen für die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Wirtschaftsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt. Im Ergebnis 2001 schlägt sich letztmalig der Anteil Hamburgs zum Ausgleich von Vorleistungen der anderen Mitgliedsländer nieder.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

### 671.01 – Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt –

Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit in der Stadt. Diese umfassen die Bereiche Fahrbahnreinigung, Papierkorbleerung, Gehwegreinigung und Sonderdienste, für die eine Vergabe an Dritte auch möglich ist.

### 671.02 – Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti-Aktion) –

Zur Förderung von Sofortmaßnahmen zur Stadtteilpflege werden zusätzliche Reinigungsaufträge an SRH und Dritte (z. B. Beschäftigungsgesellschaften) vergeben sowie im Einzelfall auch Personal- und Sachaufwendungen, Untersuchungen und Zuwendungen finanziert.

Als Umsetzung des in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Zieles einer sauberen Stadt ist insbesondere eine konzertierte Aktion zur nachhaltigen Verdrängung von Graffiti aus dem Stadtbild als intensiviertere Stadtpflege ab 2002 hervorzuheben (vgl. Drs. 2002/0029).

Das hohe Ergebnis 2001 ist bereits auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine intensiviertere Stadtpflege zwecks Verbesserung des Erscheinungsbildes der Stadt zurückzuführen (vgl. Drs. 16/5303).

- 671.04 – Erstattungen an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen –  
Die nicht vom Sielbenutzer zu tragenden Kosten für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen werden vom Haushalt der FHH gedeckt.
- 671.05 – Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst –  
Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen des Winterdienstes.  
Die Höhe der Ausgaben 2001 ist auf die besonderen Witterungsbedingungen des Winters und den damit verbundenen überplanmäßigen Material- und Personalaufwand zurückzuführen.
- 681.86 – Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –  
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR
Hamburg-Mitte	500	500
Altona	500	500
Eimsbüttel	500	500
Hamburg-Nord	500	500
Wandsbek	500	500
Bergedorf	-	-
Harburg	500	500
Gesamt	3.000	3.000

### Investitionen

Das Investitionsvolumen für den Bereich „Umweltschutz“ entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gewässerschutz, Bodenschutz/Altlasten und Altlastensanierung.

Nachstehende Investitionstitel werden gesondert erläutert:

- 742.02 – Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte –  
Veranschlagt sind Mittel für:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte,
- Maßnahmen des Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetzes,
- Planungsmittel.

Gewässergüteverbessernde Sanierungsmaßnahmen sind an Gewässern vorgesehen, die als besonders belastet erkannt wurden. Die Einzelmaßnahmen sollen durch Architekten und Ingenieure auf der Basis vorhandener Gewässergütedaten und örtlicher Gegebenheiten konzipiert werden. Für 2003 ist u.a. der Rückbau des Mischwasserspeicherschlauchs Moby Dick vorgesehen.

Im Bereich des Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetzes sind Mittel für Neu- und Rückbau von Messstellen, die Sanierung tiefer Grundwassermessstellen und die Ausstattung von Messstellen mit digitaler Messtechnik einschließlich Datenfernübertragung veranschlagt. Die bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit durchzuführende Wasserstandüberwachung der Oberflächengewässer und des Grundwassers begründet sich auf § 64 Abs. 1 HWaG. Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe werden Messnetze betrieben, die je nach Notwendigkeit der wasserwirtschaftlichen und gewässerkundlichen Fragestellung im Rahmen der vorzunehmenden Messnetzoptimierung neu- oder rückgebaut bzw. umgesetzt werden müssen. Daneben sind die Messstellen sukzessive mit der neuesten Technik auszurüsten, um effektiv und aktuell aussagefähig zu sein.

Die Planungsmittel sind u.a. vorgesehen für Untersuchungen und Ingenieurleistungen hinsichtlich

- der Verbesserung des Datenflusses hydrologischer Messwerte und Stammdaten sowie zur Messnetzoptimierung,
- der fachtechnischen Erhebung und Bewertung von dezentralen Abwasseranlagen in Wasserschutzgebieten,
- der Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte für das Erstellen von Haushalts- und Ausführungsunterlagen,

– des Ausbaus der Fachinformationssysteme Oberflächengewässer und Grundwasser, da diese Aufgaben nicht vollständig mit eigenem Personal bewältigt werden können. Außerdem werden hydrologische Untersuchungen in/an Oberflächengewässern durchgeführt.

Zur anteiligen Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

787.01 – Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen –  
Veranschlagt sind in bezug auf altlastverdächtige Flächen insbesondere Mittel für

1. das Aufspüren, allgemeine Untersuchen sowie Beobachten dieser Flächen einschließlich der Auswertung und Bewertung der Ergebnisse. Die Maßnahmen werden aufgrund der Regelungen des Bundesbodenschutzgesetzes, des Wasserrechts und anderer einschlägiger Rechtsgrundlagen und auch aus wirtschaftspolitischen Interessen (z. B. zügige Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/Gewerbebereich – insbes. im Hafengebiet) durchgeführt.

Mittel für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen werden hier bereit gestellt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die dem Aufspüren von Verunreinigungen und dem Untersuchen von Verdachtsflächen dienen, aus diesen Mitteln möglich. Dazu gehören auch elektronische Arbeitsmittel zur effektiveren Detailbearbeitung

2. die objektbezogenen Untersuchungen zur Erkennung und Abschätzung des Gefährdungspotentials bei Untergrundverunreinigungen, die Beobachtung, die ggf. notwendigen Sicherungs- und Vorwegmaßnahmen zur Abwendung einer akuten Gefahrensituation sowie die Nachsorge nach abgeschlossener Sanierung. Darunter fallen z. B. auch Aufwendungen für das Ableiten, Abtransportieren sowie ggf. das Aufbereiten und begleitende Untersuchen von verunreinigtem Wasser, die sich über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) erstrecken können.

Aus diesem Titel werden auch die nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazität einzusetzenden privaten Sachverständigen und Ingenieurbüros sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit bezahlt.

Veranschlagt sind für 2003

3.500 Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung zu Lasten der Folgejahre

4.182 Tsd. EUR

787.02 – Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe –

Veranschlagt sind Mittel für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Bergungsarbeiten, die im Rahmen der Flächensanierung durch den Kampfmittelräumdienst der Behörde für Inneres für Munition und Kampfstoffe zu Lande oder in Wasserflächen anfallen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Ortungen, Bodenanalysen, Grabungs- und Bergungsarbeiten sowohl in der Voruntersuchungs- als auch in der Durchführungsphase bei der Altlastensanierung. Die Arbeiten konzentrieren sich im Jahre 2003 auf die Bereitstellung von Flächen für den privaten und staatlichen Wohnungsbau und auf Gewerbeerschließungen privater und staatlicher Investoren. Daneben sind Arbeiten nach der Hamburger Bearbeitungsliste (HBL) durchzuführen. Aus diesen Mitteln werden auch Kosten für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe gedeckt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die unmittelbar der Flächensanierung dienen, möglich.

Die Mittel werden auch für die nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazität einzusetzenden privaten Sachverständigen und Ingenieurbüros verwendet.

Veranschlagt sind für 2003

1.600 Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004

2.000 Tsd. EUR

**Allgemeines zu den Titeln 8700.787.06 bis 787.90**

Als Sanierungsmaßnahmen gelten insbesondere Ausheben und Verbringen kontaminierten Materials auf Deponien, Einkapselungen, Entnahme, Ableitung, Abtransport und/oder Behandlung (biologisch, chemisch, physikalisch) von verunreinigtem Wasser, Böden sowie von Deponiegasen. Diese Maßnahmen erstrecken sich erfahrungsgemäß über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) und beinhalten in der Regel begleitende Untersuchungen der entnommenen und behandelten Stoffe. Aus diesen Titeln können nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazitäten einzusetzende Labore sowie private Sachverständige, Architekten, Ingenieurbüros etc. sowie sonstige Baunebenkosten bezahlt werden. Darüber hinaus können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und die Beratung und Betreuung Sanierungsbetroffener, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die zur Unterstützung einer speziellen Sanierungsvorbereitung bzw. Sanierung für einen konkreten Einzelfall erforderlich sind, ist aus diesen Mitteln möglich. Gleiches gilt für erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen, die in direktem Zusammenhang mit der Sanierung bzw. dem laufenden Betrieb der Sanierungsanlagen stehen. Außerdem können die Anteile an Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die vom Bund oder sonstigen Dritten teilfinanziert werden.

Nachfolgend werden lediglich die Titel erläutert, die von besonderer Bedeutung sind oder in der Entwicklung Auffälligkeiten zeigen. Darüber hinaus wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 02 verwiesen.

**787.06 – Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen –**

Veranschlagt sind Mittel zur Vorbereitung der Sanierung von Flächen, auf denen die FHH sanierungspflichtig ist bzw. in Ersatzvornahme tätig wird. Es handelt sich um Flächen, die mit Schadstoffen verunreinigt sind und/oder auf denen in der Vergangenheit gefährliche Chemikalien bearbeitet, gehandelt, gelagert oder abgelagert wurden.

Für die sich über das Haushaltsjahr 2003 hinaus erstreckenden Aufträge ist eine Verpflichtungsermächtigung von 1.023 Tsd. EUR zu Lasten 2004 und Folgejahre veranschlagt.

Das hohe Ergebnis 2001 ist wegen eines größeren Vorbereitungsbedarfs auf die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit im Deckungskreis 14 „Flächensanierung“ zurückzuführen.

**787.07 – Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen –**

Veranschlagt sind Mittel zur Fortsetzung bereits vor 1994 (Einrichtung eines gesonderten Vorbereitungstitels) begonnener Sanierungsvorbereitungen sowie zur Durchführung von Sanierungen, soweit die Gesamtkosten voraussichtlich 5.113 Tsd. EUR im Einzelfall nicht überschreiten.

Der erhöhte Ansatz gegenüber 2002 hat seine Ursache im Wesentlichen darin, dass die für die Altlastensanierung festgeschriebene Investitionsobergrenze durch Wegfall einzelner veranschlagter, kostenintensiver Großprojekte nicht ausgeschöpft wird und kleinere Maßnahmen in größerer Zahl durchgeführt werden können.

Für die sich über das Haushaltsjahr 2003 hinaus erstreckenden Aufträge ist eine Verpflichtungsermächtigung von 10.778 Tsd. EUR zu Lasten 2004 und Folgejahre veranschlagt.

**787.71 – Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity –**

Das Strukturkonzept für die HafenCity sieht auf dem Gelände des ehemaligen, im Jahre 1980 abgebrochenen Gaswerkes Grasbrook eine hochwertige städtebauliche Nutzung vor. Nach Abbruch des Gaswerkes und oberflächennaher Sanierung wurde das Gelände durch ein Unternehmen der Papierbranche genutzt. Gegenwärtig ist das Grundstück flächendeckend mit einer Betonplatte befestigt und mit einer Halle über dem ehemaligen Produktionsbereich bebaut. Untersuchungen haben ergeben, dass der Boden im Bereich der Halle und teilweise auch außerhalb davon hochgradig mit gaswerktypischen Schadstoffen bis in große Tiefen belastet ist, so dass das Gelände vor einer neuen Nutzung zu sanieren ist. Das Grundstück gehört zum „Sondervermögen Stadt und Hafen“.

Es ist geplant, das Grundstück durch Auskoffierung der kontaminierten Bereiche zu sanieren. Die Sanierungsdurchführung, für die mit Kosten in Höhe von insgesamt 11,8 Mio. EUR gerechnet wird, erstreckt sich voraussichtlich über einen Zeitraum von rund 2 Jahren. Mit der Sanierungsdurchführung soll im Jahr 2003 begonnen werden.

Zur Vergabe des Sanierungsauftrages im Jahre 2003 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 9.250 Tsd. EUR zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

**787.90 – Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und –bauwerken –**

Nach Abschluss von Sicherungs- und Sanierungsbaumaßnahmen ist der fortlaufende Sanierungserfolg zu gewährleisten. Gesicherte Altlasten sind hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Sicherungselemente und der Wirkung auf die Umwelt fortlaufend zu überwachen. Sanierungsbetriebsanlagen sind bis zum Erreichen des Sanierungszieles zu betreiben. Der Schwerpunkt der Veranschlagung liegt bei den Aufwendungen für die Betriebsführung der Sanierungsanlagen einschließlich der Entsorgung anfallender Reststoffe sowie bei der kontinuierlichen Funktionskontrolle und Überwachung gesicherter Altlasten.

Zur Vergabe von mehrjährigen Verträgen wird eine Verpflichtungsermächtigung von 2.500 Tsd. EUR zu Lasten 2004 und der Folgejahre veranschlagt.

- 891.01 – Sielbau- und Sielanschlussgebühren für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung –  
Vereinnahmte Sielbau- und Sielanschlussbeiträge (vgl. Titel 341.37) sind an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung abzuführen.
- 891.02 – Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil) –  
Nach § 13 (3) des Gesetzes über die Stadtentwässerung vom 20.12.1994 (SEG) sind der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung diejenigen Kosten durch die FHH zu erstatten, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Hierzu gehören u.a. die anteiligen Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil). Abgerechnet werden grundsätzlich jeweils die Maßnahmen des Vorjahres.  
Den Ausgaben stehen im Wesentlichen Einnahmen gegenüber, die im Zusammenhang mit den Wegebaubeiträgen nach dem Hamburgischen Wegegesetz erhoben werden (Titel 6300.341.31) und deshalb als zuwachsende Einnahmen dem Ausgabetitel zufließen.  
Wegen des Abbaus von Haushaltsresten wird für 2003 keine Grundbewilligung vorgesehen. Für die folgenden Jahre ab 2004 wird die Grundbewilligung aufgrund der von der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung geplanten Erstbesielungsmaßnahmen in Höhe von 50 Tsd. EUR fortgeschrieben.
- 891.03 – Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen –  
Berücksichtigt sind die im investiven Bereich anfallenden Aufwendungen für die Erneuerung (im Zuge von Sielerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzung der Trummen und -anschlussleitungen. Aufgrund des Alterungsprozesses des städtischen Sielsystems steigt die Anzahl defekter Trummen und Trummenanschlussleitungen. Seit 1999 werden daher defekte Systeme, insbesondere im Zusammenhang mit Sielerneuerungsmaßnahmen, verstärkt saniert bzw. erneuert.  
Im Ergebnis 2001 sind Mittel enthalten, die im Rahmen der Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen wurden (Titel 671.04). Es kann nicht als repräsentativ angesehen werden, da durch die Nichtvorhersehbarkeit von Sanierungen und/oder Erneuerungen erhebliche Kostenschwankungen auftreten können.  
  
Zur anteiligen Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

## 8800 Naturschutz und Landschaftspflege

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Dieser Produktbereich umfasst die Produktgruppen Stadtgrün und Erholung und Naturschutz. Im Wesentlichen prägen diesen Bereich Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des öffentlichen Grüns, des Nationalparks und der Natur- und Landschaftsschutzgebiete auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 8.2 und Produktinformation – Ziele des Produktbereiches 03.

### 2. Zuwendungen

Die Zuwendungen, die durch das Naturschutzamt bewilligt werden (684.08, 684.10), dienen überwiegend der institutionellen Förderung der Naturschutzverbände. Von den Verbänden wird zum einen durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz entwickelt, zum anderen durch die Mitglieder der Verbände auch praktische Arbeit in den Naturschutzgebieten geleistet.

Die Betreuung von Naturschutzgebieten durch Verbände ermöglicht eine verminderte Vergabe von Arbeiten an Firmen und entlastet somit den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg. Die durchgeführten Arbeiten werden vor Ort durch Mitarbeiter des Naturschutzamtes begutachtet und beurteilt. Die Ergebnisse werden mit den Verbänden erörtert und fließen in die Planung weiterer Maßnahmen ein.

Die Zuwendungen decken nur einen Teil des Aufwands der Verbände; sie sind Grundlage für eine kontinuierliche Finanzplanung sowie Ansporn für die ehrenamtliche Arbeit. Der größte Teil der Ausgaben für die Verbandsarbeit wird jedoch aus Spenden an die Verbände finanziert.

### 3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

#### Einnahmen

Zu den Einnahmeschwerpunkten des Produktbereiches vgl. Produktinformation – Einnahmeschwerpunkte  
Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 261.03 – Erstattung von IuK-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege –  
Veranschlagt werden die Einnahmen aus der Differenz zwischen Bildschirmarbeitsplatzpauschale und Büroarbeitsplatzpauschale für vier Arbeitsplätze. Diese Kosten werden vom Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege der Behörde für Umwelt und Gesundheit erstattet.
- 341.03 – Einzahlungen für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen –  
Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 381.01, 535.86, 742.86 und 821.02.  
Veranschlagt werden seit 1999 die Einnahmen aus Zahlungen, die aufgrund des § 8a BNatSchG bzw. § 135 c BauGB erhoben werden. Für die Ausgleichsmaßnahmen, die die FHH an Stelle und auf Kosten privater Vorhabensträger oder Eigentümer der Grundstücke durchzuführen hat, erfolgt eine Erstattung der Kosten nach dem „Gesetz zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach § 8 a des Bundesnaturschutzgesetzes (Kostenerstattungsgesetz – KostEG)“ vom 25. Juni 1997.  
Die Einnahmen sind je nach Zweckbindung auf die Ausgabetitel 535.86, 742.86 und 821.02 zu übertragen und dienen dort der Finanzierung der Ausgleichsmaßnahmen (einschließlich der Entwicklungspflege und des notwendigen Grunderwerbs), die aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen zwingend vorgeschrieben sind. Es wird ein Leertitel ausgewiesen, da die Höhe der zu erwartenden Einnahmen nicht quantifiziert werden kann.
- 381.01 – Einnahmen aus den Kostenerstattungsbeiträgen des Allgemeinen Grundvermögens für Ausgleichsmaßnahmen –  
Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 535.86, 742.86 und 821.02.  
Veranschlagt sind vom Grundstock für Grunderwerb zu zahlende Kostenerstattungsbeträge für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen von Grundstücksverkäufen aus dem Allgemeinen Grundvermögen. Der Grund-

stock für Grunderwerb hat entsprechende Kostenerstattungsbeträge in den Fällen zu tragen, in denen der Erwerber eines städteigenen Grundstücks im Rahmen eines Kauf- oder Erbbaurechtsvertrages von Ausgleichsmaßnahmen freigestellt wird und die Erlöse aus dem Grundstücksgeschäft dem Grundstock zufließen.

Die Einnahmen werden diesem Titel über den Einzelplan 9.1, Titel 9010.981.01 „Zahlungen für Kostenerstattungsbeträge nach dem Kostenerstattungsgesetz bei Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens“, zugeführt; sie sind je nach Zweckbindung auf die Ausgabetitel 535.86, 742.86 und 821.02 zu übertragen und dienen dort der Finanzierung der in den Bebauungsplänen festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen (einschließlich der Entwicklungspflege und des notwendigen Grunderwerbs). Es wird ein Leertitel ausgewiesen, da die Höhe der zu erwartenden Einnahmen nicht quantifiziert werden kann.

### **Ausgaben**

#### *Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

#### *Sach- und Fachausgaben*

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

521.81 – Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen an Bäumen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

<b>Bezirksamt</b>	<b>Ansatz 2003 Tsd. EUR</b>	<b>Ansatz 2002 Tsd. EUR</b>
Hamburg-Mitte	3.743	3.845
Altona	1.644	1.643
Eimsbüttel	1.038	1.024
Hamburg-Nord	1.688	1.730
Wandsbek	1.812	1.921
Bergedorf	952	901
Harburg	1.199	1.212
<b>Gesamt</b>	<b>12.076</b>	<b>12.276</b>

Betriebsangaben (Veranschlagung nach dem Stand des 1. 1. des Vorjahres)	2003 geschätzt	2002 geschätzt	2001 Ergebnis
a) Grün- und Erholungsanlagen	3289,4 ha	3286,4 ha	3285,1 ha
davon öffentliches Grün in Dauerkleingartenanlagen	332,4 ha	332,4 ha	332,4 ha
b) Spielplätze	269 ha	268,6 ha	268,3 ha
c) Straßenbegleitgrün			
1. Grünflächen einschl. Trennstreifen nur Behörde für Umwelt und Gesundheit	7,2 ha	7,2 ha	7,2 ha
2. Straßenbäume	226.000	225.000	224.524
d) Schutzgrün	36,1	36,1	36,1
e) Denkmäler u. Plastiken	466	466	466
f) Brunnen	84	84	84
g) Grabsteine in Grünanlagen	427	427	427
h) Betriebsplätze/Stützpunkte	23/29	24/29	24/29
i) Betriebsfahrzeuge	189	189	189
j) Werkstätten	10	10	10
k) Anzuchtstätten	2 (16,6 ha)	2 (16,6 ha)	2 (16,6 ha)
l) Kompostplätze	12	12	12

### Planten un Blomen

Für die Betriebskosten Planten un Blomen werden für das Haushaltsjahr 2003 2.450.000 EUR veranschlagt. Die Mittel sind für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Wallringparks bestimmt.

Betriebsangaben	2003 geschätzt	2002 geschätzt	2001 Ergebnis
Fläche	45,67	45,67	45,67
Betriebsplätze	2	2	2
Fahrzeuge	9	9	9
Werkstätten	1	1	1

Durch die Art und Qualität der Angebote unterscheidet sich Planten un Blomen von allen anderen Hamburger Parkflächen und wirkt über die Grenzen Hamburgs hinaus.

Aufgrund seiner zentralen Lage hat der Park sehr unterschiedliche Funktionen zu erfüllen:

- Planten un Blomen dient als wohnungs- und arbeitsstättennahes Erholungsgrün.
- Der Park ist mit seinem dicht gestaffelten Veranstaltungsprogramm (z.B. Musikpavillon, Wasserlichtkonzerte, Kindertheater) und seinen Spiel- und Sportangeboten (z.B. Eislauf-/Rollschuhbahn) ein bedeutender Freizeit- und Veranstaltungspark.
- Der Park hat in Verbindung mit dem Messe- und Congress-Zentrum spezielle Erholungs- und Repräsentationsaufgaben zu erfüllen.
- Er ist durch die Vielfalt und den Formenreichtum der Pflanzenwelt ein Anziehungspunkt für Pflanzenfreunde.
- Planten un Blomen besitzt eine Reihe wertvoller, gartendenkmalpflegerisch bedeutsamer Objekte und Flächen.

## 521.82 – Betriebskosten der Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 Tsd. EUR	Ansatz 2002 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	53	52
Altona	301	306
Eimsbüttel	1	1
Wandsbek	187	189
Bergedorf	317	311
Harburg	414	414
<b>Gesamt</b>	<b>1.273</b>	<b>1.273</b>

Betriebsangaben	2003 geschätzt	2002 geschätzt	2001 Ergebnis
a) Gräberflächen u. allg. Friedhofsanlagen			
Friedhöfe bei der Bezirksverwaltung, auf denen Beisetzungen erfolgen	13/217 ha	13/217 ha	13/217 ha
Gärtnermeistereien	3	3	3
Dauer- und Ehrengräber	1.343	1.343	1.343
b) Bestattungsbetrieb	14	14	14
Kapellen und Feierhallen			
Aschenbeisetzungen	2.000	2.000	2.000
Erdbestattungen	1.400	1.400	1.400
c) Betriebsplätze u. -fahrzeuge			
Betriebsplätze (einschl. Werkstätten)	15	15	15
Betriebsfahrzeuge	34	34	34
Arbeitsgeräte	44	44	44

## 535.86 – Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen –

Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01 und 821.02.

Mit Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) im Jahre 1993 (ab 1998 im Baugesetzbuch geregelt) sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung sind in Hamburg eine größere Anzahl von Bebauungsplänen verabschiedet worden und müssen jetzt umgesetzt werden.

Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Die Unterhaltung und Pflege für diese Maßnahmen muss, so weit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Eine Refinanzierung der entstandenen Kosten durch den Verursacher des Eingriffs endet nach der Verordnung zur Durchführung des Kostenerstattungsgesetzes (KostEG) mit der Entwicklungspflege der Maßnahmen nach zwei bis fünf Jahren.

Der Einnahmetitel hierfür wird bei der für das KostEG zuständigen Behörde für Bau und Verkehr geführt. Im Haushaltsjahr 2003 sind Kassenmittel in Höhe von 15 Tsd. EUR veranschlagt.

## 541.81 – Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt ist die Unterhaltung von Naturschutzgebieten, soweit die Bezirksverwaltung zuständig ist. Die Mittel werden seit 1999 als Rahmenzuweisungen veranschlagt.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003 EUR	Ansatz 2002 EUR
Altona	9.800	9.800
Hamburg-Nord	9.800	9.800
Wandsbek	9.800	9.800
Bergedorf	9.800	9.800
Harburg	9.800	9.800
Gesamt	49.000	49.000

- 541.86 – Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke –  
Veranschlagt ist die Unterhaltung von Naturschutzgebieten, soweit die Bezirksverwaltung zuständig ist. Über die Maßnahmen hinaus, die aus dem Titel 8800.541.81 finanziert werden, stellt die Behörde für Umwelt und Gesundheit Mittel für besondere Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen als Zweckzuweisungen zur Verfügung
- 545.06 – Bestattung gemäß § 10 Bestattungsgesetz - Obdachloser oder unbekannt Verstorbener –  
Veranschlagt sind Mittel für die Bestattung Obdachloser und unbekannter Verstorbener nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz. Die Veranlassung dieser Bestattungen ist wegen der ansonsten gegebenen sozialhilferechtlichen Zuständigkeit dem Amt für Soziales und Rehabilitation – Referat für allein stehende wohnungslose Menschen – der Behörde für Soziales und Familie übertragen worden.  
Da die Gesamthöhe der Bestattungskosten jährlich schwankt, dient die Verpflichtungsermächtigung dazu, flexibel auf mögliche Mittelbedarfe reagieren zu können. Der Ansatz 2003 wurde in Anlehnung an das Ergebnis 2001 erhöht.
- 545.86 – Bestattung gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke –  
Bei diesem Titel werden Mittel für die Bestattung Verstorbener – ausgenommen Obdachlose und unbekannt Verstorbene – gemäß § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz veranschlagt. Im Hinblick auf eine angemessene Durchführung der Bestattungen nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz in Fällen Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden, ist bei den Bezirksämtern die bestattungsrechtliche Zuständigkeit nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz mit der sozialhilferechtlichen Zuständigkeit zusammengeführt worden. Der Ansatz 2003 wurde in Anlehnung an das Ergebnis 2001 erhöht.
- 681.02 – Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen Extensivierungsprogramm) –  
Seit 1987 werden im Rahmen des Programms „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen“ Zuwendungen für die Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Anlage besonders wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und ihrer Randbiotope, für ihre Vernetzung, den Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer sowie den Schutz insbesondere der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten der Kulturlandschaft bewilligt.  
Gefördert wird die standortgerechte extensive Nutzung von Feldern, Wiesen und Weiden, die noch der landwirtschaftlichen Produktion dienen. Einzelheiten werden in Bewirtschaftungs- bzw. Pflegeverträgen, die die Behörde für Umwelt und Gesundheit mit den Nutzern der Flächen mit einer Vertragsdauer von in der Regel 5 bis 20 Jahren schließt, bzw. in Vereinbarungen mit Naturschutzverbänden festgelegt.  
Für Erfolgskontrollen gem. § 44 LHO werden ca. 10 % der durchschnittlichen Zuwendungen ausgegeben. Die Ergebnisse fließen in die Steuerung und die mögliche Weiterführung der Maßnahmen ein.
- 685.02 – Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe –  
Der Anstalt Hamburger Friedhöfe sind nach dem Errichtungsgesetz (vgl. Drs. 15/3596) von der FHH u.a. die Pflege des öffentlichen Grüns, der öffentlichen Verkehrsflächen und der öffentlichen Beleuchtung auf den Friedhöfen der Anstalt zugewiesen worden. Nach § 13 (3) des Gesetzes erstattet die FHH der Anstalt 1995 dafür einen Betrag in Höhe von 2.143 Tsd. EUR, der jährlich in Höhe des Vomhundertsatzes des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder anzupassen ist. Für 2003 ergibt sich eine Erstattung in Höhe von 2.370 Tsd. EUR, da die nach Errichtungsgesetz vorzunehmende Anpassung gegenüber dem Vorjahr wegen der schwierigen Finanzsituation der FHH nicht berücksichtigt werden konnte.

#### *Investitionen*

Für alle Investitionsausgaben gilt, dass sich im Laufe des Haushaltsjahres Änderungen ergeben können, wenn es notwendig wird, unvorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

720.01 – Neueindeckung des Reetdaches Schafstall Fischbeker Heide –

Im Naturschutzgebiet Fischbeker Heide hat das Naturschutzamt ein Naturschutzinformationshaus und einen Schafstall für die Schnuckenherde, die die Fischbeker Heide beweidet. Das Reetdach des Schafstalles ist abgängig und muss erneuert werden.

741.01 – Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen –

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen der sozialen Stadtteilentwicklung und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. Maßnahmen von besonderer Bedeutung und/oder Baukosten von mehr als 5.000 Tsd. EUR werden einzeln veranschlagt.

In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten.

Der Ansatz wird im Rahmen der Bewirtschaftung unter gesamthamburgischen Gesichtspunkten und Beteiligung der Bezirksverwaltungen aufgeteilt und zugewiesen. Die aus den Baumaßnahmen resultierenden Folgekosten werden mit den bei dem Titel 521.81 veranschlagten Mitteln getragen.

Folgende Maßnahmen mit Baukosten über 250 Tsd. EUR sind vorgesehen:

Kurzbezeichnung der Maßnahme	Voraussichtliche Gesamtkosten (aktueller Stand)	Finanziert bis einschließlich 2002	Voraussichtlicher Mittelbedarf in 2003
1	2	3	4
Marktachse Rothenburgsort	337	0	337
Horner Geest	1.600	50	50
Grünanlage Baron-Vogt-Straße	2.654	2.174	244
Alsenpark	409	0	154
Grünverbindung Gasstraße	261	35	226
Spielplätze Altona- Altstadt 21	291	102	189
Antonipark, I. Bauabschnitt	520	400	120
Altonaer Volkspark, Spielwiese	418	0	51
Grünanlage Hagenbeck	452	312	140
Grünanlage Am Weiher	333	122	211
Bewegungsraum Lenzsiedlung	768	102	155
Grünzug Lindenpark	614	102	102
Wasserleitungssystem Stadtpark Winterhude	1.534	695	256
Grünanlage Steilshooper Straße/Langenfort	1.534	471	0
Planschbecken Stadtpark Winterhude	403	173	102
Grünzug Dulsberg	294	143	77
Ufermauer Stadtparksee	767	358	409
Grünzug Greifenberger Straße	397	269	128
Boltwiesen	308	58	125
Hohenhorst-Grünzug	395	150	150
Grundinstandsetzung Rathauspark	261	0	77
Minnerweg	537	486	51

Bei einigen Maßnahmen werden Kosten zum Teil von der Behörde für Bau und Verkehr oder anderen Bedarfsträgern übernommen.

- 741.05 – Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen –

Die Mittel werden im Wesentlichen zur Erfüllung der Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz verwendet. Dazu gehören auch Planungs- und Untersuchungsaufwendungen.

Außerdem sollen Aufschließungsmaßnahmen (Wasserleitungen, Wegebeleuchtung, gemeinschaftlich genutzte Entsorgungsanlagen) in Kleingärten und Behelfsheimgebieten fortgesetzt werden.

Da die umzusetzenden Maßnahmen zu Beginn eines Jahres nicht immer feststehen, werden die Mittel zentral bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit veranschlagt und den Bezirken durch Sollübertragung für abgestimmte Projekte zugewiesen.

- 741.10 – Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung –  
Mit den veranschlagten Mitteln sollen Voruntersuchungen zum Ersatz umweltgeschädigter, nicht mehr regenerierbarer Straßenbäume finanziert werden (vgl. 8800.741.81).

Im Rahmen einer digitalen Ersterfassung sollen Basisdaten zum Zustand des gesamten Hamburger Straßenbaumbestandes erhoben und vorliegende Grunddaten überprüft und ergänzt werden. Diese Daten fließen in das digitale Straßenbaumkataster ein und sind Grundlage für Instandsetzungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen. Sie bilden auch die Basis für notwendige Verkehrssicherheitskontrollen. Der Mittelbedarf umfasst die Kartierung im Rahmen der Ersterfassung des Straßenbaumkatasters und daraus resultierende Grundsanierungsbedarfe.

- 741.81 – Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen zur Disposition durch die Bezirksversammlung.

Außerdem sollen mit den veranschlagten Mitteln umweltgeschädigte, nicht mehr regenerierbare Straßenbäume ersetzt und der Baumbestand ergänzt werden (vgl. Drs. 14/4586). Die Kosten entstehen für Material, Pflanzung und die Erfassung, Kartierung und Fortschreibung des Straßenbaumkatasters. Die auf Grund der digitalen Ersterfassung der Grunddaten des Straßenbaumbestands deutlich gewordenen dringenden Grundsanierungsbedarfe sollen aus diesem Ansatz ebenfalls finanziert werden.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003		Ansatz 2002	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg-Mitte	248	(213)	322	(312)
Altona	253	(239)	288	(281)
Eimsbüttel	324	(143)	186	(180)
Hamburg-Nord	262	(254)	330	(324)
Wandsbek	285	(235)	315	(303)
Bergedorf	154	(118)	152	(149)
Harburg	174	(148)	222	(215)
Gesamt	1.700	(1.350)	1.815	(1.764)

Außerhalb des Schlüssels wurden für die Bezirke Eimsbüttel und Bergedorf Mehrbedarfe wegen dringender umfangreicher Hochbaumaßnahmen berücksichtigt.

- 741.86 – Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für bereits begonnene mehrjährige Maßnahmen, die fortzusetzen sind und pauschale Zuweisungen für die Grundinstandsetzung von Wegen in Grünanlagen.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003		Ansatz 2002	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg-Mitte	100		102	
Altona	50		51	
Eimsbüttel	152		332	
Hamburg-Nord	127		542	
Wandsbek	178		205	
Bergedorf	114		204	
Harburg	50		51	
Gesamt	771	0	1.487	0

- 741.87 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Die Mittel werden für die Grundinstandsetzung von Wegen auf Friedhöfen und Wasserleitungen sowie für die Wiederherrichtung abgelaufener Grabstätten und zur Herrichtung weiterer Flächen durch Wegebau und Bepflanzung veranschlagt.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003		Ansatz 2002	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg-Mitte	13	(23)	53	(3)
Altona	60	(88)	40	(78)
Wandsbek	0	(0)	0	(0)
Bergedorf	87	(50)	70	(117)
Harburg	10	(19)	59	(7)
Gesamt	170	(180)	222	(205)

- 742.03 – Verbesserung von Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern –

Es ist die Renaturierung von Gewässern und deren Einzugsgebieten vorgesehen.

Die gem. § 20 b BNatSchG durchgeführten Kartierungen der einheimischen Tier- und Pflanzenarten haben zu dem Ergebnis geführt, dass zahlreiche u.a. auch im Wasser lebende Arten wegen ihrer Existenzbedrohung in die Rote Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aufgenommen werden mussten. Zum Schutz und zur Regeneration gefährdeter Populationen wurden Artenschutzprogramme erstellt. Zur Unterstützung solcher Programme, die auch für aquatische Arten entwickelt wurden, bedarf es u.a. der Umgestaltung verbauter oder degraderter Gewässer. Die dafür notwendigen wasserbaulichen Eingriffe müssen auf die speziellen Bedürfnisse der jeweils zu fördernden Tier- und Pflanzenarten Rücksicht nehmen.

- 742.04 – Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure und dgl. für Planung und Entwurf –

Veranschlagt werden ökologische Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Bebauungsplan- und Grünordnungsplangebietes Francop 5 für die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft durch den Bau der Schlicklagerstätte in Francop (einschließlich Planungs- und Grunderwerbskosten und sonstiger damit zusammenhängender Leistungen). Innerhalb von 20 Jahren – beginnend 1991 – sollen dafür jährlich rd. 256 Tsd. EUR bereitgestellt werden. In 2003 werden auf Grund des Bedarfes 150 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt. Veranschlagt sind in 2003 neben den Kosten für die Umsetzungsplanung und -koordinierung, die wissenschaftliche Begleitung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen um die Veränderungen im Naturhaushalt zu erfassen und zu bewerten. Zudem werden das Biomonitoring und das hydrologische Monitoring fortgesetzt.

- 742.84 – Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf –

Mit dem am 4. Juni 1992 beschlossenen Bebauungsplan Allermöhe 25/Billwerder 21/Bergedorf 87 ist für den Ausgleich ein Entwicklungskonzept zur Aufwertung des Naturhaushaltes mit einem Gesamtvolumen von rd. 1.687 Tsd. EUR vorgesehen. In 2003 sind Kassenmittel in Höhe von 307 Tsd. EUR sowie eine Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe veranschlagt.

In dem Entwicklungskonzept sind folgende zwei Maßnahmenblöcke vorgesehen:

- Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durch Schaffung einer großen Weidefläche mit einem Kostenvolumen von rd. 971 Tsd. EUR (Wiederherstellung der Allermöher Landscheide und des Grabensystems, Errichtung von zwei Windpumpen, Anlegen von Flachwasserzonen). Die Folgekosten betragen jährlich ca. 8 Tsd. EUR.
- Maßnahmen zur landschaftsplanerischen Gestaltung mit einem Kostenvolumen von rd. 614 Tsd. EUR (Wanderwegeverbindung zwischen dem neuen Stadtteil und Allermöhe inkl. Brückenbau und begleitende Grünanlage). Die Folgekosten sind noch nicht ermittelt.

742.86 – Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01, 535.86 und 821.02.

Mit Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) im Jahre 1993 (ab 1998 im Baugesetzbuch geregelt) sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung sind in Hamburg eine größere Anzahl von Bebauungsplänen verabschiedet worden und müssen jetzt umgesetzt werden.

Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Die Herrichtung einschließlich der Entwicklungspflege für die Maßnahmen muss, so weit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Eine Refinanzierung der entstandenen Kosten durch den Verursacher des Eingriffs kann nur erfolgen, sofern im Bebauungsplan eine Zuordnung zwischen Eingriffs- und Ausgleichsfläche festgesetzt wurde. Die FHH ist nach dem BauGB verpflichtet, die zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen an Stelle und auf Kosten der Vorhabensträger oder der Eigentümer der Grundstücke durchzuführen. Die FHH kann sich über das Kostenerstattungsgesetz (KostEG) die entstandenen Kosten refinanzieren lassen.

Der Einnahmetitel hierfür wird bei der für das Kostenerstattungsgesetz zuständigen Behörde für Bau und Verkehr geführt. Im Haushaltsjahr 2003 wird aufgrund der hohen Haushaltsreste eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100 Tsd. EUR veranschlagt.

748.84 – Städtische Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf –

Die Flächen, die im Neubaugebiet Allermöhe II als Grünflächen ausgewiesen werden, sollen als Folgemaßnahme des Wohnungsbauprogramms unter landschaftsbaulichen Gesichtspunkten gestaltet und bepflanzt werden. Aufgrund der Projektgröße ist es nicht möglich, eine Haushaltsunterlage-Bau für die Gesamtmaßnahme zu erstellen. Daher werden Haushaltsunterlagen-Bau für die je nach dem Wohnungsbaufortschritt erforderlichen Landschaftsbaumaßnahmen sukzessive erstellt. Da die Flächen tlw. nicht wie geplant verfügbar sind, ergeben sich Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahme.

Die geschätzten Gesamtkosten betragen rd.		10.283.000 EUR
davon Baukosten rd.		9.203.000 EUR
davon (Gesamtkosten) bis 2002 veranschlagt		8.798.000 EUR
2003 veranschlagt		355.000 EUR
vorbehalten bleiben		1.130.000 EUR
davon Verpflichtungsermächtigung zu Lasten	2004	500.000 EUR
	und 2005	630.000 EUR

Jährliche Folgewirkungen ab 2004	Jahresbetrag
Mehrausgaben	465.276 EUR
Minderausgaben	
Mehreinnahmen	
Mindereinnahmen	
Netto-Mehrbelastung	465.276 EUR

749.84 – Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blumen/Wallringpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte –

Es ist beabsichtigt, den Wallringpark einschließlich Planten un Blumen zum überregionalen Treffpunkt für Pflanzenfreunde, Erholungssuchende und Touristen sowie als Ergänzung des Messe- und Kongressbetriebes entsprechend den seit dem Frühjahr 1985 vorliegenden Wettbewerbsergebnissen herzurichten. Die Durchführung erfolgt im Rahmen von Regie- und Vergabearbeiten. Soweit Teilmaßnahmen von einer Beschäftigungs-GmbH umgesetzt werden, ist vorgesehen, auch Investitionszuschüsse bei diesem Titel nachzuweisen. Die Gesamtkos-

ten der Umgestaltung werden nach der vorliegenden Rahmenplanung auf 10.226 bis 12.782 Tsd. EUR geschätzt (vgl. Bürgerschaftsdrucksache Nr. 11/6767). Aus diesem Ansatz sollen auch außerhalb der umzugestaltenden Bereiche Verkehrssicherungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Veranschlagt ist der Umbau der Kleinen Wallanlagen.

Die Gesamtkosten betragen nach der HU - Bau (vom 11.05.98/07.07.98)		2.250.000 EUR
Davon bis 2002 veranschlagt		1.074.000 EUR
2003 veranschlagt		410.000 EUR
vorbehalten bleiben für diese Maßnahme		766.000 EUR
Verpflichtungsermächtigung zu Lasten	2004	410.000 EUR
	Folgejahre	90.000 EUR

Die Folgekosten ändern sich durch die Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen nicht.

750.84 – Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek, Teilbetrag –

Die ca. 7.000 m<sup>2</sup> große Grünfläche „Wandsbeker Markt“ soll im Anschluss an die Umbauarbeiten am ZOB zu einem Stadtplatz mit hochwertiger Ausstattung umgestaltet werden. Es ist vorgesehen, auf der Fläche ein Cafe durch einen privaten Investor errichten zu lassen. Die Gesamtkosten betragen 1.995.000 EUR, davon sind in 2003 1.120.000 EUR als Kassenmittel und 875.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 veranschlagt. Kostenunterlagen liegen der technischen Aufsichtsinstanz vor. Höhere Folgekosten entstehen durch den Umbau der Fläche nicht.

791.01 – Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen –

Die Haushaltsmittel werden für die Regenerierung umweltgeschädigter Baumbestände, für Schutzpflanzungen, ökologische Verbesserungsmaßnahmen sowie für weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Vielfalt, Funktion und Qualität im öffentlichen Grün und Straßenraum eingesetzt. Die Mittel können auch für Voruntersuchungen zur Vorbereitung von Maßnahmen (Pflege- und Entwicklungspläne) verwendet werden. Den Bezirken werden für abgestimmte Projekte die erforderlichen Haushaltsmittel von der Behörde für Umwelt und Gesundheit zur Verfügung gestellt.

811.81 – Investitionen für die Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe -, Rahmenezuweisungen an die Bezirke –

Die Mittel werden für Rahmenezuweisungen an die Bezirke für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten - Hochbau - veranschlagt.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenezuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003		Ansatz 2002	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg - Mitte	9	(10)	9	(8)
Altona	73	(74)	74	(64)
Wandsbek	56	(18)	85	(56)
Bergedorf	71	(72)	72	(64)
Harburg	131	(133)	133	(115)
Gesamt	340	(307)	373	(307)

821.02 – Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen –

Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01, 535.86 und 742.86.

Gemäß § 8 a BNatSchG sind bei Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsflächen („Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“) bereits in der Bauleitplanung verbindlich auszuweisen und festzusetzen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist Verursacherpflicht und muss – soweit nicht im Einzelfall andere Regelungen getroffen werden können – von der FHH übernommen werden (§ 135 a BauGB). Sofern die FHH die zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen an Stelle und auf Kosten der Vorhabenträger oder Eigentümer durchführt, kann eine Refinanzierung nach dem Kostenerstattungsgesetz erfolgen.

Zur Durchführung der Maßnahmen ist in vielen Fällen Grunderwerb notwendig. Dafür sind im Haushaltsjahr 2003 Kassenmittel in Höhe von 230 Tsd. EUR veranschlagt.

Künftig soll der Grunderwerb für Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich aus zuwachsenden Einnahmen der Titel 341.03 und 381.01 finanziert werden.

## 8900 Immissionsschutz und Betriebe

### 1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Luftreinhaltung (Genehmigung und Überwachung von Anlagen, Luftreinhaltungsplanung, Klimaschutz),
- Lärmschutz (Lärminderungsplanung, z.B. Gewerbelärminderung, Fluglärmschutz),
- Schutz der oberirdischen Gewässer und öffentlichen Abwasseranlagen (Genehmigung von Anlagen, Erlaubnisse für Einleitungen, Überwachung von Betrieben),
- Anlagenbezogener Gewässerschutz (einschließlich Grundwasser, Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Umweltgefahrenabwehr (Anlagen- und Betriebssicherheit durch Genehmigung und Überwachung, Sofortmaßnahmen bei Schadensfällen),
- Schutz vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen (Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Strahlenschutz (Katastrophenschutzplanung, Überwachung von Kernbrennstofftransporten),
- Bearbeitung energiepolitischer Grundsatzfragen,
- Einführung und Überwachung energie- und wassersparender Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung,
- Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,
- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,
- Gefahrenabwehr nach dem Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG), Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern und dgl.,
- Umsetzung politischer Vorgaben hinsichtlich der Durchführung von Förderprogrammen zur Einsparung von Energie und Wasser, zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, zur Durchsetzung alternativer Energiearten sowie anderer ressourcenschützender Maßnahmen.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 8.2 und Produktinformationen – Ziele des Produktbereiches 04.

### 2. Zuwendungen

Zuwendungen werden bei dem Titel 685.01 „Zuweisung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) für die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen“, im Rahmen der im folgenden dargestellten Förderprogramme des Titels 892.10 „Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien“ sowie bei dem Titel 893.02 „Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals“ gewährt (vgl. auch die jeweiligen Titelerläuterungen):

#### **Zuweisung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) für die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen (Titel 685.01)**

Durch die Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen durch das DIBt sollen vermehrt anfallende Einzelgenehmigungen für Abwasserbehandlungsanlagen durch Serienzulassungen ersetzt werden. Dies hat zur Folge, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt werden und gleichzeitig der Überwachungsaufwand bei Einleitungen durch anlagenbezogene Funktionskontroll- und Wartungsvorgaben für den Betreiber verringert wird.

#### **Maßnahmen zum Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung „Unternehmen für Ressourcenschutz“ (Titel 892.10)**

##### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Ziele des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz - Das ist die Zukunft“ sind die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und anderer klimarelevanter Emissionen sowie eine Stärkung des vorsorgenden Umweltschutzes durch die Förderung von Investitionen in Maßnahmen, die einen schonenden und effizienten Umgang mit Ressourcen wie Energie, Wasser und Rohstoffen ermöglichen. Effizientes Wirtschaften bildet eine wesentliche Grundlage für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort und sichert eine hohe Lebens- und Umweltqualität in der Stadt. Das Programm wird in enger Kooperation mit der Hamburger Wirtschaft umgesetzt, um die Ergebnisse der Förderbeispiele unter den Unternehmen zu kommunizieren. Die Zielgruppe sind alle Hamburger Industrie- und Gewerbebetriebe, sowohl Produktions- und Handwerksbetriebe als auch Dienstleistungsunternehmen. Um ein breites Spektrum von Unternehmen zu erreichen und zu eigenen Investitionen und Aktivitäten anzuregen, werden verschiedene Ansätze verfolgt. Die Investitionsförderung erfolgt im Rah-

men von individuellen Pilot- und Demonstrationsprojekten mit besonderer Multiplikatorwirkung, branchenspezifischen Förderansätzen und übergreifenden Standardprogrammen, die auf Techniken (z. B. Beleuchtungsanlagen, Druckluftanlagen) ausgerichtet sind. Zur Steuerung der Förderungen werden die Projekte begleitet von Voruntersuchungen und Betriebs-Checks. Im Zusammenhang mit Investitionen in Ressourcenschutzmaßnahmen wird auch die Einführung von Umweltmanagementsystemen (ÖKOPROFIT) gefördert.

#### Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Mit dem Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ erfolgte mit Beginn des Jahres 2002 eine neue Schwerpunktsetzung der bisherigen „Maßnahmen zur Förderung von Umwelttechnologien“. Die Umsetzung von Maßnahmen zum Ressourcenschutz in privaten Unternehmen bleibt ein kontinuierlicher Prozess, der über eine dauerhafte Kooperation mit der Hamburger Wirtschaft verankert und aufgebaut werden muss. Eine zeitliche Befristung ist bisher nicht vorgesehen. Die Förderrichtlinien des Hamburger Förderprogramms für Umwelttechnologien (Amtlicher Anzeiger vom 24.9.1997) gelten in diesem Rahmen fort.

#### Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen erfolgen projektbegleitend und durch eine Endprüfung der umgesetzten Maßnahmen vor Ort. Zur Überprüfung des Förderziels werden von den Projektträgern grundsätzlich Erfahrungsberichte über einen einjährigen Betriebszeitraum verlangt, um die tatsächlichen Ressourcenschutzerfolge zu dokumentieren. Jährlich erfolgt eine DV-unterstützte Gesamtauswertung und Bilanzierung sämtlicher umgesetzter Maßnahmen im Hinblick auf eine Optimierung der Programmansätze sowie des Kosten-Nutzen-Verhältnisses und der Effektivität der eingesetzten Fördermittel.

### **Wärmeschutzmaßnahmen im Gebäudebestand (Titel 892.10)**

#### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Durch die Förderung der Wärmedämmung im Hamburger Gebäudebestand sollen der Heizenergiebedarf und damit die Schadstoffemission gesenkt werden. Durch das Programm werden jährlich etwa 2.500 Wohneinheiten energetisch modernisiert und auf den Standard der neuen Energie-Einsparverordnung angehoben. Damit wird eine durchschnittliche Energieeinsparung von rd. 40 % je Gebäude erreicht.

#### Aufgabenverteilung:

Die Konzeption und Gestaltung des Förderprogramms erfolgen durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit. Die technische und organisatorische Abwicklung für kleine Modernisierungsvorhaben erfolgt nach dem Bauteilverfahren durch das ZEWU (Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik) der Handwerkskammer. Umfangreiche Modernisierungsvorhaben werden nach dem Bilanzverfahren durch die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt abgewickelt.

#### Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Programm läuft seit Ende 1996. Eine zeitliche Befristung ist bisher nicht vorgesehen.

#### Erfolgskontrollen:

Den Zuwendungsempfängern wird auferlegt, die tatsächlichen Energieverbräuche für die drei auf den Abschluss der geförderten Maßnahme folgenden Jahre zu melden.

### **Förderung der solaren Warmwasserbereitung (Titel 892.10)**

#### Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Ziel der Förderung ist die breite Markteinführung von Solarkollektoranlagen zur Warmwasserbereitung und Raumheizungsunterstützung. Durch das neue Klimaschutzprogramm „Heizung + Solar“ soll in den nächsten 5-7 Jahren der Marktanteil der mit Solaranlagen kombinierten Heizungen auf 15% der erneuerten und 20% aller erstinstallierten Heizungsanlagen gesteigert werden. Damit verbunden ist der Ersatz von fossilen Energieträgern durch regenerative Energie und die Schaffung und Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze im Handwerk.

Die Voraussetzungen für die breite Markteinführung der Solarthermie sind vorhanden. Für das Sanitär- und Heizungshandwerk zählt die Solarenergie zu den wichtigsten technischen Innovationen. Verlässliche finanzielle Förderungen und begleitende Qualifizierungs- und Marketing-Maßnahmen sind noch einige Jahre erforderlich, um die Marktentwicklung zu unterstützen.

Das neue Förderprogramm „Heizung + Solar“ wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Hamburger Handwerk entwickelt. Durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Installationsbetriebe soll das Handwerk als zentraler Akteur im Markt etabliert werden und kostengünstige Anlagen für den Investor ermöglichen. Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch die Innung Sanitär Heizung Klempner. Das sichert die Kommunikation und Akzeptanz im Handwerk.

#### Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Solaranlagen zur Warmwasserbereitung werden durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit seit 1990 finanziell gefördert. Das neue Klimaschutzprogramm „Heizung + Solar“ läuft seit dem 1.7.1999. Es ist eine Laufzeit von 5-7 Jahren vorgesehen.

Erfolgskontrollen:

Der Erfolg des Förderprogramms ist primär durch die Zahl der installierten Anlagen bzw. die installierte Kollektorfläche zu quantifizieren. Der für die Förderung notwendige Qualifizierungsnachweis des Installationsbetriebs sowie stichprobenartige Prüfungen bei installierten Anlagen sichern die Qualität der Anlagen.

**Förderung des Passivhausbaus in Hamburg (Titel 892.10)**

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Das Förderkonzept Passivhausbau ist ein Projekt der Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“. Ziel des Konzeptes ist es, den am Bau beteiligten Berufsgruppen, z.B. Architekten, Ingenieuren, Energieberatern, dem Handwerk und potentiellen Investoren, weiterführende Kenntnisse über den Bau von Passivhäusern zu vermitteln.

Schwerpunkt des Konzeptes ist die Auslobung des Passivhaus Preises. Mit der Auslobung möchte die Behörde für Umwelt und Gesundheit Architekten und Investoren zur Planung und zum Bau von Passivhäusern motivieren. Am Projekt sollen die Bauteams qualitative Planung und Bauausführung erlernen und feststellen, dass hohe Gestaltungsqualität und energiesparendes Bauen kein Widerspruch sein muss. Die Qualitätssicherung der Projekte stellt einen besonderen Schwerpunkt des Wettbewerbs dar. Zur Qualitätssicherung werden die Projekte beraten und finanziell unterstützt.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Förderkonzept Passivhausbau wurde 2001 begonnen. Das angestrebte Ziel soll in sechs Jahren zu erreichen sein.

Erfolgskontrollen:

Die Erfolgskontrolle erfolgt über die Anzahl der Wettbewerbsteilnehmer und die Anzahl der tatsächlich in Hamburg gebauten Passivhäuser.

**Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals (Titel 893.02)**

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Gefördert werden sollen Maßnahmen zur Reduzierung des erheblichen Lärms, der auf Container-Terminals beim Einsatz von Greifsystemen beim Anheben und Absetzen von Containern entsteht. Damit soll eine Entlastung der Bewohner hafen naher Wohngebiete von Lärmpegeln erreicht werden, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen können. Hierzu soll zunächst ein System- und Konstruktionsentwurf eines Prototypen entwickelt werden. In einer zweiten Phase sollen Konstruktion und Erprobung folgen.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Projekts:

Für das Projekt wurden und werden für die Jahre 2002 bis 2004 entsprechende Haushaltsmittel veranschlagt.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen sollen projektbegleitend und nach erfolgter Erprobung des Systems durchgeführt werden.

**3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**

**Einnahmen**

Einnahmen in diesem Bereich werden insbesondere erzielt aus

- Konzessionsabgaben der hamburgischen Versorgungsunternehmen HEW, HGW und HWW (116.585 Tsd. EUR)
- Abwasserabgaben (5.087 Tsd. EUR)
- Verwaltungsgebühren (1.667 Tsd. EUR)
- Benutzungsgebühren (850 Tsd. EUR)
- Erstattung von Verwaltungskosten (1.079 Tsd. EUR).

Gegenüber dem Haushalt 2002 wird mit Mehreinnahmen in Höhe von 4.675 Tsd. EUR gerechnet. Dies ergibt sich als Saldo aus im Wesentlichen folgenden Mehr- und Mindereinnahmen:

- höhere Einnahmen aus den öffentlichen Abwasserabgaben durch eine Vereinbarung mit der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für die Jahre 1998 bis 2005. Nach dem Jahr 2005 wird mit einer geringeren Mehreinnahme von rd. 250 Tsd. EUR gegenüber 2002 gerechnet (099.02/ + 1.748 Tsd. EUR),
- Mehreinnahmen aus den Konzessionsabgaben der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) aufgrund von Mittelfristigen Finanzplanungen bzw. Schätzungen der bisherigen Entwicklungen. Die Ansätze errechnen sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise aus der letzten Rate für 2002 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2003 (122.01/+ 4.682 Tsd. EUR)

- geringere Einnahmeerwartungen bei den Verwaltungsgebühren aufgrund der Ergebnisse 2001 (111.03/ - 823 Tsd. EUR)
- weniger bei den Benutzungsgebühren aufgrund einer dauerhaften Kürzung der Entnahme- und Einleitmengen des Kraftwerks Moorburg (HEW) (111.11/ - 275 Tsd. EUR)
- verminderte Einnahmeerwartungen bzgl. der Konzessionsabgabe der Hamburgischen Gaswerke (HGW) aufgrund der Schätzungen der Unternehmensplanung der HGW entsprechend der bisherigen Entwicklung. Der Ansatz errechnet sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise der HGW aus der letzten Rate aus 2002 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2003 ( 122.02/ - 404 Tsd. EUR)
- geringere Einnahmeerwartungen bei der Konzessionsabgabe der Hamburgischen Wasserwerke (HWW) aufgrund der Schätzungen der Unternehmensplanung der HWW entsprechend der bisherigen Entwicklung. Der Ansatz errechnet sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise der HWW aus der letzten Rate aus 2002 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2003 ( 122.03/ - 251 Tsd. EUR)

## Ausgaben

### *Personalausgaben*

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

### *Sach- und Fachausgaben*

Der Bereich der Sach- und Fachausgaben wird insbesondere durch die Sammeltitel 541.01 „Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ sowie 547.01 „Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ geprägt.

Daneben sind die Zuweisungen bzw. Erstattungen im Zusammenhang mit der Bund-/Länder-Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Titel 631.01, 631.02 und 632.01) von größerer Bedeutung.

#### 511.81 – Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung sowie Neu-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Instrumenten für den wissenschaftlichen Bereich im Rahmen von Überwachungsaufgaben im technischen Umweltschutz.

Für das Haushaltsjahr 2003 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung nach dem Verteilungsschlüssel gemäß § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	VE 1,0	1,0
Altona	1,5	1,5
Eimsbüttel	VE 1,0	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	VE 1,0	0,5
Bergedorf	1,0	1,0
Harburg	1,0	1,0
Gesamt	5,0 VE 3,0	8,0

#### 535.86 – Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Gewässern, Bauwerken und Betriebsanlagen, die durch Dritte oder höhere Gewalt verursacht wurden.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf im Hinblick auf das Ergebnis 2001 und in Anlehnung an den Vorjahresansatz. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2003	Ansatz 2002
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	VE 2	2
Altona	VE 2	2
Eimsbüttel	VE 16	16
Hamburg-Nord	7	7
Wandsbek	7	6
Bergedorf	VE 10	10
Harburg	0	1
Gesamt	14	44
	VE 30	

541.01 – Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –

Veranschlagt sind allgemeine Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz der Behörde für Umwelt und Gesundheit und des Amtes für Strom- und Hafenausbau der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Hierzu zählen die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen, die energiewirtschaftliche Überwachung von Dienstgebäuden, der Betrieb und die Unterhaltung der Pressluftölsperre, Betrieb und Unterhaltung von Geräten zur Schadstoffbekämpfung, die Beseitigung der durch Andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern u. dgl. sowie Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sowie Überwachungsmaßnahmen.

Die Ansatzserhöhung um 54 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus festen Mehrkosten für das Vorhalten einer ständigen Rufbereitschaft zur Beseitigung von Umweltschäden im Hafengebiet.

Zum Abbau aufgelaufener Haushaltsreste werden für die Unterhaltung der Pressluftölsperre für 2003 keine Kassemittel veranschlagt (Anordnungsbefugnis Strom- und Hafenausbau).

Zur Finanzierung anteiliger Maßnahmen werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.

546.93 – Ersatzvornahmen –

Veranschlagt sind Ersatzvornahmen aus dem Bereich Immissionsschutz und Betriebe. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Beseitigung von Schäden und Verhinderung einer Schadensausbreitung insbesondere bei Ölunfällen im Hafengebiet. Die von der FHH zunächst getragenen Aufwendungen für zu ergreifende Maßnahmen sind vom Verursacher generell zu erstatten.

547.01 – Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –

Veranschlagt werden die sächlichen Verwaltungsausgaben der Behörde für Umwelt und Gesundheit und Bezirksverwaltung für den technischen Umweltschutz.

Gegenüber dem Vorjahr liegt die Veranschlagung infolge der Einsparverpflichtungen um 3 Tsd. EUR niedriger.

### Investitionen

Das Investitionsvolumen in diesem Bereich wird geprägt durch

- die Bereitstellung von Mitteln für Heizenergie, Strom und Wasser sparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (Titel 791.10),
- die Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen (Titel 881.03),
- die Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien (Titel 892.10).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

791.10 – Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen, u.a. Thermostatventile –

Veranschlagt sind Mittel zur Durchführung Heizenergie, Strom und Wasser sparender Maßnahmen an bzw. in öffentlichen Gebäuden und an nichtstaatlichen Gebäuden, zu deren finanzieller Förderung Hamburg gesetzlich verpflichtet ist, sowie die Erstausrüstung öffentlicher Gebäude mit Thermostatventilen gem. der Heizungsanlagen-Verordnung vom 22.03.1994.

Aus diesem Titel werden auch die entsprechenden Baunebenkosten und unumgängliche Instandsetzungsmaßnahmen aus Gründen der Ressourcenschonung finanziert sowie Untersuchungen zur Energie- und Wassereinsparung an bzw. in den öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Potenzialstudien zu Verbrauch und Kosten, Investitionsermittlungen zur Senkung des Verbrauchs, Energiekonzepte, Wirtschaftlichkeitsanalysen verschiedener Ausführungsvarianten u. dgl.).

Weiterhin können Maßnahmen finanziert werden zur Information und Motivation der Gebäudenutzer zur Heizenergie-, Strom- und Wassereinsparung im öffentlichen Bereich.

Zur Verbesserung der Effektivität der aus diesem Titel finanzierten Projekte soll das Energiemanagement durch gezielte Auswertungsmaßnahmen (Erfolgskontrollen) verbessert werden.

Es ist daher erforderlich, aus diesem Titel die entsprechenden Software- und Schulungskosten zu finanzieren.

Veranschlagt sind für 2003 4.602 Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 4.972 Tsd. EUR

Die Einsparung von Heizenergie, Strom und Wasser in öffentlichen Gebäuden soll weiterhin eine erhöhte Priorität behalten, zumal ausschließlich wirtschaftliche Investitionen vorgenommen werden, die den Betriebshaushalt der FHH entlasten.

In der Mehrzahl der Fälle werden die Mittel durch Sollübertragungen zur Verfügung gestellt; in Einzelfällen werden die Maßnahmen auch direkt durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit abgewickelt.

811.01 – Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen –  
Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung mehrerer Kleingeräte für die Lärmmessstelle sowie die Ersatzbeschaffung von Ölsperren.

881.03 – Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen –

Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Schiffen, für deren Aus- bzw. Umrüstung und von Geräten und Ausstattungsgegenständen zur Bekämpfung von Schadstoffunfällen und deren Beseitigung (vgl. Bürgerschaftsdrucksachen 9/3485 und 15/1578).

Der Ansatz fällt im Vergleich zum Vorjahr um 41 Tsd. Euro niedriger aus. Im Hinblick auf das Ergebnis 2001 wurde die Veranschlagung der Kassenmittel im Rahmen der veränderten Veranschlagung angepasst.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.

892.10 – Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien –

(Vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Mit den Mitteln dieses Globaltitels sollen insbesondere Vorhaben privater und gewerblicher Investoren

- zur Einführung verbrauchsmindernder Technologien im Energie- und Wasserbereich,
- zur Energie sparenden Bauweise und
- zur Anwendung erneuerbarer Energien

gefördert werden. Die Förderung soll die Entwicklung Ressourcen schonender Techniken vorantreiben bzw. deren Verbesserung anstoßen, sie soll die zum Teil noch fehlende Wirtschaftlichkeit neuer Technologien ausgleichen und das Vertrauen der Anwender in diese Technologien stärken sowie zur Markteinführung und zur Entwicklung bzw. zum Erhalt von Know-how in Hamburg beitragen.

Die Mittel werden auf der Grundlage der verschiedenen Förderprogramme, die unter dieser Zweckbestimmung zusammengefasst sind, mit dem Schwerpunkt im Rahmen der Senatsinitiative „Arbeit und Klimaschutz“ (Wärmeschutzprogramme und Nutzung der Solarthermie) eingesetzt.

Darüber hinaus können Maßnahmen finanziert werden, die zur besseren Kenntnis über und die Steigerung der Akzeptanz und Nachfrage der von der Behörde für Umwelt und Gesundheit geförderten und empfohlenen Techniken und Maßnahmen führen.

Zielgruppen sind das planende und ausführende Gewerbe sowie potenzielle Investoren im privaten Bereich. Darüber hinaus können Vorhaben aus den genannten Sachbereichen auch im öffentlichen Bereich finanziert werden.

Zur Förderung von Umwelttechnologien:

Vorgesehen ist die Förderung von im öffentlichen Interesse liegenden Umweltschutzinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft. Mit Hilfe der Förderung sollen der Stand der Technik ökologisch fortentwickelt und neueste Erkenntnisse aus der Wissenschaft in der Praxis erprobt werden.

Die Förderung zielt vorrangig darauf ab, Techniken und Verfahren des vorbeugenden Umweltschutzes zum Durchbruch zu verhelfen. Die sog. integrierten Technologien setzen Rohstoffe, Energie und Wasser effizient und sparsam ein und vermeiden Umweltbelastungen bereits durch entsprechende Gestaltung des technischen Ablaufs.

Auf dem Abfallsektor soll das Förderprogramm weiterhin im Rahmen des vom Senat mit den Wirtschaftsbeteiligten verfolgten Kooperationsprinzips auch wirtschaftliche Anreize zur Umsetzung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen bieten.

Aus den Mitteln können auch Planungs- und Gutachterkosten sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Akquisition von Projekten) finanziert werden, sofern sie mit den Programmen in Zusammenhang stehen.

Veranschlagt sind für 2003	6.000 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004	6.000 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005	598 Tsd. EUR

## 893.02 Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals

(Vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Bei diesem Titel handelt es sich um ein Projekt zur Verringerung des beim Einsatz von Greifsystemen zum Anheben und Absetzen von Containern auf Container-Terminals entstehenden erheblichen Lärms.

Das Vorhaben ist als EU-Projekt nicht zustande gekommen. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit und die Behörde für Umwelt und Gesundheit beabsichtigen aber die Durchführung des Projekts auch ohne Kofinanzierung der EU (zumindest in wesentlichen Teilen).

Die Gesamtkosten des auf drei Jahre angelegten Projektes werden nunmehr auf rd. 449 Tsd. EUR (bisher: 1.023 Tsd. EUR) geschätzt. Folgende Finanzierung ist jetzt vorgesehen: Behörde für Umwelt und Gesundheit (28,57% = 129 Tsd. EUR), Behörde für Wirtschaft und Arbeit (14,29% = rd. 64 Tsd. EUR), Fa. HHLA (28,57% = rd. 128 Tsd. EUR) und Fa. Eurogate (28,57% = rd. 128 Tsd. EUR).

Für die Behörde für Umwelt und Gesundheit ist folgende Veranschlagung vorgesehen (in Tsd. EUR): 2002: 43 (+ 66 VE)/2003: 66 (+ 20 VE)/2004: 20.

**Haushaltsplan  
Freie und Hansestadt Hamburg**

**Haushaltsjahr 2003**

**Stellenplan und  
Stellenübersichten**

**Einzelplan 8.2**

**Behörde für Umwelt und Gesundheit**

**Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit**

**I. Stellenbestand**

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 7,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 49,91 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56,91	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
8600	Verwaltg./Allg. Umweltsch.	2003	68,00	0,00		75,71		3,27		146,98
		2002	60,50	1,00		71,70		3,50		136,70
8620	Gesundh.+Verbrauchersch.	2003	295,00			421,91		16,24		733,15
		2002	0,00			0,00		0,00		0,00
8700	Umweltschutz	2003	72,00			263,17	2,00	4,50		339,67
		2002	71,00			266,51	2,00	4,50		342,01
8800	Natursch., Landschaftspf.	2003	25,00			41,49		0,00	0,00	66,49
		2002	39,00			46,84		44,00	3,00	129,84
8900	Immissionsschutz, Betriebe	2003	79,00			156,53				235,53
		2002	74,00			165,03				239,03
	<b>gesamt:</b>	<b>2003</b>	<b>539,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>958,81</b>	<b>2,00</b>	<b>24,01</b>	<b>0,00</b>	<b>1.521,82</b>
		<b>2002</b>	<b>244,50</b>	<b>1,00</b>	<b>0,00</b>	<b>550,08</b>	<b>2,00</b>	<b>52,00</b>	<b>3,00</b>	<b>847,58</b>

## Einzelplan 8.2

## Behörde für Umwelt und Gesundheit

## II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2002	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2002				Stellenplan 2003	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2003	2003/ 2002
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
8.2	8600 Verwaltg./Allg. Umweltsch.	136,70		14,50	-3,00	0,50	-1,72	146,98	10,28
	8620 Gesundh.+Verbrauchersch.	0,00		753,57	-2,50	1,04	-18,96	733,15	733,15
	8700 Umweltschutz	342,01	-1,00	1,00		2,00	-4,34	339,67	-2,34
	8800 Natursch., Landschaftspf.	129,84			-63,35			66,49	-63,35
	8900 Immissionsschutz, Betriebe	239,03		2,00	-2,00		-3,50	235,53	-3,50
	Summe:	847,58	-1,00	+771,07	-70,85	+3,54	-28,52	1521,82	674,24

<b>Einzelplan</b>	<b>8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel</b>	<b>8600</b>	<b>Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz</b>

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					2,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
B 3	1,00				1,00	
A 16	2,00				2,00	
A 15	5,00				4,00	
A 14	14,00	1,00		1)	14,00	Rückverlagerung der Stelle in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13	8,00				7,00	
A 13	1,00				1,00	
A 12	12,50				10,00	
A 11	17,00	1,00		2)	15,50	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle Vermerk weggefallen</i>
		0,50		3)		
A 10	0,50				0,00	
A 9	3,00				2,00	
A 8	2,00				2,00	
A 7	1,00				1,00	
A 6	1,00				1,00	
Summe:	68,00				60,50	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (3,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (7,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (11,50), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (17,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,50)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8600

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 8900; verlagert von Kap. 8600 in Kap. 8900 zu I9
A 12				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 12							1,00		1,00	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts (IuK-Bereich)
A 11									-1,00	Verlagerung an Kapitel 8900; Stellenverlagerung von Kap. 8600 zu Kap. 8900
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 11								-1,00	-1,00	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts (IuK-Bereich)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8900; Stellenverlagerung von Kap. 8900 zu Kap. 8600
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	9,50	-3,00	1,00	0,00	0,00	7,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-1,00	9,50	-3,00	2,00	0,00	0,00	7,50	

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 11	2) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle	ku: 2,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 11	3) weggefallen	0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied

**Einzelplan 8.2**  
**Kapitel 8600**

**Behörde für Umwelt und Gesundheit**  
**Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz**

### I. Stellenbestand

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Leerstellen (kw) *</b>						
A 14	3,00			3,00		
A 12	3,00			2,00		
A 8	5,00			4,00		
Summe:	11,00			9,00		

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)  
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Andere Amtsstellen</b>						
A 9	0,00			1,00		
Summe:	0,00			1,00		

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
SAV Ang.hD	1,00			1,00		
I a	1,00			2,00		
I b	6,00	0,50	4)	4,00		kw: 0,50 VergGr. I b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
II a hD	13,75	0,50	6)	13,00		<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i> <i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
III	1,00			1,00		
IV a	11,50	0,50	7)	9,75		Freigestelltes Personalratsmitglied
IV b	3,00			3,00		
V b gD	2,00			1,00		
V b mD	1,00			1,00		
V c	7,40	0,50	8)	8,40		<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	12,75	0,50	9)	10,75		Freigestelltes Personalratsmitglied
VII	5,50	1,00	10)	5,50		kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	5,56			5,88		
VIII	4,25	1,00	11)	5,42		kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	75,71			71,70		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
4	1,00			1,00		
2	1,00			1,00		
1 (R)	1,27			1,50		
Summe:	3,27			3,50		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>146,98</b>			<b>136,70</b>		

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8600

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

## II. Erläuterungen

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a ( 1 )	
A 14	3,00				3,00	Nr. 6	
A 12	2,00				1,00	Nr. 6	
A 12	1,00				1,00	Nr. 6	
A 8	5,00				4,00	Nr. 6	
gesamt:	11,00				9,00		

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Andere Amtsstellen insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
I a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b							1,00		1,00	Hebung gemäß § 107 Bundespersonalvertretungsgesetz
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
II a hD							-1,00		-1,00	Hebung gemäß § 107 Bundespersonalvertretungsgesetz
II a hD					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
IV a					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VI b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	-0,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,50	-0,49	5,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	4,01	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,23	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,23	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	0,50	-1,72	14,50	-3,00	0,00	0,00	0,00	10,28	

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
I b	5) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
II a hD	6) 0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied	1,50 Freigestelltes Personalratsmitglied

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					8,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Außerdem Krankenpflegepersonal (2) beim Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde, ferner 63 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter beim DRK- und Freimaurer-Krankenhaus Hamburg-Rissen gem. Gestellungsvertrag (Drucksache 9/1390).  
Die Aufgaben der Leitung des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin werden von einer Universitätsprofessorin/einem Universitätsprofessor an der Universität Hamburg wahrgenommen.

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
B 3	5,00			0,00	
A 16	13,00		13)	0,00	
A 15	36,00			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Direktorin/ Direktor des Amtes für Arbeitsschutz (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (2,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Gewerbedirektorin/ Gewerbedirektor (6,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00), Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (4,00)

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16						-1,00			-1,00	Vollzug ku-Vermerk
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>

**I. Stellenbestand**

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 14	43,00			0,00		
A 13	29,00			0,00		

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Obergewerberätin/ Obergewerberat (11,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (8,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Gewerberätin/ Gewerberat (6,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (5,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (4,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (3,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				23,00		-1,00			22,00	
A 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15						1,00			1,00	Vollzug kw-Vermerk
A 15				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				11,00					11,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
A 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>						
A 13	14,00				0,00	
A 12	33,00	1,00	1)		0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freierwerden der Stelle ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	2)			
A 11	48,00	1,00	3)		0,00	

- A 13 Gewerbeoberamtsrätin/ Gewerbeoberamtsrat (6,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (5,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (16,00), Gewerbeamtsärztin/ Gewerbeamtsarzt (14,00), Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
- A 11 Gewerbeamtsfrau/ Gewerbeamtsmann (20,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (24,00), Sozialamtsfrau/ Sozialamtsmann (3,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (1,00)

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				120,00					120,00	
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
A 12				14,00					14,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				20,00					20,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 12	1) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 12	2) ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle	
A 11	3) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>

**I. Stellenbestand**

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 10	43,00	1,00	4)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 10 Oberinspektorin/ Oberinspektor im Betriebsdienst nach VergGr. V b gD nach Freierwerden der Stelle</i>	
A 9	12,00	1,00	5)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V b gD nach Freierwerden der Stelle</i>	
		1,00	6)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. IV b nach Freierwerden der Stelle</i>	
A 9	4,00			0,00		
A 8	7,00			0,00		
A 7	6,00			0,00		
A 6	1,00			0,00		
Summe:	295,00			0,00		

- A 10 Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (23,00), Oberinspektorin/ Oberinspektor im Betriebsdienst (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (17,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (12,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (7,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (6,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 16	1,00			0,00		
A 15	2,00			0,00		
A 13	1,00			0,00		
A 12	1,00			0,00		
A 11	2,00			0,00		

- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00)
- A 15 Regierunqsdirektorin/ Regierunqsdirektor (2,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (1,00)
- A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (1,00), Regierunqsamtfrau/ Regierunqsamtmann (1,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				220,00		1,00			221,00	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				23,00					23,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Bündelungsquote
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8630; Bündelungsquote
A 9				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 8				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 7				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	294,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	294,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	294,00	-1,00	2,00	0,00	0,00	295,00	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>

**I. Stellenbestand**

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 10	1,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	12,00			0,00	

- A 10 Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I	1,50			0,00	
I a	4,00			0,00	
nach II a/I a	0,00			0,00	
II a/I a	29,09	1,00	7)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a/I a nach Freiwerden der Stelle</i>
I b	13,50			0,00	
II a hD	32,54	0,50	8)	0,00	<i>Freigestellte/er Vertrauensfrau/mann der Schwerbehinderten</i>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a ( 1 )	
A 16	1,00				0,00	Nr. 3	H.Beschl.
A 15	2,00				0,00	Nr. 6	
A 13	1,00				0,00	Nr. 5	
A 12	1,00				0,00		
A 11	1,00				0,00	Nr. 6	
A 11	1,00				0,00	Nr. 4	
A 10	1,00				0,00	Nr. 6	
A 9	1,00				0,00	Nr. 6	
A 9	1,00				0,00		
A 8	1,00				0,00	Nr. 7	
A 6	1,00				0,00	Nr. 5	
gesamt:	12,00				0,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I a				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I a							1,00		1,00	Neubewertung aufgrund gestiegener Anforderungen
nach II a/ a				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
nach II a/ a								-3,00	-3,00	Einreihung in den allgemeinen Teil des Tarifvertrages
II a/ a				26,09					26,09	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a/ a								3,00	3,00	Einreihung in den allgemeinen Teil des Tarifvertrages
I b				12,50					12,50	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Neustrukturierung der Behörden
II a hD				30,25					30,25	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a hD							1,00		1,00	Veränderte Anforderung

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a/ a	7) kw: 1,00 VergGr. II a/ a nach Freiwerden der Stelle	
II a hD	8) 0,50 Freigestellte/er Vertrauensfrau/mann der Schwerbehinderten	

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
II a hD		0,75	9)		<i>kw: 0,75 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Richtl. Ang.hD	2,03			0,00	
II a gD	3,50			0,00	
III	47,00			0,00	
IV a	21,50			0,00	
IV b	35,41	1,00	10)	0,00	<i>ku: 1,00 VergGr. IV b nach VergGr. V c nach Freierwerden der Stelle kw: 0,50 VergGr. V b gD nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
V b gD	43,73	0,50	11)	0,00	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				77,84			2,00		79,84	
II a hD							1,00		1,00	Veränderte und gestiegene Anforderungen
II a hD							1,00		1,00	veränderte Aufgaben
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD				1,39					1,39	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
II a hD							-1,00		-1,00	Neubewertung aufgrund gestiegener Anforderungen
Richtl. Ang.hD				2,03					2,03	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a gD				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
II a gD III				56,00			-1,00		-1,00	Veränderte Anforderung
III			-8,00						-8,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
III							-1,00		-1,00	Stellenstreichung 2001
III				1,00			-1,00		-1,00	Veränderte und gestiegene Anforderungen
III									1,00	veränderte Aufgaben
IV a				20,50					20,50	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b				37,50					37,50	Verlagerung von Kapitel 4200; Neustrukturierung der Behörden
IV b			-1,85						-1,85	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IV b				1,00					1,00	Stellenstreichung 2001
V b gD				41,82					41,82	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
V b gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
									1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Behördenneuorganisation)

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a hD	9) kw: 0,75 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	

**Änderung der Amtsbezeichnung**

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
III	1,00			Veränderte Anforderung

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			2002		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
V b gD		1,00	12)			<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
V c	53,59			0,00		
VI b	47,26	3,00	13)	0,00		<i>kw: 3,00 VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
VII	24,81	0,25	14)	0,00		<i>kw: 0,25 VergGr. VII nach Abschluss der Förderung durch das Integrationsamt</i>
IX b/VII	16,98			0,00		
VIII	44,47	3,00	15)	0,00		<i>kw: 3,00 VergGr. VIII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Kr. IV a	1,00			0,00		
Summe:	421,91			0,00		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
6	6,00			0,00		
5	1,00			0,00		
4	5,50			0,00		
1 (R)	3,07			0,00		

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-9,85	248,08		-1,00			237,23	
V b gD			-1,00						-1,00	Stellenstreichung 2001
V c				53,59					53,59	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VI b				47,26					47,26	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VI b			-1,00						-1,00	Stellenstreichung 2001
VI b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Neustrukturierung der Behörden
VII				23,06					23,06	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Neustrukturierung der Behörden
IX b/VII				19,69					19,69	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
IX b/VII			-2,21						-2,21	Stellenstreichung 2001
VIII				47,15					47,15	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII Kr. IV a			-2,68	1,00					-2,68	Stellenstreichung 2001
				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<b>Summe Angestellte</b>	0,00	0,00	-16,74	442,83	-1,00	-1,00	0,00	0,00	424,09	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>	0,00	1,04	-2,22	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	-1,18	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>	0,00	1,04	-18,96	443,33	-1,50	-2,00	0,00	0,00	421,91	
6				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
4				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
1 (R)				3,07					3,07	Verlagerung von Kapitel 4310; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8620</b>	<b>Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			2002		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
Richtl. Arb.	0,67			0,00		
Summe:	16,24			0,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>733,15</b>			<b>0,00</b>		

**Einzelplan 8.2**  
**Kapitel 8620**

**Behörde für Umwelt und Gesundheit**  
**Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz**

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	15,57	0,00	0,00	0,00	0,00	15,57	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,67	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	16,24	0,00	0,00	0,00	0,00	16,24	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	1,04	-18,96	753,57	-2,50	0,00	0,00	0,00	733,15	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8700</b>	<b>Umweltschutz</b>

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					4,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					35,91	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39,91	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<b>Planstellen</b>						
B 6	1,00			1,00		
B 3	2,00			2,00		
A 16	6,00	1,00	1)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"	
A 15	9,00	1,00	2)	9,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"	
A 14	21,00			21,00		
A 13	8,00	1,00	3)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"	
		1,00	4)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
A 13	2,00			2,00		
A 12	5,00	1,00	5)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>	
A 11	11,00			13,00		
A 10	3,00			3,00		
A 9	1,00			1,00		
A 9	2,00			2,00		
A 7	1,00			1,00		
Summe:	72,00			71,00		

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (10,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (10,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (5,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12	-1,00								-1,00	Vollzug eines kw-Vermerks
A 12		2,00							2,00	Einrichtung einer Leitungsassistentin für den Leiter des Amtes für Umweltschutz für die Aufgabenbereiche Budgetierung, Kontraktwesen, Controlling und Berichtswesen
A 11			-2,00						-2,00	Modernisierung der Verwaltung
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	2,00	-2,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	1,00	

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 13	4) kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
A 12	5) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amträtin/ Amtsrat zum 31.12.2001

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8700</b>	<b>Umweltschutz</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003		Vermerk Nr.	2002		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 15	3,00			3,00		
A 14	1,00			1,00		
A 13	4,00			4,00		
A 13	4,00			4,00		
A 12	9,00			9,00		
A 11	7,00			8,00		
A 10	4,00			4,00		
A 9	4,00			4,00		
A 8	4,00			4,00		
Summe:	40,00			41,00		

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)  
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)  
A 13 Baurätin/ Baurat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)  
A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)  
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (6,00)  
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)  
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)  
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)  
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)

Wertigkeit	2003		Vermerk Nr.	2002		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I	1,00			1,00		
I a	7,00	1,00	6)	7,00		kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
I b	24,00	2,00	7)	24,00		kw: 2,00 VergGr. I b nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		1,00	8)			kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
II a hD	55,67	1,00	9)	57,67		kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
		7,00	10)			kw: 7,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		2,00	11)			<i>kw: 2,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
		1,00	12)			kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße
		1,00	13)			kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Planungsarbeiten
II a gD	14,78	4,00	14)	14,78		kw: 4,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
III	23,25	2,00	15)	23,25		kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		2,00	16)			kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
IV a	29,00	1,00	17)	29,00		kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
		1,00	18)			kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße
IV b	6,00			3,00		
V b gD	16,50	2,00	19)	16,50		kw: 2,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
		2,00	20)			kw: 2,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße
V b mD	10,00	1,00	21)	13,00		kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8700</b>	<b>Umweltschutz</b>

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002		ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a ( 1 )		
A 15	2,00				2,00	Nr. 5		
A 15	1,00				1,00	Nr. 5		
A 14	1,00				1,00	Nr. 5		
A 13	2,00				2,00	Nr. 5		
A 13	1,00				1,00	Nr. 6		
A 13	1,00				1,00	Nr. 5		
A 13	4,00				4,00	Nr. 5		
A 12	3,00				3,00	Nr. 5		
A 12	1,00				1,00	Nr. 6		
A 12	5,00				5,00	Nr. 5		
A 11	5,00				6,00	Nr. 5		
A 11	2,00				2,00	Nr. 5		
A 10	4,00				4,00	Nr. 5		
A 9	4,00				4,00	Nr. 5		
A 8	4,00				4,00	Nr. 5		
gesamt:	40,00				41,00			

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8900; Verlagerung an Kapitel 8700 - personalwirtschaftliche Gründe
IV a								-1,00	-1,00	Stellenbewertung nach Tarifrecht
V b mD			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Bereich der Gewässeremutzungen
V b mD			-1,00						-1,00	Aufgabenreduzierung bei der Bearbeitung aktueller Schadensfälle im Bereich Boden / Wasser

**Vermerkeänderungen**

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a hD	11) kw: 2,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	kw: 3,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8700

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Umweltschutz

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2003			2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
V c	28,11	1,11	22)	29,45	<i>kw: 1,11 VergGr. V c nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"</i> kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) kw: 1,00 VergGr. VII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) kw: 0,30 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße kw: 0,50 VergGr. IX b/VII nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
VI b	22,00	1,00	23)	22,00	
		1,00	24)		
VII	10,75	1,00	25)	10,75	
IX b/VII	3,30	0,30	26)	3,30	
VIII	8,50	0,50	27)	8,50	
Richtl. Ang.mD	2,72			2,72	
Richtl. Ang.eD	0,59			0,59	
Summe:	263,17			266,51	
<b>Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>					
Nachwuchs mD	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
5	4,00			4,00	
1	0,50			0,50	
Summe:	4,50			4,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>339,67</b>			<b>342,01</b>	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	-2,00	1,00	0,00	-2,00	0,00	-1,00	-4,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,34	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-2,34	1,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-3,34	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	-1,00	2,00	-4,34	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,34	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8800</b>	<b>Naturschutz und Landschaftspflege</b>

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
B 4	1,00				1,00	
A 16	1,00				2,00	
A 15	3,00	1,00			4,00	
A 14	5,00				7,00	
A 13	3,00				3,00	
A 12	4,00	1,00		2)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt nach Freiwerden der Stelle
A 11	5,00				12,00	
A 10	1,00				1,00	
A 9	2,00				2,00	
A 8	0,00				1,00	
Summe:	25,00				39,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (1,00), Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Forstdirektorin/ Forstdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (3,00), Oberforsträtin/ Oberforstrat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (3,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Forstamtsärztin/ Forstamtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
- A 11 Forstamtfrau/ Forstamtmann (0,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Anzahl			
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
A 8	1,00				2,00	
Summe:	1,00				2,00	

- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

**Einzelplan 8.2**  
**Kapitel 8800**

**Behörde für Umwelt und Gesundheit**  
**Naturschutz und Landschaftspflege**

**II. Erläuterungen**

**Übersicht über die Leerstellen**

2003				2002	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a ( 1 )	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	H.Beschl.
A 8	0,00			1,00		
gesamt:	1,00			2,00		

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-14,00	0,00	0,00	0,00	-14,00	

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8800

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Naturschutz und Landschaftspflege

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2003		Vermerk Nr.	2002		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
I	1,00			1,00		
I a	1,00			1,00		
I b	2,00			2,00		
II a hD	13,50			13,35		
II a gD	1,00			1,00		
III	10,00			11,00		
IV a	3,50			6,50		
V b mD	1,00			1,00		
V c	1,50			3,00		
VI b	2,00			2,00		
VII	4,50			4,50		
Richtl. Ang.mD	0,49			0,49		
Summe:	41,49			46,84		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
7	0,00			5,00		
5	0,00			39,00		
Summe:	0,00			44,00		
<b>Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*</b>						
Nachwuchs eD	0,00			3,00		
Summe:	0,00			3,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>66,49</b>			<b>129,84</b>		

Einzelplan 8.2  
Kapitel 8800

Behörde für Umwelt und Gesundheit  
Naturschutz und Landschaftspflege

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD							1,00		1,00	Veränderte Anforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Biotopschutzprogramms
III							-1,00		-1,00	Veränderte Anforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Biotopschutzprogramms
IV a					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
V c					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,50	0,00	0,00	0,00	-4,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,85	0,00	0,00	0,00	-0,85	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,35	0,00	0,00	0,00	-5,35	
7					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
5					-39,00				-39,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-44,00	0,00	0,00	0,00	-44,00	
Nachwuchs eD					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-63,35	0,00	0,00	0,00	-63,35	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8900</b>	<b>Immissionsschutz und Betriebe</b>

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					3,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

**I. Stellenbestand**

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</b>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	10,00			10,00	
A 14	26,00	2,00	1)	25,00	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren
A 13	10,00			8,00	
A 13	5,00			5,00	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 12	6,00			5,00	
A 11	10,00	1,00	2)	8,00	
A 10	3,00			4,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	2,00			2,00	
A 7	2,00			2,00	
Summe:	79,00			74,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (9,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (23,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (8,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (4,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (7,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Leerstellen (kw) *</b>					
A 14	1,00			1,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8900</b>	<b>Immissionsschutz und Betriebe</b>

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						2,00			2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8600; verlagert von Kap. 8600 in Kap. 8900 zu I9
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8600; Stellenverlagerung von Kap. 8600 zu Kap. 8900
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8600; Stellenverlagerung von Kap. 8900 zu Kap. 8600
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-1,00	4,00	0,00	0,00	5,00	

### Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2003			Vermerk Nr.	2002	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	1,00				1,00	Nr. 6	
A 10	1,00				1,00	Nr. 7	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00				3,00		

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
A 11	2) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freierwerden der Stelle	

<b>Einzelplan 8.2</b>	<b>Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>
<b>Kapitel 8900</b>	<b>Immissionsschutz und Betriebe</b>

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003			2002	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
SAV Ang.hD	1,00	1,00	3)	1,00	Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 3
I	2,00			2,00	
I a	4,00			4,00	
I b	8,00			9,00	
II a hD	44,00	1,00	4)	46,00	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe 'Flächensanierung'
II a gD	3,00			2,00	
III	33,50	1,00	5)	35,50	kw: 1,00 VergGr. III Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen
IV a	25,75	1,00	6)	25,75	kw: 1,00 VergGr. IV a Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen
IV b	4,00			5,00	
V b gD	3,00			4,00	
V b mD	10,00			11,00	
V c	6,00			6,00	
VI b	9,50			10,00	
VII	2,78			3,78	
Summe:	156,53			165,03	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>235,53</b>			<b>239,03</b>	

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b								-1,00	-1,00	Herstellung der korrekten Wertigkeit nach internem Stellentausch
II a hD						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD								1,00	1,00	Herstellung der korrekten Wertigkeit nach internem Stellentausch
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a gD							1,00		1,00	veränderte Anforderungen im Bereich Genehmigung und Überwachung von Kraftwerken, Feuerungsanlagen, Durchführung des Schornsteinfegerwesens
III			-1,00						-1,00	Reduzierung der Standards bei der Betriebsüberwachung
III							-1,00		-1,00	veränderte Anforderungen im Bereich Genehmigung und Überwachung von Kraftwerken, Feuerungsanlagen, Durchführung des Schornsteinfegerwesens
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8700; Verlagerung an Kapitel 8700 - personalwirtschaftliche Gründe
IV a							1,00		1,00	veränderte Anforderungen in der Sachbearbeitung bei der Umrüstung von Grundstücksentwässerungsanlagen
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a							1,00		1,00	Erhöhte Anforderungen bei der Sachbearbeitung zur Einführung neuer wassersparender Techniken
V b mD			-1,00						-1,00	Reduzierung der Standards bei der Betriebsüberwachung
V c			-1,00						-1,00	Aufgabenrückgang bei der Festlegung von Sielanschlussbauten
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-3,00	0,00	-1,00	-4,00	2,00	0,00	-6,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	-3,50	0,00	-1,00	-4,00	0,00	0,00	-8,50	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	-3,50	2,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-3,50	

## Stellenveränderungen zum Stellenplan 2003

---

Lfd. Nr.	Kapitel	Stellenveränderung	Erläuterung <sup>*)</sup>
<b>Stellenhebungen</b>			
1	8900	1,0 Stelle Oberbaurätin/Oberbaurat A 14 wird gehoben nach Baudirektorin/Baudirektor A 15.	für die Referatsleitung „Lärminderungsplanung, Lärmmessstelle“
2	8900	1,0 Stelle Regierungshauptsekretärin/Regierungshauptsekretär A 8 wird gehoben nach Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9.	

---

<sup>\*)</sup> bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2003

## Wirtschaftsplan des Hygiene Instituts Hamburg (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

8630.632.91	„Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne“
8630.682.01	„Betriebskostenzuschuss an das Hygiene Institut Hamburg“
8630.682.56	„Betriebskostenzuschuss an das Hygiene Institut für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik“
8630.891.01	„Investitionskostenzuschuss für das Hygiene Institut“

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

Der Wirtschaftsplan ist analog der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26,74,85 und 87 LHO zu bewirtschaften. Eine Kaufmännische Buchhaltung wurde noch nicht eingeführt.

1. Ansätze für Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen im Finanzierungsplan vorgesehener Maßnahmen bedürfen der Zustimmung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 102.000 EUR steigen.
3. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Zustimmung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 102.000 EUR übersteigen. Sie dürfen bei Finanzierung durch Dritte erst begonnen werden, wenn die Mitfinanzierung des Dritten gesichert ist.
4. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung der Position „nicht verbrauchte Deckungsmittel“ gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Einnahmeüberhänge zu erwarten ist. Die Verlustvorträge sind in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Zweckgebundene Drittmittel sowie sonstige zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Bewilligungsbedingungen der Mittelgeber für Ausgaben im Erfolgsplan und für Investitionen im Finanzierungsplan verwendet werden. Am Jahresende noch nicht verwendete Drittmittel sind im Finanzierungsplan unter dem Konto „noch verfügbare Deckungsmittel“ auszuweisen; für Personal- und Sachausgaben bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Betriebsausgaben“ und für Investitionen bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Investitionen“.

#### Veranschlagung 2003

Veranschlagt sind die Ausgaben und Einnahmen, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Hygiene Institut Hamburg, für das seit dem Haushaltsjahr 1997 eine Nettoveranschlagung (als Ausnahme von der Bruttoveranschlagung nach § 15 Abs. 2 LHO) erfolgt.

Die Gliederung der Erläuterungen entspricht den Kontengruppen im Wirtschaftsplan.

## Erfolgsplan

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Einnahmen</u></b>			
<b>1. Betriebseinnahmen</b>			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	1.989	2.264	1.686
11 Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung			
12 Verkaufserlöse			
13 Einnahmen aus Veröffentlichungen			
14 Einnahmen aus Erstattungen zu Zuweisungen für haushaltsfinanzierten Aufwand			
19 Sonstige betriebliche Einnahmen	31	5	34
<b>Summe 1.</b>	<b>2.020</b>	<b>2.269</b>	<b>1.720</b>
<b>2. Sonstige Einnahmen</b>			
21 Entgelte aus Beratungen und Arbeiten für Dritte	368	373	364
21.1 Erlöse aus Veräußerungen von Gegenständen			
22 Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen von Kooperationen und Programmen			
22 Sonstige zweckgebundene Zuweisung aus dem öffentlichen Bereich			
23 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
2.1 Sonstige Einnahmen aus Drittmitteln Zuweisung und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter zur Forschungsförderung			
<b>Summe 2.</b>	<b>368</b>	<b>373</b>	<b>364</b>
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>			
...			
...			
<b>Summe 3.</b>			
<b><u>Gesamteinnahmen</u></b>	<b>2.388</b>	<b>2.642</b>	<b>2.084</b>

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Ausgaben</u></b>			
<b>1. Materialausgaben</b>			
60 Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	1.050	1.120	1.055
<b>Summe 1.</b>	1.050	1.120	1.055
<b>2. Personalausgaben</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>	8.126	8.518	8.484
40.1 Beamtenbezüge			
40.2 Angestelltenvergütungen			
40.3 Arbeiterlöhne			
427 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter			
<b>Summe 2.1</b>	8.126	8.518	8.484
<b>2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
40.21 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte			
40.31 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter			
40.11,40.22 und 40.33 Versorgungsbezüge	947	971	937
40.11 Versorgungsbezüge für Beamte			
40.22 Versorgungsbezüge für Angestellte			
40.33 Versorgungsbezüge für Arbeiter			
41 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	37	39	32
42 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	7	7	7
450 Beiträge zur Landesunfallkasse			
<b>Summe 2.2</b>	991	1.017	976
<b>Summe 2.</b>	9.117	9.535	9.460
<b>3. Sonstige betriebliche Ausgaben</b>			
<b>3.1 Personalbedingte Ausgaben</b>			
46 Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens	4		
49 Maßnahmen betrieblicher Gesundheitsförderung	36	41	31
<b>Summe 3.1</b>	40	41	31
<b>3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
52 Bewirtschaftung	664	700	669
53 Unterhaltung der Grundstücke	390	402	446
50 Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	40	40	31
<b>Summe 3.2</b>	1.094	1.142	1.146
<b>3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb</b>			

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
50 Verwaltungsbedarf	135	135	127
51 Geräte- und Ausstattungsgegenstände	203	203	214
54 Mieten und Pachten	1.316	1.316	1.190
55 Aus- und Fortbildung	36	36	19
56 Erstattung			
59 Sonstiger Sachaufwand der Verwaltung	40	36	30
60 Sachaufwand für die chemischen und medizinischen Abteilungen	212	212	207
61 Akkreditierungsaufwand	10	9	5
62 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	25	26	4
63 Sachaufwand für Lehre und Forschung			20
64 Sachaufwand aus zweckgebundenen Mittel der FHH			
65 Verwendung zweckgebundener Einnahmen			
<b>Summe 3.3</b>	<b>1.977</b>	<b>1.973</b>	<b>1.816</b>
<b>3.4 Übrige sonstige Ausgaben</b>			
<b>Summe 3.4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe 3</b>	<b>3.111</b>	<b>3.156</b>	<b>2.993</b>
<b>4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben</b>			
<b>Summe 4.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5. Steuern</b>			
<b>Summe 5.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b><u>Gesamtausgaben</u></b>	<b>13.279</b>	<b>13.811</b>	<b>13.508</b>
<b><u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u></b>	<b>10.890</b>	<b>11.169</b>	<b>11.424</b>

## Finanzierungsplan:

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	VE 2003	Ansatz 2002	VE 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
01.701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten					
01.801 Beschaffung wissenschaftlicher Geräte über 5.000 EUR sowie Maschinen und Anlagen	498	175	511	0	296
<b>Summe 1.</b>	498	175	511	0	296
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
<b>2.1 Jahresfehlbetrag</b>					
900 Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss zu den Betriebskosten des Hygiene Institut Hamburg inkl. Nr. 956, 900.1 8630.682.01	9.785		10.036		11.424
900.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91	947		971		
956 IuK- Zuschuss 8630.682.56	158		162		
<b>Summe 2.1.</b>	10.890		11.169		11.424
<b>2.2. Noch verfügbare Deckungsmittel der FHH</b>					
900.2 Betriebszuschuss der FHH					132
900.2.1 Betriebszuschuss: eingegangene Verpflichtungen					103
Altersteilzeit: Eingegangene Verpflichtungen					400
956.1 IuK-Zuschuss					27
956.2 IuK-Zuschuss: eingegangene Verpflichtungen					8
910 Investitionszuschuss					23
910.1 Investitions-Zuschuss: Eingegangene Verpflichtungen					169
<b>Summe 2.2.</b>					862
Davon nicht gebunden					182
<b>2.3. Drittmittel-Ausgaben</b>					195
<b>2.4. Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln</b>					338
<b>Summe 2.</b>	<b>10.890</b>	<b>175</b>	<b>11.169</b>	<b>0</b>	<b>12.819</b>
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	<b>11.388</b>	<b>175</b>	<b>11.680</b>	<b>0</b>	<b>13.115</b>

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	VE 2003	Ansatz 2002	VE 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<b>II. <u>Deckungsmittel</u></b>					
<b>1. FHH-Zuschüsse</b>					
300 Betriebskostenzuschuss aus dem Haushalt 8630.682.01	9.785		10.036		10.019
300.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91	947		971		1.068
356 IuK – Zuschuss 8630.682.56	158		162		159
310 Investitionszuschuss 8630.891.01	498	175	511	0	274
<b>Summe 1.</b>	<b>11.388</b>	<b>175</b>	<b>11.680</b>	<b>0</b>	<b>11.520</b>
<b>2. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel der FHH</b>					
300.2 Betriebszuschuss					803
356.1 IuK – Zuschuss					44
310.1 Investitions-Zuschuss					216
<b>Summe 2.</b>					<b>1.063</b>
<b>3. Drittmiteleinahmen</b>					<b>236</b>
<b>4. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel aus Drittmitteln</b>					<b>296</b>
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	<b>11.388</b>	<b>175</b>	<b>11.680</b>	<b>0</b>	<b>13.115</b>

## Erläuterungen

Veranschlagt sind die Aufwendungen und Erträge, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Hygiene Institut.

### Erträge im Erfolgsplan

**Ansatz 2003  
in Tsd. EUR**

**10 bis 31**

**–Erträge–**

10      Gebühren und Nutzungsentgelte

Veranschlagt sind Erträge aus der Erhebung von Gebühren und Entgelten

1.	Vermischte Erträge	0
2.	Verwaltungsgebühren	0
4.	Untersuchungsgebühren	1.352
5.	Desinfektionsgebühren	77
6.	Gebühren für Schutzimpfungen	460
7.	Erträge durch Lehrgänge der Abteilung für Klinische Mikrobiologie und Hygiene	100
Gesamt		<b>1.989</b>

Gebühren werden im Wesentlichen erhoben nach der Gebührenordnung für das öffentliche Gesundheitswesen vom 05. Dezember 2000 (GVBl Seite 371) in der jeweils geltenden Fassung. Bei medizinischen Laboruntersuchungen gilt die Erhebung in Verbindung mit der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ).

Die Reduzierung gegenüber dem Ansatz 2002 ergibt sich aus dem Ist-Ergebnis des Jahres 2001, einer hohen Abhängigkeit und Unkalkulierbarkeit von in Kraft tretenden und außer Kraft gesetzten EU-Verordnungen (mit Gebührentatbeständen) sowie einem prognostizierten Rückgang bei den Gebühren für Desinfektionen und Reiseimpfungen (weniger Reisende in tropische Länder und wachsende Konkurrenz auf dem Markt).

11	Erträge aus Vermietung und Verpachtung	–
	Wegfall im Rahmen des Gebäudemanagements durch GWG Gewerbe.	
12	Verkaufserlöse	–
	Vorgesehen für Einnahmen, z. B. aus der Abgabe von entbehrlichem Gerät. Kein Ansatz, da die Höhe nicht vorhersehbar ist.	
13	Erträge aus Veröffentlichungen und Veranstaltungen	–
	Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen aus Veröffentlichungen und Veranstaltungen nicht vorhersehbar ist.	
14	Erträge aus Erstattungen und Zuweisungen für haushaltsfinanzierten Aufwand	–
	Kein Ansatz, da schadensersatzbegründende Ereignisse nicht absehbar sind.	
19	Sonstige betriebliche Einnahmen	<b>31</b>
	Veranschlagt für verschiedene Erträge, die anderweitig nicht zugeordnet werden können, z.B. aufgrund einer Kooperationsvereinbarung mit der Firma GesundheitScout 24.de im Bereich von Internetdienstleistungen.	
20	Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter	–
	Kein Ansatz, da die Höhe der Erträge nicht vorhersehbar ist. Die entsprechenden Aufwendungen werden bei den Kontengruppen im Finanzplan dargestellt.	

## Anlage 2.1

21 Entgelte aus Beratungen und Arbeiten für Dritte

**Ansatz 2003  
in Tsd. EUR**

1. Veranschlagt sind im Wesentlichen die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der li- quidations- berechtigten Mitarbeiter des Hygiene Instituts	204
2. Erstattungen für Nährböden	5
3. Rattenbekämpfung im Siel für die Stadtentwässerung – Personal- und Sachkosten	51
4. Rattenbekämpfung auf Seeschiffen für das Hamburg Port Health Center (HPHC) – Personal- und Sachkosten –;	
5. Personaleinsatz für das Amt für Umweltuntersuchungen	
6. Personal- und Sachkostenausgleich für Laboruntersuchungen im Auftrag des Vete- rinärarnes Grenzdienst	51
7. Betriebskosten Arbeitsschuttlabor (AS)	31
8. Sonstige zweckgebundene Zuweisung aus dem öffentlichen Bereich – Personal- kostenerstattung	26
<b>Gesamt</b>	<b>368</b>

Weniger infolge Wegfalls des Ansatzes „Personaleinsatz für das Amt für Umweltuntersuchungen“.

22 Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen von Kooperationen und Programmen –

Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist.  
Die entsprechenden Aufwendungen können bei den Kontengruppen B44, B60 und B64  
sowie C 01.830 geleistet werden.

28 Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen –

(Vergleiche Erläuterungen zur Kontengruppe B68).

29 Sonstige zweckgebundene Einnahmen –

Kein Ansatz, da die Höhe der verschiedenen zweckgebundenen Einnahmen nicht vorhersehbar ist.  
Die entsprechenden Ausgaben können bei den Kontengruppen B44, B65 und C01.830  
geleistet werden.

**Nachrichtlich: Fiktive Erträge**

Rund 80 Prozent der Kapazitäten des Hygiene Instituts werden auf Basis gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen (z.B. Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz, Infektionsschutzgesetz) im Auftrag der BUG sowie anderer Behörden und Dienststellen eingesetzt. Die entsprechenden (amtlichen) Leistungen werden ohne Erstattungen erbracht. Aus Gründen besserer Transparenz werden daher seit einigen Jahren die sogenannten fiktiven Ertragserwartungen (basierend auf Absprachen mit der ministeriellen Fachaufsicht der Behörde für Umwelt und Gesundheit) an dieser Stelle nachrichtlich ausgewiesen.

**Fiktive Ertragserwartung im Planjahr****2003  
in Tsd. EUR**

<b>Fiktive Erträge insgesamt</b>	<b>SOLL</b>	<b>11.169</b>
1.) in der <b>Produktgruppenbetrachtung</b> für die Produktinformation		
<b>Lebensmittelüberwachung</b>	<b>5.829</b>	
<b>Gesundheitsschutz</b>	<b>4.933</b>	
<b>Ausbildung</b>	<b>407</b>	
2.) in der <b>Betrachtung nach Auftraggebern (Fachabteilungen):</b>		
<b>Budgetansatz G31: Öffentlicher Gesundheitsdienst</b>	<b>4.522</b>	
<b>Abteilung für klinische Mikrobiologie und Hygiene:</b>		<b>2.726</b>
Desinfektion		49
Entlausung		102
Schädlingsbekämpfung		1.269
Begasungsaufsicht		365
Hygiene		381
Serologie		511
Aus- und Fortbildung		49
<b>Abteilung Bakteriologie und Virologie</b>		<b>1.095</b>
Mikrobiologische Darmdiagnostik		307
Nationales Referenzzentrum		424
Gen-Labor		100
Virologie		264
<b>Zentrum für Impfmedizin und Infektionsepidemiologie</b>		<b>701</b>
Impfwesen		449
Infektionsepidemiologie		252
<b>Budgetansatz G21: Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz</b>	<b>6.647</b>	
Amtliche Lebensmittelüberwachung und -beurteilung		5.471
Ausbildung		358
Unterstützung der Ministerialebene		51
Amtliche Veterinärmedizinische Diagnostik		767

## Anlage 2.1

### A. Aufwendungen im Erfolgsplan

#### Ausgaben

**2003  
in Tsd. EUR**

#### 1. **Materialausgaben**

		Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
60	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	1.150	1.120	1.055

Weniger infolge einer reduzierten Einnahmeerwartung und damit eines erwarteten geringeren Materialaufwands.

#### 2. **Personalausgaben**

9.117

Die Veranschlagung erfolgt nach den für den Haushaltsplan geltenden Grundsätzen und berücksichtigt

- die Bezüge, Vergütungen und Löhne der im Hygiene Institut beschäftigten Beamten,
- Angestellten und Arbeiter nach dem Besoldungs- / Tarifstand 2000
- die entsprechenden Personalnebenkosten (Kontengruppe B41 und B42)
- die Beschäftigungsentgelte (insbesondere für studentische Praktikanten) sowie
- Honorare und Aufwandsentschädigungen, die nicht unter Kontengruppe B40 bis B42 zu veranschlagen sind (Kontengruppe B43)

– –Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	Tsd. EUR	8.126
– –Versorgungs- und Nebenleistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	Tsd. EUR	947
– –Beihilfen, Zuschüsse	<b>Tsd. EUR</b>	<b>34</b>
gesamt	Tsd. EUR	9.117

Die Personalaufwendungen wurden wegen der geringeren Einnahmeerwartung von 9.535 Tsd. EUR (2002) auf einen Ansatz von 9.350 Tsd. EUR gesenkt.

#### 3. **Sonstige betriebliche Ausgaben**

##### 3.1 **Personalbedingte Ausgaben**

46 Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens – erstmaliger besonders ausgewiesener Ansatz im Rahmen der Erwartungen 4

49 Betriebliche Gesundheitsförderung 36

##### 3.2 **Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung**

		Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
52	Bewirtschaftung	664	700	669
53	Unterhaltung der Grundstücke	390	402	446
50	Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	40	40	31
Gesamt		1.094	1.142	1.146

**3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb**

50 Verwaltungsbedarf  
Veranschlagt sind für:

		<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	<b>45</b>	46	45
2.	Bücher und Zeitschriften	<b>5</b>	5	<b>4</b>
3.	Post und Fernmelde- u.a. Gebühren, Datenleitungskosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren	<b>50</b>	51	44
4.	Dienst- und Schutzkleidung	<b>10</b>	10	13
5.	Dienstreisen	<b>20</b>	20	18
6.	Vermischte Verwaltungsausgaben	<b>5</b>	3	<b>3</b>
Gesamt		<b>135</b>	135	<b>127</b>

51 Geräte- und Ausstattungsgegenstände

Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung, Reparatur und Unterhaltung von Geräten für den nichtwissenschaftlichen Bedarf sowie Ausstattungsgegenstände und Aufwendungen für IuK-Maßnahmen

		<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
1.	Geräte und Ausstattungsgegenstände	<b>41</b>	41	46
2.	Laufender Sachaufwand im Zusammen- hang mit der IuK-Technik	<b>151</b>	<b>155</b>	168
	IuK- Aus- und Fortbildung	<b>7</b>	7	
Gesamt		<b>199</b>	203	214

54 Mieten und Pachten **1.316**

Veranschlagt sind die Kosten der von dem Hygiene Institut angemieteten bzw. noch anzumietenden Gebäude und Mieten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte. Erhöhung aufgrund des Gebäudemanagements durch GWG Gewerbe.

Gebäudemiete	Tsd. EUR	1.262
Masch./Fahrz./Geräte	Tsd. EUR	1
Aufstockung der Nettokaltmiete für GWG aufgrund Neuaufmass	Tsd. EUR	53

55 Aus- und Fortbildungsmaßnahmen **36**

Das Hygiene Institut hat die Aus- und Fortbildung der Beschäftigten intensiviert. Es wird an dem Ziel festgehalten, allen Beschäftigten eine Fortbildung von durchschnittlich zwei Tagen pro Jahr zu ermöglichen. Multipliziert mit einem Erfahrungswert von durchschnittlich EUR 153 pro Fortbildung und Mitarbeiter ergibt sich ein Betrag von rund EUR 36.000 p.a.

56 Erstattungen und Zuschüsse –

Vorsorgliche Einrichtung für eine eventuelle Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik oder anderer Institutionen im Zusammenhang mit der Einführung des Softwareprogramms SAP R/3 im Hygiene Institut.

## Anlage 2.1

### 59 Sonstiger Sachaufwand der Verwaltung

Veranschlagt sind:

		<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
1.	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	14	10	3
2.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	26	26	27
3.	Mitgliedschaften			
4.	Sonstiges			
<b>Gesamt</b>		<b>40</b>	<b>36</b>	<b>30</b>

Mehr in infolge der Erwartung einer höheren Inanspruchnahme von Sachverständigen- und Anwaltsdienstleistungen.

### 60 Sachaufwand für medizinische und chemische Untersuchungen –

Veranschlagt sind:

		<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 in Tsd. EUR
1.	Geräte und Instrumente für die medizinischen und chemischen Abteilungen	153	153	160
2.	Bibliothek	51	51	41
3.	Wäschereinigung durch Dritte	8	8	6
<b>Gesamt</b>		<b>212</b>	<b>212</b>	<b>207</b>

### 61 Akkreditierung

10

Das Hygiene Institut hat im Jahr 1998 die von der EU geforderte Akkreditierung der chemischen Abteilungen durch die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover erreicht. In den Jahren 2002/2003 ist die ebenfalls verbindliche Akkreditierung der medizinischen Abteilungen vorgesehen. In diesem Zusammenhang wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 10 Tsd. EUR gerechnet.

### 62 Entgelte für Dienstleistungen Dritter

25

### 63 **Sachaufwand für Lehre und Forschung**

–

Kein Ansatz, da die Höhe der Erträge nicht vorhersehbar ist.

### 64 Sachaufwand aus zweckgebundenen Mitteln (aus Erträgen)

–

65 Verwendung zweckgebundener Erträge

**B Finanzierungsplan****I Finanzbedarf**

Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR

01.701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten –

Vorsorglich ausgebrachter Titel für die Installation und die Aufstellung bzw. den Anschluss wissenschaftlicher Geräte sowie für die Herrichtung freierwerdender Flächen nach Umzügen der Abteilungen des Hygiene Instituts. Darüber hinaus sind die Mittel zur Herrichtung neuer und zur Erhaltung vorhandener Flächen vorgesehen, um sie entsprechend den Bedürfnissen des Hygiene Instituts anpassen zu können.

01.800 Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen –

01.801 Beschaffung von Großgeräten für den wissenschaftlichen Bedarf in Höhe von jeweils über 5.113 EUR

Veranschlagt sind die Mittel für die Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten für den wissenschaftlichen Bedarf mit dem Schwerpunkt von Ersatzbeschaffungen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Hygiene Instituts.

1. Investitionen	KM	511	296
	VE	0	
		498	
		175	

**2. Sonstiger Finanzbedarf:****2.1 Sonstiger Finanzbedarf: Jahresfehlbetrag**

.

90 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag incl. Nr. 900.1, 956  
0 Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.682.01

90	Jahresüberschuss / <u>Jahresfehlbetrag</u> incl. Nr. 900.1, 956	9.785	10.036	11.424
0	Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.682.01			
90	<u>Versorgungs- und Nebenleistungen</u>	947	971	0
0.1	Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.642.91			
95	<u>Zuweisung der FHH für laufenden Sachaufwand und Fortbildung</u>	158	162	0
6	<u>im Zusammenhang mit der LuK-Technik</u>			
	Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.682.56			
	<b>Gesamt</b>	<b>10.890</b>	<b>11.169</b>	<b>11.424</b>

**2.2. Sonstiger Finanzbedarf: Noch verfügbare Deckungsmittel FHH**

	-	-	862
--	---	---	-----

**2.3. Sonstiger Finanzbedarf: Drittmittel-Ausgaben****-Sachaufwand aus zweckgebundenen Drittmitteln für die chemischen und medizinischen Untersuchungen-**

Personalaufwand Drittmittel

Geräte etc. zur Lebensmittelüberwachung gemäß Strahlenschutzvorsorgegesetz

Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf für Zuwanderereruntersuchungen (Asyl)

Sächliche Ausgaben im Rahmen der Lebensmittelüberwachung / Strahlenschutz

Nationales Referenzzentrum für Salmonellen und andere Enteritiserreger (RKI)

BMBF

Enasca

Geräte über 5 TDM im Rahmen der Lebensmittelüberwachung/Strahlenschutz

**Gesamt**

			81
			5
			48
			7
			24
			29
			1
			<b>195</b>

Anlage 2.1

**2.4 Sonstiger Finanzbedarf: Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln**

920	Noch verfügbare Deckungsmittel aus dem zweckgebundenen Zuschuss der FHH „Asyl“			4
930.1	Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln für Betriebsaufwand			196
930.2	Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln für Investitionen			138
	<b>Gesamt</b>			<b>338</b>

**Summe 2.**

**Gesamtsumme Finanzbedarf**

<b>10.890</b>	11.169	12.819
<b>11.388</b>	11.680	13.115

**II Deckungsmittel**

<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>	Ansatz 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2001 In Tsd.EUR
------------------------------------	----------------------------	--------------------------------

1. Deckungsmittel: FHH-Zuschüsse

300	<u>Betriebszuschuss</u> <u>Titel 8630.682.01</u>	<b>9.785</b>	10.036	10.019
300.	<u>Versorgungs- und Nebenleistungen</u>	<b>947</b>	971	1.068
1	<u>Titel 8630.632.91</u>			
356	<u>luK-Zuschuss</u> <u>Titel 8630.682.56</u>	<b>158</b>	162	159
310	<u>Investitionszuschuss</u> <u>Titel 8630.891.01</u>	<b>498</b>	511	274
	<b>Gesamt</b>	<b>11.388</b>	11.680	11.520

**2. Deckungsmittel: Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel der FHH (Entnahmen)**

300.2	aus Betriebszuschuss der FHH			803
356.1	aus luK – Zuschuss der FHH			44
310	aus Investitionszuschuss			216
	<b>Gesamt</b>			<b>1.063</b>

**3. Deckungsmittel: Drittmittel-Einnahmen**

320	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf für Zuwanderererstuntersuchungen (Asyl)			44
	Zuweisungen des Bundes zur LM-Überwachung			52
	RKI-Drittmittel			58
	Beschäftigungshilfe Arbeitsamt Hamburg			3
	BMBF-Netzwerk-Infektionsforschung-Drittmittel			63
	Zentrale Arbeitsvermittlung FFM			16
<b>330</b>	<b>Gesamt</b>			<b>236</b>

**4. Deckungsmittel: Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel aus Drittmitteln (Entnahmen)**

320.1	„Asyl“			8
330.1	Betriebsaufwand			150
330.2	Investitionen			138
	<b>Gesamt</b>			<b>296</b>

**Summe Deckungsmittel**

<b>11.388</b>	<b>11.680</b>	<b>13.115</b>
---------------	---------------	---------------

# Vorwort zur Produktinformation 2003

## Lagebericht

### 1. Allgemeines/Standortbestimmung

Das vor 110 Jahren anlässlich der Hamburger Cholera-Epidemie gegründete Hygiene Institut (HI) ist eine Dienststelle der Behörde für Umwelt und Gesundheit. In acht Abteilungen des Instituts waren zum 31.12.2001 insgesamt 219 Personen aktiv beschäftigt. Mit knapp 80 Prozent seiner Kapazitäten arbeitet das HI auf gesetzlicher Grundlage und im amtlichen Auftrag. In einer Größenordnung von rund 20 Prozent der Kapazitäten werden - überwiegend im Bereich der Medizinaluntersuchungen - auch die Kundenwünsche privater Auftraggeber (Krankenhäuser etc.) abgedeckt.

Im Jahr 2001 lagen die Einnahmen bei 4,539 Mio. DM = 2,321 Mio. EUR (einschließlich 463 TDM = 237 Tsd. EUR Drittmittelträge). Dies bedeutet einen Rückgang in Höhe von 11,3 Prozent gegenüber den Einnahmen im Jahr 2000. Die Mindereinnahmen in Höhe von 580 TDM (297 Tsd. EUR) konnten im Rahmen des Wirtschaftsplans durch Minderausgaben ausgeglichen werden.

Im Vordergrund der Institutsaufgaben stehen bakteriologische, serologische, immunologische und lebensmittelchemische sowie veterinärmedizinische Laboruntersuchungen. Darüber hinaus werden vom HI krankenhaushygienische Leistungen erbracht, eine breite Palette von Schutzimpfungen angeboten sowie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Außerdem wird innerhalb des HI das zum Impfzentrum gehörende Infektionsepidemiologische Kompetenzzentrum weiter ausgebaut.

Im Jahr 2001 wurden im HI rund 543.000 Untersuchungen, Gutachten, Stellungnahmen, Beratungen, Impfleistungen sowie Maßnahmen zur Desinfektion und Schädlingsbekämpfung durchgeführt. Dies bedeutet eine Reduzierung gegenüber den Leistungszahlen des Vorjahres (614.000) um 11,6 Prozent. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass sich der Rückgang der Auftragszahlen ausschließlich auf den Bereich der Medizinaluntersuchungen beschränkt. Hier kommt besonders das per 1.1.2001 in Kraft getretene Infektionsschutzgesetz zum Tragen, das zu einem Wegfall eines wesentlichen Teils der bakteriellen Darmdiagnostik führte. Zum Teil konnte jedoch die dort entstandene Lücke durch den notwendigen Ausbau der in der Regel sehr viel aufwendigeren chemischen Lebensmitteluntersuchungen ausgeglichen werden. Entsprechend haben sich innerhalb des HI auch die Budgetansätze zu Lasten der Produktgruppe Öffentlicher Gesundheitsdienst (4,522 Mio. EUR) und zu Gunsten der Produktgruppe Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (6,647 Mio. EUR) verschoben.

### 2. Personalsituation

Im HI waren Ende 2001 auf 239,3 VGPL-Stellen (ohne 12 Lebensmittelchemiker-Praktikantenstellen) 219 (2000: 225) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv beschäftigt. Das bedeutet eine Reduzierung des Personalvolumens im Laufe des Jahres 2001 um 2,7 Prozent. Entsprechende Anpassungen waren erforderlich, um vor dem Hintergrund sinkender Einnahmen ein ausgeglichenes Jahresergebnis im Wirtschaftsplan realisieren zu können.

Personelle Engpässe - zum Beispiel in den Bereichen Einfuhruntersuchungen von Lebensmitteln aus Drittländern und Untersuchungen auf BSE - konnten durch die interne Umverteilung des Personals und diverse organisatorische Maßnahmen teilweise ausgeglichen werden. Hierbei kommt es immer wieder auf die Flexibilität insbesondere des technischen Personals an. So wurde zum Beispiel der Bereich Gesundheitsschutz im Zeitraum von 1999 bis 2001 um 8,5 Ist-Stellen reduziert. 4,2 Stellen davon wurden schließlich in den Bereich Verbraucherschutz/Lebensmitteluntersuchungen transferiert, um dort zum Beispiel die wichtigen amtlichen Untersuchungen von Lebensmittelimporten aus Drittländern verstärken zu können.

Beim Thema Altersteilzeit stellen sich die finanziellen Risiken für die Dienststelle nach ersten Erfahrungen mit dem Instrument als sehr hoch dar. Dennoch möchte das HI das Thema Altersteilzeit im Sinne der Beschäftigten weiterhin offen gestalten. Bisher liegen 12 genehmigte Anträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor, die Altersteilzeit nach dem Blockmodell nutzen zu können. Die Anträge kommen überwiegend von Beschäftigten aus dem unteren Gehaltsgefüge und umfassen durchschnittlich einen Zeitraum von 36,9 Monaten Freistellungsphase. Dies bedeutet für das Institut bei Annahme von Nachbesetzungen der vakant werdenden Stellen eine Nettobelastung von 980 Tsd. EUR. Diese bereits jetzt aufgelaufene Größenordnung, die ihre Belastungsspitzen in den Jahren 2006 bis 2009 hat, macht aus Sicht des HI verschiedene Maßnahmen erforderlich:

- Zunächst ist vorgesehen, vom Jahr 2003 an eine gebundene Rücklage in der Größenordnung von 400 Tsd. EUR für Belastungen aus dem Altersteilzeitmodell zu bilden;
- am Ende des Jahres sollen die während der aktiven Altersteilzeitphase entstehenden Personalmitteleinsparungen in die für die Altersteilzeit gebundene Rücklage fließen;

## Anlage 2.1

- ein Teil der frei werdenden Stellen kann während der passiven Phase des Stelleninhabers nicht nachbesetzt werden;
- stellt sich heraus, dass eine Einstellung unabdingbar notwendig ist, so ist zu einem großen Teil auf vom Arbeitsamt förderfähiges Personal zurückzugreifen.

### 3. Aussagen zum Wirtschaftsplan des HI

#### 3.1 Einnahmen

Die Einnahmen des Jahres 2001 (ohne die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Drittmiteleinnahmen in Höhe von 463 TDM = 237 Tsd. EUR) fallen mit 4,076 Mio. DM (2,084 Mio. EUR) im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 545 TDM (279 Tsd. EUR) geringer aus. Gegenüber dem Ansatz 2001 (5,080 Mio. DM = 2,597 EUR) ergibt sich somit eine Differenz von 1,004 Mio. DM (513 Tsd. EUR). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war, dass

- dem HI durch den Wegfall einer EU-Verordnung Fischuntersuchungen im Wert von 360 TDM (184 Tsd. EUR) entgingen;
- die reisemedizinischen Impfeinnahmen insbesondere aufgrund der Ereignisse am 11. September 2001 um über 100 TDM (51 Tsd. EUR) einbrachten;
- eine Gebührenforderung für amtliche BSE-Tests in Höhe von 229 TDM (117 Tsd. EUR) wegen eines Verfahrens vor dem Obergericht Hamburg noch nicht zum Tragen kam.

Für das Jahr 2002 ist eine Einnahmeerwartung in Höhe von 2,642 Mio. EUR im Wirtschaftsplan des HI festgeschrieben. Für den Haushalt 2003 sind 2,388 Mio. EUR eingeplant. Die fiktiven Einnahmen auf Basis der amtlichen (unentgeltlichen) Untersuchungen, die seit 1997 im Wirtschaftsplan des HI nachrichtlich ausgewiesen werden, sind 2003 auf 11,169 Mio. EUR festgelegt.

#### 3.2 Ausgaben

Die Ausgaben des HI beliefen sich im Jahr 2001 auf 26.419 Mio. DM (13,508<sup>1</sup> Mio. EUR). Das waren 380 TDM (194 Tsd. EUR) weniger als im Vorjahr. Gegenüber dem Ansatz für 2001 in Höhe von 27,075 Mio. DM = 13,843 Mio. EUR (incl. Tarifnachsteuerung) blieb die reale Aufwandssumme (ohne außerordentliche Sachaufwendungen für Umbauten) somit um 1,114 Mio. DM (570 Tsd. EUR) zurück. Der Sachaufwand konnte um 714 TDM (365 Tsd. EUR), der Personalaufwand um 400 TDM (205 Tsd. EUR) gegenüber den jeweiligen Einzelansätzen reduziert werden. Der außerordentliche Aufwand für Umbauten fiel ebenfalls geringer aus. Nach 1,180 Mio. DM (603 Tsd. EUR) im Jahr 2000 waren 2001 nur noch 458 TDM (234 Tsd. EUR) aufzubringen.

Im investiven Bereich wurde der Ansatz von 535 TDM (274 Tsd. EUR) um 45 TDM (23 Tsd. EUR) überschritten, so dass eine entsprechende Entnahme aus der Rücklage erfolgen musste.

Für die Jahre 2002 und 2003 wurde der Investitionsansatz für Geräte, Maschinen und Anlagen bedarfsgerecht von 535 TDM (274 Tsd. EUR) auf 498 Tsd. EUR erhöht. Viele der im HI genutzten Großgeräte sind seit dem Einzug des Instituts in die Marckmannstraße nicht ersetzt worden, so dass dauerhaft ein erhöhter Investitionsansatz notwendig ist.

Zusätzliche Investitionen sind auch für den Umbau des Eingangsbereichs des HI notwendig. Ab dem Jahr 2002 soll das Foyer den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Für Mitarbeiter und Besucher soll die Eingangshalle einschließlich der sich dort befindenden Pförtnerloge freundlicher gestaltet und dabei konzeptionell mit einer Dauerausstellung verzahnt werden. Die dafür aufzubringenden Mittel müssen über zwei Jahre gestreckt werden und sind vorwiegend aus dem laufenden Haushalt des Hygiene Instituts zu erbringen.

#### 3.3 Erneut ausgeglichenes Betriebsergebnis

Seit Existenz des Wirtschaftsplans im HI (ab 1997) war es stets Praxis, bei erkennbar nicht realisierbarem Einnahmesoll durch Ausgabeneinschränkungen gegenzusteuern. Gemäß oben genannter Berechnungen ist im Betriebshaushalt des HI ein Plus von 110 TDM (56 Tsd. EUR) zu verzeichnen. Bei Berücksichtigung der außerordentlichen Aufwendungen für Umbauten in Höhe von 458 TDM (234 Tsd. EUR) und einer Deckungslücke bei den Investitionen in Höhe von 45 TDM (23 Tsd. EUR) ergibt sich ein Betrag von 393 TDM (201 Tsd. EUR), der aus der freien Rücklage des HI entnommen wurde. Somit ist festzustellen, dass wieder ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden konnte.

Die Rücklage des HI beläuft sich Ende 2001 auf einen Betrag von 1,685 Mio. DM. Das entspricht einer Summe von 862 Tsd. EUR, wovon jedoch lediglich 182 Tsd. EUR nicht gebunden und als „freie Rücklage“ zu bezeichnen sind. Dieser Restbetrag ist als Handlungsreserve innerhalb des Wirtschaftsplans unverzichtbar.

---

<sup>1</sup> Die Sachausgaben 2001 enthalten die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 234 Tsd. EUR (Restabwicklung des Standortwechsels der ehemaligen Desinfektionsanstalt von der Großmannstraße in die Marckmannstraße.)

### 3.4 Zuschüsse aus dem Haushalt

Ein Blick auf die Zahlenreihe der sogenannten Fehlbetragrate im Erfolgsplan (um Versorgungs- und Nebenleistungen sowie Mietaufwendungen bereinigt) zeigt, dass die Zuwendungen für das HI aus dem öffentlichen Haushalt von 1997 bis 2003 reduziert wurden. Stand 1997 noch ein Zuschuss von 22,694 Mio. DM (11.603 Mio. EUR) zu Buche, so reduzierte sich die entsprechende Summe nach jetzigem Stand auf 21,299 Mio. DM (10.890 Mio. EUR) für das Jahr 2003.

## 4. Ausblick

Das Hygiene Institut versteht sich im Bereich des eng miteinander verzahnten Gesundheits- und Verbraucherschutzes als kompetenter, von privaten und wirtschaftlichen Einflüssen unabhängiger Politikberater und Dienstleister für die Hamburger Bevölkerung. Das HI ist ein Regiebetrieb nach § 15 der Landeshaushaltsordnung und fühlt sich in hohem Maß der Wirtschaftlichkeit, aber auch einer gewissen Eigenständigkeit in enger Absprache mit der Fachbehörde verpflichtet. Bereits in den vergangenen Jahren wurden zum Beispiel mit einer umfangreichen Reorganisation des HI, der staatlichen Akkreditierung und einer Zusammenlegung von Abteilungen einschließlich der Bündelung von Kompetenzen die Weichen für neue Herausforderungen gestellt. Ob es um die Stärkung des Verbraucherschutzes geht, die effiziente Einfuhrkontrolle der ständig zunehmenden Waren aus Drittländern, eine wirksame Bekämpfung von BSE über TSE bis hin zum Bioterrorismus - das HI ist als amtliche Einrichtung bei diesen und vielen anderen Themen stets involviert.

Die im letzten Jahr an dieser Stelle gemachten Ankündigungen sind inzwischen auf den Weg gebracht: Im August 2001 wurde im Sinne eines besseren Verbraucherschutzes eine neue Abteilung mit dem Schwerpunkt „Zoonosen“ gebildet. Nach dem Motto „From the Stable to the Table“ wird somit ein größerer Beitrag zur interdisziplinären Aufklärung und Verhütung der Übertragung von Krankheiten durch Tiere (über Lebensmittel) auf den Menschen geleistet. In diesem Zusammenhang hat die klassische Virologie am HI eine zusätzliche Aufgabe erhalten. Bei Darmerkrankungen geht es nicht mehr nur darum, nach bakteriologischen Ursachen zu suchen, sondern es wird nun auch nach Viren gefahndet. So ist es zum Beispiel in jüngster Vergangenheit gelungen, Norwalk- und Rota-Viren für einige sogenannte Ausbruchssituationen in Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern und Kindergärten verantwortlich zu machen. Noch bis zum Jahr 2000 wurden derartige Fälle bundesweit kaum diagnostiziert. Heute ist in Hamburg nicht nur die Diagnose möglich, sondern es existiert darüber hinaus auch eine enge Verknüpfung der Speziallaboratorien zu den Gesundheitsdienststellen der Bezirke und dem Infektionsepidemiologischen Zentrum des HI. So arbeiten die verschiedenen Dienststellen eng zusammen, um das Infektgeschehen rundum aufzuklären und Hinweise auf Möglichkeiten der besseren Prophylaxe geben zu können (siehe hierzu auch die sogenannten „Infekt-Infos“ des Zentrums für Impfmedizin und Infektionsepidemiologie unter „hamburg.de“ im Internet).

Wie wichtig es war, innerhalb des HI den Bereich der Tierarzneimitteluntersuchungen auch personell zu verstärken, wird insbesondere am Beispiel der Einfuhrbeschränkungen von Seafood aus den asiatischen Ländern deutlich. Relativ hohe Beanstandungsraten im Hinblick auf das Tierarzneimittel Chloramphenicol gibt es bei Garnelen und Shrimps. Die aufwendigen Tierarzneimittel-Untersuchungen konnten von 140 im Jahr 1999 auf 339 in 2001 gesteigert werden. In den ersten drei Monaten des Jahres 2002 wurden bereits 120 Proben untersucht. Es ist abzusehen, dass diese Entwicklung anhält.

**Produktgruppe 20: Hygiene Institut (Wirtschaftsplanbereich nach § 15 LHO)**

<b>Wirtschaftsplan</b> daten <sup>2</sup>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	2.388	2.642	2.084 <sup>3</sup>
Fiktive Einnahmen <sup>4</sup>	10.890	11.169	11.424 <sup>5</sup>
Personalausgaben in Tsd. EUR	9.117	9.535	9.460
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	4.161	4.276	4.048 <sup>5</sup>
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	498	511	297
Stellen <sup>6</sup>	239,37	239,37	238,85

<p><b>Ziele der Produktgruppe</b></p> <p>Z 1 Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch qualitativ hochwertige Untersuchung und Beurteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.</p> <p>Z 2 Sicherstellung und Weiterentwicklung des mikrobiologischen Verbraucherschutzes, der hygienischen Begutachtungen und Beratungen, der Schädlingsbekämpfung sowie der impfmedizinischen und infektionsepidemiologischen Aufgabenwahrnehmung.</p> <p>Z 3 Dauerhafte Sicherstellung praxisorientierter Ausbildung insbesondere von Hygienefachkräften in Krankenhäusern und Altenheimen sowie von Lebensmittelchemiker-Praktikanten.</p>
<p><b>Produkte – Überblick</b></p> <p>P 1 Lebensmittelüberwachung</p> <p>P 2 Gesundheitsschutz</p> <p>P 3 Ausbildung</p>

**Produkt 1: Lebensmittelüberwachung**

<p>Im Bereich der Untersuchung und Beurteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sind flankierend zur wachsenden Bedeutung des Verbraucherschutzes die behördlichen Abstimmungsprozesse (Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz, Wirtschafts- und Ordnungsämter der Bezirke) verstärkt worden.</p> <p>Interne Umstrukturierungsmaßnahmen, wie z.B. die Neugründung einer Abteilung „Mikrobiologischer Verbraucherschutz“ und die somit hergestellte notwendige Interdisziplinarität (Humanmediziner, Veterinärmediziner, Biologen und Molekularbiologen arbeiten in einer Abteilung zusammen) führt zu einer intensivierten Aufgabenwahrnehmung bei der Aufklärung und Verhütung von Krankheitsübertragung vom Tier auf den Menschen (Zoonosen). Die BSE-Untersuchungen in einem akkreditierten Labor sind hierfür ein Beispiel.</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lebensmittelüberwachung in Hamburg gemäß der Anordnung des Senats über die Zuständigkeiten der Durchführung der Lebensmittelüberwachung, insbesondere Ausbau der Lebensmittelvirologie und Intensivierung der Untersuchung gentechnisch veränderter Lebensmittel,</li> <li>- Importkontrollen, insbesondere Konzentration von Untersuchungen auf Einfuhren aus Drittländern (z.B. aflatoxin-belastete Pistazien aus Iran, pestizidbelasteter Grüner Tee aus China), die Verstärkung der Untersuchung von Lebensmitteln auf Tierarzneimittelrückstände (z.B. Chloramphenicol in Shrimps aus Südostasien),</li> <li>- Untersuchungen und Begutachtungen im behördlichen Auftrag</li> </ul>
<p><i>Empfänger/Auftraggeber</i></p> <p>Dienststellen der Behörde für Umwelt und Gesundheit; Wirtschafts- und Ordnungsämter sowie Gesundheits- und Umweltämter der Hamburger Bezirke; Wirtschaftsbehörde; Staatsanwaltschaft; Behörden und Dienststellen des Bundes; Zoll-Dienststellen; öffentliche Institutionen; Verbraucher und Rechtsunterworfenen (Firmen);</p>

<sup>2</sup> Die Wirtschaftsplan Kennzahlen für 2001 beinhalten das Betriebsergebnis. Drittmittel und Rücklagen des Finanzierungsplanes sind nicht enthalten.

<sup>3</sup> In 2001 wurden darüber hinaus Erträge im Drittmittelbereich in Höhe von 236 Tsd. EUR erzielt (siehe Finanzierungsplan).

<sup>4</sup> Rund 80 Prozent der Kapazitäten des Hygiene Instituts werden auf Basis gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen (z.B. Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetz, Infektionsschutzgesetz) im Auftrag der BUG sowie anderer Behörden und Dienststellen eingesetzt. Die entsprechenden (amtlichen) Leistungen werden ohne Erstattungen erbracht. Aus Gründen besserer Transparenz werden daher seit einigen Jahren die sogenannten fiktiven Ertragswartungen (basierend auf Absprachen mit der ministeriellen Fachaufsicht der Behörde für Umwelt und Gesundheit) an dieser Stelle nachrichtlich ausgewiesen.

<sup>5</sup> Die Sachausgaben 2001 enthalten die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 234 Tsd. EURO (Restabwicklung des Standortwechsels der ehemaligen Desinfektionsanstalt von der Großmannstraße in die Marckmannstraße).

<sup>6</sup> Jeweils zuzüglich 12 Stellen Lebensmittelchemiker-Praktikanten (Ausbildung).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen <sup>7</sup>	102,3	102,3	102,3
Anteil Personalausgaben an den gesamten Personalausgaben des HI	43%	43%	43%
Anteil Sachausgaben an den gesamten Sachausgaben des HI	42%	42%	41%
Anteil Einnahmen an den gesamten Einnahmen des HI	18%	17%	11%
Betriebsausgaben für Lebensmitteluntersuchungen pro Kopf der Hamburger Bevölkerung (1,70 Mio. Einwohner) in EUR	3,16	3,20	3,18
Durchschnittliche Betriebsausgaben je Auftrag in EUR	447	453	428
Durchschnittliche Betriebsausgaben je Untersuchung in EUR	54	54	58
Untersuchungen	100.000	100.000	93.000
Probenanzahl	13.000	13.000 <sup>8</sup>	14.274
Aufträge an das Hygiene Institut <sup>9</sup>	12.000	12.000 <sup>10</sup>	12.610
Lebensmittelüberwachung in Hamburg gemäß der Anordnung des Senats über die Zuständigkeiten der Durchführung der Lebensmittelüberwachung			
Aufträge	10.000	10.000 <sup>11</sup>	10.678
davon BSE	2.700	2.700	2.759
Untersuchungsaufträge pro Tausend Einwohner <sup>12</sup> (bei 1,7 Mio. Einwohner / inkl. BSE-Untersuchungen)	5,9	5,9	6,3
Aufträge pro Sachverständigem (19,3) pro Jahr	517	517	5.52
Importkontrollen, Anzahl der Aufträge <sup>13</sup>	1.250	1.250 <sup>14</sup>	1.322
Untersuchungen und Begutachtungen im behördlichen/ gesundheitspolitischen Auftrag			
a. Behördliche Aufträge <sup>15</sup>	600	600	525
b. vom HI akquirierte Aufträge <sup>16</sup>	150	150	85
Anzahl der Proben-Gutachten <sup>17</sup>			3.478
Mitwirkung an Betriebskontrollen <sup>18</sup>			300

<sup>7</sup> Einschließlich anteiliger Stellen aus dem früheren Produkt „Leitung und Service“.

<sup>8</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>9</sup> Untersuchungs-Aufträge umfassen mehr als eine Probe, wenn es entsprechende rechtliche Vorgaben zur Probeentnahme gibt oder bestimmte analytische Zielsetzungen zur Produktions-/ Produktkontrolle dies erforderlich machen.

<sup>10</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>11</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>12</sup> EU- und Bundesratsempfehlung: 5 Proben pro Tausend Einwohner; Proben entsprechen hier Aufträgen. Durch die Einbeziehung der BSE-Untersuchungen hat sich diese Quote erhöht.

<sup>13</sup> Aufträge vom Veterinäramt Grenzdienst (Fleisch, Fisch, Honig etc). Mykotoxine (Pistazien, Haselnüsse, Muskatnüsse) Aufträge vom Zoll (Wein). Importkontrollen sind abhängig vom Warenumsatz des Importplatzes Hamburg und von EU-Importregelungen. Die Abnahme der Anzahl der Importkontrollen (Aufträge in 1999: 2.780) hängt zusammen mit dem Auslaufen der EU-Rechtsgrundlage zur Pflicht-Untersuchung von Fischimporten.

<sup>14</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>15</sup> Aufträge von der BUG; von S-H und M-V im Rahmen der Norddeutschen Kooperation; Aufträge nach §3 Strahlenschutzverordnung; Radioaktivität in Pilzen; Muttermilch; BU; Ringversuche; sonstige Amtshilfe;

<sup>16</sup> Sonstige Auftraggeber (Arge Elbe; Taiwan)

<sup>17</sup> Bei beanstandeten oder bemängelten Planproben; bei Verfolgs-, Verdachts- und Beschwerdeproben; bei Zollproben; keine Prognose möglich.

<sup>18</sup> Mitwirkung bei Probennahme, bei Belehrungen von Rechtsunterworfenen oder bei Überprüfung eines Betriebs; keine Prognose möglich

## Anlage 2.1

### Produkt 2: Gesundheitsschutz

Die notwendigen Leistungsanpassungen an veränderte Bedarfe beim mikrobiologischen Verbraucherschutz und beim Infektionsschutz (als Auswirkung des neuen Infektionsschutzgesetzes gingen die Einsendungszahlen in den Bereichen Darmdiagnostik, Virologie und Serologie deutlich zurück, andere Bereiche wie Infektionsepidemiologie nahmen an Bedeutung zu) sind mittlerweile realisiert, so dass sich diese Neuausrichtung des Produkts in den Schwerpunkten abbildet. Hierbei wurden aufgrund aktueller Entwicklungen erhebliche Ressourcen vom Gesundheitsschutz in den Verbraucherschutz transferiert.

Die aktuellen personellen, räumlichen und apparativen Gegebenheiten ermöglichen ein schnelles und angemessenes Reagieren des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf die immer wieder auftretenden infektionsbedingten Problematiken und aktuell hinzutretende Bedrohungen (z.B. Salmonelloseausbrüche, nosokomiale Infektionen, Milzbrand).

Schwerpunkte:

- Mikrobiologischer Verbraucherschutz:  
Hygienisch-mikrobiologische Laboruntersuchungen, klinisch-mikrobiologische und serologische Untersuchungen, mikrobiologische Darmdiagnostik, Referenzzentrum für Enteritiserreger, veterinärmedizinische Diagnostik (ohne BSE-Diagnostik)<sup>19</sup>, virologische Untersuchungen.
- Aufgaben in originären Hygiene-Angelegenheiten:  
Krankenhaushygienische und städtehygienische Begutachtungen und Beratungen, Schädlingsbekämpfung.
- Impfmedizin und Infektionsepidemiologie<sup>20</sup>:  
Schutzimpfungen und Impfberatung, Rötelnvorsorgeprogramm, Fachberatung und Auskünfte des Impfzentrums, Infektionsepidemiologie.

*Empfänger*

Patienten, Krankenhäuser, Ärzte, Bezirksämter und Behörden

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen <sup>21</sup>	130,5	130,5	130,5
Anteil Personalausgaben an den ges. Personalausgaben des Hyg. Instituts	53%	53%	53%
Anteil Sachausgaben an den gesamten Sachausgaben des HI	53%	54%	54%
Anteil Einnahmen an den gesamten Einnahmen des HI	78%	79%	83%
Durchschnittliche Betriebsausgaben für den Gesundheitsschutz pro Kopf der Hamburger Bevölkerung (reduziert um die realen Einnahmen; bei 1,70 Mio. Einwohner) in EUR	3,13	3,07	3,13
Qualitätskontrolle <sup>22</sup>	100%	100%	100%
<b>Mikrobiologischer Verbraucherschutz</b>			
- Hygienisch-mikrobiologische Laboruntersuchungen	80.000	80.000 <sup>23</sup>	83.196
- Laboruntersuchungen Klinische Mikrobiologie	160.000	160.000 <sup>24</sup>	158.228
- Laboruntersuchungen Serologie	41.000	41.000 <sup>25</sup>	41.897
- Mikrobiologische Darmdiagnostik <sup>26</sup>	35.000	35.000	32.280
- Untersuchungen auf Enteritiserreger	20.000	20.000	22.815
- Veterinärmedizinische Laboruntersuchungen (ohne BSE)	6.000	5.000	6.203
- Laboruntersuchungen Virologie	6.500	6.500 <sup>27</sup>	6.071
Hygiene (Begutachtungen; Beratungen; Schädlingsbekämpfungen)			

<sup>19</sup> Die BSE-Untersuchungen werden im Bereich der Veterinärmedizinischen Diagnostik durchgeführt. Sie gehören zum Produkt Lebensmittelüberwachung.

<sup>20</sup> Die Arbeitsbereich Infektionsepidemiologie wurde zum 1.1.2001 neu eingeführt.

<sup>21</sup> Einschließlich anteiliger Stellen aus dem früheren Produkt „Leitung und Service“.

<sup>22</sup> Die Qualität der Leistungen (der Teilleistungen) wird durch interne und externe Kontrollen (Ringversuche) ständig überprüft.

<sup>23</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>24</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>25</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>26</sup> Die Einführung des neuen Infektionsschutzgesetzes ab 2001 hat in der mikrobiologischen Darmdiagnostik in etwa eine Halbierung der Untersuchungszahlen bewirkt (2000: 78.267 Untersuchungen).

<sup>27</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
- Krankenhaushygienische Begutachtungen	9.500	9.500	9.912
- Städtehygienische Begutachtungen	2.500	2.500	2.539
- Schädlingsbekämpfungen	45.000	45.000	44.484
Impfmedizin und Infektionsepidemiologie			
- Schutzimpfungen und Impfberatungen, inkl. Rötelnvorsorgeprogramm / Schulimpfungen	18.250	18.250	17958
- Fachberatungen und Auskünfte des Impfzentrums	25.000	25.000	25.000
Summe Untersuchungen, etc.	448.750	447.750	450.583

### Produkt 3: Ausbildung

<p>Praxisnahe Ausbildung von Lebensmittelchemiker-Praktikanten, Hygienefachkräften sowie Desinfektoren, Fortführung der etablierten Ausbildungsangebote für diplomierte Lebensmittelchemiker und weiterer Aufbau der Hygiene-Ausbildung für Altenpfleger.</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aus- und Weiterbildung in Hygiene und Mikrobiologie</li> <li>- Ausbildung und Prüfung von Lebensmittelpraktikanten</li> <li>- Sonstige Ausbildung, Hospitanten, Praktikanten</li> </ul>			
<i>Empfänger</i>			
Teilnehmerinnen und Teilnehmer bzw. entsendende Institutionen; Landesprüfungsamt			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Stellen <sup>28 29</sup>	18,6	18,6	18,6
Anteil Personalausgaben an den gesamten Personalausgaben des Hyg. Instituts	4%	4%	4%
Anteil Sachausgaben an den gesamten Sachausgaben des HI	5%	4%	5%
Anteil Einnahmen an den gesamten Einnahmen des HI	4%	4%	6%
Angebote Unterrichtsstunden im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Hygienefachkräften, Desinfektoren, etc. (P 1)	460	460 <sup>30</sup>	432
Teilnehmerstunden im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Hygienefachkräften, Desinfektoren, etc. (P 1)	-	-	10.395
Anzahl der Lebensmittelchemiker-Praktikanten (P 2)	24	24	22
Anzahl der Prüfungen zum 2. Staatsexamen für Lebensmittelchemiker (P 2) <sup>31</sup>	72	72	66
Anzahl der Ausbilder für Lebensmittelchemiker (P 2)	8	8	8
Seminar-, Betreuungs- und Prüfungsaufwand (in Std.) für Lebensmittelchemiker-Praktikanten	2.500	2.500	2.500
Durchschnittliche Teilnehmerzahl aller Veranstaltungen (P1): Teilnehmerstunden/ Unterrichtsstunden (siehe Quantitätskennzahlen)	-	-	22,5
Durchschnittlicher Ausbildungsaufwand pro Ausbilder (P2)	13%	13%	13%

<sup>28</sup> Jeweils inklusive 12 Stellen Lebensmittelchemiker-Praktikanten

<sup>29</sup> Einschließlich anteiliger Stellen aus dem früheren Produkt „Leitung und Service“.

<sup>30</sup> Die Leistungskennzahlen in 2002 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

<sup>31</sup> Seit September 1999 Alleinverantwortung für die Lebensmittel-Rechtsprüfungen durch den Prüfungsvorsitzenden im HI

**Anlage 2.1**

<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999	Ergebnis 1998	Ergebnis 1997	Ergebnis 1996
Anzahl der Praktikanten / Teilnehmer an der Ausbildung und Prüfung „Lebens- mittelchemie“					
- in Hamburg	18	15	18	16	23
- in Schleswig-Holstein	1	1	0	0	0
- in Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0	0
- in Bremen	0	0	0	0	0
- in Niedersachsen	20	21	21	22	13
- in Berlin	16	14	23	20	35

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 8630</b>	<b>Hygiene-Institut</b>

**I. Stellenbestand**

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 16	3,00			0,00		
A 15	7,00			0,00		
A 14	10,00			0,00		
A 13	4,00			0,00		
A 13	1,00			0,00		
A 11	2,00			0,00		
A 10	1,00			0,00		
A 9	0,00			0,00		
Summe:	28,00			0,00		

- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (1,00)
- A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (6,00)
- A 14 Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (7,00)
- A 13 Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (2,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbebeamtmann (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 16					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 15					6,00				6,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 14					7,00				7,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8620; Bündelungsquote
A 9					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
A 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8620; Bündelungsquote
<b>Summe Beamtinnen/ Beamte</b>										
	0,00	0,00	0,00		29,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	28,00

Einzelplan WI  
Kapitel 8630

Wirtschaftspläne  
Hygiene-Institut

### I. Stellenbestand

Wertigkeit	2003		Vermerk Nr.	2002	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I	1,00			0,00	
II a/ I a	13,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a/ I a bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>
II a hD	10,50			0,00	
IV a	3,00			0,00	
IV b	2,00			0,00	
V b gD	33,00			0,00	
V b mD	2,50			0,00	
V c	42,37	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle</i>
VI b	38,00	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>
VII	12,52			0,00	
IX b/VII	6,00			0,00	
VIII	20,52			0,00	
Kr. VIII	1,00			0,00	
Kr. V/VI	1,00	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. Kr. V/VI nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>
Summe:	186,41			0,00	
<b>Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>					
Nachwuchs hD	12,00			0,00	
Summe:	12,00			0,00	
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>					
6	2,00			0,00	
4	3,00			0,00	

Einzelplan WI  
Kapitel 8630

Wirtschaftspläne  
Hygiene-Institut

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu- gang	Ab- gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
I					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
II a/ I a					13,00				13,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
II a hD					10,50				10,50	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IV a					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IV b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IV b V b gD		1,00			33,00				1,00 33,00	Schaffung einer Stelle Personalmanagement Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
V b mD					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
V c					42,87				42,87	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VI b					37,00				37,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VII					12,52				12,52	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IX b/VII					6,00				6,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VIII					23,00				23,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VIII			-1,48						-1,48	Finanzierung zur Schaffung einer Stelle IV b bei HI/13	
Kr. VIII					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
Kr. V/VI		1,00							1,00	neue Stelle aufgrund eines kostendeckenden Auftrags vom/mit dem Krankenhaus Boberg	
<b>Summe Angestellte</b>											
	0,00	2,00	-1,48		185,89	0,00	0,00	0,00	0,00	186,41	
<b>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</b>											
	0,00	0,50	-0,50		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</b>											
	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Summe Angestellte insgesamt</b>											
	0,00	2,50	-1,98		185,89	0,00	0,00	0,00	0,00	186,41	
Nachwuchs hD					12,00					12,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<b>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</b>											
	0,00	0,00	0,00		12,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,00	
6					2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
4					3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)

### Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2003	alter Vermerk 2002
II a/ I a	1) kw: 1,00 VergGr. II a/ I a bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg	

<b>Einzelplan WI</b> <b>Kapitel 8630</b>	<b>Wirtschaftspläne</b> <b>Hygiene-Institut</b>
---	--

**I. Stellenbestand**

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
3	1,00			0,00		
2	3,50			0,00		
1 (R)	15,46			0,00		
Summe:	24,96			0,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>239,37</b>			<b>0,00</b>		

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 8630</b>	<b>Hygiene-Institut</b>

**II. Erläuterungen**

**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				5,00					5,00	
3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
2				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
1 (R)				15,46					15,46	Verlagerung von Kapitel 4320; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	0,00	24,96	0,00	0,00	0,00	0,00	24,96	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>										
	0,00	2,50	-1,98	239,85	-1,00	0,00	0,00	0,00	239,37	

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2003

## Wirtschaftsplan des Bernhard-Nocht-Instituts Hamburg (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

8650.231.01	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b GG für den Betrieb
8650.232.02	Zuweisungen der Länder nach Art. 91 b GG für den Betrieb
8650.331.02	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b GG für Investitionen
8650.332.01	Zuweisungen der Länder nach Art. 91 b GG für Investitionen
8650.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
8650.682.01	Zuweisung für Betriebskosten an das Bernhard-Nocht-Institut
8650.891.01	Zuweisungen für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut

Der Wirtschaftsplan ist in analoger Anwendung der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26, 74, 85 und 87 LHO zu bewirtschaften. Eine kaufmännische Buchführung wurde noch nicht eingeführt.

Rechtsgrundlage für die Finanzierung und Bewirtschaftung ist die Rahmenvereinbarung zwischen Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG einschließlich der jeweils geltenden Ausführungsvereinbarung ( AV-FE) und der Bewirtschaftungsrichtlinien für Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mit Zustimmung Hamburgs können in Einzelfällen außerhalb von Sozialplänen und Arbeitsrechtsstreitigkeiten Abfindungen gezahlt werden, wenn ein dienstliches Interesse am Ausscheiden besteht. Die durch das Ausscheiden freigewordene Stelle darf solange nicht wiederbesetzt werden, bis der Betrag der Abfindung erwirtschaftet ist zuzüglich weiterer zwei Monate.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagter Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Einnahmen</u></b>			
<b>1. Betriebseinnahmen</b>			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	583	583	511
11 Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung	6	6	9
12 Honorarabgaben	80	79	69
16 Einnahmen priv. Nutzung Telephon	2	2	0
19 Vermischte Einnahmen	846	846	744
<b>Summe 1.</b>	1.517	1.516	1.333
<b>2. Sonstige Einnahmen</b>			
Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
20 Zuweisungen/Zuschüsse Bund,EU sonst. Dritter Forschungsförderung	0	0	(3.114) <sup>1</sup>
<b>Summe 2.</b>	0	0	0
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>			
<b>Summe 3.</b>	0	0	0
<b><u>Gesamteinnahmen</u></b>	1.517	1.516	1.333

<sup>1</sup> Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Ausgaben</u></b>			
<b>1. Materialausgaben</b>			
51 Geräte und Ausstattungsgegenstände	484	470	511
60 Sachaufwand für Lehre und Forschung	44	44	46
61 Wirtschaftsbedarf	1.100	1.092	979
<b>Summe 1.</b>	<b>1.628</b>	<b>1.606</b>	<b>1.536</b>
<b>2. Personalausgaben</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>			
40 Beamtenbezüge	460	454	200
40 Angestelltenvergütungen	4.302	4.215	4.353
40 Arbeiterlöhne	1.345	1.322	1.282
40 Aushilfskräfte	371	364	391
44 Beschäftigungsentgelte	225	225	166
45 Personalausgaben Drittmittel			(1.900) <sup>1</sup>
<b>Summe 2.1</b>	<b>6.703</b>	<b>6.580</b>	<b>6.392</b>
<b>2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
42 Versorgungsbezüge für Beamte	138	136	61
42 Versorgungsbezüge für Angestellte	525	491	460
42 Versorgungsbezüge für Arbeiter	165	160	134
41 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	15	15	0
48 Fürsorgeleistungen	3	3	12
49 Personalausgaben forschungsbedingter Mehraufwand	325	319	303
<b>Summe 2.2</b>	<b>1.171</b>	<b>1.124</b>	<b>970</b>
<b>Summe 2.</b>	<b>7.874</b>	<b>7.704</b>	<b>7.362</b>
<b>3. Sonstige betriebliche Ausgaben</b>			
<b>3.1 Personalbedingte Ausgaben</b>			
46 Umzugskosten, Trennungsschädigung	102	102	107
55 Aus- und Fortbildung	3	3	5
<b>Summe 3.1</b>	<b>105</b>	<b>105</b>	<b>112</b>
<b>3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
52 Bewirtschaftung	504	496	463
53 Unterhaltung	206	204	123
54 Mieten und Pachten	22	23	35
<b>Summe 3.2</b>	<b>732</b>	<b>723</b>	<b>621</b>
<b>3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb</b>			
50 Verwaltungsbedarf	295	295	356

<sup>1</sup> Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
56 Erstattungen und Zuschüsse	138	138	147
57 Sachaufwand PCR-Diagnostik	0	0	28
59 Sonst. Sachaufwand Verwaltung	30	31	7
<b>Summe 3.3</b>	463	464	538
<b>3.4 Übrige sonstige Ausgaben</b>			
64 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	31	32	20
62 Sachaufwand Drittmittel			(845) <sup>1</sup>
68 Aufbau neuer Arbeitsgruppen	0	0	20
<b>Summe 3.4</b>	32	32	40
<b>Summe 3.</b>	1.332	1.324	1.311
<b>4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben</b>			
<b>Summe 4.</b>	0	0	0
<b>5. Steuern</b>			
<b>Summe 5.</b>	0	0	0
<b><u>Gesamtausgaben</u></b>	10.834	10.634	10.209
<b><u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u></b>	9.317	9.118	8.876

<sup>1</sup> Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Kontenbezeichnung	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis
	2003	2003	2002	2002	2001
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	153		153		198
702 Baumaßnahmen des Hochbaus	4.090	12.270	3.068	16.360	1.341
811 Ersatzbeschaffung Fahrzeuge	26		26		38
812 Maschinen und Anlagen	342		342		247
813 Einführung KLR			61		
<b>Summe 1.</b>	4.611	12.270	3.650	16.360	1.824
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
<b><u>Jahresfehlbetrag</u></b>	9.317		9.118		8.876
Festgelegte Deckungsmittel					1.758
<b>Summe 2.</b>	9.317	0	9.118	0	10.634
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	13.928	12.270	12.768	16.360	12.458
<b>II. Deckungsmittel</b>					
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel (8650.682.01; 8650.632.91)					2.172
300 Zuweisung FHH zu den Betriebskosten (8650.682.01/ 8650.232.02)	3.495		3.419		3.326
310 Zuweisung Länder zu den Betriebskosten (8650.682.01/ 8650.231.01)	1.164		1.140		1.109
320 Zuweisung Bund zu den Betriebskosten (8650.891.01)	4.658		4.559		4.435
330 Zuweisung FHH zu den Investitionen (8650.891.01/8650.331.02)	2.259		1.771		662
340 Zuweisung Bund zu den Investitionen (8650.891.01/8650.332.01)	2.306		1.825		708
350 Zuweisung Länder zu den Investitionen Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)	46		54		46
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	13.928	0	12.768	0	12.458

## ERLÄUTERUNGEN

### Kurzbeschreibung des BNI

Das Bernhard-Nocht-Institut (BNI) ist seit dem Haushaltsjahr 2002 eine Einrichtung der Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) der Freien und Hansestadt Hamburg. Es wurde im Jahre 1900 gegründet mit dem Auftrag, sich tropenmedizinischer Forschung und der Behandlung von Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten zu widmen. Gegenstände der heutigen Forschungsaktivitäten sind:

- die molekular- und zellbiologischen Mechanismen der Pathogenität von Erregern tropischer Infektionen
- die immunologischen Grundlagen der Interaktionen zwischen Erreger und Wirt
- die genetische Grundlage der Resistenz gegen diese Erreger
- die Reservoirs und Überträger tropenmedizinisch relevanter Erreger
- die klinische Forschung mit Patienten, die an tropischen Infektionen erkrankt sind.

Die Forschung wird nach der "Rahmenvereinbarung Forschungsförderung" durch den Bund und die Länder sowie durch die Hansestadt Hamburg finanziert. Daneben wirbt das Institut in großem Umfang Drittmittel ein, z.B. bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft, der Weltgesundheitsorganisation, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und bei verschiedenen Stiftungen.

#### Erläuterungen

Auf der Grundlage der getroffenen Regelungen und Vereinbarungen in den Wirtschaftsplanverhandlungen vom 13.02.2002 wird eine Veranschlagung für 2003 in einem Wirtschaftsplan für den Bereich Forschung vorgelegt.

Seit 1998 finanziert sich die Klinik des BNI ausschließlich aus Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung.

Mit dem Krankenhausplan 2005 werden die Betten der klinischen Abteilung des BNI auch nach dem HmbKHG gefördert.

### I. Erfolgsplan

#### 1. Einnahmen im Erfolgsplan

10

bis - Einnahmen -

19

- Allgemeine Erläuterungen -

Bei den Einnahmen ist gegenüber dem Vorjahr eine minimale Steigerung von 1.516 Tsd. EUR auf 1.517 Tsd. EUR zu verzeichnen.

#### 2. Ausgaben im Erfolgsplan

40

bis - Personalausgaben -

49

- Allgemeine Erläuterungen -

Ab 01.01.2003 werden 3 Stellen Kr. I/Va aus dem Stellenplan gestrichen, zur Erfüllung der Bundesvorgabe zur Absenkung des Stellenbestandes um 1,5%.

Gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 13.02.2002 werden die Ansätze für Personalausgaben (Kontogruppen 40-49) 2003 gegenüber 2002 um 170 Tsd. EUR zur Tarifanpassung und zur Schaffung einer neuen Stelle IVa/III (Systemadministration) erhöht. Diese Ansatzserhöhung entspricht einer Erhöhung im Bereich der Personalausgaben von 2,2% gegenüber 2002.

50

bis - Sachaufwand -

64

- Allgemeine Erläuterungen -

Gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 13.02.2002 wurde eine Erhöhung der Ansätze bei den Sach- und Fachausgaben um 30 Tsd. EUR vorgenommen. Dieses entspricht einer Erhöhung von 1,1% gegenüber 2002.

## II. Finanzierungsplan

### Investitionen

701

bis - Investitionen -

811

- Allgemeine Erläuterungen -

- Die Ansätze des Jahres 2002 für die Kontogruppen 701, 811 und 812 wurden auf das Planjahr 2003 überrollt

#### Kontogruppe 702 (Hochbau):

- Erweiterungsbau Bernhard-Nocht-Institut

Der Ansatz für das Planjahr 2003 (4.090 Tsd. EUR) entspricht dem Zahlungsplan vom 19.02.2001. Bzgl. des weiteren Mittelbedarfs wurde eine Prognose entsprechend des geplanten Baufortschritts vorgelegt. Die Teilnehmer der Wirtschaftsplanverhandlung waren sich darüber einig, dass schnellstmögliches Bauen anzustreben ist.

Der gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 19.02.2001 verabschiedete Zahlungsplan sieht folgende Raten in Tsd. EUR vor:

2001	2002	2003	2004	2005	2006
511	3.068	4.090	4.090	4.090	4.090

#### Grundsanierung BNI

Die Restarbeiten zur Grundsanierung des BNI wurden in 2001 beendet. Eine Schlussrechnung wurde gemeinsam mit der seinerzeit zuständigen BAGS V4 und G1 vom BNI erstellt.

#### Außenstelle Afrika KCCR

Die Baumaßnahmen haben sich weiter verzögert. Es musste ein Wechsel des Architekturbüros vorgenommen werden. Die Arbeiten sollen – gem. Plan – im April 2003 beendet werden.

#### Umgestaltung Eingangsbereich

Bis auf einige Restarbeiten wurden die Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich des BNI in 2001 abgeschlossen.

## Produktinformationen

### Produktgruppe 21 Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

(Wirtschaftsplanbereich nach § 15 LHO)

Kapitel 8650

Wirtschaftsplan­daten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001 <sup>32</sup>
Einnahmen in Tsd. EUR	1.517	1.716	1.333
Fiktive Einnahmen	9.317	9.118	8.876
Personalausgaben in Tsd. EUR	7.874	7.704	7.362
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	2.960	2.930	2.847
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.611	3.650	1.824
Stellen <sup>33</sup>	225,21	225,21	225,21

<p><b>Ziele der Produktgruppe</b></p> <p>Z 1: Ausprägung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin als Deutsches Kompetenzzentrum für Tropenmedizin und klinisches Referenzzentrum für Tropenmedizin und Infektionskrankheiten. Das BNI ist ab 01.01.2002 zum „Nationalen Referenzzentrum für tropische Infektionen“ bestellt worden.</p> <p>Z 2: Überführung des BNI in eine neue Rechtsform.</p>			
<p><b>Produkte – Überblick</b></p> <p>P 1: Tropenmedizinische Forschung inkl. tropenmedizinischer Diagnostik</p> <p>P 2: Kooperative Forschungsstation in Ghana</p> <p>P 3 Reisemedizinisches Zentrum</p> <p>P 4 Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt tropische Infektionskrankheiten</p> <p>P 5 Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin</p>			
<p><b>Produkt 1: Tropenmedizinische Forschung inkl. tropenmedizinischer Diagnostik</b></p> <p>Erläuterungen/Schwerpunkte:            Konsequente Fortsetzung der biotechnologischen Forschung auf dem Gebiet der tropischen Infektionskrankheiten mit den Forschungsschwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Malaria</li> <li>- Häorrhagische Fieber</li> <li>- Amöbiasis</li> <li>- Filariasis und</li> <li>- HIV</li> </ul>			
<p><i>Produktbezogene Kennzahlen</i></p>			
	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Zahl der durchgeführten Drittmittelprojekte für in- und ausländische Drittmittelgeber	85	85	93
Wissenschaftliche Veröffentlichungen	135	130	130
<p><b>Produkt 2: Kooperative Forschungsstation in Ghana</b></p> <p>Erläuterungen/Schwerpunkte:            Ausbau der kooperativen Forschungsstation in Ghana Kumasi Centre for Cooperative Research (KCCR)</p>			

<sup>32</sup> Die Wirtschaftsplan­kennzahlen für 2001 beinhalten das Betriebsergebnis. Drittmittel und Rücklagen des Finanzierungsplans sind nicht enthalten.

<sup>33</sup> Inkl. sonstigem Personalbedarf

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Durchgeführte Projekte am KCCR			
– interne (BNI)	10	10	12
– externe (Internationale Projekte)	6	5	4
<b>Produkt 3: Reisemedizinisches Zentrum</b> Erläuterungen/Schwerpunkte: Ausbau des Reisemedizinischen Zentrums			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Zahl der durchgeführten Impfauskünfte	16.500	16.500	12.000
Impfungen ohne Beratung	6.500	6.500	6.025
<b>Produkt 4: Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt tropische Infektionskrankheiten</b> Erläuterungen/Schwerpunkte: Optimale diagnostische und therapeutische Betreuung von Patienten mit internistischen, Infektions- und Tropenkrankheiten einschließlich HIV und AIDS. Aufbau des „überregionalen Behandlungszentrum Nord“.			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Zahl der stationär behandelten Patienten	1.500	1.500	1.498
Zahl der ambulant behandelten Patienten	5.900	5.900	5.940
<b>Produkt 5: Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin</b> Erläuterungen/Schwerpunkte: Konsequenter Ausbau von Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der tropischen Infektionskrankheiten			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Kurs Tropenmedizin für Ärzte	1	1	1
Reisemedizinische Weiterbildung	6	6	3
Wissenschaftliche Lehrveranstaltungen	45	45	46
Dozenten mit Lehrverpflichtung an der Uni-Hamburg	7	7	7

Anlage 2.2

Klinische Abteilung – nachrichtlich

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Einnahmen</u></b>			
<b>1. Betriebseinnahmen</b>			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	5.113	5.146	5.511
12 Honorarabgaben	128	153	147
16 Einnahmen priv. Nutzung Telephon	7	8	2
19 Vermischte Einnahmen	51	51	58
<b>Summe 1.</b>	<b>5.299</b>	<b>5.358</b>	<b>5.718</b>
<b>2. Sonstige Einnahmen</b>			
Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
21 Erstattung Pers Impfauskunft <sup>1</sup>	0	0	130
24 Einnahmen forschungsbed. Mehraufwand <sup>1</sup>	153	153	125
28 Sonst. zweckgeb. Einnahmen <sup>2</sup>	13	13	14
29 Zweckgeb. Einnahmen (Investitionen) <sup>3</sup>	101	205	111
<b>Summe 2.</b>	<b>267</b>	<b>371</b>	<b>380</b>
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>			
<b>Summe 3.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b><u>Gesamteinnahmen</u></b>	<b>5.566</b>	<b>5.729</b>	<b>6.098</b>

<sup>1</sup> Konkretisierung der Kontogruppenbezeichnung.

<sup>2</sup> Umbenennung der Kontogruppe 29 in 28 bei Änderung der Bezeichnung von „Erstattungen für Zivis in „Sonstige zweckgebundene Einnahmen“.

<sup>3</sup> Neue Kontogruppe für die Fördermittel nach dem KH-Plan 2005.

## Klinische Abteilung – nachrichtlich

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b><u>Ausgaben</u></b>			
<b>1. Materialausgaben</b>			
51 Geräte und Ausstattungsgegenstände	134	131	164
60 Sachaufwand für Lehre und Forschung	62	61	48
61 Wirtschaftsbedarf	1.155	1.125	1.149
<b>Summe 1.</b>	<b>1.351</b>	<b>1.317</b>	<b>1.361</b>
<b>2. Personalausgaben</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>			
40 Angestelltenvergütungen	2.270	2.992	2.312
40 Aufwand für zentrale Dienste (an Forschung)	767	767	690
44 Beschäftigungsentgelte	65	79	49
<b>Summe 2.1</b>	<b>3.102</b>	<b>3.071</b>	<b>3.051</b>
<b>2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
42 Versorgungsbezüge für Angestellte	261	255	246
48 Fürsorgeleistungen	1	1	2
47 Personalaufwand Impfauskunft	0	0	108
<b>Summe 2.2</b>	<b>262</b>	<b>256</b>	<b>356</b>
<b>Summe 2.</b>	<b>3.364</b>	<b>3.327</b>	<b>3.407</b>
<b>3. Sonstige betriebliche Ausgaben</b>			
<b>3.1 Personalbedingte Ausgaben</b>			
55 Aus- und Fortbildung	6	6	2
<b>Summe 3.1</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>2</b>
<b>3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
52 Bewirtschaftung	180	184	123
53 Unterhaltung	62	61	56
54 Mieten und Pachten	7	8	4
<b>Summe 3.2</b>	<b>249</b>	<b>253</b>	<b>183</b>
<b>3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb</b>			
50 Verwaltungsbedarf	140	141	70
56 Erstattungen und Zuschüsse	280	302	244
57 Speiseversorgung Klinik	337	331	314
59 Sonst. Sachaufwand Verwaltung	70	90	24
<b>Summe 3.3</b>	<b>827</b>	<b>864</b>	<b>652</b>
<b>3.4 Übrige sonstige Ausgaben</b>			
64 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	25	21	0

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>Summe 3.4</b>	25	21	0
<b>Summe 3.</b>	1107	1.144	837
<b>4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben</b> ... .			
<b>Summe 4.</b>	0	0	0
<b>5. Steuern</b> ... .			
<b>Summe 5.</b>	0	0	0
<b><u>Gesamtausgaben</u></b>	5.822	5.788	5.605
<b><u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u></b>	256	0	493

## Klinische Abteilung – nachrichtlich

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	VE 2003	Ansatz 2002	VE 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	25		52		0
812 Maschinen und Anlagen	50		153		25
<b>Summe 1.</b>	75	0	205	0	25
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
<b>Jahresfehlbetrag</b>	256		0		-493
Festgelegte Deckungsmittel					646
<b>Summe 2.</b>	256	0	0	0	153
<b><u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u></b>	331	0	205	0	178
<b>II. Deckungsmittel</b>					
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	331		205		178
... Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)					
<b><u>Summe Deckungsmittel</u></b>	331	0	205	0	178

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 8650</b>	<b>Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin</b>

**I. Stellenbestand**

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
					Anzahl der kw-Stellen 0,50	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>						
<u>Planstellen</u>						
A 15	7,00			0,00		
A 14	3,00			0,00		
A 13	1,00			0,00		
A 11	1,00			0,00		
Summe:	12,00			0,00		

- A 15           Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)  
A 14           Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (3,00)  
A 13           Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00)  
A 11           Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)

2003				2002		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
nach I	1,00			0,00		
I	1,00			0,00		
I a	5,00			0,00		
II a/ I a	15,00			0,00		
I b	6,00			0,00		
II a hD	5,00			0,00		
IV a	3,00			0,00		
IV b	2,00			0,00		
V b gD	29,00			0,00		
V c	25,00	0,50	1)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>	
VI b	8,50			0,00		
VII	5,50	0,50	2)	0,00	<i>kw: 0,50 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>	

Einzelplan WI  
Kapitel 8650

Wirtschaftspläne  
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu- gang	Ab- gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
A 15					7,00				7,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
A 14					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
A 13					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
A 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>					12,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,00	
nach I					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
I					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
I a					5,00				5,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
II a/ I a					15,00				15,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
I b					6,00				6,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
II a hD					5,00				5,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IV a					3,00				3,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
IV b					2,00				2,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
V b gD					29,00				29,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
V c					25,00				25,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VI b					8,50				8,50	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	
VII					5,50				5,50	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)	

**I. Stellenbestand**

Wertigkeit	2003		Vermerk Nr.	2002		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<b>Angestellte</b>						
IX b/VII	3,00			0,00		
VIII	9,50			0,00		
Sonderregel.mD	3,04			0,00		
Kr. VIII	1,00			0,00		
Kr. VII	4,00			0,00		
Kr. VI	10,00			0,00		
Kr. IV a	34,00			0,00		
Summe:	170,54			0,00		
<b>Arbeiterinnen/ Arbeiter</b>						
6	3,00			0,00		
4	6,00			0,00		
3	1,00			0,00		
2	7,00			0,00		
1 (R)	25,67			0,00		
Summe:	42,67			0,00		
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	<b>225,21</b>			<b>0,00</b>		

Einzelplan WI  
Kapitel 8650

Wirtschaftspläne  
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

## II. Erläuterungen

### Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				106,00					106,00	
IX b/VII				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
VIII				9,50					9,50	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Sonderregel.mD				3,04					3,04	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Kr. VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Kr. VII				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Kr. VI				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
Kr. IV a				34,00					34,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	170,54	0,00	0,00	0,00	0,00	170,54	
6				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
4				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
2				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
1 (R)				25,67					25,67	Verlagerung von Kapitel 4350; Aufgaben- und Stellenverlagerung 2002 (Neugliederung der Behörden)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>	0,00	0,00	0,00	42,67	0,00	0,00	0,00	0,00	42,67	
<b>Summe (ohne *) insgesamt</b>	0,00	0,00	0,00	225,21	0,00	0,00	0,00	0,00	225,21	

# Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

## für das Haushaltsjahr 2003

### Wirtschaftsplan der Wassergütestelle Elbe der Behörde für Umwelt und Gesundheit (§ 15 Abs. 2 LHO)

Der Wirtschaftsplan ist analog der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26, 74, 85 LHO zu bewirtschaften. Eine kaufmännische Buchführung wurde noch nicht eingeführt.

#### Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal- und Sachaufwand sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf, der nicht gedeckt werden kann, darf durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden.
4. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Mehrerträge erwartet wird.

	Ansatz	Ansatz	Ergebnis
Kontenbezeichnung	2003	2002	2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. Erfolgsplan</b>			
<b>Einnahmen</b>			
<b>1. Einnahmen aus Kostenerstattung der Bundesländer</b>			
Niedersachsen	196	194	192
Schleswig-Holstein	196	194	192
Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg je 1/2 Anteil	196	194	192
Sachsen-Anhalt	196	194	192
Sachsen	196	194	192
Hamburg	196	194	244
<b>Summe 1.</b>	1.176	1.163 <sup>35</sup>	1.204
<b>2. Sonstige Einnahmen</b>	0	0	0
<b>Summe 2.</b>	0	0	0
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>	0	0	0
<b>Summe 3.</b>	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1.176</b>	<b>1.163*</b>	<b>1.204</b>

<sup>35</sup> -1 als Differenz der Umrechnung von DM in EURO z. B. 379 TDM = 193,78 rd. 194 Tsd. EUR

Anlage 2.3

	Ansatz	Ansatz	Ergebnis
Kontenbezeichnung	2003	2002	2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>1.1 Hilfs- und Betriebsstoffe</b>	18	18	17
<b>1.2 Bezogene Leistungen</b>	147	319	276
<b>Summe 1.</b>	165	337	293
<b>2. Personalausgaben</b>			
<b>2.1 Gehälter und Löhne</b>			
Beamtenbezüge	71	70	67
Angestelltenvergütungen	415	411	404
<b>Summe 2.1</b>	486	481	471
<b>2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	83	82	74
Versorgungszuschlag für Beamte	22	21	20
Versorgungszuschlag für Angestellte	44	43	42
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen		0	2
<b>Summe 2.2</b>	149	146	138
<b>Summe 2.</b>	635	627	609
<b>3. Sonstige betriebliche Ausgaben</b>			
<b>3.1 Personalbedingte Ausgaben</b>			
Reisekosten	25	25	21
<b>Summe 3.1</b>	25	25	21
<b>3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung</b>			
Unterhaltung Dienstgebäude	115	98	106
<b>Summe 3.2</b>	115	98	106
<b>3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb</b>			
Sonstige betriebliche Ausgaben	51	50	64
Verwaltungsgebühren	26	26	24
<b>Summe 3.3</b>	77	76	88
<b>3.4 übrige sonstige Ausgaben</b>			
Koordinierung WRRL	159	0	0
<b>Summe 3.4</b>	159	0	0
<b>Summe 3.</b>	376	199	215
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.176</b>	<b>1.163</b>	<b>1.117</b>
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>87</b>

	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis
Kontenbezeichnung	2003	2003	2002	2002	2001
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
<b>B. Finanzierungsplan</b>					
<b>I. Finanzbedarf</b>					
<b>1. Investitionen</b>					
... Gebäude					
... Maschinen und Anlagen					
... Fahrzeuge					
... Betriebs- und Geschäftsausstattung					
<b>Summe 1.</b>	0	0	0	0	0
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>					
... Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs					
... Ablieferung an den Haushalt					
... Jahresfehlbetrag					
... Noch verfügbare Deckungsmittel					133
<b>Summe 2.</b>	0	0	0	0	0
<b>Gesamtsumme Finanzbedarf</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>					
... Jahresüberschuss (aus Kostenerstattung)					87
... Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel					46
... Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)					
... Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)					
... Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)					
<b>Summe Deckungsmittel</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>133</b>

## Erläuterungen

Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbeanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Haushaltsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt.

### Einnahmen im Erfolgsplan

	<b>Ansatz 2003 in Tsd. EUR</b>
<b>Einnahmen von den o.a. Ländern</b>	<b>1.176</b>
Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter	
Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist. Die entsprechenden Ausgaben werden bei den nachstehenden Kontengruppen geleistet.	

### Ausgaben im Erfolgsplan

1. Materialausgaben		
1.1 Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung, Reparatur und Unterhaltung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	18	
1.2 Veranschlagt sind Entgelte für Hilfskräfte (Fremdpersonal) und Wassergüteuntersuchungen (Fremdlabore)	147	
<b>Summe 1</b>		<b>165</b>
2. Personalausgaben		
Die Veranschlagung erfolgt nach den für den Haushaltsplan der FHH geltenden Grundsätzen und berücksichtigt		
2.1 die Bezüge und Vergütungen der in der Wassergütestelle Elbe beschäftigten Beamten und Angestellten	71 415	
(nach dem Besoldungs-/Tarifstand 2000 zuzüglich 1 % Steigerung)		
<b>Summe 2.1</b>		<b>486</b>
2.2 die entsprechenden Personalnebenkosten:		
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	83	
Versorgungszuschlag Beamte (30 %) + 4 % Beihilfe	22	
Versorgungszuschlag Angestellte (9 %)	44	
<b>Summe 2.2</b>		<b>149</b>
3. Sonstige betriebliche Ausgaben		
3.1 Reisekosten		<b>25</b>
3.2 Veranschlagt sind die Unterhaltung der Diensträume - Strom, Wasser, Heizungsnachzahlung, Entsorgung etc., Kfz., Unterhaltung, Mieten für Hubschrauber sowie Dienstgebäude, Miete Fotokopierer		<b>115</b>
3.3 sonstige betriebliche Aufwendungen		
Telefonkosten, Porto / Handkasse, Druckkosten / Bücher, Unterhaltung der Computer, Geschäftsbedarf	51	
sowie 4 % Verwaltungsgebühr auf die Bruttopersonalkosten	26	
<b>Summe 3.3</b>		<b>77</b>
3.4 Übrige sonstige Ausgaben		
Koordinierung WRRL		<b>159</b>

## Produktinformation Wassergütestelle Elbe

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Integration der bestehenden Aufgaben der ARGE ELBE in die WRRL.</p> <p>Z2: Verminderung der Belastungssituation der Elbe.</p> <p>Z3: Schaffung eines intakten ökologischen Umfeldes.</p> <p>Z4: Umsetzung der "Ökologischen Sofortmaßnahmen" und des "Langfristigen Aktionsprogramms Elbe".</p> <p>Folgende fachliche Entwicklungen sollen in 2003 weiterverfolgt werden:            Nach Vorgaben der EU-WRRL sollen die Elbe und alle übrigen Gewässer in ihrem Einzugsgebiet zukünftig mindestens einen guten Zustand aufweisen. Insbesondere zählt zu den Entwicklungszielen die Schaffung eines intakten Naturhaushaltes, der den Pflanzen und Tieren auf der Basis eines guten ökologischen und chemischen Zustandes eine gesunde Lebensgrundlage bietet. Damit verbunden sind ausdrücklich auch solche Nutzungsmöglichkeiten durch den Menschen, die diesen Zielen nicht entgegenstehen. Entsprechende Maßnahmenprogramme werden den Weg dorthin bestimmen.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Aktionsprogramme Elbe und EU-Wasserrahmenrichtlinie*)            Erläuterungen:            - Die Mitarbeit bei der Umsetzung dieser Vorgaben ist eine direkte Aufgabe der Wassergütestelle Elbe aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Elbeanrainerländern.</p> <p>P 2 Messprogramme            Erläuterungen:            - Die Fortführung und Weiterentwicklung von Standard-, Schwerpunkt- und Sondermessprogrammen dient der gezielten Erfassung des Ist-Zustandes. Anpassungen berücksichtigen die Erfordernisse der EU-WRRL.</p> <p>P 3 Berichte, Broschüren, Informationsblätter, Öffentlichkeitsarbeit            Erläuterungen:            - Die Auswertung der Befunde und deren Veröffentlichung dient der kompetenten Unterrichtung der Kunden und Betroffenen. Diskrepanzen zwischen Ist-Zustand und dem geforderten "guten Zustand" gem. EU-WRRL zeigen hierbei den weiteren Handlungsbedarf auf.</p> <p>P 4 Klassifizierungssysteme für die Qualitätskomponenten der EU-WRRL            Erläuterungen:            - Mitarbeit bei entsprechenden Verfahren; entsprechende Klassifizierungssysteme dienen der Einordnung der Befunde, die sich für die verschiedenen Qualitätskomponenten bei der Erfassung des Ist-Zustandes ergeben. Diskrepanzen zwischen dem bewerteten Ist-Zustand und dem geforderten guten Zustand gem. EU-WRRL zeigen den weiteren Handlungsbedarf (Maßnahmenprogramme) auf.</p> <p>P 5 Vertretung der ARGE-ELBE-Interessen            Erläuterungen:            - Die Ziele der ARGE ELBE sind in nationalen und internationalen Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Gremien zu vertreten und unter Berücksichtigung von fachtechnischen und naturwissenschaftlichen Stellungnahmen schrittweise umzusetzen</p>

	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.176	1.163	1.204
- Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.176	1.163	1.204
- Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.176	1.163	1.117
- Personalausgaben in Tsd. EUR	635	627	609
- Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	541	536	508
Stellen	10	10	10

\*)vorbehaltlich einer positiven Beschlusslage der Flussgebietskonferenz im Sommer 2002

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen:            Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwal-</p>

## Anlage 2.3

tungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbeanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Haushaltsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe in Höhe von 1.176 Tsd. EUR werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen.

Sach- und Fachausgaben :

Die Sachausgaben ergeben sich im Wesentlichen durch:

Gewässergüteuntersuchungen, die nicht von den landeseigenen Laboratorien geleistet werden können und deshalb in der Regel an Privatlaboratorien vergeben werden müssen. Es handelt sich bei den Wassergüteuntersuchungen zum einen um die Durchführung systematischer Untersuchungen, die im Interesse aller Elbeanlieger als Gemeinschaftsaufgabe wahrzunehmen sind und zum anderen um spezielle Schadstoffanalysen, die nur in ausgewählten Speziallaboratorien durchgeführt werden können.

Die damit gewonnenen Untersuchungsergebnisse sind sowohl im Hinblick auf die Vorbelastungssituation in der CR als auch im Hinblick auf die Belastung der Nordsee (internationale Nordseeschutzkonferenz) von großer Bedeutung.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Kalkulatorische Kosten in Tsd. EUR	28	28	28
- Raumkosten in Tsd. EUR	28	28	28
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	-
- innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	-
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	-

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
<b>P 1: Aktionsprogramme Elbe und EU-Wasserrahmenrichtlinie:</b>			
Projekte	3	3	3
- Aktualisierung Aktionsprogramm Elbe, (industrielle Direktleiter und Indirektleiter in 2003 und 2002)	2	2	2
- Pilotprojekt Tideelbe (WRRL)	1	1	-
- Koordination und Diskussionsforum (WRRL) Teilgebiete	5	5	-
Kosten in Tsd. EUR	88	88	66
<b>P 2: Messprogramme:</b>			
Projekte	3	3	3
Wasseruntersuchungen (Anzahl Proben)	380	380	300
Schwebstoff-/Sedimentuntersuchungen (Anzahl Proben)	400	400	395
Biotauntersuchungen (Anzahl Proben)	150	150	200
Fischbestandskundliche Untersuchungen	8	8	8
Kosten für Wasseruntersuchungen in Tsd. EUR	25	49	21
Kosten Schwebstoff-/Sedimentuntersuchungen in Tsd. EUR	48	68	49
Kosten Biotauntersuchungen in Tsd. EUR	74	78	88
Kosten für fischbestandskundliche Untersuchungen in Tsd. EUR	36	36	52
<b>P 3: Berichte, Broschüren, Informationsblätter, Öffentlichkeitsarbeit:</b>			
Projekte	3	3	6
Kosten für Berichte, Broschüren, Informationsblätter in Tsd. EUR	21	21	28

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
P 4: Klassifizierungssysteme für die Qualitätskomponenten der EU-WRRL:			
Projekte			
Klassifizierungssystem	-	-	-
Kosten für das Klassifizierungssystem in Tsd. EUR	-	-	-
P 5: Vertretung der ARGE-ELBE-Interessen:			-
Projekte	7	6	6
ARGE-ELBE-Ausschüsse	6	6	6
IKSE-Arbeitsgruppen	6	6	6
BUND-Länder-Messprogramm Nordsee /Ostsee	1	1	1
LAWA-Arbeitskreis	1	1	1
BWK-Arbeitskreis	1	-	-
Qualitätssicherungs-Arbeitsgruppen	2	2	2
Arbeitskreis Elbefischerei	1	1	1
Kosten für Dienstreisen in Tsd. EUR	18	18	18

<b>Einzelplan WI</b>	<b>Wirtschaftspläne</b>
<b>Kapitel 8701</b>	<b>Wassergütestelle Elbe der Umweltbehörde</b>

**I. Stellenbestand**

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Beamtinnen/ Beamte</b>					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)

2003				2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<b>Angestellte</b>					
I b	2,00			2,00	
III	2,00			2,00	
IV a	1,00			1,00	
V b gD	1,00			1,00	
V c	1,50			1,50	
VI b	1,00			1,00	
VII	0,50			0,50	
Summe:	9,00			9,00	
<b>Summe (ohne *)</b>	<b>10,00</b>			<b>10,00</b>	
<b>insgesamt</b>					

Einzelplan WI  
Kapitel 8701

Wirtschaftspläne  
Wassergütestelle Elbe der Umweltbehörde

## II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

# **Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2003**

## **Wirtschaftsplan**

des Sondervermögens für Naturschutz und Landschaftspflege  
der Behörde für Umwelt und Gesundheit  
(§ 26 Abs. 2 LHO)

### **Haushaltsrechtlicher Vermerk**

1. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal-, Sach-, und Unterhaltungsausgaben und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf darf aus noch verfügbaren Deckungsmitteln gedeckt werden. Dabei dürfen die Personalmehrausgaben für befristete Beschäftigung von Personen im Rahmen von Dienst- und Honorarverträgen in der Behörde für Umwelt und Gesundheit einen Gesamtbetrag in Höhe von 36.000 EUR nicht übersteigen. Bis zu diesem Betrag wird die Behörde für Umwelt und Gesundheit ermächtigt, die notwendigen stellentechnischen Regelungen zu treffen.
4. Die Verzinsung der Guthaben des Sondervermögens erfolgt mit dem jeweiligen monatlich festgestellten durchschnittlichen Zinssatz, den die Freie und Hansestadt Hamburg für Tagesgelder bei der Hamburgischen Landesbank erhält bzw. erhalten würde.

Anlage 2.4

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b>Einnahmen</b>			
<b>1. Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Behörde für Umwelt und Gesundheit</b>			
1.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten	3.770	1.534	889
1.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden	4.915	0	1.772
<b>Summe 1.</b>	<b>8.685</b>	<b>1.534</b>	<b>2.661</b>
<b>2. Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Bezirke</b>			
2.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten	0	0	986
2.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden	0	0	0
<b>Summe 2.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>986</b>
<b>3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen</b>			
3.1 Zinsen der Behörde für Umwelt und Gesundheit	0	0	25
3.2 Zinsen der Bezirke	0	0	0 <sup>36</sup>
<b>Summe 3.</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>25</b>
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>8.685</b>	<b>1.534</b>	<b>3.672</b>

<sup>36</sup> Da die Mittel der Bezirke erst im IV. Quartal auf die Geschäftskonten überwiesen wurden, sind keine Zinsen in 2001 wertgestellt worden

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>A. ERFOLGSPLAN</b>			
<b>Ausgaben</b>			
<b>1. Personalausgaben</b>			
<b>1.1 Gehälter und Löhne</b>			
Beamtenbezüge	40	92	0
Angestelltenvergütungen	178	98	31
Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0	0	0
Sonstige Personalausgaben (Zulagen, Überstundenentgelte und dgl.)	0	0	0
<b>Summe 1.1</b>	218	190	31
<b>1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>			
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	38	21	8
Versorgungszuschlag für Beamte 30%	12	26	0
Versorgungszuschlag für Angestellte 10,5%	16	11	3
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen 4%	2	4	0
<b>Summe 1.2</b>	68	62	11
<b>Summe 1.</b>	286	252	42
<b>2. Sachausgaben</b>			
<b>2.1 Sachkosten</b>			
Büroarbeitsplatzpauschale	22,8	28	0
Kosten für IuK-Geräte, Betriebsmittel	5,2	0	0
<b>Summe 2.</b>	28	28	0
<b>3. Unterhaltungsausgaben</b>			
<b>3.1 Unterhaltung von Ausgleichsflächen</b>	50	5	0
<b>Summe 3.</b>	50	5	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>364</b>	<b>285</b>	<b>42</b>
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>8.321</b>	<b>1.249</b>	<b>3.630</b>

Anlage 2.4

Kontenbezeichnung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
<b>B. Finanzierungsplan</b>			
<b>I. Finanzbedarf</b>			
<b>1. Investitionen</b>			
Behörde für Umwelt und Gesundheit	4.200	767	45
Bezirksämter	115	0	0 <sup>37</sup>
<b>Summe 1.</b>	<b>4.315</b>	<b>767</b>	<b>45</b>
<b>2. Sonstiger Finanzbedarf</b>			
Zuführung an Rücklagen	4.006	482	3.585
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	0
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Noch verfügbare Deckungsmittel	0	0	0
<b>Summe 2.</b>	<b>4.006</b>	<b>482</b>	<b>3.585</b>
<b>Gesamtsumme Finanzbedarf</b>	<b>8.321</b>	<b>1.249</b>	<b>3.630</b>
<b>II. Deckungsmittel</b>			
Entnahme aus Rücklage			
Jahresüberschuss	8.321	1.249	3.630
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel			
Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)			
<b>Summe Deckungsmittel</b>	<b>8.321</b>	<b>1.249</b>	<b>3.630</b>

<sup>37</sup> Da die Mittel der Bezirke erst im IV. Quartal auf die Geschäftskonten gezahlt wurden, konnten in 2001 daraus keine Investitionen mehr vorgenommen werden.

## Erläuterungen

Das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Im Wirtschaftsplan sind erstmalig auch Angaben der Bezirke enthalten, deren Mittel im Laufe des Haushaltsjahres 2001 in das Sondervermögen übertragen worden sind.

### Einnahmen im Erfolgsplan

#### Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (§9 Abs.6 HmbNatSchG). Diese werden sowohl von der Behörde für Umwelt und Gesundheit als auch den Bezirksämtern erhoben. Zu den Einnahmeansätzen der Behörde für Umwelt und Gesundheit ist zu erläutern, dass diese auf der Grundlage der mittelfristigen Maßnahmenplanungen des Sondervermögens geschätzt sind.

Für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Altenwerder stehen auf dem Haushaltstitel 7500.742.47 Mittel in Höhe von über 23 Mio. EUR zur Verfügung. Diese werden nach Planungs- und Baufortschritt von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit abgefordert und an das Sondervermögen gezahlt. In 2003 sollen davon 2.744 Tsd. EUR abgefordert werden.

Die Einnahmen für 2003 setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>Ansatz 2003</b>
	<b>in Tsd. EUR</b>
Behörde für Umwelt und Gesundheit	8.685
Bezirksämter	<u>0</u>
<b>Summe:</b>	<b>8.685</b>

### Ausgaben im Erfolgsplan

#### 1. Personalausgaben

Die Veranschlagung erfolgt nach dem Besoldungs-/Tarifstand / Netto-Personalkostentabelle 2001. Bei der Veranschlagung werden berücksichtigt

##### 1.1 die Bezüge und Vergütungen der im Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege beschäftigten

Beamten und	40
Angestellten	<u>178</u>
	218

##### 1.2 die entsprechenden Personalnebenkosten,

Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	38
Versorgungszuschlag Beamte (30%)	12
Versorgungszuschlag Angestellte (10,5%)	16
Beihilfe	<u>2</u>
	68

Summe 1. **286**

#### 2. Sachausgaben

Es werden die Sachkosten für die Geschäftsführung des Sondervermögens veranschlagt. Diese setzen sich zusammen aus der Büroarbeitsplatzpauschale für 4 Büroarbeitsplätze

22,8

und der sich darüber hinaus errechneten Differenz zur Bildschirmarbeitsplatzpauschale für die Abführung an zwei unterschiedliche Haushaltstitel des Haushaltsplanes 2003 (4 Büroarbeitsplätze).

5,2

28

Summe 2. **28**

#### 3. Unterhaltungsausgaben

Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung von Ausgleichsflächen. Die Unterhaltungskosten verteilen sich wie folgt:

## Anlage 2.4

Behörde für Umwelt und Gesundheit	50	
Bezirksämter	<u>0</u>	
	50	
Summe 3.		<b>50</b>

## Finanzierungsplan

### I. Finanzbedarf

#### 1. Investitionen

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Grunderwerb, die Herrichtung und für Planungskosten. Die investiven Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Behörde für Umwelt und Gesundheit

Nach gegenwärtigen Stand sind Ausgaben vorgesehen für die Renaturierung des Neuländer Baggersees, für Grünlandaufwertungen im Billebogen, die Fischschleuse am Deichsiel Hohenwisch, die Feuchtwiesenaufwertung in Curslack und in den Kirchwerder Wiesen, einen Teil der Grünlandaufwertung im Moorgürtel und für Entsiegelungen von Schulhofflächen.

4.200

Bezirksämter:

Im Bezirk Harburg sind Renaturierungsmaßnahmen am Rönneburger Fischteichgraben und die Freistellung des Appelbütteltals geplant.

115

Summe 1. **4.315**

#### 2. Sonstiger Finanzbedarf

Zuführung an Rücklagen

Die Höhe der Rücklagen beträgt zum Abschluss des Haushaltsjahres 2001 5.092 Tsd. EUR. Mit den geplanten Zuführungen an die Rücklagen in 2002 von 482 Tsd. EUR und 2003 von 4.006 Tsd. EUR werden sich die Rücklagen auf 9.580 Tsd. EUR erhöhen.

4.006

Summe 2. **4.006**

Gesamtsumme Finanzbedarf **8.321**

### II. Deckungsmittel

**Jahresüberschuss**

8.321

**Summe Deckungsmittel** **8.321**

**Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100 Tsd. EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)**

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2003	Höhe der Zuwendung 2002
			Tsd. EUR	
8600.684.02	Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V.	Festbetragsfinanzierung	26	26
8800.684.01	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	Festbetragsfinanzierung	13	13
8800.684.03	Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	Festbetragsfinanzierung	93	103
8800.684.08	Verschiedene Naturschutzverbände	Festbetragsfinanzierung	142	147
			274	289

Anlage 3.2

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten ( § 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)**

lfd. Nr. Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
	Tsd. EUR		
<b>1 <u>Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.</u></b>			
<b><u>Titel 8670.685.08</u></b>			
<b>Erträge</b>			
1. Zuwendung Hamburg (Titel 8670.685.08) - institutionelle Förderung./Ernährungsberatung - Behörde für Umwelt und Gesundheit -	568,0	557,0	591,5
2. Zuwendung Hamburg (Titel 8620.684.71) - Patientenberatung - Behörde für Umwelt und Gesundheit -	291,0	256,2	252,0
3. Zuwendung Hamburg (Titel 4600.684.05) - Insolvenzberatung -Behörde für Soziales und Familie -	0,0	63,9*	126,2
4. Zuwendung Hamburg (Titel 8600.684.01) -Umweltberatung - Behörde für Umwelt und Gesundheit -	68,0	66,5	99,7**
5. Zuwendung Bund	100,3	100,3	108,5
6. sonstige Erträge	890,0	912,0	870,5
7. Zuwendungen EU			47,7
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1.917,3</b>	<b>1.955,9</b>	<b>2.096,1</b>
* Die Förderung endet planmäßig zum 30. 6. 2002, eine Verlängerung durch Inanspruchnahme von Haushaltsresten bis Jahresende 2002 ist geplant. Bürgerschaftsbeschluss liegt vor.			
** davon 31,3 Euro einmalige Finanzierung für europaweiten Aktionstag "In die Stadt ohne mein Auto"			
<b>Aufwendungen</b>			
1. Personalaufwendungen	1.415,5	1.441,0	1.399,4
2. Sach- und Fachaufwendungen	501,8	514,9	661,4
3. Investitionen	0,0	0,0	0,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>1.917,3</b>	<b>1.955,9</b>	<b>2.060,8</b>

**Übersicht über die in den Deckungskreisen 05, 06, 07, 12, 14, 15, 16 , 17 , 40 und 56 veranschlagten Mittel**

**Deckungskreis 05 / Betriebsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8800.526.01	Ausgaben und Preise für Wettbewerbe, Prämien und dgl.	0	0	25	25	0	0	25	25	25
8800.535.01	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen an Bäumen	110	155	155	155	35	0	153	102	118
8800.541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz	452	410	477	410	480	29	457	409	-23
8800.547.10	Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Naturschutz und Landschaftspflege	87	0	87	0	94	1	86	0	-8
8800.685.91	Mitgliedsbeiträge	174	0	174	0	174	0	174	0	0
Summe	Deckungskreis 05	823	565	918	590	783	30	895	536	112

**Deckungskreis 06 /Zuwendungen und Zuschüsse**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8800.684.01	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge	13	0	13	0	14	0	14	0	0
8800.684.03	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und an die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	93	0	103	0	102	0	102	0	0
8800.684.08	Zuwendungen an Naturschutzverbände	142	0	147	0	147	0	148	0	1
8800.684.10	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Übernahme auslaufender AB-Maßnahmen	234	276	259	259	248	0	248	248	0
Summe	Deckungskreis 06	482	276	522	259	511	0	512	248	1

**Deckungskreis 07 / Investitionen für Naturschutz und Landschaftspflege**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8800.741.01	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	3.718	3.600	3.204	3.600	30	28	2.776	3.732	2.746
8800.741.05	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen etc.	1.000	1.000	500	1.173	0	214	861	1.023	861
8800.741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung	500	200	350	200	59	0	680	153	621
8800.741.81	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilung, Rahmenczuweisung an die Bezirke	1.700	1.350	1.815	1.764	3.040	0	1.713	1.278	-1.327
8800.741.87	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisung an die Bezirke	170	180	222	205	159	0	205	256	46
8800.742.03	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere an Gewässern	130	77	23	131	0	84	0	77	0
8800.791.01	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen	850	1.000	879	1.000	165	3	598	614	433
Summe	Deckungskreis 07	8.068	7.407	6.993	8.073	3.453	329	6.833	7.133	3.380

Titel 8800.741.81 und 8800.741.87: Ergebnisse 2001 der Bezirke, Reste bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

**Deckungskreis 12 / Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8700.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	703	285	777	0	869	51	767	41	-102
8800.811.81	Investitionen für die Gartenbauabteilung - Bereich Friedhöfe -	340	307	373	307	0	0	281	281	281
8900.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	40	20	50	20	30	11	31	20	1
Summe	Deckungskreis 12	1.083	612	1.200	327	899	62	1.079	342	180

**Deckungskreis 14 / Flächensanierung**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	3.500	4.182	3.779	4.013	3.946	421	4.266	4.110	320
8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	1.600	2.000	2.045	1.790	2.028	225	1.534	767	-494
8700.787.03	Sanierung der Deponie Georgswerder	0	0	0	0	0	170	0	0	0
8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	1.020	1.023	1.023	1.023	1.458	0	1.023	1.023	-435
8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	10.000	10.778	5.616	13.329	10.680	173	10.795	6.366	115
8700.787.28	Sanierung Ottensener Straße	0	0	0	0	299	6	0	0	-299
8700.787.32	Sanierung der Deponie Brümmer	0	0	1.000	0	1.915	1.080	4.602	2.045	2.687
8700.787.46	Sanierung Moorfleeter Brack	0	0	6.136	0	2.232	246	2.505	6.136	273
8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	2.550	9.250	0	0	0	0	0	0	0
8700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen u. -bauwerken	2.311	2.500	2.313	2.556	2.018	63	2.316	2.556	298
Summe	Deckungskreis 14	20.981	29.733	21.912	22.711	24.576	2.384	27.041	23.003	2.465

**Deckungskreis 15 / Bauunterhaltung**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8600.519.04	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	351	0	351	0	293	73	140	205	-153
8700.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60	0	100	0	95	0	113	0	18
8700.519.02	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung	17	0	27	0	17	0	27	0	10
8900.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25	0	25	0	24	0	26	0	2
Summe	Deckungskreis 15	453	0	503	0	429	73	306	205	-123

Veranschlagt nach folgenden Richtsätzen:

Für Gebäude (jeweils bezogen auf den Feuerkassenrichtwert)

14,4% bei normaler Abnutzung

16,4% bei übermäßiger Abnutzung

19,3% bei einer Nutzung ähnlich der von Schulen, Häusern der Jugend o.Ä.

Für nicht im Feuerkassenwert enthaltene, mit den Gebäuden fest verbundene maschinelle oder technische Anlagen wird der Richtsatz für übermäßige Abnutzung (16,4%) zu Grunde gelegt.

**Deckungskreis 16 / Hochbauinvestitionen**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8600.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau	100	153	153	153	13	390	409	153	396
8700.701.02	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten	100	179	239	179	186	75	161	239	-25
Summe	Deckungskreis 16	200	332	392	332	199	465	570	392	371

8700.701.02: Ergebnis 2001 bei den Bezirken, Rest 2001 bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

**Deckungskreis 17 / Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8620.893.01	Ambulante geriatrische Rehabilitations-einrichtung am Albertinen-Krankenhaus	0	0	102	0	0	205	205	102	205
8620.893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKhG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	30.490	0	29.126	0	31.378	166	31.511	0	133
8620.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKhG für Krankenhäuser	33.000	150.000	31.512	100.000	31.647	49.711	68.435	201.960	36.788
Summe	Deckungskreis 17	63.490	150.000	60.740	100.000	63.025	50.082	100.151	202.062	37.126

**Deckungskreis 17 / Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8700.541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Umweltuntersuchungen	572	50	700	51	789	8	695	51	-94
8700.541.02	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben	65	0	70	0	76	0	72	0	-4
8700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben Abfallwirtschaft	733	131	977	1.153	1.147	318	1.825	1.153	678
8700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz	392	355	472	288	356	4	472	256	116
8700.541.05	Allgemeine Betriebsausgaben für Altlastensanierung	34	0	39	0	31	0	46	0	15
Summe	Deckungskreis 17	1.796	536	2.258	1.492	2.399	330	3.110	1.460	711

**Deckungskreis 40 / Sach- und Fachausgaben (Kapitel 8620,8660,8670)**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001 Tsd. EUR		2001
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Tsd. EUR Abweichung
8620.534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	351	0	351	0	336	0	351	0	15
8620.534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke	10	0	10	0	5	1	10	0	5
8620.681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	15	0	15	0	4	2	15	0	11
8660.535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	221	0	221	0	272	31	212	0	-60
8670.427.82	Lebensmittelüberwachung, Rahmenzuweisung an die Bezirke	20	0	20	0	16	0	20	0	4
8670.427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	7	0	7	0	6	0	7	0	1
8670.534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	9	0	9	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 40	633	0	633	0	639	34	615	0	-24

Alle Titel: Ergebnis 2001 bei den Bezirken, Rest 2001 bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

**Deckungskreis 56 / Informations- und Kommunikationstechnik**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002		2001		2001		2001
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8620.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. luK-Tech.	254	0	292	0	392	0	285	0	-107
8640.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. luK-Tech.	57	0	57	0	51	0	57	0	6
8670.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. luK-Tech.	14	0	14	0	0	0	14	0	14
Summe	Deckungskreis 56	325	0	363	0	443	0	356	0	-87

## Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2003		2002	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
8600.526.50	Gutachten und Untersuchungen	342	962	1.028	1.023
8600.526.81	Gutachten und Untersuchungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	15	0	30	0
<b>In folgenden Titeln sind Mittel für Gutachten und Untersuchungen anteilig enthalten:</b>					
8600.547.20	Sächliche Verwaltungsausgaben, Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz	1.333	0	1.241	0
8620.526.71	Sachverständigen- u. ähnliche Kosten	3	0	3	0
8700.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben - Amt für Umweltschutz -	1.376	0	1.360	0
8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	500	610	455	475
8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nach- sorgemaßnahmen bei Untergrundverunrei- nungen	3.500	4.182	3.779	4.013
8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Unter- grundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	1.600	2.000	2.045	1.790
8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	1.020	1.023	1.023	1.023
8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	10.000	10.778	5.616	13.329
8700.787.32	Sanierung der Deponie Brümmer	0	0	1.000	0
8700.787.46	Sanierung Moorfleeter Brack	0	0	6.136	0
8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	2.550	9.250	0	0
8700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanie- rungsanlagen und -bauwerken	2.311	2.500	2.313	2.556
8900.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	131	0	134	0
8900.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	4.602	4.972	4.550	4.972
8900.892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regene- rativer Energiequellen sowie von Umwelttech- nologien	6.000	6.598	5.806	6.527

Es kann keine Gesamtsumme angegeben werden, da der Anteil für Forschungs- und Gutachtaufträge an Dritte an den in der Übersicht angegebenen Gesamtansätzen nicht quantifizierbar ist.

## Übersicht

über die Verwendung der Abwasserabgabe gem. § 13 Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.V.m. § 14 Hamburgisches Abwasserabgabengesetz (HambAbwAG) im Haushaltsjahr 2003.

Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist gem. § 13 AbwAG i.V.m. § 14 HambAbwAG für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu verwenden.

Aus dem Aufkommen wird auch der mit dem Vollzug des Gesetzes entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt.

– Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter (Titel 8900.099.01)	Einnahmeansatz	1.176 Tsd. EUR
– Abwasserabgabe öffentlicher Einleiter (Titel 8900.099.02)	Einnahmeansatz	<u>3.911 Tsd. EUR</u>
	insgesamt	5.087 Tsd. EUR

Die Mittel sollen verwendet werden für:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz/Teilansatz
	- gekürzt -	(in Tsd. EUR)
8700.517.81	Betriebskonto der öffentlichen Toiletten,Rahmenzuweisungen an die Bezirke	680
8700.541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Umweltuntersuchungen (anteilig)	70
8700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft (anteilig)	444
8700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz (anteilig)	342
8700.637.01	Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe	196
8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte (anteilig)	491
8700.742.84	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg	127
8700.891.03	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen (anteilig)	1.581
8900.541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe (anteilig)	281
8900.631.01	Kostenerstattung an das WSA Cuxhaven zur Beseitigung von Schadstoffverschmutzungen	10
8900.631.02	Zuweisung an das WSA Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für Schadstoffbekämpfung	280
8900.632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes	35
8900.881.03	Zuweisung an das WSA Cuxhaven für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	450
	Verwaltungskostenpauschale	100
	Insgesamt	<u>5.087</u>